

7 57 277
Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 1. März 1989

Blatt 413

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Bandion: Gemeindebedienstete stolz auf die Wahl Pöders (415)

Kommunal/Lokal:

- Zahl der Grippekranken nimmt weiter ab (414/FS: 28.2.)
- Der Donauturm ist 25 Jahre alt (416)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (417)
- Europaplatz: Klares Votum für neue Bäume (419)
- Ausstellung über Gaudenzdorfer Knoten (420)
- Edlinger: 1988 erstmals 3 Milliarden für die Stadterneuerung (421)
- Stromstörung im Bereich des Quellenplatzes (nur FS)

Kultur:

- „Verschwundene Wiener Theater“ in Margareten (418)
- „Träume“ auf dem Donauturm (418)
- Pläne der Vereinigten Bühnen (422)
- Kulturkonferenz über Förderungskonzept der Freien Gruppen (nur FS)

Zahl der Grippekranken nimmt weiter ab

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der an grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener nimmt nun endgültig ab. Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, gab es in der Vorwoche insgesamt 10.800 Neuerkrankungen, gegenüber 20.200 in der Woche vorher. Damit dürfte die Grippewelle in Wien endgültig im Rückgang sein. Zurückgegangen sind weiterhin auch die „Grippeeinsätze“ des Ärztenotdienstes. Am vergangenen Wochenende gab es 175 Interventionen des Ärztenotdienstes wegen Grippe bzw. grippaler Infekte (am Wochenende vorher waren es 205 gewesen). Zurückgegangen ist ferner die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden. Insgesamt waren 3,5 Prozent der Beschäftigten krankgemeldet.

Noch immer Notbetten in den Spitälern

Was die Situation in den städtischen Spitälern betrifft, so ist aufgrund der Grippeerkrankungen und der warmen Witterung die Zahl der Aufnahme noch immer sehr hoch. Aus diesem Grund stieg auch die Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler weiter und zwar auf 190 (letzte Woche 166). Zurückgegangen ist hingegen der Anteil der Krankenstände beim Pflegepersonal bzw. bei den Ärzten von 10 auf 9 Prozent. (Schluß) zi/bs

Bereits am 28. Februar 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bandion: Gemeindebedienstete stolz auf Wahl Pöders

Wien, 1.3. (RK-POLITIK) Für Wiens Gemeindebedienstete bedeutet die Wahl Rudolf PÖDERS zum Präsidenten des Nationalrates Anlaß zu Freude und Stolz, betonte Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION in einem Glückwunschtelegramm.

Das Telegramm Bandions im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident des Nationalrates!

Der Tag Ihrer Wahl zum Präsidenten des Nationalrates erfüllt alle Wiener Gemeindebediensteten mit Freude und Stolz auf ihren hochgeschätzten Gewerkschaftsobmann. Ich gratuliere Ihnen daher namens aller Kolleginnen und Kollegen sowie im eigenen Namen zur Berufung in Ihr hohes Amt und wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit im Hohen Haus und für die Republik Österreich viel Erfolg.

Mit meinen Wünschen verbinde ich die Hoffnung, daß Sie auch in Zukunft Ihre Tätigkeit als oberster Vertreter der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Wiens und damit unsere ausgezeichnete Zusammenarbeit fortsetzen werden.“

(Schluß) ger/gg

Der Donauturm Ist 25 Jahre alt

Wien, 1.3. (RK-LOKAL) Der Wiener Donauturm, eines der Wahrzeichen der Stadt, feiert heuer sein 25-Jahr-Jubiläum. Der 252 Meter hohe Turm war anlässlich der Wiener Internationalen Gartenschau 1964 errichtet worden (Eröffnung: 16. April) und hat sich im Laufe der Jahre zu einer Attraktion sowohl für inländische Besucher als auch für Gäste aus dem Ausland entwickelt. Erfreulich steigend ist die Frequenz: Im abgelaufenen Jahr wurden mehr als 500.000 Besucher gezählt, damit konnte das beste Ergebnis seit dem Eröffnungsjahr erzielt werden. Reisegruppen stellen etwa ein Drittel der Gäste, Touristen wählen den Donauturm in erster Linie wegen der herrlichen Aussicht, Inländer fühlen sich durch kulinarische Spezialitäten besonders angesprochen.

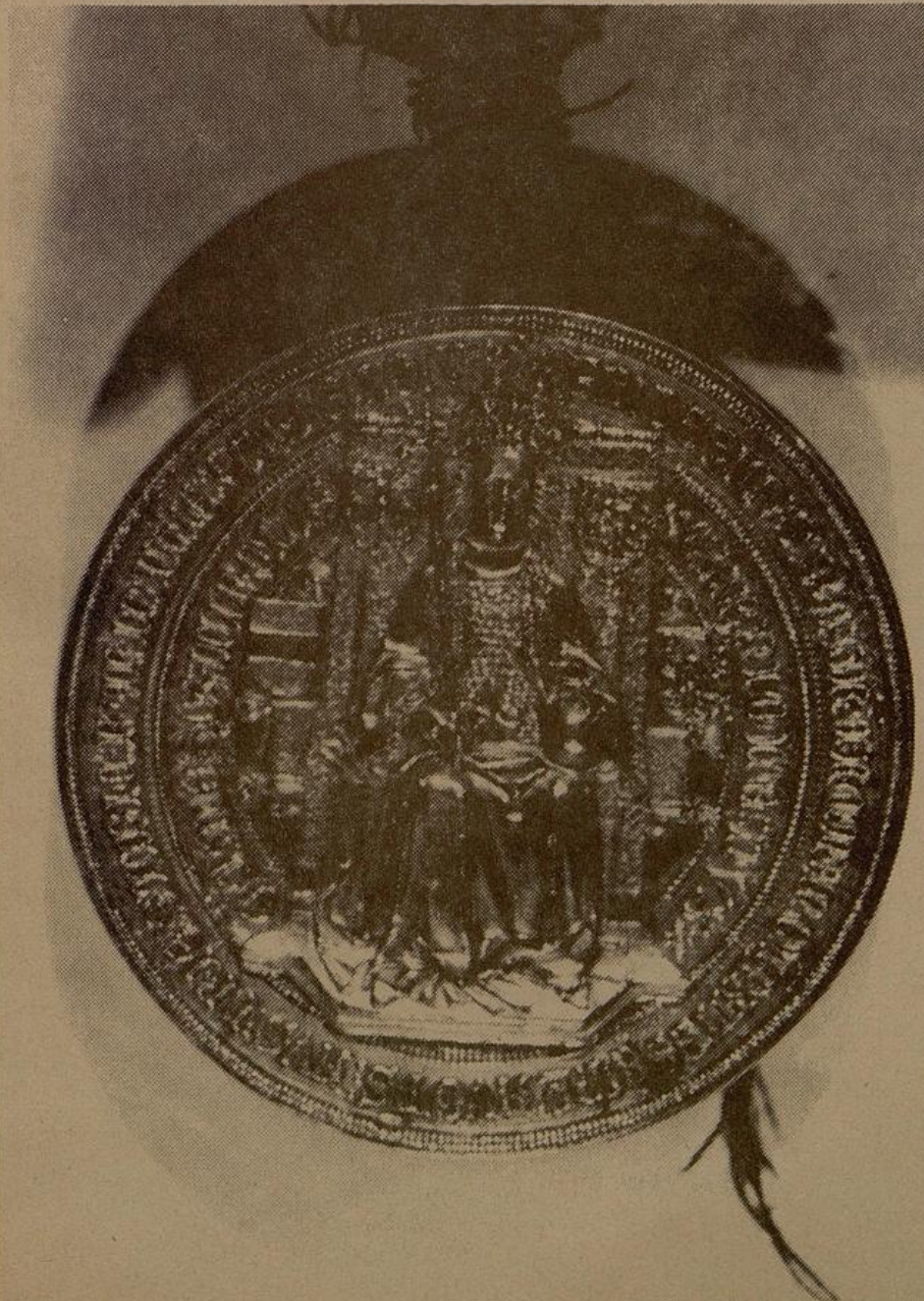
Aus Anlaß des Geburtstages findet eine Reihe von Veranstaltungen statt. Höhepunkt ist ein Internationales Maseratitreffen am 15. und 16. April, zu dem hundert Maseratis sowie Ferraris und Lamborghinis erwartet werden, und bei dem ein „Traumauto“, ein roter Maserati Biturbo Cabrio im Wert von beinahe einer Million Schilling, zu gewinnen ist. Am 15. April finden auch ein Autokorso und ein Riesenfeuerwerk statt, am 16. April haben alle Kinder freie Fahrt für die Liliputbahn im Donaupark. Auf der Brüstung der Aussichtsterrasse in 150 Meter Höhe wird durch Bergsteiger ein Transparent montiert. Am 23. April wird ein Dixie-Frühschoppen veranstaltet, und auch der Sport wird zweimal in das 25-Jahr-Jubiläum eingebunden: Am 25. Mai findet das Mannschaftszeitfahren für das Radrennen Wien — Gresten — Wien statt, am 2. Juni ein Zeitfahren im Rahmen der Österreich-Radrundfahrt. (Schluß) ull/bs

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Pancarta Friedrichs III. In der Schmidhalle des Rathauses

Wien, 1.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidhalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 1. bis 14. März wird die Pancarta Friedrichs III. von 1460 gezeigt. Der Kaiser ließ in dieser in Form eines Libells angelegten Urkunde die für die Stadt Wien wichtigen Rechtstexte (Zivil-, Privat-, Straf- und Handelsrecht) zusammenstellen. Die Pancarta ist als einziges aller im Archiv verwahrten Stücke mit einer Goldbulle besiegelt. Sie wird bis heute in der eigens dafür angefertigten Originalholzkassette verwahrt, die mit ornamental verziertem Leder überzogen ist. (Schluß) am/gg



Die Vorderseite des Siegels der Pancarta zeigt Kaiser Friedrich III.

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

„Verschwundene Wiener Theater“ in Margareten

Wien, 1.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Verschwundene Wiener Theater“, die mit großem Erfolg im Rathaus gezeigt wurde, ist nun bis 29. April, Donnerstag von 16 bis 18 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr, im Bezirksmuseum Margareten, 5, Schönbrunner Straße 54, 1. Stock, zu sehen. Die kleine Schau wurde durch interessante Exponate des Bezirksmuseums über das von 1838 bis 1895 bespielte Sulkowstheater in der Wiedner Hauptstraße 129 und das Margaretner Orpheum in der Reinprechtsdorfer Straße 2 ergänzt. Viele später prominente Schauspieler, wie z. B. Josef KAINZ und Max REINHARDT, debütierten im Matzleinsdorfer Sulkowstheater. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben.

Die Ausstellung wird am Donnerstag, dem 2. März, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ludwig SAILER nach einführenden Worten von Dr. Helmut KRETSCHMER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. (Schluß) am/gg

„Träume“ auf dem Donauturm

Wien, 1.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Als nächster Künstler stellt auf dem Donauturm der bekannte Schauspieler und Sänger Günther FRANK aus. Frank zeigt Farbgraphiken mit dem Thema „Träume und einiges mehr“.

Die Vernissage findet am Donnerstag, dem 2. März, um 19 Uhr statt. Günther Franks Bilder sind vom 3. März bis 27. März in den beiden Restaurants des Donauturms täglich zwischen 10 und 22 Uhr zu sehen. (Schluß) wh/bs

Europaplatz: Klares Votum für neue Bäume

Umgestaltung der Oberfläche beginnt

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der neuen Oberflächengestaltung am Europaplatz im Zusammenhang mit der Fertigstellung des U-Bahn-Bauwerkes stand Anfang dieses Jahres die Entscheidung über die mögliche Verlegung der Fahrbahnen des Inneren Gürtels an. Dabei ging es auch um die Entscheidung, 19 teilweise schwer geschädigte Bäume ersetzen zu müssen. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA hatte dazu interessierte Bürger zur Mitsprache eingeladen. Das Ergebnis steht nun fest: Das Bürgerbeteiligungsverfahren brachte eine Entscheidung für eine Verschwenkung der Fahrbahnen weg von der Häuserfront, wo eine neue Baumreihe gesetzt wird. Die 19 geschädigten Bäume werden entfernt, dafür gibt es Neupflanzungen im künftigen Stationsbereich der Straßenbahn.

Guter Besuch der INFO-Ausstellung - Dank an Medien

Wie Stadtrat Dr. Swoboda mitteilte, war der Besuch der improvisierten Ausstellung, die zum Thema Europaplatz vom 6. bis 17. Februar in den neuen INFO-Räumen in der Rathausstraße 9 stattfand, mit 139 Interessenten erfreulich gut, wenn man die geringe Anrainerzahl des Europaplatzes bedenkt. Swoboda dankte in diesem Zusammenhang den Medien für ihre Informations-Unterstützung.

Den Interessenten standen bei der Ausstellung Fachleute für Auskünfte zur Verfügung, die Stellungnahmen konnten schriftlich oder mündlich erfolgen.

Von den 139 Besuchern nützten 56 diese Möglichkeit. 36 davon sprachen sich für die Verschwenkung der Fahrbahn, 20 für die Beibehaltung aus.

In der Ausstellung, die auch den Anrainerbezirken angeboten wurde, waren neben Informationen zu diesem Detailproblem auch ein Modell der künftigen U-Bahn-Station Westbahnhof sowie Darstellungen der Gestaltungskonzepte für die Oberfläche zu sehen.

Swoboda: Oberflächengestaltung durch ARGE U-Bahn

Wie Stadtrat Dr. Swoboda mitteilte, sei nun auch die endgültige Entscheidung über die grundsätzliche Oberflächengestaltung des Europaplatzes gefallen.

Nachdem die beiden Varianten bereits Ende vergangenen Jahres in einem öffentlichen Hearing vorgestellt und diskutiert worden waren und die Bezirke bzw. Interessensvertretungen ihre Stellungnahmen abgeben konnten, wurde nun die Entscheidung für die Gestaltung durch die ARGE U-Bahn getroffen. Das bedeutet, daß der Europaplatz dem durch die jetzige Stadtbahn (später U 6) geprägten Charakter des Gürtel-Straßenzuges entsprechen wird.

Im Zentrum entstehen das Stationsbauwerk für die U-Bahn und die Stationen für die Straßenbahnlinien. Der gesamte Platz wird mit viel Grün gestaltet, die Fahrbahnen des Inneren Gürtels werden von der Häuserfront Richtung Platzmitte verschwenkt, entlang der Häuser wird eine Baumreihe gesetzt. Dies entspricht auch den Empfehlungen der Gürtelkommission zur Hebung der Lebensqualität der Gürtel-Anrainer.

INFO-Ausstellungen werden fortgesetzt

Das neue INFO-Zentrum in der Rathausstraße (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) wird weiterhin laufend für INFO-Ausstellungen genutzt. Wie der Planungsstadtrat sagte, habe sich das Zentrum am Beispiel Europaplatz bewährt und solle immer wieder für solche Bürgerbeteiligungsverfahren herangezogen werden. Es wird derzeit technisch „aufgerüstet“, steht aber bereits jetzt zur Verfügung. Derzeit ist eine Ausstellung zum SMZ-Ost zu sehen. Demnächst sind Informationen über die Alten Ortskerne und über die EXPO 95 vorgesehen. (Schluß) lf/gg

Ausstellung über Gaudenzdorfer Knoten

Expertenvorschläge für den Bereich Gürtel - Wiental - Gaudenzdorf - Tunnel Margaretengürtel

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Die von der Wiener Bundesstraßen AG durchgeführte Variantenuntersuchung für den Bereich Gaudenzdorfer Knoten wird vom 1. bis 31. März im Rahmen einer Ausstellung der Bevölkerung vorgestellt. Die Ausstellung bei der U 4-Station Margaretengürtel ist von Montag bis Freitag von 9 bis 18 Uhr und Dienstag bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Anmeldungen zu Führungen sind unter der Telefonnummer 63 02 73/DW 0 möglich.

Es werden neben der geplanten Untertunnelung des Margaretens- und Gaudenzdorfer Gürtels zwischen Wiental und Eichenstraße je vier Varianten für die Umgestaltung des Bereiches Gaudenzdorf und des Bereiches Eichenstraße gezeigt und die Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Die gezeigten Varianten im Bereich Gaudenzdorf unterscheiden sich insbesondere in den Auswirkungen, die sich auf Grund der jeweiligen Lage der Portale und Rampen des Tunnels ergeben.

Die vorgestellten Lösungsansätze für den Bereich Eichenstraße wurden jeweils im Hinblick auf die Immissionssituation an den Wohngebäuden beurteilt. Bei allen Varianten in diesem Bereich wurde nachgewiesen, daß eine Absiedlung der Betriebe an der Südbahn für eine wesentliche Verbesserung der Situation im Vorland vor der Wohnbebauung genutzt werden kann.

Im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung bei der U4-Station Margaretengürtel am Mittwoch wies Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA auf die mit der Realisierung dieses Projektes verbundenen positiven Impulse im Hinblick auf die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten für die Anrainerbezirke hin. Mit dieser Ausstellung soll die betroffene Bevölkerung umfassend über den derzeitigen Planungsstand informiert werden. Außerdem hat jeder Ausstellungsbesucher die Gelegenheit, im Rahmen einer während der Ausstellung durchgeführten Befragung seine Meinung zu den gezeigten Expertenvorschlägen zu äußern.

Variantenentscheidung im April

Zur endgültigen Variantenfestlegung teilte Swoboda mit, daß bereits im April die Stadtentwicklungskommission mit diesem Projekt befaßt werden wird. Bei dieser Entscheidungsfindung werden selbstverständlich die Meinungen der betroffenen Bevölkerung und Bezirksvertretungen einbezogen werden.

Nach erfolgter Variantenfestlegung werden von Seiten der Wiener Bundesstraßen AG die weiteren Planungen durchgeführt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten im Sommer 1989 zur Genehmigung und Verordnung vorgelegt.

Unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung könnte ein Baubeginn für den Margaretentunnel bereits im Herbst 1990 erfolgen. Damit wäre eine Gesamtfertigstellung 1994/95, also noch vor der Weltausstellung, möglich. (Forts. mgl.) lf/bs

Edlinger: 1988 erstmals 3 Milliarden für die Stadterneuerung

Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) „1988 wurde erstmals ein Förderungsvolumen von 3 Milliarden Schilling in der Stadterneuerung erreicht. Und auch in den nächsten Jahren soll dieser Umfang beibehalten werden. Die Förderungswerber haben allerdings mit gewissen Wartezeiten zu rechnen, denn das Interesse an Wohnhaussanierungen ist in Wien äußerst groß, weil Wien die mit Abstand beste Sanierungsförderung in Österreich hat und auch in Zukunft mit dem neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz haben wird.“ Das erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zur heutigen Presseaussendung von ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

„Die Einführung eines Punktesystems zur objektiven Bewertung von Förderungsansuchen war kein Vorschlag der ÖVP, sondern das Ergebnis von Arbeitskreisen des Kuratoriums des Stadterneuerungsfonds“, stellte Edlinger richtig. „Es ist jedenfalls erfreulich, daß die ÖVP ihre ursprünglichen Vorbehalte gegen dieses Punktesystem abgelegt hat und dieses System als taugliches Mittel anerkennt. Entscheidend sollte aber nicht der Streit um das Urheberrecht sein, sondern daß öffentliche Mittel gerecht und objektiv vergeben werden“, ergänzte Edlinger. „Erfreulich ist schließlich auch, daß Stadtrat Dr. Busek, im Gegensatz zu ÖVP-Gemeinderat Mandahus, anerkennt, daß die Gemeinde Wien für ihre Wohnhäuser nicht mehr Förderungsmittel in Anspruch nimmt, als ihr aufgrund des allgemeinen Erneuerungsbedarfes an Wohnhäusern in Wien zusteht. Ich habe mich dabei immer um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Privaten und Gemeinde bemüht und das auch erreicht“, schloß Edlinger. (Schluß) ah/bs

Pläne der Vereinigten Bühnen

Wien, 1.3. (RK-KULTUR) In einem Pressegespräch informierte Mittwoch vormittag Generalintendant Prof. Peter WECK über Aktivitäten der Vereinigten Bühnen Wien, die neben den drei Erfolgsmusicals „Cats“, „Les Misérables“ und „Das Phantom der Oper“ in naher Zukunft vorgesehen sind.

Im Raimundtheater, wo bis inklusive 26. Februar 145 Vorstellungen von „Les Misérables“ mit 154.202 Besuchern gezeigt worden sind — Auslastung 89,29 Prozent —, ist von 8. April bis 8. Juni eine zweimonatige Spielpause. Während dieser Zeit wird an drei Tagen, am 20., 22. und 24. April, die Oper „Judith“, von Siegfried Matthus, nach dem gleichnamigen Drama von Friedrich HEBBEL und Texten aus Büchern des Alten Testaments in der Inszenierung von Harry KUPFER aufgeführt. „Judith“ kommt als Gastspiel der Komischen Oper Berlin und ist eine Gegeneinladung der Vereinigten Bühnen für die Gastspiele der Produktionen „Cats“ und „A Chorus Line“ in der DDR. Vom 29. April bis 24. Mai wird als Gastspiel „Tango Argentino“ gezeigt, eine mitreißende Tango-Show aus Buenos Aires, die erstmals auf Europa-Tournee ist.

Im Ronacher, wo am 26. Februar die 1.595ste Wiener Vorstellung von „Cats“ gelaufen ist — Auslastung 97,50 Prozent — wird am Dienstag, dem 7. März, um 19.30 Uhr Toots Thielemans & Trio gemeinsam mit der Bigband der Vereinigten Bühnen einen Abend geben. Weitere Jazzkonzerte sind in Vorbereitung.

Im Theater an der Wien, das bis zum 26. Februar 79 mal „Das Phantom der Oper“ aufgeführt hat — 82.931 Besucher, Auslastung 97,02 Prozent — wird die Serie vom 15. April bis 7. Juli wegen der Wiener Festwochen unterbrochen.

Wie Peter Weck mitteilte, wird derzeit von einem Autorenteam das Musical „Elisabeth“ erarbeitet, im Juni wird sich entscheiden, ob der Stoff um die Kaiserin in Auftrag gegeben wird. Weiters sollen in Zusammenarbeit mit dem ORF kreative Teams aufgerufen werden, Projekte und Ideen für ein Musical „made in Austria“ einzuschicken.

Die Schallplatte mit der „Les Misérables“-Produktion aus dem Raimundtheater wird demnächst vergoldet, im März kommt „Das Phantom der Oper“ in der deutschsprachigen Erstaufführung mit dem Ensemble des Theaters an der Wien auf den Markt. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 2. März 1989

Blatt 423

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Einkaufssamstage: Citybusse fahren länger (424)
- Wien ist ein Zentrum der Krebsbehandlung (425)
- Neuer Gruppenleiter für die Baupolizei (427)
- Info-Zentrum Rathausstraße 9: Neue Ausstellungen (428)
- Ehrung für niederösterreichische Feuerwehrleute (429)
- Einsatzmedaillen für Polizisten (429)

Bezirke:

- Neue Telefonnummer für Magistratisches Bezirksamt Donaustadt (427)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Wolfgang Hollegga (426)
- Margarethe Winter im Bezirksmuseum Döbling (426)

Einkaufssamstage: Citybusse fahren länger

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) An den „langen Einkaufssamstagen“ — erstmals am kommenden Samstag — werden die innerstädtischen Citybuslinien in Zukunft bis Geschäftsschluß verkehren. Bisher war gegen 14 Uhr Betriebsschluß. Mit dieser kundendienstlichen Maßnahme wird ein Wunsch vieler Konsumenten und Geschäftsleute erfüllt.

Ab 4. März fahren an jedem ersten Samstag im Monat die letzten Busse der Citybuslinien wie folgt:

„1 A“	ab Schottentor 17.55, ab Landstraße 18.10
„2 A gestrichen“	ab Dr.-Karl-Renner-Ring 17.58, ab Petersplatz 18.09
„3 A“	ab Schwarzenbergplatz 17.39, ab Schottenring 17.54.

(Schluß) roh/gg

Wien ist ein Zentrum der Krebsbehandlung

Stacher unterstreicht überregionale Bedeutung Wiens in der medizinischen Versorgung

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1987 wurden in Wien 7.355 Neuerkrankungen an Krebs gemeldet. 225 dieser Wiener Patienten wurden in Krankenhäusern anderer Bundesländer versorgt. In den Wiener Krankenanstalten wurden jedoch in diesem Jahr 8.662 Patienten mit Krebsneuerkrankungen behandelt. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER betonte, wurden also in den Wiener Spitälern 1.532 Patienten betreut, die nicht in Wien wohnhaft waren. Das unterstreicht, so Stacher zur „RATHAUSKORRESPONDENZ“, wieder einmal die überregionale Bedeutung Wiens für die medizinische Versorgung Österreichs.

Österreichweit wurden 1987 insgesamt 28.476 Neuerkrankungen an Krebs gemeldet. Dabei gab es in 2.765 Fällen einen Unterschied zwischen dem Herkunftsbundesland des Patienten und dem Bundesland, in dem die Behandlung erfolgte. In vier Bundesländern wurden mehr Krebsneuerkrankungen behandelt als in diesen Bundesländern gemeldet wurden: in Wien (+ 1.307), in Tirol (+ 134), in Salzburg (+ 127) und in Oberösterreich (+ 46). In den anderen Bundesländern wurden weniger Neuerkrankungen versorgt als dort registriert wurden: in der Steiermark (- 19), in Vorarlberg (- 37), in Kärnten (- 61), im Burgenland (- 284) und in Niederösterreich (- 1.213).

Von den 2.765 neuen Krebsfällen, die österreichweit außerhalb des Wohnsitzbundeslandes behandelt wurden, entfallen 1.532, das ist ein Anteil von mehr als 55 Prozent, auf das Bundesland Wien.

Wie Professor Stacher erklärte, kommen vor allem solche Patienten nach Wien, die am schwersten erkrankt sind und daher die aufwendigste Behandlung benötigen. Diese Erfahrung mache er auch an seiner eigenen Abteilung. Umfangreiche Diagnosemaßnahmen erfordern ebenso wie Hochvoltbestrahlungen, komplizierte und kostenintensive zytostatische Therapien, Knochenmarkstransplantationen, Leuko- und Thrombozytentransfusionen usw. teure Einrichtungen, viel Personal und auch eine große medizinische Erfahrung. Stacher abschließend: „Die Stadt Wien unterzieht sich gern dieser Aufgabe. Es ist aber nur zu verständlich, daß sie dafür einen Kostenausgleich anstrebt.“ (Schluß) sc/gg

60. Geburtstag von Wolfgang Holleggha

Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Wolfgang HOLLEGHA wurde am 4. Mrz 1929 in Klagenfurt geboren. Er besuchte in Graz die Mittelschule und studierte anschließend an der Akademie der bildenden Künste in Wien bei Prof. Josef Dobrovsky Malerei.

Zwischen 1949 und 1953 entstanden seine ersten abstrakten Bilder nach Maschinen- und Pflanzenmotiven. 1952 hatte Holleggha seine erste Ausstellung im Wiener Artclub. 1955 gründete er zusammen mit Josef Mikl, Markus Prachensky und Arnulf Rainer die Gruppe um die Galerie St. Stephan, die von Monsignore Mauer geführt wurde. 1957 erhielt er den Guggenheim-Preis, 1960 reiste er in die USA und erhielt den Carnegie-Preis.

Es folgten Ausstellungen in Berlin, Brüssel, Los Angeles, Pittsburgh, New York, London, Amsterdam, Köln und München. 1972 nahm Wolfgang Holleggha eine Professur an der Akademie der bildenden Künste in Wien an. 1984 erhielt er den Preis der Stadt Wien für Malerei. Seine Bilder zeigte er in Wien zuletzt 1981 in der Akademie der bildenden Künste und 1985 in der Galerie Ulysses. (Schluß) red/bs

Margarethe Winter im Bezirksmuseum Döbling

Wien, 2.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Döbling ist vom 4. bis 19. März eine Ausstellung mit Aquarellen und Bildern von Margarethe WINTER zu sehen. Die Ausstellung ist jeweils Donnerstag und Samstag von 16 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr zu sehen. (Schluß) gab/bs

Neuer Gruppenleiter für die Baupolizei

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Donnerstag dem neuen Gruppenleiter für die Baupolizei im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Senatsrat Dipl.-Ing. Herbert EHRLICH, das Bestellungsdekret. Ehrlich leitete bisher die Magistratsabteilung 37 (Baupolizei), in der er seit 30 Jahren tätig war. Als Gruppenleiter folgt er dem nunmehrigen Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA.

Der Wirkungsbereich des neuen Gruppenleiters umfaßt folgende Magistratsabteilungen:

- MA 35 (Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten)
- MA 36 (Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei)
- MA 37 (Baupolizei)

(Schluß) ger/bs

Neue Telefonnummer für Magistratisches Bezirksamt Donaustadt

Wien, 2.3. (RK-BEZIRKE) Das Magistratische Bezirksamt für die Donaustadt (22, Schrödingerplatz 1) sowie die im Bürogebäude des Donauzentrums (22, Donaustadtstraße 1) untergebrachten städtischen Dienststellen haben eine neue Telefonnummer: 211 23. (Schluß) ger/bs

Info-Zentrum Rathausstraße 9: Neue Ausstellungen

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Im neuen Info-Zentrum in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) sind derzeit zwei Ausstellungen zu sehen, die sich mit dem Sozialmedizinischen Zentrum Ost (SMZ-Ost) bzw. der Neugestaltung der Rodauner Straße beschäftigen.

Die Ausstellungen sind ab sofort bis 17. März Montag bis Freitag von 14 bis 18 Uhr geöffnet, fachkundige Erklärungen können auf Anfrage gegeben werden.

Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBOA: „Das Info-Zentrum wurde — in unmittelbarer Nähe des Rathauses und damit der U2 gelegen — eingerichtet, um Interessenten möglichst rasch und ohne unnötig großen Aufwand über verschiedenste Planungsvorhaben zu informieren. Aber auch anderen Geschäftsgruppen des Magistrats wurde diese Ausstellungsmöglichkeit angeboten. Die bisherigen Ausstellungen zum Europaplatz und zum Leitprojekt Donaukanal haben bereits viele Besucher angezogen. In diesem Zusammenhang darf ich die Medien ersuchen — wie sie dies bereits bisher dankenswerter Weise getan haben —, die Ausstellungen anzukündigen.“

Sozialmedizinisches Zentrum Ost – das neue Krankenhaus nördlich der Donau ist im Entstehen

Im Hinblick auf die Bedeutung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost für den 21. und 22. Bezirk wird nunmehr in einer Ausstellung über die Errichtung dieses Krankenhauses anhand entsprechender Pläne, Perspektiven und eines Modells informiert.

Nachdem der Gemeinderat beschlossen hatte, nördlich der Donau im 22. Bezirk — und damit in einem Gebiet mit starkem Bevölkerungswachstum — ein Schwerpunktkrankenhaus mit Pflegeheim und Geriatrischem Tageszentrum, eine Krankenpflegeschule mit Internat und ein Personalwohnheim zu bauen, fiel die Entscheidung zugunsten eines Areals an der Langobardenstraße zwischen Wulzendorfstraße und Kapellenweg. Dieses Sozialmedizinische Zentrum hat einen Einzugsbereich von weit mehr als 100.000 Menschen, wobei das Spital auch von Patienten aus den angrenzenden Bereichen Niederösterreichs frequentiert werden wird. Mit der Planung ist von der MA 19 eine Arbeitsgemeinschaft von Architekten beauftragt.

Zur Zeit ist der Rohbau der ersten Bauetappe fertig und der Innenausbau im Gange. Kürzlich wurde die 2. Bauetappe mit der Errichtung des Rohbaues begonnen. Voraussichtlich können die vorgesehenen Fertigstellungstermine eingehalten werden. Die 3. Bauetappe (Psychiatrie) ist vorläufig im Planungsstadium.

Gestaltungsvorschläge zur Rodauner Straße – Dreiständegasse

Entsprechend den geänderten Zielsetzungen innerhalb des hochrangigen Straßennetzes von Wien, nämlich die Rodauner Straße nicht mehr als wichtige Nord-Süd-Verbindung auszubauen, ist eine Beibehaltung des zur Zeit vorhandenen relativ breiten Straßenquerschnittes funktionell nicht mehr begründbar. Von Bürgerinitiativen wurde daher der Wunsch nach einem dementsprechenden Rückbau bzw. nach flankierenden gestalterischen und lärmschutztechnischen Maßnahmen formuliert. Dieser Wunsch wurde von der Liesinger Bezirksvorstehung aufgegriffen, und die Stadtplanung um Ausarbeitung eines Gestaltungskonzeptes ersucht.

Die nun ausgearbeiteten Gestaltungsvorschläge beinhalten eine Reduzierung der Fahrbahnbreiten, zusätzliche Baum- bzw. Strauchpflanzungen und in der Rodauner Straße abschnittsweise die Zulassung von vollflächigen Einfriedungen zwecks Reduzierung der auftretenden Lärmemissionen in den angrenzenden Gartenbereichen. (Schluß) lf/bs

Ehrung für niederösterreichische Feuerwehrleute

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Mittwoch nachmittag in Anwesenheit von Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER Verdienstzeichen in Gold und Silber des Wiener Landesfeuerwehrverbandes an Kollegen des Niederösterreichischen Landesfeuerwehrverbandes. Die Geehrten sind OBR Ing. Heinrich FUCHS, EOBR Josef ELS, ABI Ing. Herbert SCHANDA, OBM Gerhard SONNBERGER und OBR Erkmar DETHLOFF.

Als besondere Auszeichnung für die gute Zusammenarbeit in Katastrophenfällen, wie z.B. Gerngroß-Brand, erhielt der Bürgermeister von Klosterneuburg, Dr. Gottfried SCHUH, die Floriani-Plakette. (Schluß) du/bs

Einsatzmedaillen für Polizisten

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA überreichte heute in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Einsatzmedaillen des Landes Wien an mehrere verdiente Polizisten.

Hauptmann Karl WAMMERL, Bezirksinspektor Hans WURZER, die Revierinspektoren Helmut POGLITSCH und Richard SCHÜTTNER, sowie die Inspektoren Ernst HIRSCH, Josef KAPELLER und Christoph KLETTKE hatten sich durch persönlichen Einsatz im Dienst besonders ausgezeichnet, wofür ihnen der Bürgermeister seinen Dank aussprach. (Schluß) lf/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 3. März 1989

Blatt 430

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Mayr: Havel-Urteil belastet Beziehungen Wien-Prag (433/ FS: 2.3.)
- Zilk: „Geschmacklose Angriffe von Frau Petrik“ (433/FS: 2.3.)

Kommunal/Lokal:

- Verdienstzeichen des Landes Wien (431)
- Steuern Sie einen „Silberpfeil“ — oder die Pferdeträm! (434)
- Drogenprobleme früher erkennen! (435)
- Seit 15 Jahren Röteln-Schutzimpfung (437)
- Terminvorschau vom 6. bis 19. März (438/439)

Kultur:

- Pasterk: Wiener Sommer mit erstklassiger „Zauberflöte“ (432/FS: 2.3.)
- Gedenktafel für Jura Soyfer (436)

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag an Mag. Franziska MACHACEK und Katharina NEUMAYER. Mag. Franziska Machacek ist Direktorin der Caritas der Erzdiözese Wien und Gründungsmitglied des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit. Katharina Neumayer ist Ehrenvorsitzende des Berufsverbandes Wien christlicher Arbeitnehmer im hauswirtschaftlichen Dienst. Der kleinen Feier wohnten auch Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS und Prälat Leopold UNGAR bei. (Schluß)
jel/bs

Bereits am 2. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Pasterk: Wiener Sommer mit erstklassiger „Zauberflöte“

Klarstellung zu Behauptungen der FPÖ

Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Entgegen den Behauptungen in einer Presseaus-sendung der FPÖ gab Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Donners-tag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ folgende Klarstel-lung ab:

„Die Volksoper gastiert heuer im August im Rahmen des Wiener Sommers mit acht erstklassigen Aufführungen der 'Zauberflöte' in der Inszenierung von Jerome Savary in der Wiener Staatsoper.

Die in der Fragestunde des Wiener Gemeinderates offengelegten Ver-gleichswerte, sowohl bezüglich Auslastung als auch Einnahmen des Wie-ner Sommers 1988, sprechen eindeutig für Opern- und gegen Operetten-aufführungen in der Wiener Staatsoper. Dieser Umstand wurde mit der Planung für 1989 voll berücksichtigt.

Die Tatsache, daß die Staatsoper nur im August für Aufführungen zur Ver-fügung steht, ist auf dringend notwendige technische Reparaturen (Büh-nenhydraulik) in der Staatsoper zurückzuführen. Dennoch hat sich Kultur Wien bemüht, seinen Gästen den Besuch der Staatsoper auch im Juli zu ermöglichen (mit Filmvorführungen).

Außerdem werden, da das Zielpublikum dieser Veranstaltungen größtenteils im touristischen Umfeld zu finden ist, die dafür notwendigen Finanzie-rungen durch Extramittel aus dem Stadt-Wien-Budget bedeckt. Nicht die Musikgattung (Oper, Operette oder Musical) sollte Priorität haben, son-dern die Qualität! Jede andere Argumentation ist nicht nur kunstfern, son-dern läßt auch die einfachsten Grundregeln des Kulturmanagements außer acht.“ (Schluß) red/bs

Bereits am 2. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Mayr: Havel-Urteil belastet Beziehungen Wien-Prag

Wien, 2.3. (RK-POLIIK) Zur Kritik an seiner Prag-Reise erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, er habe bei allen Gesprächen in Prag energisch betont, daß das Urteil gegen Vaclav HAVEL und die anderen Intellektuellen die Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei belaste. Nach Mayr sei niemandem, am wenigsten den Verurteilten, damit gedient, wenn die Gespräche mit Prag abgebrochen werden. Sinnvoller sei es, durch Kontakte eine positive Veränderung für die Verurteilten herbeizuführen. Er habe nach den in Prag geführten Gesprächen den Eindruck, daß die Prager Führung die Kritik an ihrem Vorgehen ernst nehme und bemüht sei, zu einer Lösung des Problems zu kommen, schloß Mayr. (Schluß) sei/bs

Bereits am 2. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zilk: „Geschmacklose Angriffe von Frau Petrik“

Bürgermeister war heuer nicht in der CSSR

Wien, 2.3. (RK-POLITIK) „Haß macht offenbar blind. Anders kann ich mir die abenteuerlichen Unterstellungen nicht erklären“, sagte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu der heute, Donnerstag, in einer Aussendung aufgestellten Behauptung von VP-Gemeinderätin Mag. Eva PETRIK, wonacher, Zilk, gemeinsam mit seiner Frau kurz nach der Verhaftung von Vaclav HAVEL in die CSSR gefahren sei. „Frau Petrik hat nämlich verschlafen, daß ich a) als einer der ersten — wie in den Zeitungen nachzulesen ist — nach der Verhaftung Havels an die Prager Behörden appelliert habe und b) heuer weder allein noch mit meiner Frau in der CSSR war. Die geschmacklosen Angriffe von Frau Petrik disqualifizieren sich daher selbst“, betonte Zilk.

Zu den Angriffen gegen Vizebürgermeister Hans MAYR hob der Bürgermeister hervor, Mayr habe seine Reise nicht zuletzt deshalb angetreten, weil sich dadurch erst die Gelegenheit ergab, vor Ort im persönlichen Gespräch mit maßgeblichen Spitzenfunktionären auf die schwere Belastung der Beziehungen hinzuweisen, die sich durch das Havel-Urteil ergeben hat. (Schluß) red/bs

Steuern Sie einen „Silberfell“ – oder die Pferdetrami

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Ob man selbst am Steuer eines U-Bahn-Doppeltriebwagens der neuen Generation, einer modernen Straßenbahngarnitur der Type „E2“, eines Autobusses — oder aber einer Pferde-Tramway aus dem Jahr 1868 sitzen will, das kann man sich aussuchen. Möglich wird dies alles am „5. Wiener Tramwaytag“ sein, der diesmal in der Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe stattfinden wird. Tramway-Freunde und — Fans sollten sich das Datum vormerken: Samstag, 3. Juni, 10 bis 16 Uhr.

Neben den beliebten Publikumsfahrten wird es ein reichhaltiges Programm geben, mit Führungen durch die „ZW“, einer Showbühne, dem Fahrerstandsimulator, dem immer wieder begehrten Flohmarkt mit alten Ausrüstungsgegenständen und Liniensignalen, mit Informationen über die im kommenden Herbst in Betrieb gehende neue U-Bahn-Linie U6 und voraussichtlich einer Live-Übertragung der ORF-Sendung „Autofahrer unterwegs“.

Die Zentralwerkstätte Simmering, an früheren „Tagen der offenen Tür“ eine Attraktion für die vielen Freunde des öffentlichen Verkehrs in Wien, war jetzt schon einige Jahre lang nicht mehr im Programm solcher Veranstaltungen. Heuer steht sie anlässlich ihres 15jährigen Bestandes wieder für alle Interessenten offen — am Tramway-Tag, dem 3. Juni 1989. (Schluß)
roh/bs

Drogenprobleme früher erkennen!

Jugendamt bietet Fortbildung für Sozialarbeiter und Erzieher

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Um der aktuellen Entwicklung der Suchtmittelproblematik, etwa dem zunehmenden Medikamentenmißbrauch, besser entgegenzutreten zu können, intensiviert nun das Jugendamt der Stadt Wien die Drogenarbeit. Erzieher und Sozialarbeiter werden in einer speziellen Fortbildung geschult, um Drogenprobleme von Jugendlichen besser erkennen, die eventuell notwendigen medizinischen Hilfen vermitteln zu können und Informationen über die Betreuung suchtmittelabhängiger Jugendlicher zu erhalten.

Das Institut für Heimerziehung der Stadt Wien und die Akademie für Sozialarbeit veranstalten deshalb gemeinsam einen berufs begleitenden, dreiseimestrigen „Fachkurs für Drogenarbeit“.

Konfrontiert waren die Mitarbeiter des Wiener Jugendamtes bisher vor allem mit Betreuungsproblemen bei suchtmittelabhängigen Mädchen, die unter Drogeneinfluß aggressiv und selbstzerstörerisch handeln und besonders schwer ansprechbar sind. Die fachliche Fortbildung soll nun die Handlungsmöglichkeiten für Betreuer dieser Klienten, die in solchen Situationen ebenfalls großem Druck ausgesetzt sind, erweitern und effektivere Hilfe möglich machen. (Schluß) jel/bs

Gedenktafel für Jura Soyfer

Wien, 3.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK enthüllte am Donnerstag abend eine Gedenktafel für den Dichter Jura SOYFER an dessen ehemaligem Wohnhaus Kinderspitalgasse 10. Jura Soyfer, einer der wichtigsten Autoren der Zwischenkriegszeit in Wien, starb 1939 im Konzentrationslager Buchenwald.

1912 in Charkow in der Ukraine geboren, kam Soyfer als Kind nach Wien. Er begann schon in jungen Jahren, Sketches und Gedichte zu schreiben. Mit Stücken wie „Der Lechner-Edi schaut ins Paradies“, „Astoria“ oder „Weltuntergang“ war er einer der meistgespielten Autoren der Wiener Kleinkunstszene. 1938 wurde er bei dem Versuch, illegal die Schweizer Grenze zu überschreiten, festgenommen. Er starb am 16. Februar 1939 im KZ Buchenwald. (Schluß) gab/bs

Selt 15 Jahren Röteln-Schutzimpfung

Über 100.000 Mädchen bisher geimpft

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Bilanz über die vom Gesundheitsamt vor 15 Jahren in Wien gestartete Röteln-Schutzimpfung zog Freitag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Bedauerlicherweise gibt es jedoch, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, noch immer viele Frauen im gebärfähigen Alter, die nicht gegen Röteln geschützt sind.

Im Jänner 1974 wurde vom Gesundheitsamt der Stadt Wien erstmals eine kostenlose Röteln-Schutzimpfung für 13jährige Schulmädchen durchgeführt. Wien war damit das zweite Bundesland nach Salzburg, das diese Impfung — deren Kosten seit 1975 durch das Gesundheitsministerium getragen werden — in sein Vorsorgeprogramm aufnahm. Laut Gesundheitsstadtrat Stacher wurden seit damals 101.587 Mädchen der siebenten Schulstufe in den Pflichtschulen oder in den Allgemein Bildenden Höheren Schulen gegen Röteln geimpft. Ziel dieser Impfung ist es vor allem, bei konsequenter Durchimpfung die gefürchtete Rötelymbryopathie (Fruchtschädigung mit angeborenen Mißbildungen bei Neugeborenen) zu verhindern. Die Impfung, deren Wirkung mindestens 10 Jahre anhält, verursacht keinerlei Reaktionen. Sie darf jedoch keinesfalls während einer Schwangerschaft vorgenommen werden. Deshalb ist es zweckmäßig, sich schon mit Eintritt der Pubertät durch diese Impfung zu schützen. Die Impfung ist auch dann angebracht, wenn ein Kind Röteln überstanden hat.

Unzureichende Durchimpfung

Gesundheitsstadtrat Stacher appelliert in diesem Zusammenhang vor allem an die Eltern, ihre Töchter durch eine kostenlose Impfung gegen diese Krankheit schützen zu lassen. Bedauerlicherweise hat gerade in den letzten Jahren das Interesse dafür nachgelassen, und immer weniger Eltern erklären sich durch eine Unterschrift mit dieser Schutzimpfung einverstanden. So etwa lag die Durchimpfung beim Geburtsjahrgang 1974 nur bei 68 Prozent(!). (Schluß) zi/gal

Terminvorschau vom 6. bis 19. März

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 6. bis 19. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 6. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 8. MÄRZ:

11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“, StR. Pasterk (Palais Auersperg)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Prof. Mario Natale (Rathaus)

17.00 Uhr, Ausstellungseröffnung „Österr. Kinderbücher gestern und heute“ durch StR. Pasterk (Palais Auersperg)

18.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Anton Sattler im Rahmen einer Festsitzung der Österr.-Sowjet. Gesellschaft (4, Brahmplatz 8)

DONNERSTAG, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Häupl an Franz Hanreiter (Arb.-Zi, Häupl)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Antal Festetics: „Mitgeschöpf und Mitgefühl — über den Mißbrauch von Ökologie und Emotion in unserer Zeit“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 10. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Laser-Spezialgerät“ (Pulmolog., 14, Baumgartner Höhe)

14.00 Uhr, Eröffnung des Wiener Naturschutztages, StR. Häupl (Rathaus, Wappensaal)

19.30 Uhr, Eröffnung „Literatur im März“, StR. Pasterk (Künstlerhaus)

MONTAG, 13. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 14. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Bezirksinspektor Rudolf Schafarik (Arb.-Zi, Swoboda)

MITTWOCH, 15. MÄRZ:

15.00 Uhr, Eröffnung Pensionistenheim „Neubau“ durch Bgm. Zilk und Vbgm. Smejkal (7, Schottenfeldgasse 25-27)

DONNERSTAG, 16. MÄRZ:

11.00 Uhr, Eröffnung Eltern-Kind-Zentrum, Vbgm. Smejkal (23, Pfarrgasse 34-44, Stiege 12)

19.00 Uhr, Buchpräsentation Vbgm. Mayr/Mag. Seitlinger: „Neue Modelle für Österreich“ (Z-International)

FREITAG, 17. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressefahrt zur Kronprinz Rudolf-Ausstellung in der Hermesvilla (Abfahrt Friedrich-Schmidt-Platz)

11.00 Uhr, Beginn der Führung durch die Ausstellung in der Hermesvilla

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Josef Moser, Peter Strauss und Waltraud Schauer (Steinerner Saal 1, Rathaus)

SAMSTAG, 18. MÄRZ:

Wien-Tag in Budapest

SONNTAG, 19. MÄRZ:

Familiensonntag
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 438

Chef vom Dienst:
42 300/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 6. März 1989

Blatt 440

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

50. Todestag von Adelheid Popp (443/FS: 5.3.)

Kommunal/Lokal:

Verbesserungsmaßnahmen für die EBS (441/FS: 3.3.)

Am Donnerstag Wiener Vorlesungen (444)

Vollversammlung des Vereins für Geschichte der Stadt Wien (444)

Neue Projekte des Vereins „Niederösterreich – Wien“ (445)

Erste Großpräsentation Wiens in Athen (447)

ÖVP: Kritik an der Schulpolitik (448)

Buslenker und zwei Fahrgäste verletzt (nur FS/4.3.)

Kontrollor wurde tätlich angegriffen (nur FS/5.3.)

Straßenbahn war zwei Stunden gestört (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

Sitzungen der Bezirksvertretungen (444)

Kultur:

„Skulpturen Republik“ auch nach England (442/FS: 4.3.)

„Literatur für junge Leser“ im Palais Auersperg (446)

Verbesserungsmaßnahmen für die EBS

Bereits am 3. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL legte im heutigen Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport einen Bericht über diverse Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der EBS und der Hauptkläranlage vor. Vor knapp vier Jahren beschloß der Wiener Gemeinderat die Planung für den Ausbau und die Erweiterung der Entsorgungsbetriebe Wien und der Hauptkläranlage. Seit 1. Jänner 1986 besteht eine einheitliche Betriebsführung der HKA und EBS-Anlagen durch die EBS. Die Klärschlammverbrennung sowie die Fertigstellung und schrittweise Inbetriebnahme der Rauchgasreinigung wurden und werden, wie vertraglich vereinbart, bereits durchgeführt.

Folgende Verbesserungsmaßnahmen sind laut Vertrag noch geplant:

1. Eine vollbiologische Reinigung der gesamten Abwassermenge; Studien und Pilotversuche wurden bereits durchgeführt. Die Realisierung des Projekts ist für heuer vorgesehen.
2. Errichtung einer chemisch-physikalischen Anlage, z.B. zur Entsorgung von Metallschlämmen; die Fertigstellung ist für Mitte 1991 vorgesehen.
3. Die Drehrohröfen werden erneuert.
4. Modernisierung des Tanklagers.

Zusätzlich zum seinerzeitigen Projekt werden noch folgende Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt:

1. Die Geruchsabdeckung von Teilbereichen der HKA ist bereits abgeschlossen.
2. Als Reserve zur Schlammverbrennung soll ein dritter Wirbelschichtofen errichtet werden.
3. Die Fertigstellung der Rauchgaskühlung ist für 1991 vorgesehen.
4. Infrastrukturelle Einrichtungen sowie Errichtung eines Betriebs- und Laborgebäudes.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten für das Großprojekt betragen rund 2,7 Milliarden Schilling. (Schluß) du/bs

„Skulpturen Republik“ auch nach England

Wien, 4.3. (RK-KULTUR) Die Festwochen-Ausstellung „Skulpturen Republik“ übersiedelt vom Kunstraum Wien im Messepalast nach einem erfolgreichen „Zwischenspiel“ in Budapest (15.000 Besucher) nach England.

Ab 17. April ist die Ausstellung in Southampton in der John Hansard Gallery zu sehen. Anschließend wird die Sammlung mit 29 Miniaturskulpturen in Glasgow und London ausgestellt.

Für die international vielbeachtete Ausstellung der Mini-Skulpturen aus neun Ländern wurde ein Teil der Exponate extra geschaffen. In der von Hubert WINTER organisierten Schau sind Werke von Vito ACCONCI, Siegfried ANZINGER, Tony CRAGG, Felix DROESE, Brigitte KOWANZ, Richard TUTTLE, Thomas VIRNICH, Lawrence WEINER, Franz WEST und anderen vereinigt. (Schluß) gab/bs

Bereits am 4. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

50. Todestag von Adelheid Popp

Wien, 5.3. (RK-POLITIK) Adelheid Popp (geb. Dworschak) wurde am 11. Februar 1869 in Inzersdorf bei Wien geboren. Als Kind einer Arbeiterfamilie wuchs sie unter zahlreichen Geschwistern in den ärmsten Verhältnissen auf. Wie viele andere Kinder aus Proletarierfamilien konnte sie nur die Volksschule besuchen und mußte von frühester Jugend an schwer arbeiten. Zwischen ihren Beschäftigungen im Posamentiergewerbe, in einer Bronzefabrik, einer Glaspapierfabrik, als Weißnäherin u.a. traten aufgrund ihrer labilen Gesundheit lange Krankheitspausen ein. Mit der langsamen Festigung ihres Gesundheitszustandes begann sich Adelheid Popp mit den unhaltbaren Zuständen und Problemen der Arbeiterklasse und den Mängeln der Sozialstruktur zu beschäftigen. Bald schloß sie sich der aufstrebenden Arbeiterbewegung an, für die sie auch agitatorisch tätig wurde. Als nach dem sozialdemokratischen Parteitag 1891 die Arbeiterinnenzeitung gegründet wurde, trat sie in deren Redaktion ein. Um ihr Deutsch zu verbessern, erteilte ihr Emma Adler, die Frau Victor Adlers, Sprachunterricht. So war Adelheid Popp eine der ersten Frauen, die sich in der Partei aktiv betätigten. Nach Aufgabe ihrer Fabriksarbeit widmete sie sich ausschließlich der politischen Arbeit. In dieser Zeit gelang es ihr, die Fabriksarbeiterinnen erstmals zu organisieren. Im Jahr 1894 heiratete sie den sozialdemokratischen Vertrauensmann Julius Popp, der jedoch nach kurzer Ehe starb. Als 1918 nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie der Wiener Gemeinderat durch Kooptierung von Arbeitervertretern zum provisorischen Gemeinderat erweitert wurde, war auch sie Mitglied dieser Körperschaft. Gleichzeitig wurde sie in den ersten Nationalrat der Republik gewählt, dem sie durch die folgenden vier Gesetzgebungsperioden bis 1934 angehörte. 1934 bewahrte sie nur ein Krankenhausaufenthalt vor der Inhaftierung. Von den Gesetzen, die auf einen Initiativantrag von Adelheid Popp zurückgehen, sei besonders auf das Hausgehilfengesetz verwiesen, welches an die Stelle der rückständigen Dienstbotenordnungen trat. Schon früh begann sie, die Welt ihrer proletarischen Jugend in Büchern festzuhalten. Zu nennen sind: „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ (1909), „Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein“ (1911) und „Erinnerungen. Aus meinen Kindheits- und Mädchenjahren“ (1915).

Als sie am 7. März 1939 im Lainzer Krankenhaus in Wien starb, wurde von den nationalsozialistischen Machthabern jeder ehrende Nachruf verboten. Im Jahre 1949 ehrte die Stadt Wien Adelheid Popp durch die Benennung einer Wohnhausanlage mit ihrem Namen. (Schluß) red/bs

Bereits am 5. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Am Donnerstag Wiener Vorlesungen

Prof. Antal Festetics im Rathaus

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Am kommenden Donnerstag, dem 9. März, um 19 Uhr, findet im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses wieder eine Veranstaltung im Rahmen der „Wiener Vorlesungen“ statt. Univ.-Prof. Dr. Antal FESTETICS spricht über das Thema „Mitgeschöpf und Mitgefühl — Über den Mißbrauch von Ökologie und Emotion in unserer Zeit“. Moderatorin der Veranstaltung ist Dr. Barbara RETT. (Schluß) ger/gg

Vollversammlung des Vereins für Geschichte der Stadt Wien

Wien, 6.3. (RK-LOKAL) Das Sommersemester 1989 des Vereins für Geschichte der Stadt Wien beginnt mit dessen Vollversammlung am Donnerstag, dem 9. März, um 18 Uhr, im Wappensaal des Rathauses (Wien 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege 2). Auf der Tagesordnung steht auch ein Festvortrag. Univ.-Doz. Dr. Peter CSENDES (Wiener Stadt- und Landesarchiv) spricht zum Thema „Straßen und Straßennamen in Wien“. Gäste sind herzlich willkommen! (Schluß) am/gg

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 6.3. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

INNERE STADT: Mittwoch, 8. März, 14.30 Uhr, BV 1, Wipplingerstraße 8;

ALSERGRUND: Mittwoch, 8. März, 17 Uhr, BV 9, Währinger Straße 43;

SIMMERING: Donnerstag, 9. März, 14 Uhr, BV 11, Enkplatz 2;

WÄHRING: Donnerstag, 9. März, 17.30 Uhr, BV 18, Martinstraße 100;

JOSEFSTADT: Mittwoch, 15. März, 17 Uhr, BV 8, Schlesingerplatz 4.

(Schluß) end/gg

Neue Projekte des Vereins „Niederösterreich – Wien“

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Der Verein „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume“ hat für das heurige Jahr wieder interessante Vorhaben auf seinem Programm. Das derzeit größte Projekt ist die Landschaftsgestaltung Wienerberg-Ost, die 1989 abgeschlossen werden soll. Aber auch in Niederösterreich wurden und werden zahlreiche Freizeit- und Erholungseinrichtungen gefördert, wobei der Schwerpunkt derzeit bei der Errichtung von Rad- und Wanderwegen sowie bei der Modernisierung und Ausgestaltung von Schutzhütten liegt.

Größtes Interesse besteht zur Zeit darin, den bereits sehr stark frequentierten Radweg Passau – Wien besser auszubauen und von Wien aus in östlicher Richtung entlang der Donau bis Hainburg zu verlängern. Der Donaubegleitradweg soll durch den im Entstehen begriffenen Archäologischen Park Carnuntum verlaufen. Hier ist auch eine Erholungsanlage mit einem Feuchtbiotop, Spielwiesen, Rast- und Ruheplätzen vorgesehen. Zur Verbindung der einzelnen Grabungsstätten sollen Wander- und Radwege angelegt werden. Außerdem besteht im Tullner Raum der Wunsch, ein Radwegenetz auszubauen und dieses an den Donaubegleitweg anzuschließen.

Ebenso soll ein Radwegesystem im Wiental errichtet werden, insbesondere in den Bereichen Purkersdorf – Tullnerbach – Preßbaum.

Der Verein „Niederösterreich – Wien, gemeinsame Erholungsräume“ wurde 1974 gegründet und wird von den beiden Bundesländern mit jährlich je 5 Millionen Schilling dotiert. (Schluß) du/gg

„Literatur für junge Leser“ im Palais Auersperg

Wien, 6.3. (RK-KULTUR) Vom 8. bis 15. März findet im Palais Auersperg die „Literatur für junge Leser“ 1989 statt. Die Kinderliteraturwoche, die am Mittwoch, dem 8. März, 11 Uhr, von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnet wird, steht heuer unter dem Motto „Geschichten erzählen — Geschichten erleben“.

Sie soll wieder dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf kurzweilige Weise für Literatur zu interessieren und schließlich für das Lesen zu gewinnen. Neben dem Vorlesen und Erzählen stehen Begegnungen mit Schriftstellern und Bilderbuchmachern, Filme, Kindertheateraufführungen und verschiedene schöpferische Aktivitäten für Kinder aller Altersstufen, wie eine „Medienwerkstatt“ und eine „Schreibwerkstatt“ auf dem Programm.

Einen besonderen Akzent der Literaturwoche bildet die Ausstellung „Österreichische Kinderbücher, gestern und heute“, die für die Europalia 1987 zusammengestellt worden war. Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung illustrierter Kinder- und Jugendbücher in Österreich vom Biedermeier bis zur Gegenwart. (Schluß) gab/gg

Erste Großpräsentation Wiens in Athen

Eröffnung durch Bürgermeister Zilk

Wien, 6.3. (RK-LOKAL) Vorige Woche wurde die bisher größte Präsentation Wiens in Griechenland von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und dem Athener Bürgermeister Miltiades EVERT eröffnet. Die Veranstaltung „Wien begrüßt Athen“ umfaßt eine Reihe von Ausstellungen und gesellschaftlichen Ereignissen, die bis 26. März in verschiedenen Gebäuden der griechischen Hauptstadt stattfinden. Veranstalter sind die Kulturabteilung der Stadt Athen, die Stadt Wien und der Wiener Fremdenverkehrsverband in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Vertretungsbehörden in Athen, der AUA, dem Athener Hotel Inter-Continental und dem Griechisch-österreichischen Kulturinstitut.

Kernpunkt ist die große Wien-Ausstellung des WFVV mit einem Modell der Wiener Altstadt und einem Wiener Kaffeehaus im Kunstzentrum Kentro Technon. Im Kulturzentrum Pneumatiko Kentro wird eine Ausstellung über Arbeiten von Pantelis DESSYLLAS gezeigt, der seit 15 Jahren für die Österreichischen Bundestheater in Wien wirkt, weiters die Ausstellung „Plakat-kunst in Wien“ mit Leihgaben der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die Fotoausstellung „Bauen in Wien“ von Walter ZEDNICEK, Bilder des österreichisch-griechischen Malers Dimitrios SAKELLARIOU und eine Wien-Multivision. Auch hier ist ein kleines Wiener Kaffeehaus installiert.

In der Städtischen Pinakothek werden Faksimiles von Klimt- und Schiele-Graphiken der Wiener Albertina präsentiert, und im Griechisch-österreichischen Kulturinstitut gastiert die kleine WFVV-Wanderausstellung „Wiener Impressionen“. An verschiedenen Plätzen der Stadt sind die Karikaturen-Puppen des WFVV „Wiener Typologie“ aufgestellt.

Wien-Ball

Gesellschaftlicher Höhepunkt war ein Wien-Ball im Athener Hotel Inter-Continental am 4. März, veranstaltet von SEFA, dem Verein der ehemaligen griechischen Studenten an österreichischen Hochschulen, unterstützt vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien. Der Ball war Wochen vorher schon ausverkauft und eine ideale Einstimmung des Athener Publikums auf die diversen Kultur-Veranstaltungen. Auch die Athener Presse widmet den Wien-Präsentationen seit Wochen breite Berichterstattung, und das Stadtradio bewirbt sie mit eigenen Werbe-Spots. Am ersten Ausstellungstag wurden in den beiden großen Veranstaltungszentren bereits über 700 Besucher gezählt. Das Inter-Continental Hotel veranstaltet während der gesamten Dauer der Präsentationen gastronomische Wien-Wochen und hat ein Wiener Kaffeehaus eingerichtet; live-Musik und Wiener Patissier dafür sponserte der WFVV. (Schluß) wfv/rr

ÖVP: Kritik an der Schulpolitik

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Mangelnde Koordination im Schulbereich, das Fehlen eines Schulentwicklungsprogrammes auf der Basis von Prognosen über Schülerzahlen und zuwenige Möglichkeiten für das Bundesland Wien, den spezifischen regionalen Gegebenheiten mit sachgerechten Modellen im Schulbereich entsprechen zu können, kritisierte der Vizepräsident des Stadtschulrates für Wien, ÖVP-Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK Montag in einer Pressekonferenz. Wien brauche eigene Wege in der Bildungspolitik für die ganztägigen Schulen, die Integration von ausländischen Schülern, den Übertritt von der Volksschule in weiterführende Schulen, damit Schüler begabungs- und leistungsgerecht zugeordnet werden können, sowie die Entbürokratisierung der Schulen.

Neuer Vertrag für EBS und Hauptkläranlage

Einen am Freitag dem Gemeinderatsausschuß für Umwelt vorgelegten neuen Vertragsentwurf für EBS und Hauptkläranlage Simmering kritisierte GR. Dr. Johannes HAWLIK (ÖVP). Der neue Vertrag basiere auf Mehrkosten von rund 1,3 Milliarden Schilling, die durch nur zwei zusätzliche Projekte, nämlich die Geruchsabdeckung und infrastrukturelle Maßnahmen im Strom- und Wasserbereich, nicht gerechtfertigt seien, sagte Hawlik. Im wesentlichen bestehe der Inhalt des neuen Vertragsentwurfes aus jenen Projekten, die bereits im Vertrag von 1985 festgehalten, aber durch Planungsmängel bis heute nicht realisiert seien. Einziges verwirklichtes Projekt sei die Rauchgaswäsche, die bisher nicht abgenommen sei. Ungelöst sei das Problem der Entsorgung des Filterkuchens und der technischen Maßnahmen zur Senkung der Dioxinwerte. Der neue Vertrag sehe für Projekte wie die Erweiterung der Hauptkläranlage, der Installierung einer CP-Anlage, der Spitalsmüllverbrennung, der Faß- und Tanklagerbehandlungen, usw. Kosten in der Höhe von insgesamt 2,78 Milliarden Schilling vor, die offensichtlich aus der nun zur Begutachtung vorgelegten Müllsteuer finanziert werden sollen, sagte Hawlik. (Schluß) jel/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 7. März 1989

Blatt 449

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Ab 1. Jänner 1990 neues Wiener Krankenanstaltengesetz (458)

Kommunal/Lokal:

Seit fünf Jahren Beschwerdekommission für Gemeindemieter (451)

Symposium über Krebsursachen (454)

Straßenbahnlinie „67“ wird bis zu den Wienerberggründen verlängert (455/456)

„Wien grüßt Budapest“ — am 18. März Wien-Tag in Budapest (457)

EBS: Sofortprogramm voll verwirklicht (459)

Kultur:

Plattenpräsentation José Felicianos im Wiener Rathaus (450)

Kulturkonferenz „Freie Theatergruppen“ (452/453)

Plattenpräsentation José Felicianos im Wiener Rathaus

Welterstveröffentlichung einer neuen Langspielplatte

Wien, 7.3. (RK-KULTUR) José FELICIANO präsentierte am Montagabend in der Volkshalle des Wiener Rathauses seine neueste Langspielplatte: „I'm never gonna change“. Im Rahmen der Welterstveröffentlichung stellte er auch sein neuestes Lied vor, welches er geschrieben, getextet und produziert hat: „Vienna Nights“.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte, er sei glücklich und stolz, nach 20jährigem Erfolg Felicianos, mit bisher 100 Millionen verkauften Schallplatten, in ihm einen erklärten Wien-Fan gefunden zu haben.

José Feliciano ist der einzige Künstler, der Grammy-Awards für Lieder in zwei Sprachen erhielt. 1988 war für Feliciano ein Jahr mit zahlreichen Höhepunkten. Seine Tournee führte ihn rund um die Welt. Ein musikalischer Traum, mit einem der besten Symphonieorchester der Welt zu konzertieren, erfüllte sich in Wien, wo er mit den Wiener Symphonikern spielte. Wien ist für José Feliciano „europäische Heimatstadt“ geworden. Den internationalen Charakter Wiens unterstrich sein Lied „Living in a World“: Mit zwölf Kindern der Internationalen Schule Wien aus zwölf verschiedenen Ländern sang er es am Abend unter tosendem Applaus. (Schluß) hu/gg



Foto. PID Hutterer

Selt fünf Jahren Beschwerdekommisionen für Gemeindemietler

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Heute vor fünf Jahren haben die Wohnungskommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Sie wurden als unbürokratische und dezentrale Service- und Beschwerdestelle für Mieter und Wohnungssuchende durch einen einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates am 27. Jänner 1984 eingerichtet.

Ursprünglich wurde diese Einrichtung nur auf ein Jahr befristet, doch stellte sich sehr rasch der Bedarf nach einer derartigen Servicestelle heraus. In den ersten fünf Jahren haben sich insgesamt etwa 12.500 Menschen an die Wohnungskommissionen gewandt.

Die insgesamt fünf, jeweils für bestimmte Stadtgebiete zuständigen Wohnungskommissionen sind parlamentarisch zusammengesetzte Gremien unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen. An die Wohnungskommission kann man sich schriftlich (1, Bartensteingasse 7-9) oder mündlich in den wöchentlichen Sprechstunden wenden.

Etwa die Hälfte der vorgebrachten Wünsche und Beschwerden konnte sofort und unbürokratisch erledigt werden. Die anderen Fälle wurden den Kommissionen zur Entscheidung vorgelegt. Zum Großteil konnten mit den zuständigen Magistratsabteilungen einvernehmliche Lösungen gefunden werden. In 13 Prozent der Fälle wurde aufgrund besonderer sozialer Umstände auch entgegen der Auffassung einer Magistratsabteilung entschieden und eine entsprechende Vorgangsweise verlangt. 98,5 Prozent aller Beschlüsse der Wohnungskommissionen wurden einstimmig entschieden.

Insgesamt wurden 76 Prozent aller an die Wohnungskommissionen herangetragenen Wünsche und Beschwerden zur Zufriedenheit der Hilfesuchenden erledigt. Nicht zuletzt dadurch haben sich die Wohnungskommissionen einen guten Ruf erworben und bewiesen, kein „Salzamt“ zu sein.

Neue Aufgaben warten nun auf die Wohnungskommissionen im Zuge der erweiterten Mitbestimmung der Gemeindemietler. Denn im „Mietermitbestimmungsstatut“ sind die Wohnungskommissionen als Streitschlichtungsstelle zwischen Mietervertretern und Wohnhausverwaltung, aber auch zwischen einzelnen Mietern und Mietervertretern vorgesehen.

Die insgesamt fünf Wohnungskommissionen halten an folgenden Orten Sprechstunden ab:

WOHNUNGSKOMMISSION 1 (für die Bezirke 1,2,6,7,8,9,20 sowie für Obdachlose), 1. Bezirk, Bartensteingasse 7-9, Dienstag 14 bis 17.30 Uhr;

WOHNUNGSKOMMISSION 2 (für die Bezirke 3,4,10,11), 3. Bezirk, Landstraßer Gürtel 8/6/40, Donnerstag 14 bis 17.30 Uhr;

WOHNUNGSKOMMISSION 3 (für die Bezirke 5,12,13,23), 12. Bezirk, Schönbrunner Straße 259, Donnerstag 15 bis 17.30 Uhr;

WOHNUNGSKOMMISSION 4 (für die Bezirke 14 bis 19), 17. Bezirk, Elterleinplatz 14, Dienstag 14 bis 17.30 Uhr;

WOHNUNGSKOMMISSION 5 (für die Bezirke 21 und 22), 22. Bezirk, Donaustadtstraße 1, Dienstag 15 bis 17.30 Uhr. (Schluß) ah/gal

Kulturkonferenz „Freie Theatergruppen“

Wien, 7.3. (RK-KULTUR) Die Steigerung des Budgets für die Förderung der Freien Gruppen und die Neugestaltung des Förderungsverfahrens betonte die amtsführende Stadträtin für Kultur, Dr. Ursula PASTERK, in ihrem Eröffnungsreferat zur ersten Kulturkonferenz am Montag nachmittag.

Mit der gestrigen Kulturkonferenz zur Freien Theaterarbeit eröffnete die Geschäftsgruppe Kultur eine neue Veranstaltungsreihe, bei der in unregelmäßiger Folge und nach „Bedarf“ aktuelle, wichtige und auch brisante Fragen und Themen der Kulturpolitik diskutiert werden sollen.

Zu ihnen werden mit dem Ziel des Meinungsaustausches zwischen der verantwortlichen Kulturpolitikerin, der Verwaltung und den Kunst- und Kulturproduzenten auch andere Interessierte eingeladen.

An der gestrigen Kulturkonferenz nahmen neben Kulturstadträtin Dr. Ursula Pasterk noch die Mitglieder des im Oktober 1988 geschaffenen, aus zehn Mitgliedern bestehenden Beirates teil, der sie bei der Förderung der Freien Gruppen berät.

Einleitend verwies die Stadträtin auf den auch im internationalen Vergleich feststellbaren Wachstumsboom bei den Freien Gruppen, der zu einem Verlust an Qualität bei der Theaterarbeit geführt habe: Derzeit bestehen in Wien zwischen 130 bis 150 Gruppen.

„Unter Gesichtspunkten des unübersichtlichen Wachstums und des einhergehenden Verlustes an Qualität kann ich das Terrain der Freien Gruppen, wie es sich heute herausgebildet hat, nicht mehr vorbehaltlos bejahen“. Doch würdigte Pasterk wegen der „Anregerfunktion“ der Freien Gruppen für die etablierten Bühnen und die Gesellschaft die „freie Theaterarbeit ausdrücklich“. Um ihre Anregerfunktion nicht zu gefährden, müsse die Kulturpolitik qualitativ-steuernd die Situation und auch die künftige Entwicklung der Freien Gruppen beeinflussen.

Kulturpolitik müsse ihre Gestaltungsaufgabe wahrnehmen, ansonsten reduziere sie sich auf das „freihändige, geradezu blinde Bereitstellen von Geld“, sagte Pasterk.

Die Gestaltungsaufgabe wurde durch die lang praktizierte Förderung verabsäumt, daher sei die Umstellung auf ein Förderungsverfahren, das sich an erkennbaren qualitativen Kriterien ausrichtet statt am Gießkannenverfahren, unumgänglich geworden. „Kein Kulturpolitiker kann sich damit begnügen, einen gleichmäßig verteilten 'Regen' von Subventionen über alles, was sich als Kunst oder Kultur definiert, herabrieseln zu lassen“, betonte Pasterk.

Die Beurteilung der von den Freien Gruppen zur Förderung eingereichten Projekte erfolgt durch einen Beirat, in dem fünf Vertreter der „fundierten“ Theorie und fünf Vertreter, die langjährige Erfahrungen in der praktischen Theaterarbeit haben, angehören.

Im Vergleich mit anderen Städten wie Berlin, Frankfurt/Main oder Salzburg ist das neue Förderungsmodell ein fast einzigartiges kulturpolitisches Experiment. Auch das in Wien bereitgestellte Budget ist z. B. um 1000 Prozent höher als in Frankfurt/Main.

In der Diskussion wurde das neue Förderungsmodell der Freien Gruppen mehrheitlich begrüßt. Es steht nicht mehr in Frage, sondern es stellt sich der Auftrag seiner weiteren Ausgestaltung.

In ihrem Schlußwort ging Kulturstadträtin Dr. Ursula Pasterk zunächst auf einige konkrete Fragen ein. „Beim Wunsch nach einer Theaterfabrik müsse man zwar realistisch sein, aber es sei auch realistisch, diesen Wunsch zu

äußern." Es werde die Aufgabe der Kulturpolitik sein, sich dafür einzusetzen.

Pasterk zog ein positives Resümee der Kulturkonferenz. Das von einigen Medien und der Konfliktkommission Theater artikulierte Mißtrauen gegen den Beirat sei von den Freien Gruppen nicht nachvollzogen worden. Was das Beiratsmodell bringe, werde man in einem bis zwei Jahren klar sehen. Jedenfalls seien die „kritische Reflexion“ und die „Selbstreflexion“ sowie die „Demokratisierungsdiskussion“ im Beirat weit fortgeschritten. Der Beirat sei und bleibe veränderbar, es gelte nun, die Diskussion fortzusetzen. (Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 452

Symposium über Krebsursachen

Weltweit: Sechs Millionen Krebsfälle jährlich

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Weltweit sind gegenwärtigen Schätzungen zufolge rund sechs Millionen Menschen jährlich — davon etwa die Hälfte in Entwicklungsländern — an Krebs erkrankt. Während der Magenkrebs international gesehen eine rückläufige Tendenz aufzuweisen hat, steigt die Todesrate beim Lungenkrebs, und hier insbesondere bei den Frauen, weltweit stark an. Oberstes Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den europäischen Raum: Die Krebssterblichkeit soll mit nationalen Kampagnen und Präventionsmaßnahmen bis zum Jahr 2000 um zumindest 15 Prozent gesenkt werden. Dies waren unter anderem Ergebnisse eines Symposiums über „Epidemiologie maligner Erkrankungen“, das Gesundheitsminister Ing. Harald Ettl gemeinsam mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher Montag eröffnete. Die Veranstaltung wurde im Rahmen des Krebsjahres 1989 vom Fonds „Gesundes Österreich“ gemeinsam mit der „Österreichischen Krebshilfe“ für niedergelassene Ärzte in Wien, Niederösterreich und Burgenland durchgeführt. Im Rahmen des Symposiums berichteten in- und ausländische Experten über Ursachen und Entwicklung der häufigsten Krebsformen.

Erfolgreiche Zwischenbilanz der Krebskampagne

Gesundheitsstadtrat Stacher zog anlässlich der Veranstaltung auch eine erste positive Zwischenbilanz der Ende Jänner gestarteten österreichweiten Krebskampagne. Ersten Erfahrungen zufolge ist diese Aktion bisher auf reges Interesse in der österreichischen Bevölkerung gestoßen, was nicht zuletzt auch auf das Mitwirken der Medien zurückzuführen ist. So ist, laut Univ.-Prof. Dr. Heinz Ludwig von der Österreichischen Krebshilfe, die Frequenz des unter der Wiener Telefonnummer 4807 eingerichteten Krebsinformationsdienstes (Montag bis Freitag, jeweils zwischen 10 und 18 Uhr erreichbar) auf das Vier- bis Fünffache gestiegen.

Trends der Krebssterblichkeit

Im Rahmen des Symposiums wurde unter anderem festgestellt, daß Krebserkrankungen praktisch in allen europäischen Ländern ein zentrales Gesundheitsproblem darstellen. Im Bezug auf Krebserkrankungen, Erkrankungshäufigkeit und Trends gibt es allerdings deutliche Unterschiede innerhalb der einzelnen Länder. Was Österreich betrifft, so erreichte die Krebssterblichkeit Mitte der 60er Jahre ihren Höhepunkt. Bei den Krebsformen ist etwa der Magenkrebs — das häufigste Karzinom in den 50er Jahren — um etwa 50 Prozent zurückgegangen. Dies ist sicherlich auf eine verbesserte Früherkennung und Therapie zurückzuführen. Der Lungenkrebs, die häufigste Krebsform bei Männern, hat sich bei den Frauen seit 1950 mehr als verdoppelt. Abgenommen hat erfreulicherweise auch die Sterblichkeitsrate beim Gebärmutterkrebs, was ebenfalls auf die verbesserten Möglichkeiten der Früherkennung zurückzuführen ist. Der Darmkrebs scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben, hingegen haben sich Brust- und Prostatakrebs seit den 50er Jahren verdoppelt und zeigen nach wie vor eine steigende Tendenz. Im internationalen Vergleich wurde Österreich in der Gesamtkrebssterblichkeit von fast allen westeuropäischen Ländern überholt und liegt derzeit nur mehr im Mittelfeld.

Regionale Unterschiede

Bei Aufarbeitung der Krebsdaten konnte aber auch festgestellt werden, daß es regionale Unterschiede und innerhalb Österreichs Gebiete mit überdurchschnittlicher Krebshäufigkeit gibt. So ist der Lungenkrebs vor allem im Raum Wien bis in Teile des Burgenlandes, aber auch großen Teilen Kärntens festzustellen. Der Magenkrebs hingegen konzentriert sich vor allem in den an Bayern angrenzenden Gebiete Oberösterreichs, Salzburgs und Tirols sowie im Burgenland. (Schluß) zi/rr

Straßenbahnlinie „67“ wird bis zu den Wienerberggründen verlängert

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Auf den Wienerberggründen in Favoriten wurden und werden eine Vielzahl von neuen Wohnungen errichtet. Dieses Wohngebiet soll nun durch ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel, das direkt zur U-Bahn-Linie U 1 am Reumannplatz führt, erschlossen werden. Im kommenden Frühjahr werden die Gleisbauarbeiten für eine Verlängerung der Straßenbahnlinie „67“ über eine rund einen Kilometer lange Strecke von der derzeitigen Endstation in der Neilreichgasse beginnen. An einzelnen Stellen wurden bereits im Zuge von Straßenbauarbeiten der Magistratsabteilung 28 Gleisstücke verlegt. Noch heuer soll auf der Neubaustrecke die Straßenbahn fahren. Dies gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Neue Trasse entlang der Otto-Probst-Straße

Die Trasse der Verlängerungsstrecke zweigt von der derzeitigen Endschleife im Bereich Neilreichgasse/Frödenplatz in westlicher Richtung ab, wobei zunächst die Neilreichgasse überquert wird. Die Gleise verlaufen dann auf einem eigenen Gleiskörper an der nördlichen Seite der Otto-Probst-Straße. Sie werden durch zwei Grünstreifen und durch die Straße von den Wohnhäusern getrennt.

Etwa in der Mitte des 1987 fertiggestellten ersten Bauteiles der Wohnhausanlage West auf den Wienerberggründen wird eine Haltestelle errichtet. In der Mitte des zweiten Bauteiles der Wohnhausanlage schwenkt die Otto-Probst-Straße nach Süden. Wiederum im mittleren Bereich dieses Straßenabschnittes wird eine weitere Haltestelle errichtet (siehe Planskizze). Dort wird die Straßenbahntrasse auch mit der Straße verschwenkt. Die neue Endschleife an der nächsten Biegung der Otto-Probst-Straße wird so gebaut, daß eine Umsteigestelle zu einer in Planung befindlichen Buslinie in dieses Gebiet entsteht.

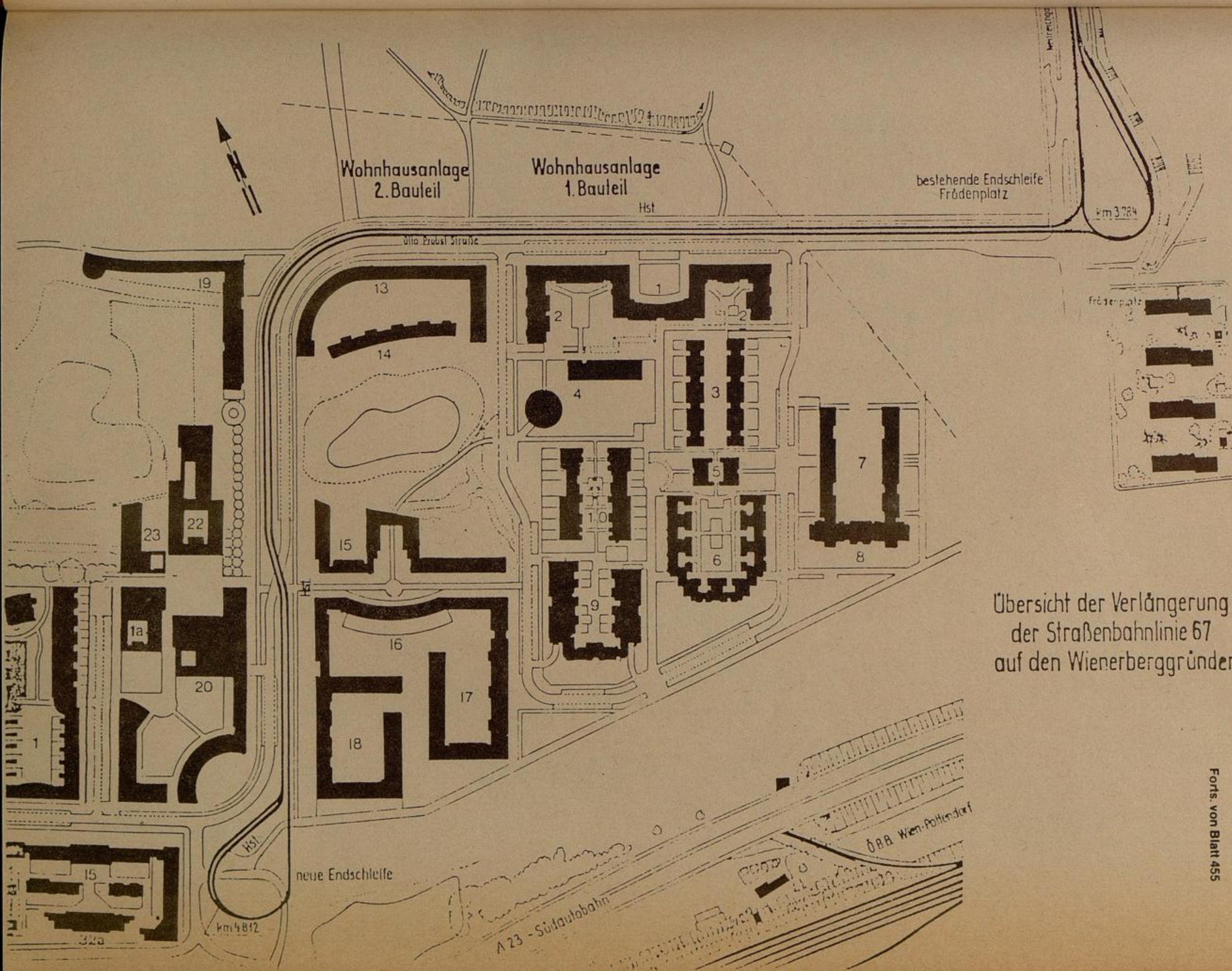
Grünstreifen entlang der gesamten Trasse

In allen Bereichen der neuen Straßenbahntrasse — ausgenommen der Überfahrten — verlaufen neben dem eigenen Gleiskörper auf beiden Seiten mindestens drei Meter breite Grünstreifen, die entsprechend bepflanzt werden sollen.

Für die Verlängerung der Linie „67“ müssen insgesamt rund 2.210 Meter Gleis und vier Weichen neu verlegt werden. Die Baukosten dafür werden rund 40 Millionen Schilling betragen. Die Konzession für Bau und Betrieb der Verlängerungsstrecke wurde den Verkehrsbetrieben im Jänner erteilt.

Die Fahrzeit von der neuen Endstelle auf den Wienerberggründen bis zum Reumannplatz (U 1) beträgt 18 Minuten. Die Intervalle und Betriebszeiten werden dem derzeitigen Angebot auf der Linie „67“ entsprechen. Die jährlichen Betriebskosten auf der rund einen Kilometer langen Verlängerungsstrecke werden sieben Millionen Schilling betragen. (Forts. mgl.) roh/gg

Forts. auf Blatt 456



Übersicht der Verlängerung
der Straßenbahnlinie 67
auf den Wienerberggründen

Forts. von Blatt 455

„Wien grüßt Budapest“ – am 18. März Wien-Tag in Budapest

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto „Wien grüßt Budapest“ ist Wien am 18. März in der ungarischen Hauptstadt zu Gast, eingebunden in das Budapester Frühlingsfestival. Damit wird die Zusammenarbeit der beiden Großstädte vor allem im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 dokumentiert. An diesem Wien-Tag in Budapest gibt es Begegnungen von Künstlern und von Berufsschülern aus beiden Hauptstädten sowie den ersten Wien-Ball im Hotel DUNA Intercontinental. Schon am Vortag des Wien-Tages in Budapest wird Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eine gemeinsame Ausstellung von zeitgenössischen Künstlern beider Länder in der Nationalgalerie sowie das Frühlingsfestival in Budapest eröffnen.

Für die Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt gibt es am Samstag, dem 18. März, ein buntes Programm. Auf öffentlichen Plätzen wird eine Wiener Blasmusikkapelle Konzerte veranstalten. Auf einer innerstädtischen Linie von Budapest werden vier Wiener City-Busse eingesetzt. Weiters werden Geräte der Straßenreinigung, der Müllabfuhr und des Winterdienstes der Wiener Stadtverwaltung in Budapest vorgeführt. Auf der „Reise 89“ (Publikumsmesse über Tourismus) gibt es Informationen über die geplante „EXPO 95“.

Im Budapester Rathaus treffen einander am Samstag Budapester und Wiener Berufsschüler. Es werden Burschen und Mädchen aus dem Gastgewerbe sowie angehende Friseure, Computerfachleute, Kosmetiker, Gärtner usw. einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch führen. Bei dieser Gelegenheit werden der Bürgermeister von Budapest Jozsef BIELEK und Wiens Bürgermeister Dr. Helmut Zilk mit den jungen Menschen aus beiden Städten diskutieren.

Für die Jugend aus Budapest gibt es am Abend in der Petöfi-Halle ein großes Programm unter dem Motto „Vienna Disco Night“. (Forts. mgl.) red/rr

Ab 1. Jänner 1990 neues Wiener Krankenanstaltengesetz

Wien 7.3. (RK-POLITIK) Vizebürgermeister Hans MAYR kündigte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters eine Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz an, mit der dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes über die sogenannten Fremdpatienten Rechnung getragen werden soll. Die Novelle könnte noch im heurigen Juni vom Wiener Landtag beschlossen werden, als Termin für das Inkrafttreten ist der 1. Jänner 1990 vorgesehen. Damit bleibt, so Mayr, noch genügend Zeit, um mit den anderen Bundesländern über die Kostenübernahme zu verhandeln. Mayr unterstrich, daß die Regelung sicher keine Einbahnstraße sei: Wien werde für die Behandlung von Wiener Patienten in anderen Bundesländern selbstverständlich die Kosten übernehmen. Die finanziellen Auswirkungen der Neuregelung bezifferte Mayr mit „netto mehr als 500 Millionen Schilling pro Jahr“. (Schluß) sei/gg

EBS: Sofortprogramm voll verwirklicht

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR warf Dienstag ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK vor, in seiner EBS-Kritik von einem nicht ausreichendem Wissensstand auszugehen. Mayr: „Hawlik liegt mit seiner Kritik schief.“ Nach Hawlik habe man erst am 2. März 1989 eingestanden, von einem Gesamtkonzept abzugehen und Einzelprojekte zu realisieren — in Wahrheit wurde die Realisierung in Teilschritten bereits am 24. Jänner 1986 der Öffentlichkeit bekanntgegeben, betonte Mayr. Bereits im Jänner 1986 wurden die Schlammwässerung, der Einbau einer Rauchgasreinigungsanlage und der Bau von Abdeckungen als Sofortprogramm — das mittlerweile voll verwirklicht worden ist — angekündigt. Über die Zerlegung des ursprünglichen Gesamtprojektes in Teilschritte wurde laufend informiert — so im Juli 1986 und besonders ausführlich und detailliert in gemeinsamen Sitzungen des Finanz- und Kontrollausschusses im Dezember 1986 und im August 1987. Es ist bedauerlich, so Mayr, daß Hawlik von all diesen Dingen erst im März 1989 erfahren haben will. (Schluß) sei/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 8. März 1989

Blatt 460

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk und Häupl: Wo bleibt Flemmings Treibgasverbot? (466)

Kommunal/Lokal:

Österreichs Städte wollen vermehrt umweltbewußt einkaufen (462/463)

Kultur:

„Literatur für junge Leser“ eröffnet (465)

Wirtschaft:

Neue Wege für die ODELGA (464)

Sport:

Wieden: Fechtkurse für jedermann (461)

Wieden: Fechtkurse für Jedermann

Wien, 8.3. (RK-SPORT/LOKAL) Interessenten für den Fechtsport haben die Möglichkeit, auf unkomplizierte Weise diese traditionsreiche Sportart erlernen zu können. Der WAT Wieden — unterstützt vom Sportamt der Stadt Wien — führt laufend Kurse durch, in die man jederzeit „einsteigen“ kann und dennoch in die Geheimnisse von der Pike auf eingeweiht wird. Auf dem ständigen Programm stehen Anfängerkurse, Kinder- und Jugendkurse, Konditionskurse und Leistungskurse. Auskünfte und Anmeldungen sind bei Herrn Anatole RICHTER, Wien 4, Graf-Starhemberg-Gasse 8, Telefon 34 25 20/571 DW möglich. (Schluß) ull/rr

Österreichs Städte wollen vermehrt umweltbewußt einkaufen

Kennzeichnung für umweltgerechte Produkte gefordert

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Die österreichischen Städte können durch ihre Einkaufspolitik durchaus in einzelnen Teilbereichen die Entwicklung umweltgerechter Produkte positiv beeinflussen. Unter dem Vorsitz des Umweltschutzkoordinators der Stadt Graz richtete der Städtebund eine Arbeitsgruppe ein, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Allerdings sind die Städte trotz Ausgaben in Milliardenhöhe vielfach auf die Angebote der Wirtschaft angewiesen. Oft fehlt die entsprechende Deklaration der Produkte. Für viele Städte ist dieses Gebiet überhaupt Neuland. Erfahrungsaustausch und gegenseitige Abstimmung zwischen den österreichischen Städten im Rahmen des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes sollen nun helfen, das umweltbewußte Einkaufen, das in Wien und in vielen anderen Städten schon in Ansätzen praktiziert wird, weiter auszubauen und dadurch umweltfreundliche Produkte verstärkt zu fördern. An der Sitzung nahmen die für das Beschaffungswesen der größten Städte Österreichs Verantwortlichen sowie Vertreter der Technischen Universität Graz teil.

Schwerpunkte des umweltgerechten Einkaufes sind heute der gesamte Bereich der Papierwaren, in zunehmendem Maße auch der Reinigungsmittel sowie der Farben und Lacke. Darüber hinaus sind die Städte bemüht, Mehrzweckgebilde zu verwenden, nur Möbel aus formaldehydfreien Spanplatten zu kaufen und andererseits als problematisch einzustufende Produkte, wie z. B. Treibgase, nicht mehr einzusetzen.

Vom Grazer Einkaufsbudget wurden 1988 — bei Anwendung strengster Kriterien — zirka zehn Prozent des gesamten Auftragswertes für umweltgerechte Produkte ausgegeben. 1989 soll dieser Anteil auf 18 Prozent gesteigert werden. In Linz beträgt der Anteil ökologischer Produkte im Bereich der Büroartikel rund 50 Prozent. Wien setzt beispielsweise im EDV-Bereich ausschließlich Recyclingpapier ein.

Vergaberichtlinien für umweltgerechtes Beschaffungswesen ausreichend

Eingehend wurde die Frage diskutiert, inwieweit sich die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit, denen die Gemeinden verpflichtet sind, mit den ökologischen Notwendigkeiten vereinbaren lassen. Die Arbeitsgruppe war der Ansicht, daß die bestehenden Vergaberichtlinien und die ÖNORM A 2050 für ein umweltgerechtes Beschaffungswesen ausreichend sind. Da in Österreich das Prinzip des Best- und nicht des Billigstbieters angewendet wird, läßt sich bei Vorliegen entsprechender ökologischer Gründe auch ohne Aufnahme zusätzlicher Bestimmungen in die Vergabevorschriften nicht nur die Anschaffung umweltgerechter Produkte, sondern gegebenenfalls auch ein höherer Preis rechtfertigen. Die Einkäufer der Städte stehen allerdings vor dem Problem, daß vielfach noch keine ausreichenden Unterlagen über die gesamten Umweltauswirkungen der einzelnen Produkte von der Erzeugung über den Vertrieb bis zur Entsorgung existieren, und auch keine vollständigen Informationen über die Qualität der umweltgerechten Produkte vorliegen. Zum Beispiel fehlen Angaben über die Lebensdauer von Recyclingpapier. Die Arbeitsgruppe erachtet es deshalb als unbedingt notwendig, umweltgerechte Produkte entsprechend zu kennzeichnen.

Unterschiedliche Erfahrungen und Ansichten gibt es derzeit über den Einsatz von Recyclingpapier zu Kopierzwecken. Während eine Reihe von Herstellern von Fotokopiergeräten Anforderungen an die Papierqualität stellen, die die Verwendung von Recyclingpapier praktisch ausschließen, gibt es aus einzelnen Städten erste positive Erfahrungen über den Einsatz

von Umweltschutzpapier für Kopierzwecke. Graz und Linz verwenden z. B. trotz des höheren Reinigungserfordernisses für die Geräte bei Einfachkopierern bereits Recyclingpapier. Ein sich damit abzeichnender wesentlich breiterer Einsatz von Recyclingpapier wäre ein wesentlicher Fortschritt im Sinne des Umweltschutzes. Ein nächster Schritt der Arbeitsgruppe wird daher eine entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sein.

Mittelfristig wollen die Städte die Produktpalette ihrer Einkäufe darauf durchgehen, inwieweit sie noch stärker auf Umweltgesichtspunkte Bedacht nehmen können. Dazu sollen insbesondere die von den Städten derzeit in Auftrag gegebenen Studien (in Wien z. B. Reinigungsmittel, in Linz und Graz über „Umweltgerechte Beschaffung“) sowie ein Erfahrungsaustausch mit Vertretern des Bundes und anderer Institutionen beitragen. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 462

Neue Wege für die ODELGA

Wien, 8.3. (RK-WIRTSCHAFT) Der Generaldirektor der Wiener Holding, Dkfm. Dr. Ernst KRAUS, und die Geschäftsführer der Holding-Tochter ODELGA, Kommerzialrat Lutz HUBER und Dr. Erich HAIDER, berichteten am Dienstag abend in einer Pressekonferenz über die gelungene Sanierung der Medizintechnik-Firma. Da in den letzten beiden Jahren die traditionellen Exportmärkte in den Nahen Osten und in den COMECON völlig zusammengebrochen sind, hatte die ODELGA zwei Jahre lang hohe Verluste erlitten. Durch die Übernahme von Gebäude und Grundstück der ODELGA durch die Holding — sale and lease back — sowie durch die Zuführung von Gesellschaftermitteln wurden insgesamt 74 Millionen Schilling zur Sanierung des Unternehmens aufgebracht.

Durch Umstrukturierungen soll nun eine Offensivstrategie verfolgt werden. Gleichzeitig sollen die Handels- und Vertriebsaktivitäten verstärkt werden, und die ODELGA wird künftig den Dienstleistungsbereich forcieren. So soll den Spitälern in ganz Österreich ein Service rund um die Uhr angeboten werden. Ein neuer Hoffungsmarkt für die traditionsreiche Medizintechnik-Firma — sie wurde vor mehr als 100 Jahren gegründet — ist die Erstellung von Wirtschaftlichkeitsrechnungen für Verbrauchsgüter in den Spitälern sowie die Entsorgung von Spitalmaterial.

Das Sanierungsprogramm der ODELGA wurde in Zusammenarbeit mit der gesamten Belegschaft erarbeitet; darauf ist die Geschäftsführung besonders stolz. Allerdings wird der Mitarbeiterstand um etwa 30 Dienstnehmer gesenkt, wobei für die ausscheidenden Arbeitnehmer, in Zusammenarbeit mit der Holding, ein Sozialplan ausgearbeitet wurde. (Schluß)
fk/bs

„Literatur für junge Leser“ eröffnet

Wien, 8.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnete am Mittwoch im Palais Auersperg die Kinder- und Jugendliteraturwoche „Literatur für junge Leser“. Die Woche bietet unter dem Motto „Geschichten erzählen — Geschichten erleben“ bis 15. März täglich von 9 bis 18 Uhr Begegnungen mit Schriftstellern und Bilderbuchmachern, Kindertheater, Bilderbuchfilme und schöpferische Aktivitäten für Kinder, wie eine Medienwerkstatt und eine Schreibwerkstatt. Eine Sonderausstellung österreichischer Jugendbücher vom Biedermeier bis in die Jetztzeit ergänzt das Programm. Unter anderem lesen Ernst A. EKKER, Renate WELSH, Lene MAYER-SKUMANZ und Christine NÖSTLINGER aus ihren Büchern. Der Eintritt zu „Literatur für junge Leser“ ist frei. (Schluß) gab/bs

Zilk und Häupl: Wo bleibt Flemmings Treibgasverbot?

Verordnung für 1. Februar versprochen

Wien, 8.3. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL forderten heute, Mittwoch, Umweltministerin Dr. Marilies FLEMMING auf, die schon längst überfällige Verordnung zum Chemikaliengesetz zu erlassen, mit der ab 1. Februar 1989 die Herstellung und Einfuhr von Spraydosen mit vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen als Treibgas verboten werden sollten.

Zilk erinnerte Fleming daran, daß sie bereits im April vergangenen Jahres dieses Datum in Aussicht gestellt und in der Öffentlichkeit als „Meilenstein in der Umweltpolitik“ bezeichnet habe. Er müsse daher der Ministerin leider recht geben, wenn sie gestern bei der Londoner Konferenz zum Schutz der Ozon-Schicht erklärte, Österreich habe seine Vorreiterrolle in Umweltschutzfragen verloren und müsse aufpassen, nicht den Anschluß zu versäumen. „Frau Fleming kann damit nur ihre eigenen schweren Versäumnisse gemeint haben, wie das gebrochene Versprechen in Sachen Treibgasverbot beweist“, sagte Zilk.

Umweltstadtrat Häupl erklärte dazu: „Laut Untersuchungen wird die Ozon-Schicht über der nördlichen Halbkugel jährlich bis zu 3 Prozent dünner. Als Hauptverursacher dieser erschreckenden Entwicklung, die z.B. Klimaveränderungen nach sich ziehen kann, sind die gefährlichen FCKW hinlänglich bekannt. Es ist daher dringend notwendig, ein Verbot der FCKW als Treibgase zu erlassen und den Ersatz des FCKW-Gebrauches voranzutreiben. Positiv ist zu vermerken, daß ein Teil der Konsumenten bereits zu treibgasfreien Produkten greift.“ (Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 9. März 1989

Blatt 467

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk und Häupl nehmen Kritik an Flemming zurück (470/FS: 8.3.)

Häupl: Verordnung zum Treibgasverbot mit 31.1.1989 veröffentlicht (470)

Kommunal/Lokal:

Mayr: KRAZAF zahlt nicht für Fremdpatienten (468/FS: 8.3.)

Ehrung für Univ.-Prof. Dr. Anton Sattler (471)

415 Patienten gingen aus dem Pflegeheim Lainz wieder nach Hause (472)

Smejkal: Rund 60.000 Kindertagesheimplätze in Wien (473)

Die besten Maschinschreiber Österreichs (474)

Umfangreiche Bauinvestitionen beschlossen (476)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus (472)

Kultur:

Goldenes Verdienstzeichen für Dr. Mario Natale (469 FS: 8.3.)

Sport:

Ehrung für Franz Hanreiter (475)

Mayr: KRAZAF zahlt nicht für Fremdpatienten

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung der niederösterreichischen Landesregierung von heute, Mittwoch, erklärte Wiens Vizebürgermeister Hans MAYR, die Bundeshauptstadt bekommt aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) keine Gelder für die sogenannten Fremdpatienten. Die im Herbst 1988 abgeschlossene neue KRAZAF-Vereinbarung sieht nämlich keine finanzielle Abgeltung für die sogenannten Fremdpatienten vor. (Schluß) sei/rr

Bereits am 8. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Goldenes Verdienstzeichen für Dr. Marlo Natale

Wien, 8.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch dem italienischen Delegierten der „Viennale“, Dr. Mario NATALE, das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Dr. Natale ist in den verschiedensten journalistischen und organisatorischen Funktionen für den italienischen Film tätig. Derzeit leitet er das Pressebüro des Festivals dei due Mondi von Spoleto und ist Delegierter für Italien bei den Filmfestspielen in Cannes. Als Delegierter für Italien bei der „Viennale“ brachte er Regisseure wie Sergio Leone, Federico Fellini und heuer die Brüder Taviani in Zusammenhang mit den jeweiligen Retrospektiven im Filmmuseum nach Wien. (Schluß) gab/rr

Bereits am 8. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zilk und Häupl nehmen Kritik an Flemming zurück

Wien, 8.3. (RK-POLITIK) Zu der heutigen Aussendung der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ unter dem Titel „Zilk und Häupl: Wobleibt Flemmings Treibgasverbot?“ stellen Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fest, daß sie der Fehlinformation unterlegen sind, wonach die für 1. Februar 1989 versprochene Verordnung zum Treibgasverbot noch nicht erlassen sei. Da dies nicht der Fall ist, ziehen beide die in diesem Zusammenhang an Umweltministerin Dr. Marilies FLEMMING geäußerte Kritik mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und bitten Frau Flemming um Entschuldigung. (Schluß) red/gg

Bereits am 8. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Häupl: Verordnung zum Treibgasverbot mit 31.1.89 veröffentlicht

Entschuldigung bei Frau Minister Flemming

Wien, 9.3. (RK-POLITIK) „Ich bedauere diesen ausschließlich von mir zu verantwortenden Fehler, bei Frau Bundesminister Dr. FLEMMING die Treibgasverbotsverordnung urgieren zu haben. Ich bitte die Frau Bundesminister dafür um Entschuldigung“, erklärte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Die Urgenz der Verordnung nach dem Chemikaliengesetz entstand durch eine Fehlinformation im Gefolge der Londoner Ozonkonferenz. Im Gegensatz dazu wurde die betreffende Verordnung am 31.1.1989 veröffentlicht, wird mit 31.12.1989 für Produktion und Import, mit 28.2.1990 auch für den Handel in Anwendung gebracht werden können und stellt sicherlich einen wesentlichen Fortschritt in der österreichischen Umweltpolitik dar. „Wenn Fehler in der politischen Tageshektik passieren, so soll man sie offen eingestehen. Es entspricht sowohl meinem politischen Stil, als auch dem des Herrn Bürgermeisters, sich dafür auch öffentlich zu entschuldigen“, schloß Häupl. (Schluß) du/rr

Ehrung für Univ.-Prof. Dr. Anton Sattler

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Der Ehrenpräsident der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft, Univ.-Prof. Dr. Anton SATTLER, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte dem 90jährigen Jubilar das Ehrenzeichen Mittwoch abend im Rahmen einer Festsitzung des Bundesvorstandes der ÖSG. (Schluß) ger/rr



Foto: PID/Hutterer

415 Patienten gingen aus dem Pflegeheim Lainz wieder nach Hause

Stacher: Mobile Nachsorge hilft in der Wohnung

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1988 konnten 415 Personen aus dem Pflegeheim Lainz wieder in häusliche Pflege entlassen werden, das waren um 7,5 Prozent mehr als im Jahr davor und sogar um 73 Prozent mehr als im Jahr 1984. Seither sind Jahr für Jahr mehr Patienten aus dem Pflegeheim Lainz wieder nach Hause gegangen. Die Heimkehr der Patienten wurde möglich, weil sie noch während ihres Aufenthaltes im Pflegeheim auf das selbständige Leben in ihrer Wohnung vorbereitet wurden, und weil sie zu Hause durch die Mobile Nachsorge betreut werden. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wies darauf hin, daß — verglichen mit dem Bettenstand (3.179 Betten) im Pflegeheim Lainz — schon 13 Prozent, bezogen auf die im Jahr 1988 im Pflegeheim aufgenommenen 1766 Patienten sogar schon 23 Prozent wieder in die eigenen vier Wände zurückkehren konnten.

In der von Stadtrat Stacher angeregten Mobilen Nachsorge arbeiten mehrere Schwestern und Pfleger des Pflegeheims Lainz mit. Schon während des Aufenthaltes des Patienten im Pflegeheim sind sie in die Rehabilitation eingebunden und haben deshalb auch ein besonderes Vertrauensverhältnis zu „ihren“ Patienten. Sie informieren dann Angehörige oder Bekannte des Patienten und stellen auch Kontakte zu Nachbarn in seinem Wohnhaus her. Wenn die Patienten schließlich nach Hause gehen können, werden sie in ihren Wohnungen noch einige Zeit von den ihnen vertrauten Pflegerinnen und Pflegern betreut. So bekommen die Patienten das notwendige Gefühl der Sicherheit und Selbständigkeit für das Leben zu Hause.

Die Mitarbeiter der Mobilen Nachsorge stellen auch die Verbindung zu den Sozialen Diensten der Stadt Wien her, die dann für weitere Hilfeleistungen, wie zum Beispiel Heimhilfe, Essen auf Rädern, Reinigungsdienst, Besuchsdienst usw. sorgen. (Schluß) sc/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Wien, 9.3. (RK-BEZIRKE) Donnerstag, den 16. März, findet um 16.30 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 15. Gasgasse 8-10, eine Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Gablenzgasse, Wurzbachgasse, Sorbaitgasse und Moeringgasse sowie eine Information der Bezirksvertretung über das Projekt „Meiselmarkt — U 3-Wasserbehälter“. (Schluß) end/rr

Smejkal: Rund 60.000 Kindertagesheimplätze in Wien

Vollversorgung im Kindergartenbereich

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt 687 Kindertagesheime der Stadt Wien, verschiedener Organisationen und Privater garantieren in Wien die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, erklärte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Rund 60.000 Plätze in Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen stehen derzeit zur Verfügung.

Allein die Stadt Wien führt derzeit 310 Kindertagesheime mit 297 Krippen- (bis 3 Jahren), 720 Kindergarten- (von 3 bis 6 Jahren) und 339 Hortgruppen. In 1.356 Gruppen finden rund 30.900 Kinder Platz. Die Stadt Wien verfügt auch über das größte Angebot an Krippen, in denen rund 5.300 bis 3jährige versorgt werde.

377 Privatkindertagesheime führen zur Zeit 1.106 Gruppen in Wien. Rund 28.300 Kinder sind privat in diesen 104 Krippen-, 703 Kindergarten- und 299 Hortgruppen untergebracht. Von diesen 1.106 Gruppen erhalten 786 Kindertagesheimgruppen gemeinnütziger Organisationen Förderungsbeiträge der Stadt Wien.

Reduzierung der Kinderanzahl in den einzelnen Gruppen

Das nächste Arbeitsziel, das man im Rahmen dieser wichtigen familienergänzenden Einrichtung anstrebe, betonte Smejkal, sei die Reduzierung der Kinderanzahl in den einzelnen Kindertagesheimgruppen. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll die Kinderanzahl in den Kindergarten- und Hortgruppen auch per Verordnung mit 25 bis höchstens 28 Kindern festgeschrieben werden. Die derzeit gültige Verordnung des Magistrates läßt 26 bis maximal 32 Kinder pro Gruppe zu. Bereits jetzt gibt es aber in 50 Prozent der städtischen Kindergartengruppen nicht mehr als 25 eingeschriebene, das heißt durchschnittlich 20 bis 22 anwesende Kinder, unterstrich Smejkal. Die Gruppenhöchstzahl in den städtischen Krippen ist derzeit bei maximal 18 Kindern pro Gruppe festgelegt.

Trotz der erreichten Vollversorgung für 3- bis 6jährige treibe man aber den Ausbau des Kindertagesheimnetzes weiter voran, sagte Smejkal, um vor allem in jenen Regionen, in denen der Nachfrage kein adäquates Angebot entgegengesetzt werden könne, das Platzangebot auszubauen. Dies betreffe vor allem innerstädtische Bezirke. Trotz äußerlich oft unterschiedlicher Bedingungen haben aber alle städtischen Kindertagesheime das gleiche pädagogische Konzept, schloß Smejkal. (Schluß) jel/gg

Die besten Maschinschreiber Österreichs

Wien, 9.3. (RK-LOKAL) Auf Einladung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fand kürzlich eine kleine Feier für die Teilnehmer an den 17. Bundesmeisterschaften im Maschinschreiben in Wien statt. Der Wettbewerb war nach internationalen Bedingungen in zwei Kategorien abgehalten worden: für Maschinen mit und ohne Korrektoreinrichtung. Es mußte ein fortlaufender Text 30 Minuten lang abgeschrieben werden, für jeden Fehler wurden 100 Punkte abgezogen.

Gemeinderätin Gertrude OSTRY überbrachte den Teilnehmern die Grüße des Bürgermeisters, und der Vorsitzende des Österreichischen Stenografenverbandes, Regierungsrat Friedrich BAUMGARTNER konnte folgende Sieger bekanntgeben: Bundesmeisterin auf den Maschinen mit Korrektoreinrichtung wurde Waltraude ABERMANN aus Innsbruck. Sie schaffte in 30 Minuten 17.678 Anschläge bei nur fünf Fehlern — das ergab 589 Anschläge je Minute. Auch der zweite Platz ging nach Tirol, Harald OLESCHKO erzielte je Minute 579 Anschläge. Karl SCHWARZMANN aus Niederösterreich belegte Rang 3, und an vierter Stelle landete die Wiener Landesmeisterin Martina THURN, die es auf 492 Anschläge brachte. Martina Thurn ist Mitarbeiterin im Kontrollamt der Stadt Wien.

Bei den Maschinen ohne Korrektoreinrichtung belegte Karin HEINREICH-SBERGER aus Niederösterreich Platz 1, gefolgt von Vera BORTH aus Wien. Die erfolgreichsten „Tastenzauberer“ werden Österreich im Juli bei der Weltmeisterschaft in Dresden vertreten. (Schluß) ull/rr

Ehrung für Franz Hanreiter

Wien, 9.3. (RK-SPORT) Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Donnerstag Franz HANREITER, Mitglied des legendären österreichischen „Fußball-Wunderteams“, den Goldenen Rathausmann. Franz Hanreiter widmete sich von frühester Jugend an dem Fußball und war einer der bekanntesten Spieler bei Admira. Nach Beendigung seiner aktiven Laufbahn arbeitete er als Trainer und in der Nachwuchsbetreuung. Der kleinen Feier wohnten auch die Gemeinderäte Dr. Ernst NEUBERT und Mag. Hilmar KABAS bei. (Schluß) du/bs

Umfangreiche Bauinvestitionen beschlossen

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung hat in seiner Sitzung am Donnerstag umfangreiche Bauinvestitionen beschlossen.

Neue Wohnhäuser

Folgende neue Gemeindewohnhäuser sollen errichtet werden:

- 5, Brandmayergasse 4 (21 Wohnungen, Kosten 34,38 Mio. S),
- 5, Viktor-Christ-Gasse 15-17 (31 Wohnungen, Kosten 44,97 Mio. S),
- 15, Rauchfangkehrergasse 15-27 (82 Wohnungen, Kosten 102,82 Mio. S).

Anschluß an Fernwärme und Zentralheizungseinbau

In folgenden bestehenden Wohnhäusern sollen nachträglich Anschlüsse an die Fernwärme und Zentralheizungseinbauten erfolgen:

- 3, Grasberggasse 4
- 3, Hofmannsthalgasse 12-24
- 8, Lenaugasse 19
- 11, Kopalgasse 1
- 11, Delsenbachgasse 7-11
- 11, Eisteichstraße 11
- 11, Fuchsröhrenstraße 22-30
- 11, Wilhelm-Otto-Straße 3-5
- 19, Boschstraße 20-24
- 23, Gregorygasse 20-26 und 35-45
- 23, Erlaaer Straße 55-63

Die Investitionen werden insgesamt rund 84,832 Millionen Schilling betragen.

Einbau von Aufzügen

Mit einem Aufwand von 17,8 Millionen Schilling sollen weiters in der Wohnhausanlage 12, Wienerbergstraße 12, neun Personenaufzüge nachträglich eingebaut werden. In dem sechsgeschossigen Gebäude wohnen überwiegend ältere Menschen.

Sanierung von Amtshäusern

Und schließlich sollen mit einem Aufwand von insgesamt 36,59 Millionen Schilling Sanierungsmaßnahmen an Amtshäusern der Stadt Wien erfolgen. Darunter befinden sich die Generalsanierung des Amtshauses 8, Schmidgasse 18, und die Errichtung moderner Räume für die Wache des Wiener Rathauses im Nahbereich der bestehenden Katastrophenleitzentrale. (Schluß) ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 10. März 1989

Blatt 477

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Deutlicher Rückgang der Mietzinsrückstände (478)
- Neue Filterverfahren von SGP in der EBS (479)
- Berlin: „Silberner Kompaß“ für Film „Location Vienna“ (480)
- Österreichs erster „Lungen-Laser“ (481)
- Terminvorschau vom 13. bis 23. März (482)
- Neuer Leiter für die MA 25 (483)
- Straßenbahnlinie „43“ und „44“ behindert (nur FS)

Deutlicher Rückgang der Mietzinsrückstände

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Die Mietzinsrückstände in Gemeindefwohnungen gehen deutlich zurück! Von 1987 auf 1988 haben sich die Mietzinsrückstände von 129 Millionen auf 79 Millionen — also um 50 Millionen Schilling oder fast 39 Prozent — verringert. Der erfreuliche Rückgang hat vor allem zwei Ursachen:

1. ein verbessertes Mahnwesen, das vom Kontrollamt der Stadt Wien 1987 verlangt wurde, und
2. ein intensiveres soziales Betreuungswesen in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 11 (sozialpädagogische Familienbetreuung).

Mit diesen 79 Millionen Schilling sind 1,75 Prozent der gesamten jährlichen Mietzinse ausständig. Insgesamt haben 17.741 der rund 220.000 Gemeindemieter Mietzinsrückstände, davon aber über 90 Prozent weniger als 10.000 Schilling. Das bedeutet allerdings nicht, daß von diesen Mietern überhaupt keine Zahlungen erfolgen, sondern es handelt sich um jeweils saldierte Außenstände. Für die Rückzahlung ausständiger Mietzinse bietet die Wohnhäuserverwaltung den Mietern Ratenvereinbarungen an. (Schluß) ah/bs

Neue Filterverfahren von SGP in der EBS

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz erläuterten am Donnerstag abend die Geschäftsführer der Entsorgungsbetriebe Simmering, EBS, und Manager der Division Umwelttechnik der Simmering-Graz-Pauker AG, SGP, die Pilotanlage bei den Entsorgungsbetrieben Simmering zur Abscheidung der Schadstoffe Dioxine und Furane. Erstes Ergebnis: die im neuen Luftreinhaltgesetz erstmals festgesetzten Emissionsgrenzwerte für Dioxine und Furane konnten problemlos eingehalten werden.

Nach der neuen, von der SGP entwickelten Technik können die neuen Filteranlagen den bestehenden Rauchgasreinigungsanlagen nachgeschaltet werden. Die im Reingas verbliebenen Schadstoffe, vornehmlich Dioxine, Furane und Restquecksilber, werden dabei nach einer entsprechenden technischen Behandlung der Rauchgase von der in den Filtern enthaltenen Aktivkohle bis unter die Nachweisgrenze absorbiert. Die mit diesen Schadstoffen beladene Aktivkohle selbst wird wiederum der Verbrennung zugeführt, wobei die in der Aktivkohle enthaltenen Dioxine und Furane thermisch völlig zerstört werden können. Es fällt daher kein zusätzliches Deponieprodukt an, und das enthaltene Restquecksilber wird erneut über die Rauchgasreinigung abgeschieden.

EBS voll ausgelastet

Die EBS-Geschäftsführer Dr. Ewald KLINGER und Dipl.-Ing. Dr. Thomas RUGGENTHALER berichteten über die volle Auslastung der Anlagen in der EBS. Beide Drehrohröfen für Sonderabfall laufen auf Vollast, die Bunker sind voll, die EBS ist bis Ende Mai ausgebucht. Pro Jahr verarbeitet die EBS rund 60.000 Tonnen Sonderabfall. Der Filterkuchen wird derzeit nach England exportiert, da es in Österreich keine Sondermülldeponie gibt.

Kostensteigerung ist auf Erweiterung der Anlage zurückzuführen

Zur Frage, warum die Kosten für die Rauchgasreinigungsanlage von den 1985 veranschlagten 369 Millionen Schilling auf 586 Millionen Schilling gestiegen seien, betonte Ruggenthaler, diese Kostensteigerung sei auf eine technische Erweiterung der Anlage zurückzuführen, die 1985 noch nicht bekannt war. Die Anlage werde nun vierstufig ausgeführt und nicht nur dreistufig, wie dies 1985 dem letzten Stand der Technik entsprochen habe. Außerdem werde eine vierte Rauchgasreinigung benötigt, die ebenfalls 1985 als noch nicht notwendig angesehen worden sei.

Emissionswerte werden wöchentlich veröffentlicht

Die EBS wird ab sofort wöchentlich die Emissionswerte der beiden Drehrohröfen sowie des Wirbelschichtofens im Bezirksamt Simmering, 11., Enkplatz 2, veröffentlichen. In den Tabellen werden die Reingas-Bestandteile nach SO₂, CO, NO_x, HCl und Staub detailliert ausgewiesen. (Schluß)
fk/rr

Berlin: „Silberner Kompaß“ für Film „Location Vienna“

Wien, 10.3. (RK-LOKAL) Neuerlich ausgezeichnet wurde dieser Tage der neue Werbefilm des Wiener Fremdenverkehrsverbandes mit dem Titel „Location Vienna“. Direktor-Stellvertreter Wolfgang J. KRAUS für den Auftraggeber und Dieter POCHLATKO als Produzent konnten bei der Internationalen Tourismusbörse in Berlin den „Silbernen Kompaß“ des Prix ITB entgegennehmen. Damit wurde „Location Vienna“ als zweitbesten Film unter 25 eingereichten Werken aus zahlreichen Ländern prämiert.

Der „Silberne Kompaß“ ist die sechste Auszeichnung, die der Film seit seiner Premiere im Juni 1988 erhalten hat. Von dem Film, der es in Versionen zu 15 Minuten, 8 Minuten und als Videoclip gibt, sind derzeit bereits mehr als 300 Kopien weltweit im Einsatz. In der nächsten Zeit wird „Location Vienna“ auch im Bordprogramm der Austrian-Airlines-Flüge von New York nach Wien zu sehen sein. (Schluß) wfv/gg

Österreichs erster „Lungen-Laser“

Jährlich sterben 3.000 Österreicher an Lungenkrebs

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Der Lungenkrebs zählt heutzutage zu den häufigsten Krankheiten. Jährlich sterben fast 3.000 Österreicher — ein Drittel davon Frauen — daran. In der 1. Internen Abteilung des Pulmologischen Zentrums der Stadt Wien wurde vor kurzem ein neuentwickeltes Bronchologie-Gerät, das mit einem Laser kombiniert ist, in Betrieb genommen. Bei diesem „Lungen-Laser“ handelt es sich um das erste Gerät dieser Art in Österreich. Mit seiner Hilfe ist es nunmehr möglich, Verengungen der Atemwege nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch mit Hilfe des Lasers zu behandeln. Freitag wurde die neue Einrichtung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit Primarius Dr. Michael NEUMANN in einem Pressegespräch vorgestellt.

Bronchoskopie mit Laser kombiniert

Die endoskopische Untersuchung der Atemwege zählt, wie Primarius Neumann erklärte, zu den wichtigsten diagnostischen Einrichtungen im Rahmen der Pulmologie. In der 1. Internen Abteilung wird diese Methode bereits seit Anfang der 60er Jahre angewandt. Damit ist die strahlenbelastende Bronchographie, bei der die Atemwege mittels Kontrastmittelfüllung dargestellt werden, größtenteils verdrängt worden. Nunmehr ermöglicht die Bronchoskopie durch die Kombination mit der Lasertechnik zusätzliche Eingriffsmöglichkeiten.

Erste Lungenabteilung Österreichs

Der Laser CL 1000 — bisher bereits bei rund 30 Patienten angewendet — wurde zunächst in Amerika entwickelt und sodann von der Firma Heraeus, BRD, weiterentwickelt. Generalrepräsentant ist die Firma Siemens. Während die pulmologische Anwendung in den USA bereits zum Standard geworden ist, bedeutet die Anlage — Kosten rund 1,2 Millionen Schilling — für Österreich eine Novität. Durch die Anwendung dieser Methode ist es nunmehr möglich, gut- oder bösartige Veränderungen in den Atemwegen in wesentlich schonender Form für den Patienten als bisher abzutragen. Ferner ist es dadurch möglich, eventuelle stationäre Aufenthalte zu vermeiden bzw. Kosten für die Behandlung und Nachsorge zu reduzieren.

Größte Thoraxchirurgie Österreichs

Das Pulmologische Zentrum besteht derzeit, laut Univ.-Prof. Dr. Stacher, aus zwei Internen Abteilungen mit 335 Betten, einer Abteilung für Lungenchirurgie mit 40 Betten, einer Akutstation mit sieben Betten, einer Orthopädischen Abteilung mit 100 Betten sowie einer Geriatriischen Abteilung mit 144 Betten. Das Einzugsgebiet des Zentrums erstreckt sich, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, nicht nur auf Wien, sondern auch auf die angrenzenden Bundesländer. So beträgt etwa der Anteil der Patienten aus Niederösterreich zwischen 17 und 20 Prozent. Dementsprechend wurde auch eine Steigerung der stationären Aufnahmen von 4.673 im Jahr 1975 auf 8.025 im vergangenen Jahr verzeichnet. Mit 430 thoraxchirurgischen Eingriffen im Jahr 1988 ist die Station die größte Thoraxchirurgie Österreichs.

Lungenkrebs nimmt zu

Starben im Jahr 1945 in Wien noch 4.213 Menschen an Tuberkulose, so betrug diese Zahl 1987 nur noch 36. Hingegen zählt der Lungenkrebs heutzutage zu den am häufigsten verbreiteten Krankheiten. So starben 1987 in Wien 5.000 Personen an bösartigen Geschwüren, davon allein 934 — ein Drittel waren Frauen — an Lungenkrebs. In Gesamtösterreich sterben jährlich fast 3.000 Menschen daran. Erkennt man die Krankheit rechtzeitig, liegt die Heilungschance bei 50 Prozent. Im Spätstadium verringert sich diese jedoch auf vier bis sieben Prozent. (Schluß) zi/rr

Terminvorschau vom 13. bis 23. März

Wien, 10. 3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 23. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 13. MÄRZ:

10.30 Uhr, Festakt anl. 15 Jahre Kraftwerk Donaustadt (22, Stein-
spornweg)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 14. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Bezirks-
inspektor Rudolf Schafarik (Arb.-Zi, Swoboda)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Alfred Lorenzer „Die
Methoden der psychoanalytischen Erkenntnis“, (Stadtsenatssitzungs-
saal, Rathaus)

MITTWOCH, 15. MÄRZ:

15.00 Uhr, Eröffnung Pensionistenheim „Neubau“ durch Bgm. Zilk und
Vbgm. Smejkal (7, Schottenfeldgasse 25-27)

DONNERSTAG, 16. MÄRZ:

11.00 Uhr, Eröffnung Eltern-Kind-Zentrum, Vbgm. Smejkal (23, Pfarr-
gasse 34-44, Stiege 12)

19.00 Uhr, Buchpräsentation Vbgm. Mayr/Mag. Seitlinger: „Neue
Modelle für Österreich“ (Z-International)

FREITAG, 17. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressefahrt zur Kronprinz Rudolf-Ausstellung in der Hermes-
villa (Abfahrt Friedrich-Schmidt-Platz)

10.00 Uhr, Pressekonferenz BM Streicher/StR. Hatzl „Konzessionsver-
längerung für die Verkehrsbetriebe“ (Bundesamtsgebäude 3, Radetzky-
straße 2, Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,
Großer Sitzungssaal, 6. Stock, Zimmer F13)

11.00 Uhr, Beginn der Führung durch die Ausstellung in der Hermesvilla

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Josef
Moser, Peter Strauss und Waltraud Schauer (Steinerner Saal 1, Rathaus)

SAMSTAG, 18. MÄRZ:

Wien-Tag in Budapest

SONNTAG, 19. MÄRZ:

Familiensonntag

MONTAG, 20. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 21. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 23. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Prater
(Schluß) red/gal

Neuer Leiter für die MA 25

Wien, 10.3. (Rk-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 25 (Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung) hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Freitag Senatsrat Dipl.-Ing. Hubert MAYER in dieses Amt ein. Mayer folgt damit Obersenatsrat Dipl.-Ing. Wolfgang RINDT, der in den Ruhestand getreten ist.

Rindt hatte, nach einer jahrzehntelangen Tätigkeit im Bereich des städtischen Wohnhausbaus und der Wohnhauserhaltung, die Magistratsabteilung 25 seit 1982 geleitet.

Mayer, Jahrgang 1936, war 1961 in den Dienst der Stadt Wien getreten. Bis 1977 war er bei der Baupolizei tätig, anschließend in der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, zuletzt als Dezernatsleiter.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER wies bei der Amtseinführung auf den besonderen Stellenwert der MA 25 im Bereich des Wohnbaus und der Stadterneuerung hin. Ihr kommt wesentlicher Einfluß auf Preisgestaltung und Kosten zu, und sie nimmt bei der Organisation und Finanzierung des Wohnungssektors und der Stadterneuerung eine ausgesprochene Schlüsselfunktion ein.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion unterstrich, daß durch die Tätigkeit der MA 25 einerseits Wohnbau und Stadterneuerung ermöglicht und gefördert werden sollen, das heißt, nicht durch unzumutbar langwierige oder gar als schikanös zu empfindende bürokratische Verfahren behindert werden dürfen, daß aber andererseits zugleich gewährleistet werden muß, daß die von der Allgemeinheit zur Verfügung gestellten Förderungsmittel auch widmungsgerecht, wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig eingesetzt werden.

An der Amtseinführung nahmen auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung Gemeinderat Hans BROSCHE, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA sowie als Vertreter der Gewerkschaft Senatsrat Dipl.-Ing. Herbert EHRlich teil. (Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 13. März 1989

Blatt 484

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ab sofort beide Gehwege der Reichsbrücke benützbar (485/FS: 10.3.)
- Bürgerdienst live am 15. März (485/FS: 12.3.)
- Die wirtschaftliche Situation der Familien in Österreich (486/FS: 10.3.)
- Wiener Naturschutztag 1989 im Rathaus (487/FS: 10.3.)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (489)
- Strombedarf gestiegen, Gasabgabe ging zurück (490/491)
- Reparaturen an mehreren Brücken (494)
- ÖVP: Arbeitslosenrate ist in Wien höher als im Bundesdurchschnitt (495)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Was soll mit den „alten Ortskernen“ geschehen? (nur FS)

Kultur:

- Am Dienstag „Wiener Vorlesungen“ (488/FS: 11.3.)
- „Verfolgung, Vernichtung, Widerstand“ (488/FS: 11.3.)
- „Literatur im März“ eröffnet (488/FS: 11.3.)
- 80. Geburtstag von Christl Müller-Räntz (492)
- „Literatur im März“ am Dienstag (493)

Ab sofort beide Gehwege der Reichsbrücke benützbar

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Ab sofort ist auch der zweite, stromaufwärts gelegene Fuß- und Radweg über die Reichsbrücke wieder in vollem Umfang benützbar. Wie bekannt, wurden nach dem Herabfallen einer Abdeckplatte über Veranlassung von Verkehrsstadtrat Johann HATZL alle 3.000 Abdeckplatten mit einer zusätzlichen Aufhängung versehen. Nach dem schon zu einem früheren Zeitpunkt zur Benützung freigegebenen stromabwärts gelegenen Übergang ist — noch vor dem Wochenende — auch die zweite Passage wieder offen. (Schluß) pz/gg

Bereits am 10. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bürgerdienst live am 15. März

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Wer den Bürgerdienst bzw. dessen mobiles Büro einmal live und auf Sendung erleben möchte, hat dazu am kommenden Mittwoch, dem 15. März, Gelegenheit: Zwischen 14 und 15.30 Uhr werden das Mobile Büro des Bürgerdienstes und das Wiener Stadtradio — UKW 90 und 95 — eine Sendung direkt vom Rubenspark im 4. Bezirk übertragen. Selbstverständlich steht der Bürgerdienst bei dieser Sendung auch für Wünsche, Anfragen und Beschwerden zur Verfügung. Die Stadtradio-Telefonnummer während der Sendung: 505 22 05 und 505 22 73. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 12. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Die wirtschaftliche Situation der Familien in Österreich

Enquete des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Als einen entscheidenden Durchbruch zu einem Dialog über Familienpolitik bezeichnete Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING eine Enquete über „Die wirtschaftliche Situation der Familien in Österreich“, an der Freitag unter anderem Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL und Kammeramtsdirektor NAbg. Dr. Hans HAFNER als Referenten teilnahmen.

Smejkal referierte, basierend auf einer von der Stadt Wien vor einiger Zeit in Auftrag gegebenen IFES-Studie, über die ökonomische Situation von Familien im städtischen Raum. Zwar habe sich, führte Smejkal aus, die Armutsgefährdung von Wiener Familien im Gegensatz zu einer etwa zehn Jahre vorher erstellten Untersuchung reduziert, doch müsse man weiter an der Relativierung jener Faktoren, die eine Armutsgefährdung verursachen könnten, arbeiten. Eine entscheidende Rolle komme der Erwerbstätigkeit der Partner, der Zahl der im Haushalt zu versorgenden Kinder, Krankheit oder Behinderung in einer Familie, einer Änderung des Familienstandes und den Wohn- bzw. Wohnnebenkosten zu. Das Land Wien versuche seit Jahren, diese Problembereiche mit familienergänzenden Maßnahmen abzudecken und darüberhinaus Familie „erlebbar“ zu machen. Dazu bedürfe es aber auch einer Einstellungsänderung im Bezug auf Kinder- und Familienfreundlichkeit. Fortschritte gebe es auch im Behinderten-Bereich, in dem nun nach einem Programm, das Wohnplätze für Behinderte zur Verfügung stellt, auch die Arbeitsplatzsituation behinderter Menschen verbessert werden soll.

Ein weiterer Schwerpunkt liege auf der Unterstützung von Alleinerziehern, da Wien den bundesweit höchsten Anteil an berufstätigen Frauen verzeichne.

Während NAbg. Dr. Hafner (ÖVP) die Erhöhung der Familienbeihilfe ab dem dritten Kind forderte, unterstrich Smejkal die Wichtigkeit verstärkter Förderungsmaßnahmen bereits ab dem ersten Kind. Die Schwerpunkte bei der Verbesserung der Situation von Familien liege einerseits auf dem Ausbau direkter Förderungsleistungen durch den Bund, andererseits auf Sachleistungen, die das jeweilige Land zu erbringen habe. Wien habe auf diesem Sektor eine Vorreiterrolle, was z.B. das Kindertagesheimnetz, die Familienintensivbetreuung, Beratungs- und Therapieeinrichtungen und andere familienergänzende Maßnahmen betreffe, sagte Smejkal.

Die steuerliche Begünstigung von Alleinverdienern gehe aber an der Realität vorbei. Relevant für die steuerliche Begünstigung sei das Familieneinkommen, das auch, wenn beide Partner erwerbstätig seien, niedriger als bei einem Alleinverdiener sein könne.

Smejkal unterstrich die Forderung nach der Realisierung des wahlweisen Karenzurlaubes. Ohne Arbeitsplatzgarantie könne allerdings dem Vorschlag von Bundesminister Flemming für ein zweites Karenzjahr und dem Fernziel eines dritten Karenzjahres nicht entsprochen werden. (Schluß)
jel/rr

Bereits am 10. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Naturschutztag 1989 im Rathaus

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnete am Freitag nachmittag den Wiener Naturschutztag 1989 im Wappensaal des Wiener Rathauses. Die Veranstaltung des Österreichischen Naturschutzbundes Landesgruppe Wien steht unter dem Motto „Abfallvermeidung — Abfallverwertung — Müllverhinderung“. Auf dem Programm stehen u. a. Referate zu umweltrelevanten Themen und eine Podiumsdiskussion mit namhaften Umweltwissenschaftlern wie Univ.-Doz. Dr. Gerhard VOGEL und Dipl.-Chem. Hanswerner MACKWITZ. Den Ehrenschatz über den Naturschutztag haben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL übernommen.

Häupl stellte in seiner Eröffnungsrede fest, daß bei diesem Naturschutztag zweifelsohne kontroversielle Ansichten zur Abfallproblematik zur Sprache kommen werden, die jedoch, wie er hoffe, vom gemeinsamen Ziel der Müllvermeidung getragen würden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten entsprechende Instrumente im Rechts- und im ökonomischen Bereich geschaffen werden. Als Beispiele nannte Häupl Produktverbote, z. B. für PVC, sowie die Einführung eines Pfandsystems für alle Einweggebinde. Häupl stellte die Forderung an das neue Bundesabfallwirtschaftsgesetz und an die nächste Etappe der Steuerreform, daß sie diese Instrumente beinhalten müßten.

„Beim Naturschutztag werden sicher im Hinblick auf die Wege der Abfallentsorgung unterschiedliche Auffassungen zutage treten, speziell was die Problematik der Deponien und Müllverbrennungsanlagen betrifft“, führte Häupl weiter aus. Er sei davon überzeugt, daß man Entsorgungseinrichtungen brauche, um den Müllberg bewältigen zu können. Abschließend stellte Häupl fest, daß die Diskussion zueinander führen sollte, und daß Kommunalpolitiker als Bündnispartner in Fragen der Abfallvermeidung angesehen werden sollten. (Schluß) du/rr

Bereits am 10. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Literatur im März“ eröffnet

Wien, 11.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnete am Freitag abend die „Literatur im März“ 1989, die bis 17. März im Wiener Künstlerhaus stattfindet. Im Zusammenhang mit dem 200. Jahrestag der Französischen Revolution ist die Literaturwoche dem Thema des Widerstandes der Literatur gewidmet. Pasterk betonte, daß die Realisierung der Ideale der Französischen Revolution jeder Zeit neu aufgegeben sei. Der politisch-moralische Impetus der Revolution sei bis in die gegenwärtige Literatur lebendig.

In seinem Eröffnungsreferat setzte sich Ivan NAGEL mit dem Thema „Revolution und Realismus. Beispiel Büchner“ auseinander.

Lesungen, Diskussionen, Vorträge, szenische und musikalische Beiträge loten im Verlauf der Literaturwoche die gegebene Thematik aus, die von Alfred Hrdlickas Zyklus „Die französische Revolution“ optisch umgesetzt wird. Ein Literaturcafe, ein Lesekabinett, ein Büchertisch und Textprojektionen komplettieren das Angebot an den Besucher. Adolf MUSCHG („Goethe als Emigrant. Auf der Suche nach dem Grünen bei einem alten Dichter“), Elisabeth PLESSEN („Kohlhaas. Ein Mann auf der Suche nach Gerechtigkeit“) und Martin WALSER („Zur Literatur der Neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts“) setzen sich mit den Klassikern auseinander, deren Aktualität auch unter dem Titel „Das Neue im Alten suchen“ von Manfred KARGE, Heiner MÜLLER und George TABORI diskutiert wird. Eine Reihe von Autoren wie Marie-Therese KERSCHBAUMER und Renate WELSH artikulieren den Widerstand gegen den Faschismus, österreichische Gegenwartsautoren wie Michael SCHARANG und Franz SCHUH formulieren die aktuelle Auseinandersetzung der Literatur mit der Wirklichkeit. Der Eintritt zur „Literatur im März“ ist frei, das Programm ist im Künstlerhaus und in der Stadtinformation im Wiener Rathaus erhältlich. (Schluß) gab/gg

Bereits am 11. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Am Dienstag „Wiener Vorlesungen“

Univ.-Prof. Lorenzer über psychoanalytische Erkenntnis

Wien, 11.3. (RK-KULTUR) Am kommenden Dienstag, dem 14. März, findet um 19 Uhr im Stadtensatssitzungssaal des Wiener Rathauses die nächste Veranstaltung im Rahmen der „Wiener Vorlesungen“ statt. Univ.-Prof. Dr. Alfred LORENZER spricht über das Thema „Die Methode der psychoanalytischen Erkenntnis“. Moderiert wird die Veranstaltung von Dr. Barbara RETT. (Schluß) ger/rr

Bereits am 11. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Verfolgung, Vernichtung, Widerstand“

Ausstellung im Bezirksmuseum Neubau

Wien, 11.3. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Neubau, Stiftgasse 8, ist bis 4. Mai die Ausstellung „Verfolgung, Vernichtung, Widerstand“ zu sehen, die sich mit dem Schicksal rassistisch und politisch Verfolgter im Nationalsozialismus auseinandersetzt und den Widerstand gegen das Regime darstellt. Die Ausstellung ist jeweils Donnerstag von 18 bis 20 Uhr, Freitag von 15 bis 19 Uhr und Samstag von 15 bis 17 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

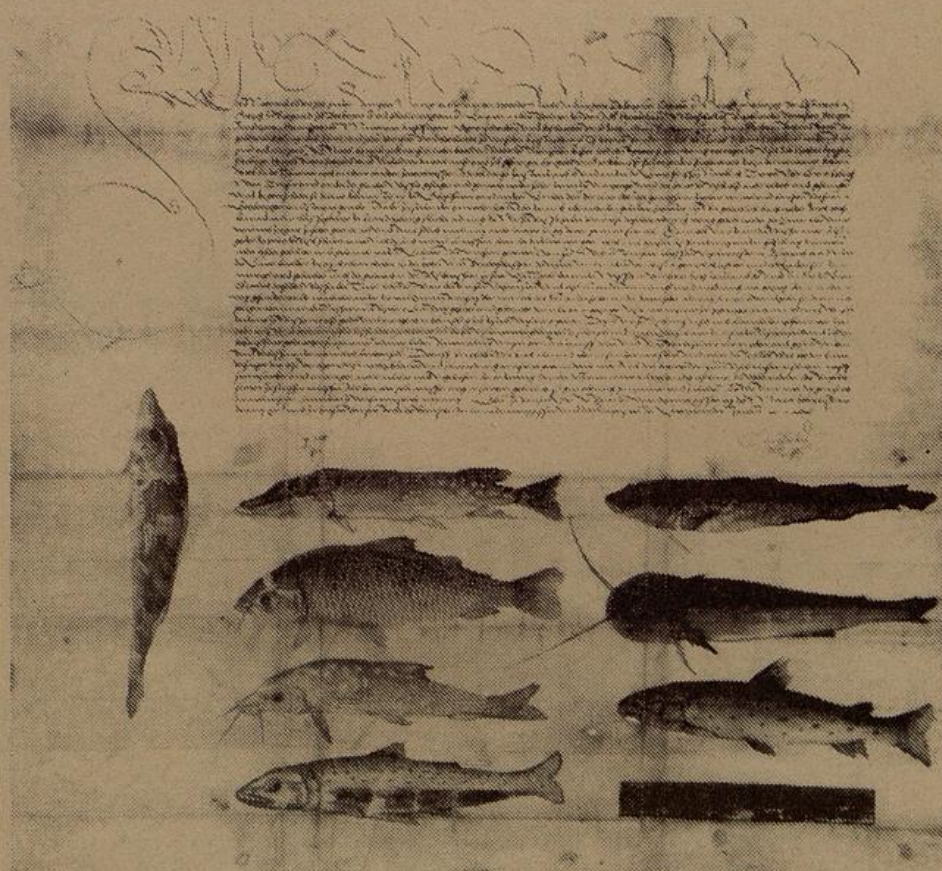
Bereits am 11. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Kaiser Maximilians I. „Fischereiordnung“ in der Schmidthalle des Rathauses

Wien, 13.3. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv feiert heuer am 25. Juni seinen 100. Geburtstag. Grund genug, sich auf besondere Weise vorzustellen: durch Ausstellungen und kostbare Dokumente. So zeigt das Landesarchiv einen Teil seiner Schätze, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren, in einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr). Alle 14 Tage ist ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen. Ein Informationsblatt liegt in der Stadtinformation auf.

Von 15. bis 28. März wird die „Fischereiordnung“ Kaiser Maximilians I. aus dem Jahr 1506 mit Abbildung von acht Fischen gezeigt. Auch das Mittelalter hatte seine ökologischen Probleme. So begannen Anfang des 16. Jahrhunderts die Donau und ihre Nebenflüsse durch unsachgemäßen Fischfang und Vernichtung der Brut zu veröden. Maximilian verfügte daher — anknüpfend an eine von seinem Vater Friedrich III. erlassene Ordnung —, wie gewisse Fischarten, darunter Hechte, Karpfen, Barben, Huchen, Rutten, Welse und Forellen „nach mass und zal gefangen, hingeben und verkhaufft sullen werden“. Der Kaiser beauftragte Hanns Wagner, „öbristen vischmaister in österreich ob und under der Enns“, dafür zu sorgen, daß die auf der Urkunde abgebildeten Fische den Vorschriften entsprechend gefangen würden. Dieses Original zählt zu den prächtigsten im Besitz des Wiener Stadt- und Landesarchivs befindlichen Urkunden. (Schluß) am/rr



Fischereiordnung Kaiser Maximilians I. für die Donau und ihre Nebenflüsse (1506)
Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Strombedarf gestiegen, Gasabgabe ging zurück

4. Quartalsbericht der Wiener Stadtwerke

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1988 vorgelegt, der die Daten für das gesamte Jahr 1988 enthält. Die wichtigsten Merkmale: Durch starke Mehrverbräuche der Wirtschaft ist der Gesamtstrombedarf trotz des milden Winters um 2,7 Prozent gestiegen. Hingegen ist die Erdgasabgabe der Wiener Gaswerke um 7,4 Prozent zurückgegangen. Die Beförderungsleistungen der Wiener Verkehrsbetriebe haben sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres eingependelt.

E-Werke

Der Strombedarf lag 1988 bei 7,66 Millionen Megawattstunden, das sind um 202.000 Megawattstunden mehr als 1987. Die Wiener Stadtwerke führen dies auf das anhaltende Wirtschaftswachstum zurück, das den milden Winter mehr als kompensiert hat. Einen neuen Rekord gab es für die E-Werke bei der Leistung, es wurde mit 1.403 Megawatt am 23. November 1988 um 17.30 Uhr die höchste Leistungsspitze seit ihrem Bestehen registriert.

Einen neuen Rekordwert gab es auch bei der Fernwärmeabgabe der E-Werke an die Heizbetriebe Wien aus den „Kraft-Wärme-Kupplungen“, sie stieg um fast 17 Prozent auf 1,17 Millionen Megawattstunden.

Als wichtigste Maßnahme der E-Werke ist im Geschäftsbericht die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Leopoldau vermerkt, das im Zuge des Umbaus der Gasturbine und der Erweiterung um eine Dampfturbinenanlage mit Wärmeauskoppelung mit modernsten Entstickungsanlagen ausgerüstet wurde.

Gaswerke

Die Erdgasabgabe der Gaswerke an Tarifabnehmer ist um 7,4 Prozent auf 650 Millionen Kubikmeter zurückgegangen. Diese Entwicklung ist fast ausschließlich witterungsbedingt.

1988 wurden 19.262 Heizgasanträge von Tarifabnehmern gestellt und genehmigt. Mit Ende des Jahres waren 742.788 Gaszähler montiert.

Die Gaswerke haben 1988 160 Kilometer Hauptrohrleitungen verlegt. Die Gesamtkosten dafür betragen 620 Millionen Schilling.

Energieberatung

Die Energieberatungsstelle der Wiener Stadtwerke und Heizbetriebe Wien hat 1988 7.600 Kunden über leitungsgebundene Energieträger, Sanierungsmaßnahmen, Energiesparmöglichkeiten mittels EDV-Berechnungen von Heizlast und Heizkosten beraten. Seit der Eröffnung der Energieberatung im Jahr 1985 haben schon mehr als 27.000 Kunden diese kostenlose Dienstleistung in Anspruch genommen.

Verkehrsbetriebe

Die Wiener Verkehrsbetriebe hatten 1988 einen geringfügigen Zuwachs um rund 600.000 Fahrgäste oder 0,1 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wurden 1988 602,5 Millionen „Beförderungsfälle“ registriert. Die Fahrleistungen sind bei der Straßenbahn um rund eineinhalb und bei der U-Bahn um mehr als zwei Prozent gestiegen. Der Durchschnittserlös pro Beförderungsfall ist um rund fünf Groschen gesunken. Der Wagenpark der Verkehrsbetriebe umfaßte Ende 1988 638 Straßenbahn-Triebwagen und 469 -Beiwagen, 45 Stadtbahn-Triebwagen und 39 -Beiwagen, 145 U-Bahn-Doppeltriebwagen sowie 514 Autobusse.

Bestattung

Die rückläufige Tendenz der letzten Jahre bei der Anzahl der Bestattungen hält an. Die Städtische Bestattung führte 1988 um 3,5 Prozent weniger Erdbestattungen und um 4,6 Prozent weniger Feuerbestattungen durch. Insgesamt wurden rund 18.000 Bestattungen durchgeführt. Die Sargerzeugung lag mit 41.734 Särgen 1988 um fast sechs Prozent höher als im Vorjahr. (Schluß) roh/bs

Forts. von Blatt 490

80. Geburtstag von Christl Müller-Räntz

Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Christl Müller-Räntz (richtig Feldmann) wurde am 16. März 1909 in Wien geboren. Sie machte ihreschauspielerische Ausbildung an der Wiener Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst und erhielt ihr erstes Engagement in Bielitz. Von dort kam sie 1939 über Prag nach Wien, wo sie mit Erfolg am Theater in der Josefstadt debütierte. Da sie in dieser Zeit schon voller literarischer Ambitionen war, trat sie auf Freundschaft mit dem „Wiener Werkel“ in Verbindung.

Der Direktor des „Werkel“, Müller-Reitzner, band die begabte junge Dame sofort vertraglich an das „Wiener Werkel“, zunächst als Schauspielerin, und gab ihr dann auch Chancen als Autorin. Aus der idealen Zusammenarbeit der beiden kam es bald zu einer glücklichen, aber nur kurzen Künstlerehe. Als ihr Gatte 1943 unerwartet verstarb, übernahm Müller-Räntz die Leitung der Kleinkunstabühne.

Christl Müller-Räntz schrieb für das „Wiener Werkel“ eine Reihe von Kleinkunstszenen, einige davon gemeinsam mit Kurt Nachmann. Einige ihrer Sketches waren jedoch politisch so zweideutig, daß sie von Goebbels selbst verboten wurden. In Erinnerung sind noch die außerordentlich amüsanten Stücke wie „Der Huber Franzl im Märchenwald“, „Die Reise des Odysseus durch Groß-Griechenland“, ferner „Die gute alte Zeit“ und schließlich „Ipherl“, eine Parodie auf Goethes „Iphigenie“.

Bis zur allgemeinen Theatersperre 1944 leitete Müller-Räntz das „Wiener Werkel“; nach 1945 stellte sie das Haus in der Liliengasse dem Josefstädter Theater zur Verfügung und trat wieder als Schauspielerin in dessen Ensemble ein.

Manfred Lang, der eine sehr interessante und umfassende Dissertation über das „Wiener Werkel“ geschrieben hat, charakterisierte die Art der Darstellung von Frau Müller-Räntz wie folgt: „Sie drängt sich als Darstellerin niemals outrierend dem Publikum auf, sondern sie wirkt durch ihre Persönlichkeit und Zurückhaltung. Sie spielt stets mit Herz und hat das Herz, auf billige Lacher zu verzichten.“ (Schluß) red/rr

„Literatur im März“ am Dienstag

Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Am Dienstag gibt es in der „Literatur im März“ unter anderem eine Lesung von Christine NÖSTLINGER, eine Diskussion um Klassiker in der Schule und einen Vortrag von Ernst WANGERMANN zum Thema „1789. Literatur und Revolution in Österreich“. Michael SCHARANG stellt sein neues Buch „Das Wunder Österreich oder Wie es in einem Land immer besser und dabei immer schlechter wird“ vor.

Das genaue Programm:

- 9.00 Uhr: Christine Nöstlinger
Lesung
- 10.00 Uhr: Wenn das nur nicht so fad wär!
Klassiker in der Schule
Eine Diskussion mit Schülern, Lehrern und mit Christine Nöstlinger, Michael Scharang, Jutta Schutting, Adolf Muschg u.a.
Moderation: Hans Höller
- 17.00 Uhr: Wie man Gedichte lesen kann —
mit Hermann Schmid
- 18.00 Uhr: S ist ja das Volk kein Arschpapier ... oder Des Kaisers treue Jakobiner
Es lesen: Bibiane Zeller, Conny Hannes Meyer, Karl Paryla, Otto Tausig
Zusammenstellung: Conny Hannes Meyer
- 19.30 Uhr: Ernst Wangermann
1789. Literatur und Revolution in Österreich
- 20.30 Uhr: Michael Scharang
Das Wunder Österreich oder Wie es in einem Land immer besser und dabei immer schlechter wird
(Schluß) gab/rr

Reparaturen an mehreren Brücken

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Zur möglichst raschen Wiederherstellung der Verkehrssicherheit nach Beschädigungen durch Verkehrsunfälle müssen in den kommenden Tagen an mehreren Wiener Brücken Reparaturarbeiten vorgenommen werden. Sie werden nach Möglichkeit in der verkehrsschwächeren Zeit zwischen 9 und 15 Uhr durchgeführt, und zwar am

- Dienstag, 14. März, auf der Nordbrücke beziehungsweise am Nordknoten an mehreren Stellen Leitschienenreparaturen.
 - Mittwoch, 15. März, auf der Reinprechtsdorfer Brücke über den Wienfluß Reparatur des Geländers. Der Einsatz eines Kranwagens wird hier die Verkehrsfreihaltung einer Fahrspur erforderlich machen.
 - Donnerstag, 16. März, an der Reichsbrücke über dem Handelskai, in Fahrtrichtung Südost-Tangente, erfolgt die Behebung eines Anfahrschadens am Tragwerk.
- (Schluß) pz/bs

ÖVP: Arbeitslosenrate ist in Wien höher als im Bundesdurchschnitt

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Arbeitslosenrate sei in Wien stärker angestiegen als im Bundesdurchschnitt, berichtete ÖVP-Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER am Montag in einem Pressegespräch. Dies sei ein Alarmzeichen. Es sei zu befürchten, daß bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung Wien 1989 noch schlechter abschneiden werde. Dazu komme, daß Wien beim Stellenandrang neben der Steiermark im Spitzenfeld liege. Und ebenfalls neben der Steiermark habe Wien den geringsten Beschäftigungszuwachs. Dabei habe Wien den Standortvorteil der zentralen Verwaltungen und hält damit die Spitze an krisenfesten Stellen in ganz Österreich. Die geringere Rate im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit führt Engelmayr auf die hohe Zahl von Studenten an den Wiener Hochschulen zurück, die damit eine „Wartesaal-Funktion“ einnehmen.

Privatisierung und EG-Beitritt

ÖVP-Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER sprach sich für eine Privatisierung von Betrieben in öffentlicher Hand aus, die vom Unternehmenszweck her nicht staatlichen oder kommunalen Zwecken dienen. In diesem Zusammenhang lehnte Maier den Ankauf der Wienerwald-Kette durch die Wiener Holding ab. Ein rascher EG-Beitritt könne Wettbewerbsnachteile für Wien geringer halten. Zur Stärkung der Wiener Wirtschaft sei weiters ein Abbau der Bürokratie sowie die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wie eine verstärkte Förderung von Unternehmensgründungen und von Betriebsansiedlungen nötig. Weiters regte Maier eine Spar-Kommission für die Rathausverwaltung nach dem Muster der Grace-Kommission in den USA an. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Inpressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 14. März 1989

Blatt 496

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Zilk zu EG-Beitritt: Seriöse Diskussion wichtiger als Debatte über „Brief“ (502)
- Österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus (502/503)

Kommunal/Lokal:

- Kraftwerk Donaustadt: Stickoxide um 90 Prozent reduziert (498)
- Schwerpunktaktionen gegen Schwarzmarkt am Mexikoplatz (499/500)
- Schirmer gegen Verlegung des Flohmarkts (500)
- Chemischputzereien als Umwelt-Belaster (501)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (501)

Kultur:

- „Literatur im März“ am Mittwoch (497)

„Literatur im März“ am Mittwoch

Wien, 14.3. (RK-KULTUR) Lesungen von Fred WANDER, Marie-Therese KERSCHBAUMER und Heiner MÜLLER stehen unter anderem auf dem Programm der „Literatur im März“ am Mittwoch.

Der Programmablauf:

- 9.00 Uhr: Fred Wander
liest aus Der siebente Brunnen
- 10.00 Uhr: Ernst Wangermann
Jakobinische Literatur in Wien
- 11.00 Uhr: Wie man Gedichte lesen kann —
mit Crescentia Dünßer und Otto Kukla
- 17.00 Uhr: Crescentia Dünßer und Otto Kukla lesen aus dem Roman
Die Ästhetik des Widerstands von Peter Weiss
- 18.00 Uhr: Fred Wander liest aus dem Roman-Manuskript resistance
- 19.00 Uhr: Marie-Therese Kerschbaumer liest aus dem Prosapoem über
den Spanischen Bürgerkrieg Versuchung/Winterreise
- 20.00 Uhr: Heiner Müller liest aus den Revolutionsstücken
(Schluß) gab 'rr

Kraftwerk Donaustadt: Stickoxide um 90 Prozent reduziert

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) 1985 war der Startschuß für das großangelegte Umweltschutzprogramm der Wiener E-Werke gefallen, nun konnte im Kraftwerk Donaustadt der Abschluß dieser Maßnahmen begangen werden. Das Ergebnis: Mit einem finanziellen Aufwand von 461 Millionen Schilling konnten die Stickoxidemissionen des Kraftwerkes Donaustadt gegenüber 1985 um 90 Prozent gesenkt werden. Die Emissionen liegen jetzt unter 100 Milligramm NO_x pro Kubikmeter. Dieser Erfolg ist für ein bestehendes, 15 Jahre altes Dampfkraftwerk europaweit einmalig, das Kraftwerk Donaustadt hat mit dieser radikalen Senkung der Emissionen eine echte Vorreiterrolle übernommen, berichtete Energiestadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Während die Höhe der Schwefeldioxidemissionen ausschließlich von der Zusammensetzung des verfeuerten Brennstoffes abhängt und in den Wiener Kraftwerken durch den schrittweisen Umstieg auf den umweltfreundlichen Brennstoff Erdgas bereits drastisch reduziert wurde, werden die Stickoxidemissionen auch von der Konstruktion der Feuerungseinrichtungen und von der Führung des Verbrennungsvorganges beeinflusst. Reduktionen sind nur möglich durch Änderungen an den Feuerungsanlagen oder durch den Einbau nachgeschalteter Entstickungsanlagen. Obwohl die Kraftwerke in Österreich mit nur rund sieben Prozent einen relativ niedrigen Anteil an den gesamten Stickoxidemissionen haben, begannen die Wiener E-Werke 1985 mit Maßnahmen zur Senkung dieser Emissionen.

In den Jahren 1985 und 1986 wurden als Primärmaßnahmen die Kesselfeuerungsanlagen beider Blockkraftwerke im Kraftwerk Donaustadt mit stickoxidarmen Brennern ausgestattet. Durch die verzögerte Verbrennung an diesen „Mehrschichtbrennern“ wurde eine Senkung der Flammentemperatur und damit eine Verminderung der Stickoxidbildung erreicht.

Als zweite Stufe der Stickoxidreduktion wurde als Sekundärmaßnahme der Einbau von Rauchgasfiltern nach dem „SCR-Prinzip“ (SCR bedeutet Selective Catalytic Reduction) bei jedem Kessel vorgenommen. Das Verfahren beruht auf der Aufspaltung der Stickoxide in die neutralen Luftbestandteile Stickstoff und Wasser. Zur Spaltung der NO_x-haltigen Abgase bedarf es Katalysatoren, die jeweils außen an die Kesselanlagen der Blockkraftwerke 1 und 2 im Kraftwerk Donaustadt angebaut wurden.

Im Kraftwerk Donaustadt wurden erstmalig in Österreich bei bestehenden Kraftwerksblöcken beide NO_x-Reduktionsmaßnahmen, also sowohl auf der Primärseite — bei der Verbrennung selbst — als auch auf der Sekundärseite — nach der Verbrennung — eingesetzt. Im Block 2 wurde der Rauchgasfilter im November 1987 und im Block 1 im Juli 1988 in Betrieb genommen. Mit der Inbetriebnahme einer neuen Notstromdieselanlage, die im Zusammenhang mit dem Einbau der Katalysatoren erforderlich wurde, konnte nun das Umweltprogramm im Kraftwerk Donaustadt abgeschlossen werden.

15 Jahre Kraftwerk Donaustadt

Der Abschluß des Umweltschutzprogrammes fällt zusammen mit dem 15-jährigen Bestand des Kraftwerkes Donaustadt. Seit ihrer Inbetriebnahme waren die beiden Blöcke zusammen rund 160.000 Stunden in Betrieb. Sie haben dabei etwa 18.800.000.000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Mit dieser Strommenge könnte man ganz Österreich fünf Monate lang versorgen.

Das Kraftwerk Donaustadt besteht aus zwei gleichen Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von je 150 Megawatt. Als Primärenergie werden Erdgas und bei geringem Gasangebot Heizöl schwer mit sehr niederem Schwefelgehalt eingesetzt. Die Steuerung beider Blöcke ist mit Prozeßrechnern weitgehend automatisiert. Das benötigte Kühlwasser wird über ein Entnahgebauwerk mit Pumpen und Reinigungsanlagen der Donau entnommen.

Ein Detail am Rande: Seit dem Bestehen des Kraftwerkes Donaustadt ist der Strombedarf in Wien um 61 Prozent gestiegen. (Forts. mgl.) roh/ke

Schwerpunktaktionen gegen Schwarzmarkt am Mexikoplatz

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die erfreuliche Öffnung der östlichen Grenzen hat Wien vor allem am Mexikoplatz, aber auch am Flohmarkt größere Probleme mit dem Schwarzmarkt gebracht. Speziell der Mexikoplatz hat sich den letzten Monaten zu einem Zentrum des illegalen Handels entwickelt. Nicht nur einzelne Gäste aus östlichen Ländern, die wie früher die Devisen für ihren Österreich-Aufenthalt durch Warenverkauf verdienen wollten, sondern schon organisierter Handel befindet sich am Mexikoplatz. Da auch bei den WienerInnen entsprechend Nachfrage nach den angebotenen Waren — von Zigaretten über Salami bis zu Alkoholika, von Selbstgestricktem über Bettwäsche bis zu Glaswaren — herrscht, hat sich dieser Schwarzmarkt immer mehr ausgeweitet und hat zur Belästigung der Anrainer geführt. „Auch die Sorge, daß die Zustände am Mexikoplatz bei den WienerInnen zu verstärkter Ausländerfeindlichkeit führen könnten, und der nicht tolerierbar fast gewerbsmäßige Schwarzhandel erfordern ständig Maßnahmen. Zusätzlich zu den in letzter Zeit bereits durchgeführten Schwerpunktaktionen von Zoll, Polizei und Marktamt werden nun weitere konzentrierte Einsätze stattfinden. Außerdem werden wir mit Flugblättern an den Grenzen, wie auch in Wien, auf das Verbot des illegalen Handels hinweisen“, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Durch eigene Tafeln, die in der Umgebung des Mexikoplatzes aufgestellt werden, sollen VerkäuferInnen wie KundInnen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie sich strafbar machen.

Das Problem existiert bereits seit längerem, wird aber in den letzten Monaten zunehmend größer: Waren es früher einzelne OstblocktouristInnen, die am Mexikoplatz persönliche Gegenstände, Salami, Wodka usw. verkauften, um so ihren Aufenthalt zu finanzieren, so kommen jetzt mehr und mehr Menschen — teilweise per Bus, per PKW, per Bahn oder per Schiff — auf den Mexikoplatz, um Waren zu verkaufen. Teilweise sind es offenbar bereits organisierte Händlerringe.

Da es dem Zoll an der Grenze nicht immer gelingt, alle geschmuggelten Waren zu finden, und manche Produkte auch als zollfreies Reisegut bzw. sogar verzollt nach Österreich gebracht werden, hat sich in Wien, wie in anderen europäischen Großstädten, ein reger Schwarzmarkt entwickelt. Die Folge: teilweise befinden sich bis zu 1.500 Menschen, SchwarzhändlerInnen wie KäuferInnen, am Mexikoplatz, ein für die BewohnerInnen der Umgebung unhaltbarer Zustand.

Daher werden nun verstärkt Schwerpunktaktionen durchgeführt, bei denen Zollbehörde, Polizei und Marktamt gemeinsam agieren.

Die gemeinsame Vorgangsweise ist notwendig, da die Polizei z.B. die HändlerInnen und KäuferInnen — denn auch wer als ÖsterreicherIn geschmuggelte Waren erwirbt, macht sich strafbar! — nicht wegen Schmuggels strafen kann, die Zollbehörde wieder nicht gegen falsch geparkte Autos einschreiten, und das Marktamt z.B. niemanden zur Ausweisleistung zwingen kann. Gesetzliche Möglichkeiten, zu strafen, gibt es:

Für diverses Reisegut gilt zwar Zollfreiheit. Der Verkauf von zollfreiem Reisegut in Österreich verstößt aber gegen die Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes. Diese Hinterziehung von Einnahmen wird gestraft. Hat also ein/e TouristIn den mitgebrachten Wodka als Reisegut deklariert und will ihn dennoch am Mexikoplatz verkaufen, so machter/sie sich strafbar. Zwar gilt es als Bagatelldelikt, aber die Strafe kann bis zum Doppelten der „Eingangsgabgabe“, also der beim Verzollen eingehobenen Summe, betragen — im Durchschnitt einige hundert Schilling.

Unabhängig davon ist auch der Ankauf von geschmuggelten Waren strafbar.

Generell sind neben Geldstrafen auch der Verfall von Gegenständen sowie die Verurteilung zu Freiheitsstrafen möglich.

Teilweise verzollten Reisende und Reisegruppen die nach Österreich eingeführten Waren aber auch, womit die Zollfahndung nicht mehr einschreiten kann. In diesen Fällen besteht aber der Verdacht auf gewerbsmäßigen Handel bzw. Verstoß gegen gewerberechtliche Bestimmungen. In diesen Fällen kann das Marktamt, mit Unterstützung des Magistratischen Bezirksamtes, dessen MitarbeiterInnen ebenfalls an den Schwerpunktkontrollen teilnehmen werden, strafen. Unter anderem wird das Mobile Büro des Bürgerdienstes während der Schwerpunktaktionen am Mexikoplatz eingesetzt werden. (Forts. mgl.) hrs/ke

Forts. von Blatt 499

Schirmer gegen Verlegung des Flohmarkts

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Verlegung des Flohmarktes sprach sich die für die Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER beim Bürgermeister-Pressesgespräch aus. Es sei keine Lösung, zu sagen, die Altkleider mögen in Simmering und die alten Möbel am Donaukanal verkauft werden. Der Flohmarkt solle belassen werden, die rundherum entstehenden Probleme müsse man in den Griff bekommen. Schirmer wies auch darauf hin, daß sich auch die Altwaren- und Antiquitätenhändler gegen die vom 6. Bezirk geforderte Teilung des Flohmarkts ausgesprochen haben. (Schluß) hrs/rr

Chemischputzereien als Umwelt-Belaster

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 36 (Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei) hat in ihrer Funktion als Gewerbebehörde auch die Überprüfung von Chemischputzereien durchzuführen. Bei diesen regelmäßig durchgeführten Prüfungen wurden in der letzten Zeit zwei Fälle extremer Umweltbelastungen aufgedeckt, wobei der Verdacht auf Umweltkriminalität besteht. Die Magistratsabteilung 36 hat daher die beiden im Verdacht der Umweltkriminalität stehenden Chemischputzereien bei den zuständigen Magistratischen Bezirksämtern gemeldet, die auch Anzeige erstatten werden. Bei den Überprüfungen der Abluft nach der Abluftreinigungsanlage wurden in beiden Fällen Überschreitungen des „Per“-Gehaltes von 30 ppm um ein Vielfaches festgestellt. Der ressortzuständige Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die rund 300 Chemischputzer in Wien in der nächsten Zeit verstärkt mit Kontrollen seitens der Magistratsabteilung 36 und bei nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Anlagen mit Anzeigen zu rechnen haben. (Schluß) lf/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 14.3. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

BRIGITTENAU: Mittwoch, 15. März, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

WIEDEN: Donnerstag, 16. März, 18 Uhr, BV 4, Favoritenstraße 18.

(Schluß) end/rr

Zilk zu EG-Beitritt: Serlöse Information wichtiger als Debatte über „Brief“

Wien, 14.3. (RK-POLITIK) Die Äußerung des designierten Salzburger Landeshauptmannes Dr. Hans KATSCHTHALER, er sei gegen einen EG-Beitritt um jeden Preis, nahm Wiens Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch zum Anlaß für eine grundsätzliche Stellungnahme zur EG-Debatte. Zilk, der sich der zitierten Meinung Katschthalers anschloß, sagte, der EG-Beitritt sei möglicherweise eine Notwendigkeit; darüber müsse man diskutieren; er, Zilk, sei auch keineswegs ein EG-Gegner um jeden Preis: „Aber man muß den Menschen endlich sagen, was ein EG-Beitritt Österreichs tatsächlich bedeuten würde, welche Auswirkungen er hätte. Die bisherige Debatte, wer wann einen Brief abschickt, ist eher eine Pflanzerei gewesen,“ sagte der Wiener Landeshauptmann.

Auswirkungen im Umwelt- und Lebensmittelbereich

Zilk nannte als Beispiele für Bereiche, in denen Österreich mit gravierenden Auswirkungen eines EG-Beitrittes zu rechnen hätte, die Lebensmittelqualität sowie den Umweltschutz. Zilk: „Bei der Qualität der Lebensmittel und der Lebensmittelkontrollen müßte sich die EG schon eher an uns anpassen, um europareif zu werden.“ So strebe die EG beispielsweise derzeit 2,5 Proben pro Jahr und tausend Einwohner an, in Wien sind es 13,5. Die Fleischschau, bei uns eine Selbstverständlichkeit, werde in vielen EG-Ländern nicht regelmäßig durchgeführt. Im Bereich des Umweltschutzes gelten in EG-Ländern vielfach höhere oder gar keine Grenzwerte für die Emission von Schadstoffen.

Zilk: „Auf dem Umwelt- und Lebensmittelsektor würde in Österreich durch einen EG-Beitritt sehr vieles in Frage gestellt werden. Ich bin deshalb noch keineswegs ein unbedingter EG-Gegner, doch müssen wir die Vor- und Nachteile eines Anschlusses sehr genau abwägen.“

Keinerlei Konzession dürfe es allerdings bei der Neutralität geben, eine Neu- oder Uminterpretation dürfe keinesfalls in Frage kommen, betonte Zilk, der sich dafür aussprach, in der EG-Frage doch auch ein wenig auf die Haltung der Schweiz zu schauen. Grundsätzlich sei in Europa soviel in Bewegung gekommen, daß sich künftige Entwicklungen nicht auf die Frage eines EG-Beitrittes allein reduzieren lassen. Ratschläge aus der EG hinsichtlich einer Zusammenarbeit der europäischen Nicht-EG-Länder sollte man jedenfalls ernst nehmen, betonte Zilk.

(Siehe auch RK „Österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus“).
(Schluß) ger/bs

österreichischer Städtebund zu EG und Föderalismus

Konsens über Beteiligung der Gemeinden bei weiteren Integrationsschritten

Wien, 14.3. (RK-POLITIK) Ende November 1988 ist Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes an Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER mit dem Ersuchen herantreten, im Zuge der Integrationsüberlegungen auch die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden zu berücksichtigen und die Vertreter des Städtebundes zu den Beratungen beizuziehen.

Am 10. März wurde nunmehr unter dem Vorsitz von Bundesminister Neisser Einigung über den „Föderalismusbericht“ der Bundesregierung erzielt, in

dem unter anderem festgestellt wird, daß sich Auswirkungen auf die Gemeinden vor allem in den Bereichen

- Gemeindefinanzen,
 - Öffentliches Vergabewesen,
 - Beihilfen, insbesondere im Rahmen der Wirtschaftsförderung und
 - Dienstrecht
- ergeben dürften.

Im Bereich des Vergabewesens erwarten Experten, daß durch den verstärkten internationalen Wettbewerb zwar ein Druck auf die Preise entstehen wird, es jedoch zu befürchten ist, daß die Vergabe von Aufträgen durch den EG-Bürokratismus und durch neu hinzukommende Schiedsinstanzen wesentlich komplizierter und länger dauern wird. Dieses Problem könnte auf Österreichs Gemeinden auch schon zukommen, wenn es zwischen EFTA und EG zu einer intensiveren Zusammenarbeit kommt.

Darüber hinaus würde es bei Förderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Betriebsansiedlungen notwendig werden, die Zustimmung der EG einzuholen. Solche Verfahren können nach dem derzeitigen Stand der Dinge bis zu einem Jahr dauern.

Die Fähigkeit der Gemeinden, rasch im Sinne der Bürger zu agieren und eine aktive, lokale Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, würde somit beeinträchtigt. Hier wäre bei einer EG-Annäherung ein Eingriff in die Gemeindeautonomie zu erwarten.

Im „Föderalismus und EG-Bericht“ wird nunmehr ausdrücklich anerkannt, daß die Gemeinden ein Bedürfnis nach umfassender Information und Berücksichtigung der von ihnen artikulierten Anliegen haben. Dies gilt sowohl für die Phase der Integrationsverhandlungen als auch für die Phase der tatsächlichen Teilnahme am EG-Binnenmarkt.

Zilk: „Wir werden den Bund in allen für die Gemeinden wichtigen Punkten ersuchen, bei den zu führenden Verhandlungen mit EFTA und EG auf die berechtigten Anliegen Rücksicht zu nehmen. Damit würde Österreich auch der Stärkung der föderalen Struktur in Europa einen guten Dienst erweisen.“

Keine Einigung über Beteiligung der Gemeinden am Mitgliedsbeitrag zur EG

Keine Einigung gibt es jedoch in Fragen des EG-Mitgliedsbeitrages. Zwischen Bund, Ländern und Gemeinden besteht zwar weitgehende Übereinstimmung darüber, daß finanzielle Belastungen und Erträge, die aus abgabenrechtlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der europäischen Integration entstehen, nach dem Anteil der Gebietskörperschaften am Abgabenertrag aufgeteilt werden. Der Österreichische Städtebund lehnt jedoch eine finanzielle Beteiligung an dem von der Republik Österreich zu leistenden Mitgliedsbeitrag von über 20 Milliarden Schilling grundsätzlich ab. Den Gemeinden würde eine solche Beteiligung jährlich 2 Milliarden Schilling kosten. Diese Auffassung wird vom Österreichischen Gemeindebund mitgetragen. Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK: „Es wäre in Europa einzigartig, wenn die Gemeinden den EG-Mitgliedsbeitrag der Staaten mitfinanzieren würden. In keinem europäischen Land, auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren föderalen Strukturen, zahlen die Gemeinden einen Teil des EG-Mitgliedsbeitrages. Mitglied der EG wäre die Republik Österreich, die auch Aufgaben an die Europäischen Gemeinschaften übertragen würde. Bei den Gemeinden ist demgegenüber keine Entlastung abzusehen, ja es würde sogar das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingeschränkt.“ (Schluß) stb/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 15. März 1989

Blatt 504

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Familiensonntag am 19. März (505)
- Aktion „Frau und Sport in Wien“ (505)
- Smejkal: Pflegegelder wurden erhöht (506)
- Neuer Geschäftsführer für Stadterneuerungsfonds (507)
- Verdienstzeichen des Landes Wien (507)
- Lassallehof: „Sanfte“ Gemeindebau-Sanierung mit Mieterbetreuung (509/510)
- Weltkonsumententag: Gesundheitsförderung — auch Teil des Konsumentenschutzes (512)
- ÖVP fordert EBS-Untersuchungsausschuß (515)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk (511)

Kultur:

- 150. Geburtstag des Malers Christian Griepenkerl (508)
- Sondersubvention für Theater „Der Kreis“ bewilligt (513)
- „Literatur im März“ am Donnerstag (513)

Wirtschaft:

- Teilverkauf der Wiener Holding wird eingeleitet (514)

Famillensonntag am 19. März

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) International ist das Programm des 3. Familiensonntags des Wiener Landesjugendreferates am 19. März.

So wird im Haus der Begegnung Rudolfsheim das Persische Neujahrsfest und im Jugendzentrum Ottakring ein Türkisch-Österreichisches Freundschaftsfest gefeiert. Kinder und Jugendliche aus der BRD sind anlässlich „2000 Jahre Bonn“ im Zentrum Wienerberg zu Gast, und wie „Kinder in Afrika“ leben, sieht man im Museum für Völkerkunde.

Zum Besuch des „Wiener Wurstelpraters“ laden die Praterunternehmer Kinder und Eltern im Rahmen des Familiensonntags ein. Für Kinder gibt es dabei bei allen gekennzeichneten Prateraktionen eine 50prozentige Ermäßigung.

Weitere interessante Programmangebote des Familiensonntags sind

- der „Frühlingsspaziergang im Laaerpark“ und der anschließende Besuch des Drehorgelmuseums im Böhmischem Prater,
 - „Allerlei vor Ostern“ im Jugendzentrum Margareten und Ostervorbereitungen im Festsaal der Bezirksvorstehung Wieden,
 - „Spiel- und Sportnachmittag“ in den Turnsälen der Volksschule 21, Dopschstraße, und
 - eine Bussonderfahrt zur U-Bahn-Baustelle Philadelphiabrücke.
- (Schluß) jel/gg

Aktion „Frau und Sport in Wien“

Wien, 15.3. (RK-SPORT) Die Magistratsabteilung 51 — Sportamt der Stadt Wien hat unter dem Titel „Frau und Sport in Wien“ eine neue Breitensportaktion ins Leben gerufen, die sich speziell an die Hausfrauen wendet. Diese in der ersten Aprilwoche anlaufende Aktion bietet die Möglichkeit, einmal unabhängig von jeder Vereinszugehörigkeit Sport zu betreiben. Die Kurse sind als Ausgleich zu den Anforderungen im Haushalt gedacht. Unterhaltung, Abwechslung und Spaß sollen darüber hinaus für psychische Entspannung sorgen.

Das zahlreiche Kurse in verschiedenen Sportarten umfassende Programm wurde in einer eigenen Broschüre zusammengefaßt, die kostenlos im Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2733 angefordert werden kann. (Schluß) red/bs

Smejkal: Pflegegelder werden erhöht

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Die Pflegegelder und Pflegebeiträge für Pflegekinder der Stadt Wien werden ab 1. Mai 1989 erhöht, kündigte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Mittwoch gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ an. 3.350 Schilling monatlich bekommt dann eine Familie, die ein Wiener Pflegekind bis zu 18 Jahren in Einzelpflege (1 bis 3 Kinder) hat, 3.750 Schilling für Wiener Pflegekinder in Pflegegroßfamilien. Das Jugendamt leistet auch einen einmaligen Ausstattungsbeitrag von 2.100 Schilling bei der Übernahme eines Pflegekindes und zweimal jährlich einen Bekleidungsbeitrag in der Höhe von 3.350 Schilling pro Kind. Ebenfalls zweimal jährlich erhalten Pflegefamilien für ihre Pflegekinder ein zusätzliches Pflegegeld.

Mehr Wiener Pflegefamilien

Das emotionelle und praktische Engagement von Pflegeeltern, die Kindern, die nicht in ihren Familien bleiben konnten, betreuen, sei mit finanziellen Mitteln nicht abzugelten, erklärte Smejkal. Aufgabe der Stadt Wien sei es aber, nicht nur für das Wohl der dem Jugendamt anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu sorgen, indem man Pflegefamilien mit Rat und Hilfe unterstütze, sondern auch für ein ausreichendes finanzielles Auskommen Sorge trage.

Obwohl immer weniger Kinder in Heimen untergebracht werden müssen, bemühe man sich, meinte Smejkal, verstärkt um die Anwerbung von Wiener Familien, denn ein immer noch beachtlicher Prozentsatz von Wiener Pflegekindern sei mangels Wiener Pflegefamilien in den Bundesländern untergebracht.

Karenzurlaub auch für Pflegeeltern

Die Verwirklichung des wahlweisen Karenzurlaubes dürfe nicht nur für leibliche Eltern eines Kindes, sondern müsse auch für alle jene, die mit dem Sorgerecht für ein Kind betraut sind, besonders aber für Pflegefamilien, gelten, forderte Smejkal. Auch wenn Pflegeeltern diese Aufgabe „auf Zeit“ übernehmen, müßten sie gleiche Bedingungen vorfinden wie die leiblichen Eltern, unterstrich Smejkal. (Schluß) jel/bs

Neuer Geschäftsführer für Stadterneuerungsfonds

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds erhält einen neuen Geschäftsführer. Dr. Ernst THEIMER, derzeit noch Leiter der Magistratsabteilung 69 (zuständig für rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten der Stadt Wien) wurde vom Kuratorium des Stadterneuerungsfonds in der Sitzung am Dienstag einstimmig bestellt.

Dr. Theimer folgt damit Ing. Walter HOFSTETTER nach, der im Juni in den Ruhestand tritt. Dr. Ernst Theimer ist 42 Jahre alt, gelernter Jurist, und war im Bereich des Magistrats bisher insbesondere mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betraut. Ing. Walter Hofstetter, 62 Jahre alt, war seit 1984 Geschäftsführer des Wiener Stadterneuerungsfonds und wesentlich dafür verantwortlich, den Fonds zu einer zentralen Servicestelle für sanierungswillige Hauseigentümer zu machen. Hofstetter war bis 1984 rund zwei Jahrzehnte Mitglied des Wiener Gemeinderates, zuletzt war er Vorsitzender des Stadtparlaments. Insgesamt gab es 30 Bewerbungen für die ausgeschriebene Funktion. (Schluß) ah/rr

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA überreichte Dienstag nachmittag Bezirksinspektor Rudolf SCHAFARIK das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. Der Geehrte ist bei der Strompolizei tätig und hat sich durch besonderen Einsatz und Hilfsbereitschaft in vielen Fällen ausgezeichnet. Der kleinen Feier wohnte auch Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER bei. (Schluß) lf/rr

150. Geburtstag des Malers Christian Griepenkerl

Wien, 15.3. (RK-KULTUR) Der Historienmaler Christian Griepenkerl wurde am 17. März 1839 in Oldenburg geboren. Er studierte in Wien bei Carl Rahl und arbeitete später längere Zeit in dessen Werkstatt.

Griepenkerl schuf zahlreiche Decken- und Wandgemälde für Palais und Villen in Wien, Venedig und Athen. Für den Herrensaal des Wiener Parlaments malte er einen Figurenfries und in der Aula der Akademie der bildenden Künste vollendete er die Deckengemälde nach den Entwürfen von Anselm Feuerbach.

Christian Griepenkerl, der sich auch als Porträtist betätigte und ab 1874 Professor an der Wiener Akademie war, starb am 21. März 1916 in Wien und wurde in einem Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof begraben. (Schluß)
red/gg

Lassallehof: „Sanfte“ Gemeindebau-Sanierung mit Mieterbetreuung

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Nach dem Vorbild der drei großen Gemeindebauten Karl-Marx-Hof, George-Washington-Hof und Rabenhof wird nun auch der Lassallehof in Wien-Leopoldstadt „sanft“ saniert. Der fast 300 Wohnungen umfassende Wohnbau aus der Ersten Republik soll mit massiver öffentlicher Förderung vom Keller bis zum Dach repariert werden. Gleichzeitig sollen auch zahlreiche Wohnungen auf zeitgemäßen Standard gebracht werden.



Foto: PID/Fotostudio Paulus

Damit die Mieter über alle geplanten und möglichen Baumaßnahmen, über die Kosten und über finanzielle Hilfen entsprechend informiert und beraten werden, wurde nun — etwa ein Jahr vor dem tatsächlichen Baubeginn — ein Mieterbetreuungsbüro direkt in der Anlage eingerichtet. Drei

Mieterversammlungen haben auf Initiative der Mieterbetreuer bereits stattgefunden, nun werden die Wünsche der einzelnen Mieter mit Fragebogen erhoben.

Die reinen Baukosten für die Sanierung des Gebäudes werden vorläufig auf über 55 Millionen Schilling geschätzt. Aufgrund der hohen Förderung durch das Land werden die Mieten nach der Erneuerung etwa 27 Schilling pro Quadratmeter und Monat betragen, wobei die Möglichkeit der Wohnbeihilfe bestehen wird. Je nach Wunsch des Mieters können in den Wohnungen Verbesserungen vorgenommen werden (Einbau von Bad oder Zentralheizung), die ebenfalls gefördert werden.

Der Lassallehof wurde 1925 im Zuge des 1. Wohnbauprogramms der Gemeinde Wien errichtet. Die repräsentative Anlage liegt an der Lassallestraße gegenüber dem Nordbahnhof-Gelände und fällt durch ihren monumentalen Turmbau auf. Die Architektur ist ein typisches Beispiel für den kommunalen Wohnbau der Zwischenkriegszeit. Die Wohnungen weisen großteils Kategorie C (Wasser und WC) auf, die durchschnittliche Größe liegt zwischen 43 und 50 Quadratmeter. Das Mieterbetreuungsbüro ist in der Lassallestraße 40, Stiege 4, Tür 7, eingerichtet, jeweils Dienstag und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr geöffnet und unter der Telefonnummer 21 83 599 erreichbar. Die Eröffnung des Mieterbetreuungsbüros nahm der Bezirksvorsteher der Leopoldstadt, Heinz WEISSMANN, am Dienstag vor.
(Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 509

Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk

Wien, 15.3. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des 1. Bezirkes, die Bereiche Grabenviertel, Hoher Markt, Am Hof, Salzgries, Textilviertel und Schottentor, insgesamt eine Fläche von rund 80 Hektar mit 8.000 Einwohnern und 42.000 Beschäftigten wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 5991) ausgearbeitet. Außerdem soll eine Schutzzone festgelegt werden.

Das Plangebiet wird von den Straßenzügen Maria-Theresien-Straße, Donaukanal, Saltorgasse, Rotenturmstraße, Spiegelgasse, Augustinerstraße, Herrengasse, Schreyvogelgasse, Dr. Karl-Lueger-Ring begrenzt. Das Gebiet weist einen hohen Anteil an denkmalgeschützten Gebäuden auf. Im wesentlichen gibt es u.a. folgende Probleme: Die derzeitigen Baulinien sind oft Eingriffe in historisch wertvollen Baubestand; es fehlen bestandsbezogene Bebauungsbestimmungen in der Schutzzone; die stadt-bildprägende Dachlandschaft ist auf Grund der derzeitigen Bauordnungsbestimmungen nicht gesichert, der verstärkte Ausbau von Dachgeschossen birgt die Gefahr einer Zerstörung dieser Dachlandschaft; die Höfe vieler kulturhistorisch wertvoller Gebäude sind vor einer Bebauung nicht gesichert; durch den Ausbau der U-Bahn kommt es zu neuen Fußgängerströmen, für die Vorsorge getroffen werden muß; viele städtebaulich wertvollen Plätze sind derzeit noch durch Autoabstellflächen beeinträchtigt.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Erhaltung der Nutzungsvielfalt, die widmungsmäßige Berücksichtigung des wertvollen Baubestandes, die Berücksichtigung des charakteristischen Erscheinungsbildes durch differenzierte Festsetzung der Gebäudehöhen, die Freihaltung der Höfe, die Sicherung der Grünflächen und des wertvollen Baumbestandes, die widmungsmäßige Vorsorge für den ruhenden Verkehr, für Fußgängerverbindungen und für Flächen für öffentliche Zwecke. Der Entwurf liegt vom 16. März bis 13. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Weltkonsumententag: Gesundheitsförderung – auch Teil des Konsumentenschutzes

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Die Gesundheitsförderung ist ein Anliegen, das auch außerhalb des rein medizinischen Bereichs zum Tragen kommen muß. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Konsumentenschutz mit der Lebensmittelkontrolle. Die Aktion „Gesunde Stadt“ wird daher auch vom Konsumentenressort besonders unterstützt: Darauf wiesen Stadträtin Christine SCHIRMER und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch anlässlich des Weltkonsumententages hin, der im Zeichen der Gesundheit steht. In diesem Zusammenhang betonte Schirmer neuerlich, daß Österreich bei einem eventuellen EG-Beitritt, der zweifellos in manchen Bereichen Vorteile brächte, darauf achten muß, daß der hohe Standard des österreichischen Lebensmittelrechts aufrechterhalten bleibt. Die strengen österreichischen Bestimmungen sind auch ein Teil der Gesundheitsvorsorge.

Die Stadt Wien nimmt seit 1988 an dem Projekt der Weltgesundheitsorganisation „Gesunde Städte“ teil. Ziel dieser Aktion ist es, das Gesundheitsbewußtsein und die Eigenverantwortung der Menschen zu fördern. Entsprechende Aktionen werden unter dem Motto „Wien – gesunde Stadt“ durchgeführt.

Der Wiener Gemeinderat hat in diesem Zusammenhang am 27. Jänner 1989 einstimmig eine Deklaration verabschiedet, mit der ausdrücklich zu einer umfassenden Politik der Gesundheitsförderung aufgerufen wird.

Die Deklaration schließt mit dem folgenden Appell zur Umsetzung der Gesundheitsförderung:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien appelliert an alle Einrichtungen und Bürger, dem Anliegen der Gesundheitsförderung erhöhte Beachtung und Wichtigkeit zu geben. Als beschlußfassendes Organ richtet der Gemeinderat auch an alle Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien die Aufforderung, in ihrer Tätigkeit auf die Grundsätze und Schwerpunkte der Deklaration über die Gesundheitsförderung Bedacht zu nehmen.“

Konsumentenschutz dient der Gesundheit

Dem Konsumentenschutz kommt in der Gesundheitsförderung eine ganz besondere Bedeutung zu. Er beeinflusst die Rahmenbedingungen für eine adäquate Ernährung und für sichere Konsumgüter.

Durch „Wien – gesunde Stadt“-Aktionen sollen die Wienerinnen und Wiener auch zur Mitarbeit und Mitbestimmung angeregt werden.

Derzeit werden bereits folgende Aktionen durchgeführt:

- Unterstützung von Initiativen zur Förderung der gesunden Ernährung (Beratung von Elternvereinen bei der Schulernährung, Unterstützung bei modernen Verköstigungsmodellen für Schüler durch Lebensmittelprüfanstalt und das „Wien – gesunde Stadt“-Büro).
- Einbindung gesundheitsorientierter Gesichtspunkte in die Althausanierung durch Messungen Indoor-pollution durch das Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien.
- Förderung von partizipativen, gesundheitsbezogenen Unterrichtsprojekten durch Gesundheitsförderungseminar in der Lehrerfortbildung sowie im Rahmen eines WHO-Modellprojektes zur Gesundheitsförderung im BRG/BORG, Wien 22, Polgarstraße; dabei werden Aktionen zur gesunden Ernährung und zur Bewertung von Konsumgütern von den Schülerinnen und Schülern durchgeführt.

(Schluß) hrs/zi/gg

Sondersubvention für Theater „Der Kreis“ bewilligt

Wien, 5.3. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte eine Sondersubvention von zehn Millionen Schilling für das Theater „Der Kreis“. Sie dient der Realisierung des Shakespeare-Zyklus von George TABORI. (Schluß) gab/rr

„Literatur im März“ am Donnerstag

Wien, 15.3. (RK-KULTUR) Vorträge von Peter HENISCH und Martin WALSER und eine Diskussion zur Aktualität der Klassiker auf der Bühne stehen unter anderem auf dem Programm der „Literatur im März“ am Donnerstag.

Das Programm im einzelnen:

- 9.00 Uhr: Erich Hackl
Gewalt und Zärtlichkeit. Literatur in Lateinamerika
- 10.00 Uhr: Peter Henisch
Von Hoffmann bis Heine. Anmerkungen zur kritischen Ironie zwischen den Revolutionen
- 11.00 Uhr: Wie man Gedichte lesen kann — mit Crescentia Dünßer und Otto Kukla
- 17.00 Uhr: Das Neue im Alten suchen
Zur Aktualität der Klassiker auf der Bühne. Diskussion mit Manfred Karge, Heiner Müller, George Tabori u.a.
Moderation: Kurt Palm
- 19.00 Uhr: Jutta Schutting/Maria Franca Frola
Hölderlin. Zwei Bilder
- 20.00 Uhr: Martin Walser
Zur Literatur der Neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts
(Schluß) gab/rr

Teilverkauf der Wiener Holding wird eingeleitet

Verkauf von 49 Prozent, Erlös rund 1 Milliarde Schilling

Wien, 15.3. (RK-WIRTSCHAFT) In den nächsten Tagen und Wochen fallen die entscheidenden Schritte zu einem Verkauf von Anteilen der Stadt an der Wiener Holding. Als erstes Gremium der Stadt Wien wird der Finanzausschuß kommenden Freitag drei Dinge zu beraten und zu beschließen haben:

- die Ermächtigung zum Verkauf von 49 Prozent der Geschäftsanteile der Stadt Wien an der Wiener Holding,
- die ersatzlose Streichung der sogenannten Holding-Doktrin und
- die Ermächtigung zum Abschluß eines Syndikatsvertrages und einer Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wiener Holding.

Nach den Beratungen des Finanzausschusses werden sich noch der Wiener Stadtsenat und der Wiener Gemeinderat mit dem Teilverkauf der Wiener Holding befassen und entsprechende Beschlüsse fällen müssen.

Der Unternehmenswert der Wiener Holding wurde von zwei Wirtschaftsprüfern und vom Wiener Kontrollamt mit rund 2.050 Millionen Schilling ermittelt. Somit beträgt der Kaufpreis für einen einprozentigen Anteil 20,5 Millionen Schilling, der Verkauf von 49 Prozent bringt einen Erlös von rund 1 Milliarde Schilling für die Stadt Wien. Derzeit werden mit einer Reihe von Interessenten Gespräche geführt, mit einem Abschluß der Verkaufsverhandlungen ist in den nächsten Wochen zu rechnen.

Von Bedeutung ist die ersatzlose Streichung der Holding-Doktrin. Dadurch wird eine expansive Entwicklung der Wiener Holding und ihrer Betriebe möglich, die Betriebe können in Zukunft über den Wiener Raum hinaus privatwirtschaftlich tätig werden. Zum dritten ist vorgesehen, daß die Stadt Wien bei vier Betrieben — wie in der Vergangenheit — eine Verlustabdeckung vornimmt: und zwar beim Theater an der Wien, beim Raimundtheater, beim Ronacher und bei der Wiener Stadthalle. (Schluß) sei/bs

ÖVP fordert EBS-Untersuchungsausschuß

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Im Hinblick auf die EBS-Sondersitzung im Wiener Gemeinderat am 31. März forderte die Wiener ÖVP am Mittwoch in einem Pressegespräch einen Untersuchungs- oder EBS-Aufklärungsausschuß über Planungsverlauf, Termin- und Kostenübersicht bei der EBS und der Hauptkläranlage. Kritisiert wurden von Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und LAbg. Dr. Johannes HAWLIK u. a. eine mangelnde politische Zielvorgabe, die zu einem Planungsstillstand und somit zu enormen Kostenüberschreitungen geführt habe, sowie, daß laut ÖVP von den vertraglich festgelegten Projekten bisher nur die Rauchgasreinigungsanlage errichtet und die Schlammbehandlung durchgeführt worden seien. Der neue Planungsauftrag solle dem Gemeinderat vorgelegt werden. Mit Hilfe des geforderten Untersuchungsausschusses sollte mehr Transparenz im Problembereich EBS gewährleistet werden, da der Ausschuß auch über eine Medienöffentlichkeit verfügen sollte. (Schluß)
du/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 16. März 1989

Blatt 516

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mayr: Polizei hat gesetzliche Verpflichtungen zur Überwachung der Kurzparkzonen (517/FS: 15.3.)
- Pensionistenheim „Neubau“ eröffnet (518)
- Im neuen AKH beginnt die große Übersiedlungsphase (520-522)
- Planungsstadtrat Swoboda kritisiert Polizei-Vorstoß in der Parkraumfrage (523)
- Was soll mit den „Alten Ortskernen“ geschehen? (527/528)
- Neues Eltern-Kind-Zentrum eröffnet (530/531)

Kultur:

- 50. Geburtstag von Peter Kraus (519)
- Kokoschkas Körner-Porträt im Historischen Museum (524/525)
- „Literatur im März“ am Freitag (529)

Wirtschaft:

- Holding-Tochter kauft Wienerwald Österreich (526)

Mayr: Polizei hat gesetzliche Verpflichtung zur Überwachung der Kurzparkzonen

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Die Polizei hat eine gesetzliche Verpflichtung zur Überwachung der Kurzparkzonen in Österreich, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch zu Erklärungen von Innenminister Dr. Franz LÖSCHNAK, die Polizei werde ab Mitte des Jahres nicht mehr mit jener Intensität wie bisher in den Kurzparkzonen kontrollieren. Mayr erinnerte Löschnak, daß die Parkdauer in den Kurzparkzonen durch die Straßenverkehrsordnung geregelt sei, die Überwachung und Kontrolle der Parkdauer somit in den gesetzlichen Aufgabenkreis und in die gesetzliche Verpflichtung der Exekutive falle. Es sei daher Vorsorge zu treffen, daß die Exekutive, so wie bisher, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkomme. Der Bund könne nicht, so Mayr, ihm zustehende Aufgaben auf andere Gebietskörperschaften überwälzen.

Die Aussage von Löschnak, bei der Überwachung der Kurzparkzonen in Wien gehe es um eine gebührenrechtliche Frage, deckt sich nicht mit der Rechtslage. Die Straßenverkehrsordnung und somit eine bundesgesetzliche Regelung normiert die Parkdauer, lediglich die Gebührenpflicht wird über ein Landesgesetz geregelt. Wenn Löschnak eine Teilung der Aufgaben wünscht — die Überwachung der Straßenverkehrsordnung durch die Polizei, der Gebühr durch andere Organe — so wäre eine solche Teilung der Aufgaben unökonomisch und jedenfalls technisch bis 30. Juni des Jahres nicht lösbar, erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Bereits am 15. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Pensionistenheim „Neubau“ eröffnet

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) In rund dreieinhalb Jahren Bauzeit entstand ein weiteres Haus des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, das Mittwoch nachmittag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Anwesenheit von Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, StR. Maria HAMPEL-FUCHS und zahlreicher Ehrengäste eröffnet und in „Haus Neubau für Pensionisten“ benannt wurde. Das neue Pensionistenheim in Wien 7., Schottenfeldgasse 25-27, bietet in 214 Einzel- und 18 Zweipersonenappartements Platz für 250 Bewohner. Neben einer Abteilung für besondere Betreuung, in der 32 Betten zur Verfügung stehen, gibt es noch Bibliothek, Hobbyräume, Fernseh- und Mehrzweckräume sowie zwei Veranstaltungsräume.

84 Prozent der Pensionäre des Hauses Neubau sind Frauen, 16 Männer. 36 Personen leben in Ehe- bzw. Lebensgemeinschaft, der Altersdurchschnitt der Bewohner beträgt 80 Jahre. (Schluß) jel/bs



Foto: PID/Hutterer

50. Geburtstag von Peter Kraus

Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Peter Kraus feiert am 18. März seinen 50. Geburtstag. Er kam in München zur Welt und verbrachte einen Großteil seiner Jugend in Salzburg und Wien, von wo seine Familie stammt. Peter Kraus ist österreichischer Staatsbürger, und ein wesentlicher Teil seiner Karriere hat in Wien seinen Anfang genommen. Im kleinen Austrophon-Studio, in einem Keller des Konzerthauses, hat er ab 1956 seine ersten Schallplatten aufgenommen: „Tutti Frutti“, „Susi Rock“, „Teddybär“, „Wenn Teenager träumen“, „Diana“, „Mit 17“ oder „Sugar Baby“.

Ehe er mit 18 Jahren zu singen begonnen hatte, war er bereits in einigen Filmen zu sehen gewesen. Mit Hans SÖHNKER spielte er in „Die Freundin meines Mannes“, mit Hans-Joachim KULENKAMPFF in „Immer die Radfahrer“ und mit Heinz RÜHMANN in „Der Pauker“. Später, als Kraus zunächst als „deutscher Elvis Presley“ und später als der neben Freddy Quinn erfolgreichste deutschsprachige Schlagersänger Hit um Hit landete, kamen zahlreiche Musikfilme dazu. Besondere Kassenschlager wurden „Alle lieben Peter“ und die Streifen mit Conny FROBOESS „Wenn die Conny mit dem Peter“ und „Conny und Peter machen Musik“. Bis heute hat Peter Kraus in 25 Filmen mitgewirkt, zuletzt in drei Christian-Blumenberg-Produktionen.

Auch wenn in den 60er Jahren, mit den Beatles und der steigenden Bedeutung englischsprachiger Popmusik, der Kraus-Boom etwas verblaßte, war Peter Kraus doch nie ganz weg vom Fenster. So produzierte er für das Fernsehen Unterhaltungssendungen und trat auch in den Wiener Kammerspielen als Schauspieler auf.

Parallel dazu brachte er immer wieder neue Schallplatten auf den Markt. Bis heute sind mehr als 100 Singles in fünf Sprachen (deutsch, englisch, französisch, italienisch und niederländisch), zahlreiche Langspielplatten und 13 Compact-Discs erschienen. Insgesamt wurden von ihm mehr als 25 Millionen Schallplatten verkauft.

Ein in diesem Ausmaß unerwartetes Comeback gelang Peter Kraus 1985 mit seiner Nostalgie-Show „Als Teenager träumten“ im Wiener Metropol, die mehr als 100mal vor ausverkauftem Haus gespielt wurde und anschließend auch in den Bundesländern und im Ausland gezeigt wurde. Ähnlich gut lief die Nachfolgeshow „Vorwärts in die Fifties“ in den Sofiensälen, die wochenlang Zuschauer aus drei Generationen erfreute. Vom 14. bis 16. April feiert im Austria-Center in Kaisermühlen die dritte große Peter Kraus-Show Premiere: „Ein Fifty wird 50“ — passend zum 50. Geburtstag. Der Entertainer ist mit einer Wienerin verheiratet und Vater einer Tochter und eines Sohnes. (Schluß) ull/gg



Foto: PID/Hutterer

Im neuen AKH beginnt die große Übersiedlungsphase

Mitarbeiter werden gründlich eingeschult

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Im Sommer beginnt die kontinuierliche Besiedelung des Hauptgebäudes des neuen Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Im Juni übersiedelt die Verwaltung in das Eingangsgebäude. Im September nimmt das Hörsaalzentrum teilweise den Betrieb auf. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend in seiner „Gesundheitspolitischen Presserunde“, die diesmal im neuen AKH stattfand, bekannt.

Ebenfalls noch 1989 werden weitere Bereiche fertiggestellt, zum Beispiel das Zentralarchiv, der Warenumschiag und die Wäschesammelstelle, das Institut für Medizinische Computerwissenschaften, die Fakultätsbibliothek, der Medienbetriebs- und Medienproduktionsbereich, das Institut für Pathologie, die Klinische Abteilung für Neuropathologie und Neurochemie, das Institut für Biomedizinische Technik und Physik, die Zentrale für medizinische Gase und das Technische Servicezentrum. Ab dem Sommer 1990 folgen dann die Kliniken und die anderen Institute. Im Frühjahr 1993 soll das ganze neue AKH voll in Betrieb sein.

Etliche Bereiche des neuen AKH schon jetzt in Betrieb

Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß schon jetzt etliche Bereiche des 4. Bauabschnitts (Hauptgebäude und Erweiterungsbauten) in Betrieb sind, darunter die Telefonzentrale seit 1982, das Tunnelbauwerk vom äußeren Währinger Gürtel zum Hauptgebäude seit 1985 (für Baufahrzeuge), die Zentrale Speiserversorgung und das Technische Betriebsgebäude seit 1986, die Kernspintomographieanlage, die Medizinisch-technischen Schulen, das Werkstattegebäude mit Kälte- und Sanitärzentrale und die Fußgängerbrücke zwischen der Stadtbahnstation Michelbeuern-AKH und dem Eingangsgebäude seit 1987 und schließlich das Feuerwehrgebäude seit 1988. Schon vorher wurden die ersten drei Bauabschnitte fertiggestellt: der Wohnbezirk mit den beiden Wohnhäusern und dem Schulgebäude mit Internat (1967/68), der Komplex Kinderklinik/Psychiatrie (1974/75) und die Parkgarage für 2.500 Personenkraftwagen (1974).

Einschulung der Mitarbeiter für das neue AKH

Die Übersiedlung von den Pavillons des alten AKH in den neuen Zentralbau erfordert, wie Stadtrat Stacher betonte, eine umfangreiche Einschulung des Personal. Im neuen Haus gibt es zum Beispiel zentrale Bereich für alle Patienten: Röntgendiagnostik, Labordiagnostik, Operationsbereich, Physikalische Medizin und Rehabilitation, Notfallabteilung beim Liegendkrankeneingang usw. Es stehen aber auch neue Transport- und Kommunikationseinrichtungen zur Verfügung. Die Mitarbeiter des AKH müssen sich also auf andere Arbeitsbedingungen umstellen.

Die VOEST-Alpine Medizintechnik (VAMED) hat daher ein in zwei Phasen ablaufendes Informations- und Ausbildungsprogramm erarbeitet, das von allen Beschäftigten des AKH absolviert werden soll. Allgemeine Informationen über den Neubau gibt es in der ersten Phase, die im April beginnen und bis Ende 1989 abgeschlossen sein wird. In der zweiten Phase erfolgt die für den jeweiligen Arbeitsplatz notwendige Detail- und Praxisschulung. Sie findet in kleinen Gruppen vier bis acht Wochen vor der Übersiedlung statt. Die allgemeine Information erfolgt in einem von der VAMED im späteren Personalspeiseraum eingerichteten „Schulungspavillon“. Hier wird den Mitarbeitern nach einer Diaschau, die die Bedeutung des neuen Hauses für die Krankenversorgung, die Lehre und die Forschung darstellt, das Gesamtprojekt in Form eines Modells präsentiert. Im Anschluß daran

werden in einer Ausstellung die wichtigsten Bereiche des neuen AKH vorgestellt: Wegesystem und Orientierungssysteme, Ambulanz und Pflegebereich (Normal- und Intensivpflege), zentrale Einrichtungen und Dienste, Lehre und Grundlagenforschung, Kommunikations- und Transporteinrichtungen, Sozialeinrichtungen usw.

Transport- und Kommunikationseinrichtungen im neuen Haus

Für den täglichen Betrieb im neuen Haus müssen sich die AKH-Mitarbeiter zum Beispiel mit den verschiedenen Transport- und Kommunikationseinrichtungen vertraut machen. Dazu gehören

- die Personenförderanlage über fünf Geschosse auf- und abwärts im Ambulanzbereich, für 6.000 bis 8.000 Personen pro Stunde (auch für Rollstuhlfahrer geeignet),
- die 64 Aufzüge für Personen, Betten, Lasten und Sicherheitstransporte,
- die Automatische Container-Transportanlage für Speisen, Wäsche, Steril- und Apothekengüter usw., mit einer Trassenlänge von rund sechs Kilometern,
- die Kleinbehälter-Transportanlage für Laborproben, Krankengeschichten, Befunde usw., mit einer Trassenlänge von rund neun Kilometern und mit rund 150 Stationen,
- die Rohrpostverbindungen für zeitkritische Transporte (Laborproben, Blutkonserven usw.) zwischen bestimmten Bereichen,
- die Müllsauganlage,
- die Telefonanlage mit 4.400 Anschlüssen,
- die Gegensprechanlage mit 4.000 Anschlüssen,
- die drahtlose Personenrufanlage mit 1.500 Empfängern,
- die Patienten-Lichtrufanlage in den Krankenzimmern und
- die Patientenaufrufanlagen in den Wartezonen der Ambulanzen.

Das Eingangs- und Verwaltungsgebäude ist im Juni fertig

Das Eingangsgebäude im Westen des Hauptgebäudes — am Währinger Gürtel — ist der zentrale Ankunfts- und Informationsbereich für gehfähige Patienten und für Besucher und zugleich das Verwaltungszentrum des Krankenhausbetriebs. Das zweigeschossige Gebäude besteht aus der großen Eingangshalle in der Mitte und Bürobereichen an beiden Seiten. Die Verwaltung wird hier im Juni einziehen. In der Eingangshalle befinden sich zwei Informationsleitstände für Patienten und Besucher, die Patientenaufnahme und -entlassung, eine Kinderbetreuungsstelle und eine Reihe von Geschäften, wie zum Beispiel Post, Bank, Supermarkt, Trafik, Blumenhandlung, Friseur usw. Die Eingangshalle wird pro Tag von etwa 12.000 Personen frequentiert werden: Beschäftigte, stationäre Patienten, Besucher, ambulante Patienten und Studenten.

Der Abgang von der Stadtbahn- bzw. U-Bahn-Station Michelbeuern-AKH mündet direkt vor der Eingangshalle. Die Aufgänge und Aufzüge von der Tiefgarage führen direkt in die Eingangshalle.

Das Hörsaalzentrum ist ab Wintersemester 1989/90 in Betrieb

Ab dem Wintersemester 1989/90 steht auch das Hörsaalzentrum im Hauptgebäude für den Unterricht zur Verfügung. Die Vorlesungen und Seminare werden entsprechend dem Übersiedlungsplan der Kliniken und Institute in das neue Haus verlegt. Das Hörsaalzentrum umfaßt fünf Hörsäle (einen mit 507 Plätzen, zwei mit je 287 Plätzen, zwei mit je 147 Plätzen), 32 Kursräume (mit 20 bis 90 Plätzen) und zwei Mikroskopierräume (28 bis 35 Plätze). Außerhalb des Hörsaalzentrums gibt es im Bereich verschiedener Institute und Kliniken weitere Seminar- und Kursräume. Die drei großen Hörsäle sind mit Fernseh-Großbildprojektionsanlagen ausgestattet. Es sind Fernsehübertragungen aus einigen Operationssälen oder Einspielungen aus dem Audiovisionszentrum möglich. Außerdem gibt es fahrbare Videokameras,

Forts. von Blatt 520

Forts. auf Blatt 522

mit denen Aufnahmen von Patienten, die sich im Hörsaal oder in einem Demonstrationsraum befinden, gemacht und auf die Leinwand projiziert werden können. In drei Hörsälen stehen besondere elektronische Stethoskope mit Herztonlautsprechern zur Verfügung. In den Hörsälen können auch Kongresse und andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Dazu gibt es in zwei Hörsälen auch Übersetzungseinrichtungen und in einem Hörsaal eine mikroprozessorengesteuerte Abstimmungsanlage. Das Hörsaalzentrum wird durch eine eigene „Studentenstiege“ im Süden des Hauptgebäudes erschlossen. (Schluß) sc/bs/gg

Forts. von Blatt 521

Planungsstadtrat Swoboda kritisiert Polizei-Vorstoß in der Parkraumfrage

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) In der Mittwoch abend ausgestrahlten ORF-Sendung „Argumente“ nahm Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA kritisch zu den in einer Pressekonferenz präsentierten Vorschlägen des Innenministeriums zum „Abzug“ der Exekutive aus der Parkraumüberwachung Stellung. Swoboda kritisierte insbesondere die nicht mit dem Vertrags- und Verhandlungspartner Wien abgestimmte Vorgehensweise der Polizei. Er selbst, so Swoboda, habe bereits mehrmals die Idee einer Parkraumüberwachung durch andere Organe als die der Exekutive zur Diskussion gestellt. Das Innenministerium könne aber sicherlich nicht ohne Vorankündigung und diesbezügliche Vorgespräche sozusagen von heute auf morgen — jedenfalls nicht ab 1. Juli — aus dieser übernommenen Pflicht aussteigen. Swoboda Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Im Sinne einer effizienten Parkraumpolitik im schwerstens überlasteten Bereich der Bundeshauptstadt muß die Frage der Parkraumüberwachung einen besonderen Stellenwert haben, und es gilt, alle Möglichkeiten genauestens zu überprüfen. Fest steht einerseits, daß die Bevölkerung ein Recht darauf hat, daß ihr die Exekutive das subjektive Gefühl der Sicherheit vermittelt, daher bin auch sehr dafür, daß wir auf politischer Ebene zwischen dem Land Wien und dem Bund über den sinnvolleren Einsatz der Polizei Gespräche führen. Fest steht aber auch, daß angesichts der prekären Parkraumsituation im dicht verbauten Gebiet die Frage der Überwachung einen Schlüsselpunkt für alle weiteren Überlegungen darstellt“.

Für ihn stehe sowohl die Schaffung eines getrennten Überwachungskörpers wie z.B. Politessen als auch die Betrauung privater Wachdienste mit dieser Aufgabe zur Diskussion. Diese Frage sei allerdings nur in gründlichst vorbereiteten Gesprächen aller Beteiligten zu lösen, schloß Swoboda. (Schluß) lf/bs

Kokoschkas Körner-Porträt im Historischen Museum

Wien, 16.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK ist ab sofort das Porträt des ehemaligen Wiener Bürgermeisters und späteren Bundespräsidenten Dr. h.c. Theodor KÖRNER von Oskar KOKOSCHKA im Historischen Museum der Stadt Wien zu sehen. Das Bild war vor vierzig Jahren entstanden, nachdem der Wiener Kulturstadtrat Viktor MATEJKA Kokoschka eingeladen hatte, prominente Wiener Politiker zu porträtieren. Zilk wies bei der Präsentation des Bildes am Mittwoch auf die Bemühungen Viktor Matejkas hin, Kokoschka — wie auch andere österreichische Künstler — aus dem Exil in die Heimat zurückzuholen.

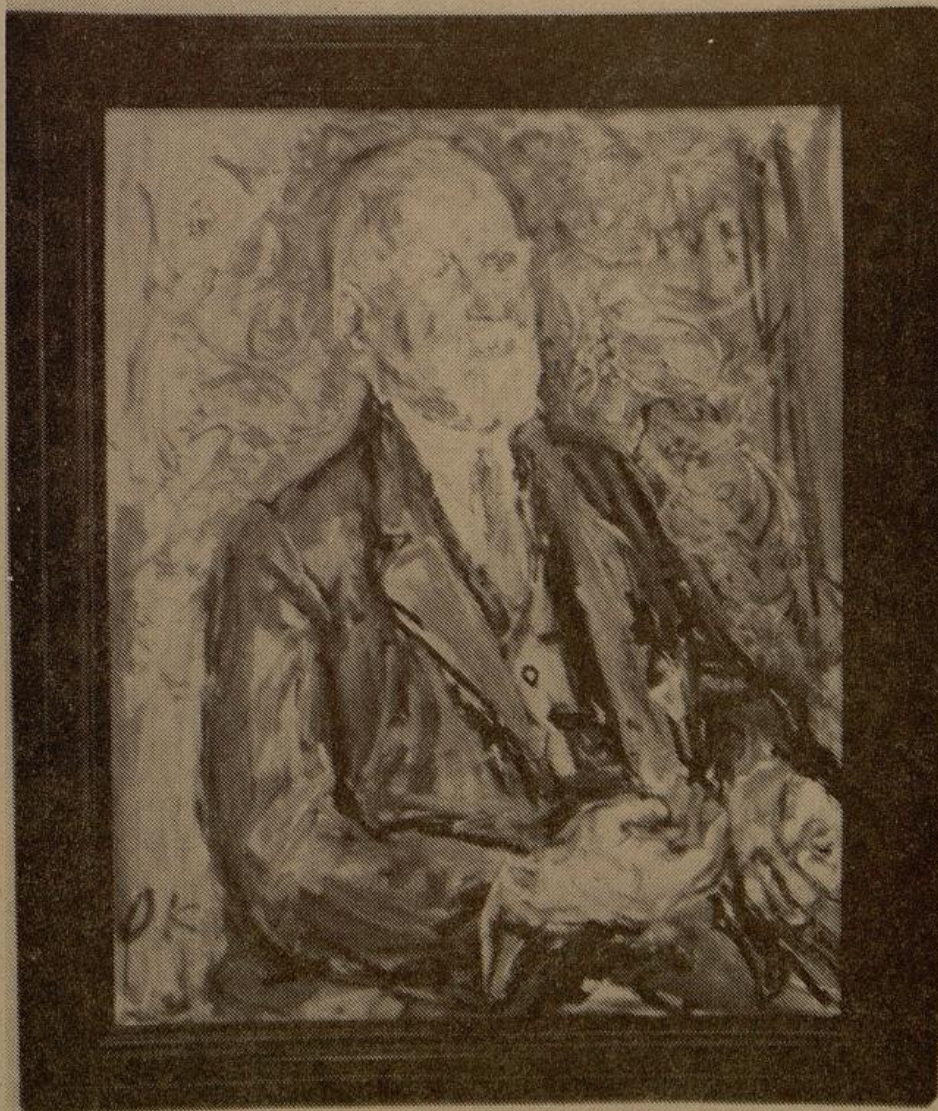


Foto: PID/Hutterer

Vom 21. bis 30. April 1949 malte Kokoschka Bürgermeister Körner, wobei beide Persönlichkeiten die größte Wertschätzung für einander hegten. Kokoschka beabsichtigte, auf sein Honorar zu verzichten und eine Stiftung für notleidende Kinder zu gründen. Es kam allerdings nicht dazu, weil das progressive Gemälde im Wiener Stadtsenat auf Ablehnung stieß.

Das Gemälde wurde schließlich von der Stadt Linz erworben und befindet sich seitdem im Eigentum der Neuen Galerie der Stadt Linz — Wolfgang Gurlitt-Museum. Oskar Kokoschka stellte das erhaltene Honorar für die

Unterstützung von Hochwasseropfern seiner Geburtsstadt Pöchlarn zur Verfügung.

Mit der Neuen Galerie wurde vereinbart, dieses hinsichtlich seiner Qualität und Bedeutung längst unbestrittene Werk des großen österreichischen Malers vorläufig auf ein Jahr als Leihgabe zu übernehmen. Als Gegenleistung werden in Linz wichtige Werke der Wiener Kunst „um 1900“ gezeigt werden.

Kokoschkas Bild soll auch daran erinnern, daß anlässlich des 80. Geburtstages des Bundespräsidenten Körner der Wiener Gemeinderat seinen oft geäußerten Wunsch, ein eigenes Gebäude für das Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz zu errichten, zu erfüllen beschloß (24. April 1953). Vor 30 Jahren, am 24. April 1959, wurde das Haus am Karlsplatz eröffnet.

Körner war seit April 1945 der erste Bürgermeister des befreiten Wien und bekleidete diese Funktion bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 27. Mai 1951.

Die Eröffnung des Historischen Museums der Stadt Wien erlebte er nicht mehr, da er am 4.1.1957 verstarb. (Schluß) gab/gg

Forts. von Blatt 524

Holding-Tochter kauft Wienerwald Österreich

Wien, 16.3. (RK-WIRTSCHAFT) Ein Tochterunternehmen der Wiener Holding hat von Renate THYSSEN-HENNE alle Geschäftsanteile an der Gilgener Gastronomie Gesellschaft m.b.H. und den mit dieser verbundenen Gesellschaften — allgemein als Wienerwald Österreich bekannt — erworben, gab Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS Mittwoch abend in einem Pressegespräch bekannt. Als Käufer fungiert aus steuerlichen Gründen die Kahlenberg Gesellschaft m.b.H.

Die WIGAST Gastättenbetriebsgesellschaft m.b.H. wird sich an der Kahlenberg Gesellschaft beteiligen, WIGAST-Chef Günther WÖSS wird Geschäftsführer bei der Kahlenberg Gesellschaft.

Wienerwald Österreich umfaßt mehr als 50 Einzelbetriebe mit teilweise differenzierter Struktur:

- 43 Wienerwald Restaurants,
- 9 Rasthäuser TOURAST (Feistritz Eröffnung Juni 1989),
- 3 TOUROTELS,
- 1 Weinkellerei.

In den gastronomischen Betrieben verzeichnet man pro Jahr rund 11 Millionen Gäste. Die Tourotels Kufstein, Innsbruck und Landeck — insgesamt 365 Betten — verzeichnen rund 56.000 Nächtigungen.

Der Umsatz von Wienerwald Österreich betrug im Jahr 1988 — exklusive Umsatz der Tourotels Wien und Linz in den Monaten November und Dezember — 953,4 Millionen Schilling.

Bei Wienerwald Österreich sind derzeit rund 1.300 Mitarbeiter (einschließlich der Teilzeitkräfte) beschäftigt. (Schluß) red/bs

Was soll mit den „Alten Ortskernen“ geschehen?

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Haben die kleinen Dörfer am Rande der Stadt — die alten Ortskerne — noch eine eigene Identität? Auch der Laie sieht auf den ersten Blick den drohenden Identitätsverlust.

Nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum Wien“ hat die Stadt Wien eine Expertenarbeit in Auftrag gegeben, die insbesondere die kleinen (ehemaligen) Dörfer im Donauraum genauer untersuchen, typisieren und die helfen sollte, ein Erhaltungs- und Erneuerungskonzept zu entwickeln.

Diese im Auftrag der MA 19 durchgeführte Studie liegt nun als Diskussionsgrundlage für die weitere Vorgangsweise vor.

Die Hauptergebnisse wurden am Donnerstag, dem 16. März, in den neuen INFO-Räumen der Stadtplanung (Rathausstraße 9, Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) den zuständigen Bezirksvorstehern und den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung präsentiert; eine darauf aufgebaute Ausstellung soll die interessierte Bevölkerung informieren. Sie ist vorerst bis 23. März in der Rathausstraße zu sehen (wochentags von 14 bis 18 Uhr) und soll dann in den Bezirken gezeigt werden.

„Strategiewechsel“ bei der Dorferneuerung?

In vielen europäischen Ländern, aber auch in Österreich selbst ist die Dorferneuerung nahezu zu einem Modewort geworden.

Fast jedes österreichische Bundesland hat dafür ein eigenes Programm entwickelt.

Am Beispiel Niederösterreich läßt sich sogar ein „Strategiewechsel“ feststellen: Während über Jahrzehnte Gemeindezusammenlegungen betrieben und Viertelshauptstädte forciert wurden — was zweifelsohne auf die dörfliche Gemeinschaft von negativem Einfluß sein konnte, und somit kein geeignetes Mittel war, der Landflucht entgegenzuwirken — wird die Bedeutung der Dörfer als wichtige kulturelle Zellen heute wieder erkannt und betont.

Im großstädtischen Einzugsbereich ist die Situation etwas differenzierter zu sehen: Die einstmaligen kleinen Dörfer wie etwa Ottakring oder Atzgersdorf, wurden von der Großstadt regelrecht „geschluckt“.

Obwohl der Prozeß der Stadterweiterung praktisch zum Stillstand gekommen ist, werden dennoch landwirtschaftlich genutzte Flächen anderen Nutzungen zugeführt, sodaß die dörfliche Grundsubstanz weiter geschwächt wird. Durch die Veränderung der agrarischen Betriebsstrukturen geht die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten zurück.

Fast alle alten Ortskerne liegen an lokalen Hauptverkehrsverbindungen, wodurch die Umweltsituation leidet.

Wien ist bei der Dorferneuerung bereits aktiv geworden

Die Wiener Stadtplanung hat diese Entwicklung sehr früh erkannt und bemüht sich seit einem Jahrzehnt, gegenzusteuern.

Spezielle Planungsverfahren, wie etwa die Stadtteilplanung, wurden entwickelt, im Zuge der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen wurde die Bevölkerung durch Ausstellungen, Information und Diskussion stark eingebunden.

Die Planungsdienststellen der Geschäftsgruppe haben sich gemeinsam bemüht, für die alten Ortskerne nicht nur Pläne zu erstellen, sondern auch in der Bevölkerung durch ein aktives Einbeziehen in die Planungsvorgänge ein entsprechendes Bewußtsein zu fördern.

14 alte Ortskerne im Wiener Donauraum wurden typisiert

Im Zuge der vorliegenden Untersuchung wurden 14 alte Ortskerne im Wiener Donauraum typisiert und ihre Bedeutung näher beleuchtet. Bereits bei früheren Untersuchungen hatte sich herausgestellt, daß die alten Ortskerne am Rande der Stadt einen besonderen Stellenwert als Identifikationspunkte, als charakteristische, homogene Bereiche haben.

Bei den weiteren Überlegungen zur Stadt-Entwicklung galt und gilt es, diese wertvolle Substanz entsprechend zu würdigen.

Dabei darf es aber nicht nur um Erhaltung, sondern auch um sinnvolle Erneuerung und Entwicklung gehen.

Die Ortskerne werden zwar typisiert, die Planungsmethoden und Ziele sollen aber nicht verallgemeinert werden („Weinbauort“ wie Stammersdorf anders als „Körndlbauerndorf“ wie Breitenlee).

Die einzelnen Ortskerne müssen ihrer Eigenart entsprechend behandelt werden.

In der Studie wurden grob typisiert:

- als eher städtisch: Jedlesee, Stadlau, Kagran und Leopoldau
- als dynamisch in Richtung städtisch: Aspern, Eßling und Großjedlersdorf
- als agrarisch: Breitenlee und Süßenbrunn

Einen Sonderfall stellt Hirschstetten dar, wo die bereits schwach ausgeprägte Grundsubstanz ohne massive Gegenmaßnahmen verschwinden würde.

Starker Bebauungsdruck gefährdet alte Ortskerne

Nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung der Grundstückspreise und der damit verbundenen Nutzungsänderung ist die Substanz der Ortskerne gefährdet.

Besonderer Überlegungen bedarf es bei den Sonderfällen Albern und Kaiser Ebersdorf, wo traditionell andere Strukturen bestehen. Die Veränderung der betrieblichen Struktur der Gärtnereien hat zu einer Konzentration der heute nahezu industriell geführten Betriebe in diesem Gebiet geführt. Diese neuen Betriebsformen stehen zum Dorfcharakter dieser beiden Ortskerne im Widerspruch. Es wird zu entscheiden sein, welche Funktion diesen Siedlungskernen in den künftigen räumlichen Zusammenhängen zukommen soll.

Wie soll es weitergehen?

In den relativ stabilen Ortskernen wie z. B. Stammersdorf, Groß Jedlersdorf oder Kagran könnte kurzfristig durch spezielle Bauberatung versucht werden, die Baugesinnung dahingehend zu beeinflussen, daß die Eigenständigkeit bewahrt werden kann.

Brisant ist die Situation in den Bereichen Hirschstetten, Aspern, Eßling, Breitenlee und Süßenbrunn. Verkehrsplanerische Überlegungen und Maßnahmen müssen hier vorrangig behandelt und entschieden werden.

Reale Entwicklungskonzepte und Handlungsprogramme, die sich an der gegebenen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Situation dieser Einheiten orientieren, werden gemeinsam mit der Bevölkerung auszuarbeiten sein. Dazu ist eine intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten eine wesentliche Voraussetzung.

Durch eine gemeinsame Plattform, wie sie etwa mit der Ortsplanung Hetzendorf-Altmanndorf geschaffen wurde, könnten bereits im Herbst 1989 auch in einigen Ortskernen erste Aktivitäten gesetzt werden. (Schluß)
lf/gal

Forts. von Blatt 527

„Literatur im März“ am Freitag

Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Mit einem Fest endet die Literaturwoche am Freitag abend. Zuvor führt Alfred HRDLICKA durch seine Ausstellung im Künstlerhaus und zum Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz.

Das Freitag-Programm im einzelnen:

- 9.00 Uhr: Renate Welsh liest aus
In die Waagschale geworfen
 - 10.00 Uhr: Elisabeth Reichart liest aus
Komm über den See
 - 11.00 Uhr: Wie man Gedichte lesen kann —
mit Conny Hannes Meyer
 - 17.00 Uhr: Die Französische Revolution
Alfred Hrdlicka führt durch seine Ausstellung im Künstlerhaus
und anschließend zum Mahnmal gegen Krieg und Faschismus
auf dem Albertinaplatz
 - 19.30 Uhr: Fest: Henisch — Schabata — Zinkl
Hamlet — Hiob — Heine
Literarisch-musikalische Improvisationen
 - 21.00 Uhr: Camorra
Flopjazz
- (Schluß) gab/bs

Neues Eltern-Kind-Zentrum eröffnet

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Das neue Eltern-Kind-Zentrum des Jugendamtes der Stadt Wien in Wien 23, Pfarrgasse 34-44, Stiege 12, stellt ein modernes, regionales Modell der Elternberatung und Kinderförderung dar und umfaßt eine ganze Reihe zeitgemäßer Angebote, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL bei der Eröffnung des Zentrums am Donnerstag. Die Palette reicht von Elternschule und Mutterberatung bis zum Freizeitclub für Kinder und Jugendliche. Erstmals in Wien wird eine „Frühfördergruppe für Kleinkinder“ angeboten. Eine weitere Neuerung besteht darin, erklärte Smejkal, daß in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt ein Familienhebammen-Stützpunkt direkt in das Zentrum integriert wurde. Weitere Angebote: Sprechstunden der Sozialarbeiter des Bezirksjugendamtes an drei Tagen der Woche, Mütter-Cafe, Stillgruppe, eine Sonderpädagogische Ambulanz zur Hilfeleistung für Eltern mit behinderten Kleinkindern und eine Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle. Alle Angebote können kostenlos und unbürokratisch in Anspruch genommen werden. Nach den drei im Jänner eröffneten Eltern-Kind-Zentren stellt das vierte Eltern-Kind-Zentrum in der Pfarrgasse eine spezielle Entwicklung dar, die ein besonders reichhaltiges Programm anbieten kann.

Eltern-Kind-Zentren: erste Erfahrungen

Die Eltern-Kind-Zentren des Jugendamtes wenden sich in erster Linie an junge Eltern vor und nach der Geburt eines Kindes. Ziel ist, frühzeitig Hilfeleistungen anzubieten, die den Bedürfnissen der jungen Eltern entsprechen und leicht in Anspruch genommen werden können. Die Zentren tragen dazu bei, daß Problemen in der Pflege und Erziehung der Kinder frühzeitig vorgebeugt wird. Die Wirkungen bekannter Risikofaktoren können durch frühe fachkundige Beratung und Hilfe ausgeschaltet oder eingeschränkt werden.

Die ersten Erfahrungen mit den neuen Eltern-Kind-Zentren zeigen erfreuliches Interesse der Eltern. Im ersten Monat zählten die drei Zentren bereits 910 Besucher, 414 Mütter bzw. Väter und 496 Kinder. Besonders beliebt sind die praktischen Beratungen durch Kinderpflegerinnen und die Mütter-Cafes. Großes Interesse wird dem im Eltern-Kind-Zentrum Wien 10, Quellenplatz, angebotenen Kochkurs entgegengebracht. Im Eltern-Kind-Zentrum in Wien 21, Freytaggasse, begann im Februar eine Vätergruppe, die noch weitere Väter aufnehmen kann (jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 17 bis 19 Uhr).

Ab 16. März beginnt im Eltern-Kind-Zentrum in Wien 10, Quellenplatz 4, eine Gesprächsrunde für türkische Frauen (jeden Donnerstag von 13 bis 15 Uhr).

Steigende Geburtenzahlen in Wien

Die Stadt Wien ist bestrebt, die Förderungen für Kinder und Familien weiter zu verstärken, unterstrich Smejkal. Die statistischen Ergebnisse des Vorjahres zeigen ein erfreuliches Bild: Die Geburtenzahl stieg um 4,7 Prozent auf 15.390 (vorläufige Ergebnisse). Wien weist damit die stärkste Zunahme von allen österreichischen Bundesländern auf. Weiteres erfreuliches Ergebnis: die Wiener Säuglingssterbeziffer sank 1988 von 11,6 auf 9,2 (von 1.000 lebend Geborenen), also um über 20 Prozent.

Die Angebote des Eltern-Kind-Zentrums in Wien 23, Pfarrgasse

Neben den bekannten Angeboten der Elternschule und Mutterberatung offeriert das Zentrum auch neue Möglichkeiten: Die Familienhebamme des Gesundheitsamtes führt Einzelgespräche oder Beratungen in kleinen

Gruppen durch, bietet Schwangerengymnastik an, organisiert Kreißsaalbesichtigungen und führt Hausbesuche durch.

Das neue Angebot des Mütter-Cafes hat sich in den drei schon bestehenden Eltern-Kind-Zentren gut bewährt. Das Mütter-Cafe wird in der Zeit abgehalten, in der auch die Mutterberatung stattfindet.

Die Frühfördergruppe wendet sich an Eltern von Kindern im Alter von 2 1/2 bis etwa 4 Jahren. Die Beratung kann in Gruppen oder einzeln erfolgen.

In der Sonderpädagogischen Ambulanz werden bei Kindern mit Entwicklungsproblemen oder Behinderungen psychologische Beratungen durchgeführt und therapeutische Hilfen angeboten.

Die Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle bietet Beratung, Betreuung und therapeutische Hilfe bei familiären Beziehungsproblemen, Erziehungs- oder Schulschwierigkeiten an. In die Beratung können auch andere Bezugspersonen der Kinder (z.B. Lehrer) einbezogen werden. Weiters wird ab Mai 1989 eine Psychologische Beratung in Scheidungsfragen angeboten.

Der Freizeitclub besteht aus einer Kinder- und einer Jugendgruppe.

Das vollständige Programm Eltern-Kind-Zentrum, Wien 23, Pfarrgasse 34-44/Stg. 12, Telefon: 675 94 88, 675 96 88:

Elternschule	Mi 18.00 - 20.00 Uhr
Freizeitclub: Kindergruppe	Di 15.00 - 17.00 Uhr
Freizeitclub: Jugendgruppe	Di 17.00 - 19.00 Uhr
Geburtsvorbereitung durch Familienhebamme/incl. Schwangerenturnen	Mo 8.00 - 12.00 Uhr Mi 12.00 - 15.00 Uhr Fr 8.00 - 12.00 Uhr
Kindergruppe der Sozialarbeiter/innen	Mo 14.30 - 17.30 Uhr
Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle	Mo 8.00 - 12.00 Uhr Mi 12.00 - 15.00 Uhr
Montessori-Frühfördergruppe	Do 8.00 - 12.00 Uhr
Mutterberatung	Do 10.00 - 12.00 Uhr
Müttercafe	Do 9.30 - 13.00 Uhr
Psychologische Beratung in Scheidungsfragen (ab Mai 1989)	Di 14.00 - 17.30 Uhr
Sonderpädagogische Ambulanz	Do 14.00 - 17.00 Uhr
Sprechstunde der Sozialarbeiter/innen	Mo 8.00 - 10.00 Uhr Mi 13.00 - 15.00 Uhr Fr 8.00 - 10.00 Uhr
Stillgruppe	Di 11.00 - 12.30 Uhr

Erreichbar: U 1 - Reumannplatz, Autobus „67 A“ (Jochen-Rindt-Platz) bzw. „66 A“ (Draschestraße), S-Bahnhof Liesing, Autobus „66 A“ bzw. „67 A“. (Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 530

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 17. März 1989

Blatt 532

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Neue Modelle für Österreich (536)

Kommunal/Lokal:

Lainzer Tiergarten öffnet seine Pforten (533)

„38A“ wieder zwischen Kahlenberg und Leopoldsberg (533)

„Dallas“-Dreharbeiten in Wien (533)

Terminvorschau vom 20. bis 31. März (534)

Städte spenden 5,5 Millionen Schilling für Erdbebenopfer (535)

Mitarbeiter des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung geehrt (537)

Finanzausschuß genehmigte Teilprivatisierung der Holding (538)

Neue Konzession für die Wiener Straßenbahn (539-542)

Umbau der Billrothstraße wird fortgesetzt (543)

Verkehrsbeschränkung auf der Reichsbrücke (543)

Hatzl: Überwachung des ruhenden Verkehrs nach wie vor Aufgabe der Polizei (544)

Lainzer Tiergarten öffnet seine Pforten

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Der Lainzer Tiergarten und der Laaer Wald öffnen am Palmsonntag, dem 19. März, wieder ihre Pforten nach der Winter Sperre. Beide Erholungsgebiete sind dann bis einschließlich 1. November von Mittwoch bis Sonntag sowie an Feiertagen von 8 Uhr bis Einbruch der Dunkelheit frei zugänglich. (Schluß) du/bs

„38A“ wieder zwischen Kahlenberg und Leopoldsberg

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, den 20. März, wird die Autobuslinie „38A“ wieder täglich zwischen dem Kahlenberg und dem Leopoldsberg verkehren.

Der erste Bus fährt ab Kahlenberg um 9.07 Uhr, ab Leopoldsberg um 9.28 Uhr; der letzte Bus ab Kahlenberg um 18.07 Uhr und ab Leopoldsberg um 18.28 Uhr. (Schluß) roh/rr

„Dallas“-Dreharbeiten in Wien

Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Von heute, Freitag, bis einschließlich 24. März, finden in Wien Dreharbeiten für die amerikanische TV-Serie „Dallas“ statt. Da sich bei den Aufnahmen vergangene Woche in Salzburg erwiesen hat, daß Drehorte und Drehtermine oft kurzfristig geändert werden, sind genaue Angaben, wann wo jeweils gefilmt wird, nicht möglich. Im Zusammenhang mit den Dreharbeiten kann es zu kurzen Behinderungen des Verkehrs kommen. Die Stadt Wien bittet für diesen Fall um Verständnis. (Schluß) ull/bs

Terminvorschau vom 20. bis 31. März

Wien, 17. 3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 20. bis 31. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 20. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 21. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 23. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Prater mit Vbgm. Mayr, SR Krebs (Calafatiplatz)

DIENSTAG, 28. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 29. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, „Bauordnungs-Enquete“, (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Benennung der Parkanlage Wien 6, Linke Wienzeile 24-32 in „Alfred-Grünwald-Park“ durch Bgm. Zilk

anschließend ca. 11.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung „Alfred Grünwald“ durch Bgm. Zilk (Theatermuseum des Theaters an der Wien, Großer Pausenraum)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Hofrat Prof. Fred Adlmüller (Roter Salon, Rathaus)

DONNERSTAG, 30. MÄRZ:

10.00 Uhr, Präsentation einer Wohngemeinschaft durch Vbgm. Smejkal (23, Pfarrgasse 34-44)

10.30 Uhr, Überreichung der Josef-Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1988 durch StR. Pasterk an Michael Degen, Angelica Domröse, George Tabori, Karl-Ernst Herrmann und der Förderungspreise zur Josef-Kainz-Medaille an Bernhard Schir, Isabel Karajan, Stephan Bruckmeier und Vincenzo Baviera (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher (PID)

14.00 Uhr, Überreichung des Goldenen Rathausmannes durch Landesfremdenverkehrsdirektor SR Dr. Krebs an Walter Huber (Steinerner Saal 1, Rathaus)

FREITAG, 31. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat

17.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Stationen“ — Die Wiener Stadtbahn. Ein Fotozyklus von Erich Leonhard (Otto-Wagner-Pavillon, Karlsplatz)
(Schluß) red/gal

Städte spenden 5,5 Millionen Schilling für Erdbebenopfer

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Die Erdbebenkatastrophe in der Sowjetunion haben die österreichischen Städte zu spontanen Solidaritätsaktionen veranlaßt. Ein am 16. Dezember 1988 ergangener Spendenaufruf von Bürgermeister Dr. ZILK als Präsident des Österreichischen Städtebundes an seine Mitglieder hat ein Ergebnis von rund 5,5 Millionen Schilling erbracht. Einige der größeren Städte haben in direkten Aktionen wertvolle Hilfe geleistet. So hat z.B. die Stadt Wien im Rahmen einer sofortigen Aktion Medikamente und medizinische Geräte im Wert von drei Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Weiters haben Wien, Linz und andere Städte als gemeinschaftliches Vorhaben je ein Haus im Rahmen der von einer Tageszeitung initiierten Aktion „Österreich-Dorf“ gestiftet.

Einem Beschluß der Geschäftsleitung folgend, wurde aus den Spendeneingängen dem sowjetischen Botschafter in Österreich ein Betrag von 600.000 Schilling zur Verwendung für Einrichtungen, die Kindern zugute kommen, zur Verfügung gestellt.

Mit einem Betrag von 400.000 Schilling konnte die Aktion der Landeshauptstadt Klagenfurt, der Schwesternstadt Duschanbe im Erdbebengebiet von Tadschikistan zwei Ultraschall-Sonographen zur Verfügung zu stellen, unterstützt werden.

Präsident Bürgermeister Dr. Zilk bezeichnete das überaus erfreuliche Ergebnis der Städtebund-Spendenaktion als einen großartigen Beweis der stets vorhandenen Solidarität der österreichischen Städte mit von Katastrophen betroffenen Gemeinden in der ganzen Welt. (Schluß) red/rr

Neue Modelle für Österreich

**Präsentation des neuen Buches von
Vizebürgermeister Hans Mayr und Karl Seitlinger**

Wien, 17.3. (RK-POLITIK) In den Räumen von Z-International am Stephansplatz wurde Donnerstag abend das neue Buch von Vizebürgermeister Hans MAYR und seinem Pressereferenten Karl SEITLINGER vorgestellt. Es trägt den Titel „Neue Modelle für Österreich“ und will der Parteien-Konformität entgegenwirken, indem es im besten Sinne des Wortes Bewußtsein bildet: das Bewußtsein für neue Modelle für Österreich.

Schon der Titel macht deutlich, worum es geht: Die in den vergangenen Jahrzehnten gefundenen innenpolitischen Lösungen sind nach Ansicht der Autoren Auslaufmodelle. Für die nächsten Jahrzehnte stehe eine grundlegende Erneuerung im Denken und Handeln an. Mayr und Seitlinger verschreiben der Sozialdemokratie u. a. folgendes Rezept: Eine SPÖ, die Leistungen und Marktwirtschaft voll bejaht, die aber der Marktwirtschaft und der Leistungsgesellschaft genau auf die Finger schaut — mit der Hilfe mündiger Bürger und durch einen starken Staat. Die Sozialdemokratie müsse in neuem Gewand und mit neuen Inhalten auch im 2. Jahrhundert ihres Bestehens eine systemverändernde, fortschrittliche Kraft in Österreich bleiben. Denn — so Mayr und Seitlinger — wenn die SPÖ ihre Wähler- und Mitgliederstruktur ernst nehme, müsse sie sich weiterhin als fortschrittliche Kraft der Arbeitnehmer präsentieren. Miteinem Programm, das wirtschaftlichen Reichtum, entfaltete Demokratie in allen Lebensbereichen und schonenden Umgang mit uns, unserer Umwelt und den natürlichen Ressourcen anstrebt.

Die SPÖ solle sich in den kommenden Jahren die Aufgabe stellen, ein neues, zeitgemäßes Programm zu erarbeiten. Sie sollte nicht davor zurückschrecken, in dieses Programm Punkte aufzunehmen, die auch andere politische Richtungen und Parteien unterschreiben können. Beispiele dafür wären das Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zu unternehmerischer Tätigkeit. Österreichs Wirtschaft national und vor allem international konkurrenzfähig zu machen, und die staatlichen Infrastruktureinrichtungen in Schuß zu halten, das seien Aufgaben, die vom Grundsatz her alle politischen Kräfte tragen können — wenn es auch in der konkreten Durchführung Unterschiede geben mag.

Das Buch „Neue Modelle für Österreich“ von Hans Mayr und Karl Seitlinger hat 140 Seiten, kostet 98 Schilling und ist im Verlag Jugend & Volk erschienen. (Schluß) ull/gg

Mitarbeiter des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung geehrt

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Drei Mitarbeitern des ICM — Zwischenstaatliches Komitee für Auswanderung (Intergovernmental Committee for Migration) — überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag Verdienstzeichen der Republik Österreich. Das Goldene Verdienstzeichen erhielten Josef MOSER und Peter STRAUSS, seit 1968 bzw. 1969 Mitarbeiter des ICM, das Silberne Verdienstzeichen bekam Waltraud SCHAUER, ebenfalls seit 1968 Mitarbeiterin bei ICM. Die Hauptaufgaben des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung sind die Weiterleitung von Flüchtlingen, die Durchführung von Umsiedlungen und die Vermittlung von qualifizierten Fachkräften für Entwicklungsländer. (Schluß) jel/rr

Finanzausschuß genehmigt Teilprivatisierung der Holding

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik genehmigte Freitag mit den Stimmen der SPÖ die Teilprivatisierung der Wiener Holding. Es wurde die Ermächtigung erteilt, bis zu 49 Prozent der Geschäftsanteile der Stadt Wien an der Wiener Holding zu einem Verkaufspreis von 20,5 Millionen Schilling je Prozentpunkt zu verkaufen. Außerdem umfaßt der Beschluß die ersatzlose Streichung der sogenannten Holding-Doktrin und einen Syndikatsvertrag, der auch in Zukunft eine Verlustabdeckung durch die Stadt Wien beim Theater an der Wien, beim Raimundtheater, beim Ronacher und bei der Stadthalle festlegt.

Redner der ÖVP und der FPÖ sprachen sich gegen diese Vorgangsweise aus. Von der Opposition wurde vor allem kritisiert, daß die Stadt Wien Mehrheitseigentümer bleibt und daß die Holding-Doktrin wegfällt. Tenor der Kritik: Es handelt sich um keine echte Privatisierung, in der Praxis wird der Sektor der öffentlichen Wirtschaft sogar ausgeweitet.

Nach dem Beschluß im Finanzausschuß müssen sich noch der Wiener Stadtsenat und der Wiener Gemeinderat mit der Teilprivatisierung der Wiener Holding befassen. (Schluß) sei/rr

Neue Konzession für die Wiener Straßenbahn

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Bundesminister Dkfm. Dr. Rudolf STREICHER unterzeichnete Freitag die Urkunde, die den Wiener Verkehrsbetrieben die eisenbahnrechtliche Konzession für den Betrieb ihrer 36 Straßenbahnlinien für die nächsten neunzig Jahre erteilt. Die alte Konzession aus dem Reichsgesetzblatt vom 24. März 1899 war ebenfalls nach neunzig Jahren ausgelaufen.

Minister Streicher wies bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wiens Verkehrsstadtrat Johann HATZL anlässlich der Konzessionsunterzeichnung darauf hin, daß bis zum Jahr 2.000 die Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner von derzeit 354 auf 400 anwachsen wird. Gleichzeitig wird die Anzahl der Haushalte steigen, und die Bevölkerung im Umland der großen Städte stark zunehmen. Die Konsequenz: Überproportionale Zunahme der Fahrtenhäufigkeit. Dem könne, so Streicher, nur durch eine qualitative Verbesserung des öffentlichen Verkehrs gegengesteuert werden: Maßnahmen wie der Bau der Wiener U-Bahn, das Bevorrangungsprogramm oder die Schaffung von Verkehrsverbänden.

Die Wiener Straßenbahn bilde nach wie vor das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in Wien, sagte Streicher. Das Wiener Straßenbahnnetz sei hinsichtlich Betriebslänge (192 km), Fahrzeuganzahl und Beförderungsfälle das größte im westlichen Europa. Trotz des U-Bahn-Baues müsse die Attraktivierung der Straßenbahn weiter fortgesetzt werden.

Stadtrat Hatzl erinnerte daran, daß es im Jahr 2000 voraussichtlich mehr Autos als Wohnungen in Wien geben werde. Die einzige Konsequenz könne ein weiterer forcierter Ausbau des öffentlichen Verkehrs sein. Stadtrat Hatzl verwies auf die Erfolge der letzten Jahre.

Öffentlicher Verkehr attraktiv wie nie zuvor

In den Jahren 1987 und 1988 haben die Wiener Verkehrsbetriebe erstmals seit der Nachkriegszeit wieder die Anzahl von jeweils mehr als 600 Millionen beförderte Fahrgäste überschritten. Eine so hohe Beförderungsfrequenz wurde zum letzten Mal in den Jahren 1948/49 registriert. Damals gab es in Wien allerdings erst 11.000 Autos. Die Vergleichszahl für heute: rund 630.000 Autos in Wien!

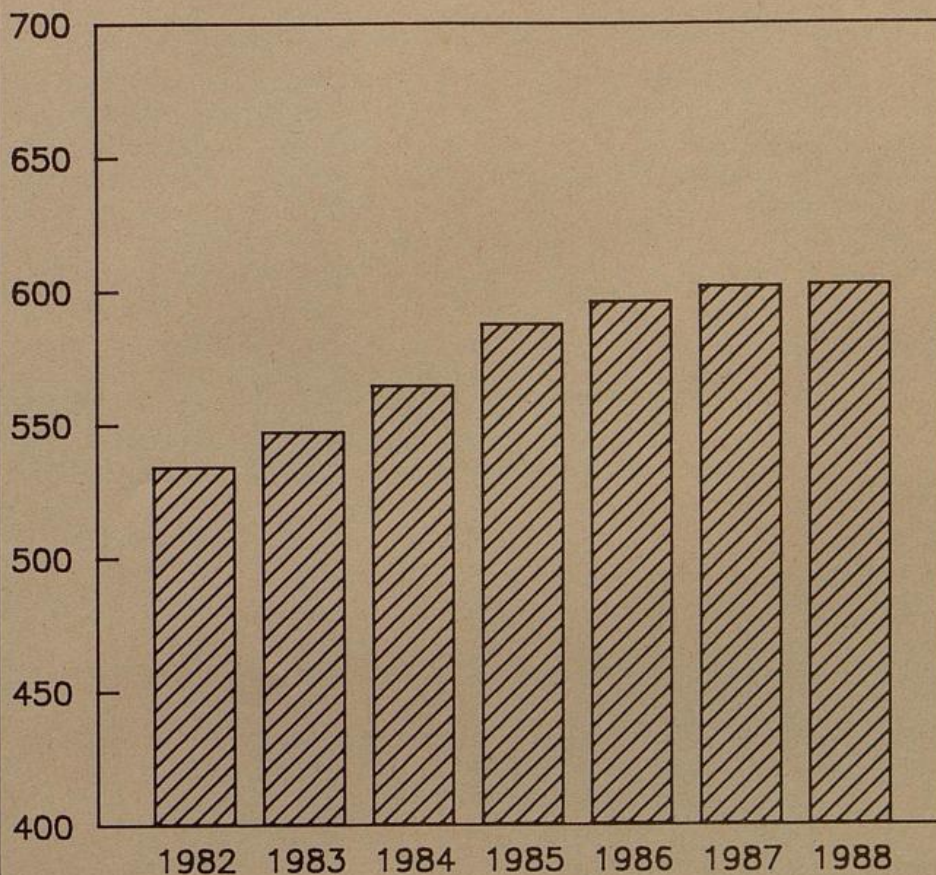
Die Konkurrenz durch den Individualverkehr schien zunächst für den öffentlichen Verkehr auch zu stark. In den 50er, 60er und 70er Jahren gingen die Fahrgastzahlen bei den Wiener Verkehrsbetrieben auch laufend zurück. Mit Beginn der 80er Jahre kam die Trendwende: In der kurzen Zeit seit damals haben die Verkehrsbetriebe praktisch alles wieder aufgeholt, was seit den 40er Jahren verloren gegangen war.

Für diese Trendwende, die Wiens Verkehr vermutlich vor dem totalen Infarkt bewahrt hat, waren im wesentlichen drei Faktoren verantwortlich: In erster Linie natürlich der Bau des U-Bahn-Grundnetzes mit der schrittweisen Inbetriebnahme der Linien U1, U2 und U4, und mit der endgültigen Fertigstellung des Grundnetzes im Jahr 1982 kam es zu einer gewaltigen Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs.

Der zweite Schub lag in der kundenfreundlichen Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe. So wurde 1982 mit der Einführung der Jahresnetzkarte, die gleichzeitig, lange bevor andere Städte „grüne Tarife“ einführten, bereits eine starke Verbilligung darstellte, für regelmäßige Benützer des öffentlichen Verkehrs ein äußerst attraktives Angebot geschaffen. Den zweiten großen Erfolg in der Tarifpolitik stellt die 1986 eingeführte „Umweltstreifen-Netzkarte“ dar, die sich bis heute zu einer der beliebtesten Fahrkarten entwickelt hat.

Schließlich kam als dritter Schritt zur Attraktivitätssteigerung die Gründung des Verkehrsverbundes Ost-Region im Jahr 1984 dazu.

Entwicklung der Beförderungsfälle ab 1982 (in Mio.)



Forts. von Blatt 539

Jahr	Beförderungsfälle (Mio.)	Abweichung in % zum Vorjahr
1982 :	534,5 Mio.	
1983 :	547,6 Mio.	+ 2,4
1984 :	564,9 Mio.	+ 3,2
1985 :	588,0 Mio.	+ 4,1
1986 :	596,2 Mio.	+ 1,4
1987 :	601,9 Mio.	+ 1,0
1988 :	602,5 Mio.	+ 0,1

Der öffentliche Personennahverkehr in Wien mit den Wiener Verkehrsbetrieben als Hauptverkehrsträger stellt heute eine unverzichtbare Infrastruktureinrichtung dar. Auf Grund der in den letzten Jahren enorm gestiegenen Sensibilität für Umweltfragen liegt der öffentliche Verkehr mit seinen umweltschonenden Betriebsleistungen und einem attraktiven Tarifangebot im Trend unserer Zeit. Der öffentliche Verkehr hat gegenüber dem Individualverkehr geringere Lärmentwicklung, geringeren Schadstoffausstoß, geringeren Energiebedarf, geringeren Bedarf an Verkehrsflächen und höhere Sicherheit zu verzeichnen.

Es läßt sich heute feststellen, daß der öffentliche Verkehr nicht nur im engeren Sinn die Beförderung von Menschen zur Aufgabe hat, sondern vielmehr mit der Vielzahl seiner positiven Auswirkungen eine wesentliche Vor-

Forts. auf Blatt 541

aussetzung für die Sicherung und weitere Hebung der Lebensqualität in Wien darstellt.

Nach der Tarifreform: Umweltstreifenkarten und Jahresnetzkarten als Hit

Es liegt nun die Abrechnung der im Jänner 1989 nach der Tarifreform verkauften Fahrscheine im Verkehrsverbund Ost vor. Absoluter Renner war die „8-Tage-Umweltstreifen-Netzkarte“, die ihr zweitbestes Monatsergebnis seit ihrer Einführung im Jahr 1986 erzielen konnte: Im Jänner 1989 wurden von ihr 134.000 Stück verkauft, das entspricht — diese Karte enthält ja bekanntlich acht Streifen, die jeweils als Tagesnetzkarte gelten — einem Verkauf von mehr als einer Million Tagesnetzkarten in einem einzigen Monat.

Weiterhin attraktiv bleibt die Jahresnetzkarte mit 121.000 Stück. Weiters wurden im Jänner unter anderem 306.000 Wochenkarten, 127.000 Monatskarten und 11.000 „72-Stunden-Wien-Karten“ verkauft. Sehr gut angekommen ist die neu eingeführte Einzel-Tagesnetzkarte „24-Stunden-Wien“, von der bereits 22.000 Stück im Jänner verkauft wurden.

Öffentlicher Verkehr in Wien seit 1865

30. 5.1865: Der Wiener Gemeinderat genehmigt den Bau einer Probelinie vom Schottenring nach Hernals. Die erste Konzession wird für fünf Jahre erteilt.
- Juni 1865: Baubeginn für die erste Pferdebahnlinie. Der Bau dauert nur 13 Wochen.
20. 8.1865: Beim Wiener Handelsgericht wird die Firma „Schaeck-Jaquet & Cie.“ protokolliert. Diese Firma mit Stammhaus in Genf will in Wien Pferdebahnlinsen errichten.
- 2.10.1865: Erste Probefahrt.
- 4.10.1865: Eröffnung der ersten Pferdetrampway Wiens. Die Bahn fährt über Universitätsstraße — Alser Straße — Ottakringer Straße (hier war ein Tor im Linienwall, daher der Umweg) — Taubergasse — Hernalser Hauptstraße bis zur Remise Wattgasse.
- 1866, 1867: Mehrere Bewerber um weitere Konzessionen für Pferdebahnlinsen treten auf.
- 13.11.1867: Sämtliche Konzessionswerber fusionieren sich mit der Firma Schaeck-Jaquet & Cie. zwecks Gründung einer Aktiengesellschaft.
29. 4.1868: Konstituierung der Firma „Wiener Tramwaygesellschaft“. Zweck der Firma: „Ausbau und Betrieb der mit allerhöchster EntschlieÙung vom 8. März 1867 konzessionierten und bereits teilweise in Betrieb stehenden oder künftig von der Regierung zu konzessionierenden Pferdeisenbahnen.“
21. 5.1872: Der Bauleiter der „Wiener Tramwaygesellschaft“, Ing. Dreyhausen, der aus dieser Firma ausgetreten ist, erhält eine Konzession für Pferdebahnstrecken außerhalb des Linienwalles, es bildet sich das zweite Wiener Pferdebahnunternehmen, die „Neue Wiener Tramwaygesellschaft“.
- bis 1898: Weiterer zügiger Ausbau des Pferdebahnnetzes durch die „WT“ und die „NWT“.
- 28.10.1898: Bürgermeister Dr. Karl Lueger legt in der Gemeinderatssitzung Pläne zur Sanierung der Wiener Tramwaysituation vor, da über die Tramwaygesellschaften viele Beschwerden geführt werden. Die Tramwaygesellschaften sollen von der Gemeinde Wien übernommen werden.
- 1.12.1898: Liquidation der „Wiener Tramwaygesellschaft“, Übertragung des Vermögens an die Gemeinde Wien. Vertrag mit der Firma Siemens & Halske „...“ betreffend die Umwandlung des bestehenden Bahnnetzes der Wiener Tramwaygesellschaft für

Forts. von Blatt 540

Forts. auf Blatt 542

- den elektrischen Betrieb und den Bau eines Ergänzungsnetzes“.
24. 3.1899: Im Reichsgesetzblatt Nr. 58 vom 24. März 1899 wird der Stadt Wien die „... Konzession für ein normalspuriges Kleinbahnnetz mit elektrischem Betriebe ...“ erteilt.
5. 9.1899: Zur Durchführung der Umbau- und Bauarbeiten wird die (siemenseigene) Firma „Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien“ („BBG“) gegründet. Auftragsumfang bis 1903: 150 Kilometer bestehendes Pferdebahnnetz elektrifizieren, 33 Kilometer elektrische Straßenbahnstrecke neu errichten.
14. 4.1902: Das von der BBG ausgebaute Netz geht in den Besitz der Gemeinde Wien über. Die Generalversammlung der BBG vom 28. Jänner 1902 beschließt die Auflösung der Firma.
25. 7.1902: Gemeinde Wien erhält auch die Konzession für die Linien der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft“.
5. 8.1902: Übernahme des Vermögens und der Anlagen der „NWT“ durch die Gemeinde Wien.
26. 6.1903: Letzte Pferdebahn.
22. 1.1922: Letzte Dampftramway.
- (Schluß) roh/gal

Forts. von Blatt 541

Umbau der Billrothstraße wird fortgesetzt

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Im 19. Bezirk werden die Umbauarbeiten im Bereich Billrothstraße/Silbergasse fortgesetzt, wodurch eine Reihe von Verkehrsmaßnahmen erforderlich ist, die in der Nacht von Sonntag, 19. März, auf Montag in Kraft gesetzt werden. Folgende Umleitungen sind vorgesehen:

Sperre der Billrothstraße in Höhe Gatterburggasse

Die Billrothstraße wird stadtauswärts auf Höhe der Gatterburggasse gesperrt; der Verkehr in

- Richtung Heiligenstadt wird über Gatterburggasse — Kreindlgasse — Pyrkergrasse — Döblinger Hauptstraße zur Barawitzkagasse geführt, in
- Richtung Grinzing über Chimanistraße — Cottagegasse — Krottenbachstraße — Obkirchergasse zur Grinzinger Allee.

Nach der Fertigstellung der Umbauarbeiten am Kreuzungsplateau Billrothstraße/Pyrkergrasse, die voraussichtlich Samstag, 25. März erfolgen wird, ist eine Aufhebung der Umleitung Richtung Grinzing vorgesehen sowie eine Änderung der Verkehrsführung in Richtung Heiligenstadt: Ab dann über Pyrkergrasse — Döblinger Hauptstraße bis Barawitzkagasse.

Diese Umleitung ist wegen Einbautenarbeiten in der Silbergasse und den nachfolgenden Straßenbauarbeiten notwendig und wird voraussichtlich bis August 1989 aufrecht bleiben. (Schluß) pz/rr

Verkehrsbeschränkung auf der Reichsbrücke

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Wochenende und zwar in der Zeit von Samstag, 18. März, 14 Uhr, bis Montag, 20. März, 5 Uhr früh, erfolgt auf der Reichsbrücke durch die Wiener Stadtwerke/E-Werke im gesamten Brückenbereich eine Überprüfung der Kabelanlagen. Da die Kabelschächte in der Mitte zwischen zwei Fahrstreifen liegen, wird für den genannten Zeitraum in jeder Fahrtrichtung nur ein Fahrstreifen zur Verfügung stehen. Es empfiehlt sich deshalb, am kommenden Wochenende der Reichsbrücke großräumig auszuweichen. (Schluß) pz/bs

Hatzl: Überwachung des ruhenden Verkehrs nach wie vor Aufgabe der Polizei

Wien, 17.3. (Rk-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Freitag anlässlich eines Pressegesprächs feststellte, gehe er mit Bundesminister Dr. Löschnak hinsichtlich der Auffassung konform, daß die Polizei von einem „Wildwuchs“ ihrer Tätigkeit befreit werden solle. Was aber die Überwachung des ruhenden Verkehrs betreffe, gehöre diese, so Hatzl, zu den definitiven Aufgaben der Polizei, dafür gebe es auch entsprechende rechtliche Grundlagen.

Hatzl plädierte für eine rasche Aufnahme von Verhandlungen mit Minister Löschnak und sagte, er wisse, daß die Polizei in einer schwierigen Personalsituation sei. Man sollte trachten, eine gemeinsame Lösungsform zu finden; einseitige Terminsetzungen seien dazu wohl nicht geeignet, eher Überlegungen in personeller Hinsicht.

Der Wiener Verkehrsstadtrat sagte, er könne sich für diese Aufgaben die verstärkte Heranziehung von Politessen vorstellen. Es könne nicht angehen, Aufgaben des Bundes einfach den Ländern beziehungsweise Gemeinden zuzuschieben; wenn die Gemeinde Wien dazu einen Beitrag leisten solle, dann müsse dieser im Wege des Finanzausgleiches wieder abgegolten werden. Das ändere aber nichts daran, daß die Polizei ihren gesetzlich festgeschriebenen Aufgabenstellungen gerecht werden müsse, unterstrich Hatzl. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Inpressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 20. März 1989

Blatt 545

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Wien-Tag“ in Budapest ein voller Erfolg (547/FS: 18.3.)
- Katastrophenhilfeabkommen zwischen Wien und Budapest (548/FS: 19.3.)
- Bauordnung: Erleichterungen für Behinderte noch vor großer Novelle (549)
- 7. Novelle zum Wiener Schulgesetz (550)
- Berufschance nach der Reifeprüfung (551)
- Wiener ÖVP fordert aktiven Stadtbildschutz (552)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- „Rudolf. Ein Leben im Schatten von Mayerling“ (546/FS: 17.3.)

„Rudolf. Ein Leben im Schatten von Mayerling“

Ausstellung in der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten

Wien, 17.3. (RK-KULTUR) In der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten ist bis 4. März 1990 die Ausstellung „Rudolf. Ein Leben im Schatten von Mayerling“ zu sehen, die den von extremen Widersprüchen geprägten Lebensweg des Thronfolgers bis zu seinem tragischen Ende darstellt. Der Doppelselbstmord von Mayerling in der Nacht vom 29. auf den 30. Jänner 1889 ist zwar ein kalendarischer Anlaß für die Ausstellung; die eigentliche Thematik liegt jedoch in der Widersprüchlichkeit des Lebens von Rudolf, der zwischen den Zwängen des Hofes und des Protokolls und seinen liberalen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft und auch seinen privaten Neigungen keinen gangbaren Weg fand.

Rudolfs Tod beendete die Hoffnungen, die er für viele seiner Zeitgenossen trug. Ihnen galt er sowohl als Garant für die Fortdauer des Bestehenden als auch als Symbol der Hoffnung auf eine tiefgreifende Veränderung. Diese Hoffnung, die Rudolf lange Zeit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen suchte, mußte unerfüllt bleiben. Vor allem war Rudolf nicht in der Lage, seine der Aufklärung und dem Liberalismus verpflichteten Vorstellungen, die sich grundsätzlich von denen seines Vaters Franz Josef I. unterscheiden, in die Realität umzusetzen.

Die Gestaltung der Ausstellung betont politische, familiäre, private und individuelle Charakteristika zur Person und Zeit des Thronfolgers. Dadurch wird das Nachempfinden eines Lebens ermöglicht, von dem zumeist nur das Ende im Blickpunkt von Interesse und Spekulation steht. Zahlreiche, größtenteils bisher der Öffentlichkeit noch nicht bekannte, Exponate illustrieren Rudolfs Lebensweg und erleichtern damit den Zugang zum „Mythos Mayerling“, dem Ende des Kronprinzen.

Die Ausstellung ist Mittwoch bis Sonntag und Feiertag von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg

Bereits am 17. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Wien-Tag“ in Budapest ein voller Erfolg

Großer Publikumsandrang – auch tausende Wiener angereist

Wien, 18.3. (RK-LOKAL) Bei herrlichem Frühlingswetter und milden Temperaturen steht die ungarische Hauptstadt Budapest heute, Samstag, ganz im Zeichen Wiens. Bekanntlich findet unter dem Motto „Wien grüßt Budapest“ ein Wien-Tag statt, der nicht nur an die historische Vergangenheit der beiden Städte erinnern soll, sondern auch an die Gegenwart und an die Zukunft.

Dies hatte schon gestern, Freitag, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unterstrichen, als er in der Nationalgalerie eine Ausstellung von zeitgenössischen Künstlern beider Länder eröffnet hatte. Zilk wertete es als eine erfreuliche Entwicklung, daß auch die heutige Generation bemüht sei, eine gemeinsame Gegenwart zu finden. Wie bekannt, planen die beiden Städte für das Jahr 1995 eine gemeinsame Weltausstellung.

Wer heute durch Budapester Straßen wandert, fühlt sich beinahe in einen Wiener Bezirk versetzt. Tausende Wiener haben es sich nicht nehmen lassen, bei diesem Wien-Tag dabeizusein und neben dem Besichtigen und Einkaufen auch persönlich zu erleben, wie sich „ihre Stadt“ im Ausland präsentiert. Kaum ein Kaffeehaus oder Restaurant, wo nicht die deutsche Sprache dominiert.

Auf öffentlichen Plätzen spielen Musikkapellen der Post und der Wiener Verkehrsbetriebe ein buntes Programm, das von Wienerliedern bis zum Big-Band-Sound reicht. City-Busse, die sonst auf Wiens innerstädtischen Linien im Einsatz stehen, fahren auf einer Linie durch Budapest; die MA 48 demonstriert technisches know-how und führt Interessenten vor, wie der Winterdienst funktioniert.

Weitere Schwerpunkte des heutigen Wien-Tages, der in das Budapester Frühlingsfestival eingebunden ist, sind ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch von Jugendlichen verschiedener Berufsgruppen aus beiden Ländern, eine Diskussion mit den Bürgermeistern der beiden Städte und nicht zuletzt der Wien-Ball, der Samstag abend im Hotel Duna Intercontinental abgehalten wird. (Schluß) ull/gg

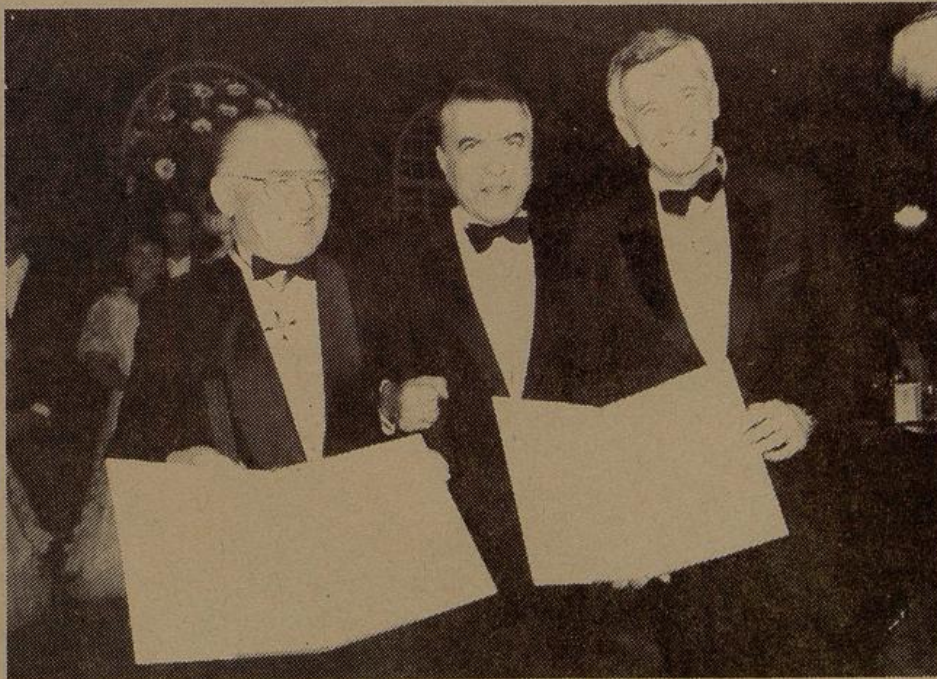
Bereits am 18. März 1989
Über Fernschreiber ausgesendet!

Katastrophenhilfeabkommen zwischen Wien und Budapest

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Im Rahmen des Wien-Tages, der Samstag unter großer Beteiligung der Bevölkerung in Budapest veranstaltet wurde, gab Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in einem Pressegespräch konkrete Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der guten Beziehungen zwischen den beiden Städten bekannt. Zilk sagte, es werde derzeit ein Katastrophenhilfeabkommen ausgearbeitet. Dieses würde beinhalten, daß sich die Städte bei Ernstfällen gegenseitig unterstützen. Das Hauptaugenmerk des Abkommens richte sich darauf, daß ungarische Einsatzfahrzeuge Wien im Falle eines extremen Schneechaos helfen würden, während Wiener Einsatzkräfte Budapest im Falle einer Hochwasserkatastrophe aktive Hilfe gewähren würden.

Samstag abend fand im Hotel Duna Intercontinental der erste Wien-Ball auf ungarischem Boden statt, bei dem Bürgermeister Dr. Zilk zwei wesentliche Wegbereiter der guten Beziehungen zwischen Wien und Budapest auszeichnete: Der frühere Budapester Bürgermeister Pal IVANYI und der ungarische Botschafter in Wien, Janos NAGY, erhielten das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Ohne diese beiden Persönlichkeiten hätten sich die Kontakte gewiß nicht in eine so positive Richtung entwickelt.

Stunden vorher nahm der Wien-Tag, der in das Budapester Frühlingsfestival eingebunden war, sein Ende. Am Nachmittag fand noch eine 30 Minuten dauernde Laser-Show in der Innenstadt statt, der rund 10.000 Personen beiwohnten. Die Jugend kam besonders am Abend in der Petöfi-Halle bei einer „Vienna Disco Night“ auf ihre Rechnung. (Schluß) ull/gg



Ungarns Botschafter in Wien, Janos Nagy (links), und der frühere Budapester Bürgermeister Pal Ivanyi (rechts) erhielten von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
Foto: PID Hutterer

Bereits am 19. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bauordnung: Erleichterungen für Behinderte noch vor großer Novelle

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Noch vor einer eventuellen größeren Novellierung der Bauordnung — ob und in welchem Ausmaß sie kommen soll, wird bei der Bauordnungs-Enquete am 29. März diskutiert — sollen in die Wiener Bauordnung weitere Erleichterungen für Behinderte aufgenommen werden. „Ich möchte diese Reform der Bauordnung im Hinblick auf behindertengerechtes Bauen möglichst noch heuer durchführen, da eine umfassende Novellierung ja länger dauern wird. Selbstverständlich bedeutet das aber nicht, daß die Diskussion um behindertenfreundliche Gestaltung der Bauordnung damit beendet ist. Viele der geplanten Neuerungen kommen natürlich nicht nur den Behinderten, sondern z.B. auch Eltern mit Kinderwagen sowie älteren Menschen zugute.“ Das betonte die für Rechtsfragen zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu den Ergebnissen einer Enquete über behindertengerechte Gestaltung der Bauordnung.

Die Enquete fand Freitag im Wiener Rathaus statt; daran nahmen unter anderen Ruth WONDER vom Verein Balance, Kurt SCHNEIDER und Eduard RIHA von der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Dr. SCHAFFRANEK von der ARGE Wohnplätze für Behinderte, Mitarbeiter des Instituts für Soziales Design, MitarbeiterInnen der Magistratsdirektion und des sozialen sowie des Rechts- und Baubereichs, GemeinderätInnen, darunter Mitglieder der Behindertenkommission, und Stadträtin Schirmer als Vorsitzende der Enquete teil.

Von Behindertenvertretern wurde bei der Tagung auch darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgemeinschaft Rehabilitation mit Unterstützung der MA 12 eine Beratung für die Einrichtung von Behindertenwohnungen bietet. (Schluß) hrs/rr

7. Novelle zum Wiener Schulgesetz

Öffentliche Einsicht vom 22. März bis 14. April

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Entwurf und erläuternde Bemerkungen zur 7. Novelle des Wiener Schulgesetzes liegen vom 22. März bis 14. April zur öffentlichen Einsicht und möglichen schriftlichen Stellungnahme in den Magistratischen Bezirksämtern Montag bis Mittwoch und Freitag jeweils von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr auf.

Der Gesetzesentwurf beinhaltet die Ausführung von grundsatzgesetzlichen Regelungen über die Heranziehung zusätzlicher, sonderpädagogisch qualifizierter Lehrer im Bereich des integrativen Schulversuchs für den Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder, und die Anpassung der Bestimmungen über die Schulversuche an die bundesgesetzliche Situation. (Schluß) jel/bs

Berufschance nach der Reifeprüfung

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Für Maturantinnen und Maturanten wird an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik der Stadt Wien, Wien 21, Patrizigasse 2 (Tel. 30 13 28), ein Externistenlehrgang eingerichtet. Nach dem Besuch eines zweimonatigen Einführungsseminars ab 2. Mai erfolgt mit 1. Juli die Anstellung bei der Stadt Wien als Kindergartenassistent(in). Die weitere Ausbildung ist berufsbegleitend und schließt nach drei Jahren mit der Ablegung der Befähigungsprüfung für Kindergärtner(innen) ab.

Der Beruf des Kindergartenpädagogen erfordert Menschen mit einem hohen Maß an Kreativität, Offenheit und sozialem Engagement. Die Freude, für Kinder und mit Kindern tätig zu sein, ist eine wertvolle Grundlage für diesen Berufswunsch.

Anmeldungen werden ab sofort an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik der Stadt Wien entgegengenommen. Für Auskünfte steht auch die Personalstelle des Jugendamtes, Wien 1, Schottenring 24, 4. Stock, Zimmer 415 A (Tel. 53 114/471, 493, 430) zur Verfügung. (Schluß) jel/gg

Wiener ÖVP fordert aktiven Stadtbildschutz

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Für einen aktiven Stadtbildschutz mit einem „Stadtbild-Veto“ trat Montag ÖVP-Landtagsabgeordneter Mag. Robert KAUER in einem Pressegespräch ein. Wie Kauer betonte, dürfe die Verantwortung für das Stadtbild nicht an bestehenden Kompetenzgrenzen enden. Das trifft, so Kauer, alle öffentlichen Einrichtungen, die ÖBB, Verkehrsbetriebe, Ministerien, Sozialversicherungen und auch den Rechnungshof. Kauer forderte, im Zuge der zur Verhandlung stehenden Bauordnungs-Novelle dem „Stadtbildfrevel“ ein Ende zu machen. Die Wiener ÖVP fordert von der Stadt Wien und dem Bund in mehrfacher Hinsicht mehr Engagement, Achtung, Aufmerksamkeit und Einsatz für das Wiener Stadtbild, insbesondere:

- für die Stadtmöblierung,
- für Kunst im öffentlichen Raum,
- durch das Vorbild der öffentlichen Hand,
- mit einem aktiven Stadtbildschutz und
- durch Anerkennung der Leistung von Bürgern.

Wettbewerbe unter Einbeziehung der Bürger, vor allem aber auch der künstlerischen Hochschulen und Akademien sollten zu Entscheidungen über ein neues Design für die verschiedenen Elemente der Stadtmöblierung beitragen. (Schluß) If/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 21. März 1989

Blatt 553

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 150. Geburtstag von Marianne Hainisch (555)
- Bautätigkeit am Marchfeldkanal in Wien voll im Gang (556)
- Innenausbau des SMZ-Ost auf vollen Touren (557)
- Osterlämmer in Wiener Parkanlagen (558)
- Smejkal: Hilfe für Obdachlose wird koordiniert (559)
- Bezirke waren sparsam (560)
- Das Jahr 1988 — öffentlich beleuchtet (561/562)
- Ab Ostern wieder Sommerzeit (563)
- Eineinhalb Jahre internationales Vorbild: die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe (564)

Kultur:

- Sechs Millionen für WUK (554)

Sechs Millionen für WUK

Wien, 21.3. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß eine Jahressubvention von sechs Millionen Schilling für das Werkstätten- und Kulturhaus „WUK“ in der Währinger Straße. Das selbstverwaltete Kulturzentrum steht Kulturschaffenden aller Art — Tanz, Theater, Musik, Bildende Kunst und Kunsthandwerk — und sozialpolitischen Initiativen zur Verfügung.

Insgesamt beherbergt das WUK zur Zeit 127 Gruppen, Vereine und Initiativen und drei Sozialprojekte. 13 Theatergruppen praktizieren vor allem experimentelles Sprech-, Bewegungs- und Tanztheater. 25 Musikgruppen von Pop über Rock bis zur neuen Musik nutzen die Proberäume für Musik. Der Malereibereich wird von rund 30 Künstlern genützt.

Auf dem Sozialektor gibt es ein „Jugendprojekt“, das arbeitslose Jugendliche in die Renovierung des WUK einbindet, das „Schönbrunnprojekt“, das Jugendlichen die Mitarbeit an der Renovierung des Schlosses ermöglicht und das „Monopoli Projekt“ das als Beratungsstelle für vorbestrafte Jugendliche dient. (Schluß) gab/bs

150. Geburtstag von Marianne Hainisch

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Marianne Hainisch wurde am 25. März 1839 in Baden bei Wien geboren. Schon in frühester Jugend wurde sie zu einer Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frau, vor allem im Bereich des Bildungswesens. Unmittelbar veranlaßt durch die Notlage, in die einzelne Familien von Baumwollspinnern durch den nordamerikanischen Bürgerkrieg und durch das Ausbleiben der Baumwolle auf den europäischen Märkten geraten waren, aber auch vom Standpunkt des Menschenrechtes, stellte sie 1870 öffentlich den für das weibliche Bildungswesen epochemachenden Antrag, „der weiblichen Intelligenz aus allen Ständen“ eine allgemeine Mittelschulbildung, zunächst durch Errichtung eines Realgymnasiums, zu vermitteln, um den Mädchen dadurch bessere Erwerbs- und Berufsmöglichkeiten zu erschließen.

1902 gründete sie den Bund österreichischer Frauenvereine, den sie 1904 dem International Council of Women anschloß und dessen Vorsitz sie bis 1918 führte. Nach dem Ersten Weltkrieg widmete sie sich besonders den Fürsorgeaufgaben und der Friedenspropaganda, nachdem sie bereits 1914, nach dem Tode Berta von Suttners, die Leitung der Friedenskommission im Bund österreichischer Frauenvereine übernommen hatte. Marianne Hainisch ist auch als Schriftstellerin hervorgetreten und hat eine Anzahl von Werken humanitären und sozialen Inhalts veröffentlicht. Auf ihre Initiative geht die Einführung des Muttertags in Österreich zurück. Im Jahr 1929 wurde sie Bürgerin der Stadt Wien. Sie starb am 5. Mai 1936. (Schluß)
red/rr

Bautätigkeit am Marchfeldkanal in Wien voll im Gang

6 Kilometer Gerinne und vier Brücken in Bau

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Vor kurzem setzte die Bautätigkeit für den Wiener Abschnitt des Marchfeldkanals wieder voll ein. Gearbeitet wird an den Gerinneabschnitten in Strebersdorf und Jedlersdorf. Bisher wurden auf Wiener Stadtgebiet zwei Kilometer Gerinne fertiggestellt, sechs weitere Kilometer befinden sich in Bau. Auch im Bereich des Brückenbaus gehen die Arbeiten zügig voran: 13 Brücken stehen bereits zur Verfügung, vier weitere — in der Brünner Straße, der Autokaderstraße sowie zwei Feldwegbrücken in Floridsdorf werden voraussichtlich noch in diesem Jahr, spätestens Anfang 1990, fertiggestellt.

Eine „Gesamtbilanz“ der Bauarbeiten für den Marchfeldkanal, der von Langenzersdorf bis Deutsch-Wagram führen wird, sieht so aus, daß bisher neun Kilometer Gerinne und 21 Brückenobjekte fertiggestellt wurden. Weitere 7,5 Kilometer Gerinne und fünf Objekte des 19 Kilometer langen, mit 30 Brückenobjekten versehenen Hauptgerinnes, befinden sich in Bau.

Die bisherigen Arbeiten verliefen planmäßig, sodaß damit gerechnet werden kann, daß die Fertigstellung und Flutung wie vorgesehen im Jahr 1992 erfolgen wird.

Keine Deponie!

In der Vergangenheit sind die Marchfeldkanal-Baustellen von einem (kleinen) Teil der Bevölkerung „irrtümlich“ als Mülldeponie benützt worden, andere wieder glaubten darin ihre Motocross-Liebingsstrecke gefunden zu haben. In diesem Zusammenhang erinnert die Marchfeldkanal-Errichtungsgesellschaft daran, daß alle Sünder, die erwischt werden, zur Anzeige gebracht werden. Denn durch solche Aktivitäten entstehen Schäden, die mit Mitteln der Allgemeinheit repariert werden müssen. (Schluß) ull/gg

Innenausbau des SMZ-Ost auf vollen Touren

Gesundheitsausschuß genehmigte Auftrag für Hängedecken

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Der Innenausbau im Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost läuft bereits auf vollen Touren. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte zuletzt die Auftragsvergabe für die Hängedecken aus Metall, Mineralfaser und Gipskarton für die 1. und 2. Ausbaustufe zu einem Betrag von 61,5 Millionen Schilling.

Das 800-Betten-Spitalsprojekt mit 15 Abteilungen, sechs Instituten und 15 Operationsräumen liegt exakt im Termin- und Kostenplan. Die 1. Ausbaustufe des Krankenhauses (544 Betten mit den dazugehörigen Untersuchungs- und Behandlungsbereichen) wird 1992, die 2. Ausbaustufe (256 Betten und Räume zur Untersuchung und Behandlung) 1994 fertiggestellt werden. Die kollegiale Führung des Krankenhauses und die Abteilungs- und Institutsvorstände wurden bereits bestellt, damit sie rechtzeitig an der Einrichtungsplanung mitarbeiten können. (Schluß) sc/rr

Osterlämmer in Wiener Parkanlagen

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer gibt es in einigen Wiener Parkanlagen wieder Osterlämmer zum Anschauen und Streicheln für die Kinder. Die Tiere befinden sich während der Karwoche und über Ostern im Stadtpark, Kongreßpark, Wertheimsteinpark, Pötzleinsdorfer Schloßpark, Donaupark und Kurpark Oberlaa. (Schluß) du/bs

Smejkal: Hilfe für Obdachlose wird koordiniert

ARGE Wohnplätze für Bürger in Not

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Hilfsmaßnahmen für Nichtseßhafte können nun durch die ARGE Wohnplätze für Bürger in Not besser koordiniert werden, erklärte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

In dieser Arbeitsgemeinschaft, die nach dem Muster der ARGE Wohnplätze für Behinderte arbeiten soll, werden die Caritas, Bewährungshilfe, Volkshilfe, Heilsarmee, ARGE Nichtseßhaftenhilfe und das Sozialeamt der Stadt Wien zusammenarbeiten. Die ARGE Wohnplätze für Bürger in Not hat beratende und koordinierende Funktion für die einzelnen Vereine. Darüberhinaus sollen im Rahmen der ARGE neue Ideen und weitere begleitende Maßnahmen für die Betreuung obdachloser Menschen erarbeitet werden, führte Smejkal aus.

Wichtig für die Arbeit der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not ist das neue Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz, in dem festgelegt wurde, daß Vereine geförderte Wohnungen anmieten und ihren Klienten zur Benützung überlassen können. Durch eine begleitende, intensive Betreuung, die diplomierte Sozialarbeiter der einzelnen Vereine durchführen werden, kann auf diesen Wohnplätzen die Wohnfähigkeit der Klienten wiederhergestellt und der Klient später in eine eigene Wohnung entlassen werden. Rund 70 Wohnplätze jährlich sollen auf diese Art für Nichtseßhafte in allen Bezirken Wiens errichtet werden.

Die ARGE Wohnplätze für Bürger in Not soll aber auch Kontakte einzelner Vereine zum Sozialamt der Stadt Wien und anderen öffentlichen Einrichtungen erleichtern.

Weiteres Tageszentrum für Nichtseßhafte

Als weitere Maßnahmen im Bereich der Hilfe für nichtseßhafte Menschen sei der Bau eines weiteren Tageszentrums für Nichtseßhafte im 8. Bezirk zu erwähnen, sagte Smejkal. Man habe mit dem seit fast zwei Jahren geöffneten Tageszentrum in Wien 2, Pazmanitengasse, ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Seit November 1987 bis Ende des Jahres 1988 wurden rund 750 obdachlose Menschen im Tageszentrum von Sozialarbeitern des Sozialamtes betreut und beraten. Die Tageszentren für Nichtseßhafte seien, sagte Smejkal, eine adäquate Kontaktmöglichkeit zu öffentlichen Beratungs- und Hilfseinrichtungen und bieten darüberhinaus noch die Möglichkeit, Dinge des täglichen Lebens, wie Wäschewaschen, Körperpflege, Kochen usw. zu erledigen. Zusätzlich seien sechs Straßensozialarbeiter im Einsatz, unterstrich Smejkal. (Schluß) jel/rr

Bezirke waren sparsam

Erste Erfahrungen mit den Bezirksbudgets

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Die vorläufigen Bezirksrohbilanzen für das Jahr 1988 zeigen, daß die Bezirke die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht voll ausgeschöpft haben. Bei Einnahmen von 836 Millionen wurden 655 Millionen ausgegeben, nicht verbraucht und auf die hohe Kante gelegt wurden 181 Millionen, das sind 21,7 Prozent der Einnahmen. Dies teilte Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag, im Bürgermeister-Pressegespräch mit.

Ende 1988 wiesen alle Bezirke einen positiven Rücklagenstand auf. Ermöglicht wurde diese positive Bilanz durch wesentliche Einsparungen im Bereich der MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau (minus 40,9 Millionen), der MA 42 — Stadtgartenamt (minus 17,7 Millionen) und der MA 46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (minus 30,3 Millionen). Mehr als geplant wurde nur in zwei Bereichen ausgegeben: bei der Instandhaltung der Kindergärten mit 8,3 Millionen und bei der Instandhaltung der Pflichtschulen mit 3,5 Millionen.

Der Rücklagenstand der Bezirke machte Ende 1988 183 Millionen aus, zusammen mit der im Jahr 1989 veranschlagten Rücklage von 77 Millionen stehen den Bezirken für das heurige Jahr rund 260 Millionen zur Verfügung, die noch keinem bestimmten Aufgabenbereich (Vorhaben) zugeordnet sind. (Forts.mgl.) sei/bs

Das Jahr 1988 – öffentlich beleuchtet

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Nicht nur das Jubiläum „300 Jahre öffentliche Beleuchtung in Wien“ rückt das vergangene Jahr in ein besonderes Licht. In einem Überblick über das breite Spektrum der von der Magistratsabteilung 33 — Öffentliche Beleuchtung durchgeführten Arbeiten lassen sich bemerkenswerte Details erhellen, die vom U-Bahn-Bau bis zur Anstrahlung von Baudenkmalern reichen. Stadtrat Johann HATZL berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Mit dem U-Bahn-Bau zusammenhängende Arbeiten

Der U-Bahn-Bau verlangt oftmals kurzfristig Umbauten beziehungsweise Neubauten an den Einrichtungen der öffentlichen Beleuchtung. Anzuführen sind in diesem Zusammenhang im Rahmen des Baues der U 3 diverse Vorarbeiten und Umbauten sowie die weitgehende Fertigstellung der Beleuchtung im Bereich Schlachthausgasse; weiters diverse Provisorien und Neubauten in den Bereichen Bellaria und Europaplatz.

Auf dem Europaplatz wurde, da eine mehrmalige Änderung der Verkehrsführung erfolgt, für die Baudauer ein zentraler Beleuchtungsturm errichtet, der 16 Meter hoch ist und fünf Scheinwerfer trägt, die den Kreuzungsbereich zentral beleuchten.

Beleuchtung bei Wohnhausanlagen

Die Errichtung von Wohnhausanlagen bedingt häufig einen Neubau oder zumindest eine Erweiterung der örtlichen öffentlichen Beleuchtung. Größere Baustellen im Jahr 1988 befanden sich in:

- 3, Leberstraße, Hofmannsthalgasse
- 3, Markhofgasse
- 13, Amalienstraße
- 21, Hopfengasse
- 22, Aschmuthgasse

Andere Neubauten

In mehreren Straßenzügen und Parkanlagen erfolgte ganz oder teilweise der Neubau der öffentlichen Beleuchtung:

- 1, Albertina, Freyung, Schottenring
- 5, Einsiedlerpark
- 10, Antonsplatz
- 11, Simmeringer Hauptstraße, Hasenleitengasse, Grillgasse
- 18, Hermann-Bacher-Weg (Stiegenanlage)
- 19, Daringergasse
- 22, Kaisermühlendamm
- 22, Gerasdorfer Straße
- 23, Draschegründe, Breitenfurter Straße

Aus Bundesmitteln wurden in den nachstehenden Straßenzügen öffentliche Beleuchtungsanlagen errichtet beziehungsweise fertiggestellt:

- 10, Triester Straße
- 12, Wienerbergstraße
- 22, A 22 — Donauuferautobahn mit Lärmschutztunnel Kaisermühlen

Beim Lärmschutztunnel Kaisermühlen wurde eine energiesparende Einfahrtsbeleuchtung nach dem Gegenstrahlprinzip installiert, die anstelle einer „normalen“ Beleuchtung mit einem Verbrauch von 420 Kilowatt mit 140 Kilowatt auskommt. Dabei wird die jeweilige Leuchtdichte durch zwei Kameras, die an den Tunnelportalen montiert sind, gesteuert.

Umbaumaßnahmen

Zur Verbesserung der Lichtverhältnisse oder aus Sicherheitsgründen wurden umgebaut:

- 2, Obere Augartenstraße
- 11, Leberstraße, Schemmerlstraße
- 13, Sillerplatz
- 14, Karl-Bekehrty-Straße, Linzer Straße
- 16, Johann-Staud-Straße, Gallitzinstraße
- 19, Sieveringer Straße
- 22, Bereich SMZ-Ost
- 23, Anton-Baumgartner-Straße (Steinsee)

Größere Instandhaltungsarbeiten

Zur Behebung von Zeitschäden mußten folgende Anlagen instandgesetzt werden:

- 1, Burg, Burggarten
- 3, Stadtpark (Kandelaber Type „Wien“)
- 9, Wiesengasse
- 23, Ketzergasse

Im Bereich der Burg beziehungsweise des Burggartens mußten die zum Teil über 60 Jahre alten Kabel, die 1924, als die Umstellung von der Gas-zur Elektrobeleuchtung erfolgte, installiert worden waren und nunmehr eine Quelle dauernder Störungen bildeten, erneuert werden. Gleichzeitig damit wurden Originalkandelaber instandgesetzt und mit Kompaktleuchtstofflampen ausgestattet.

Öffentliche Uhren

Mehrere öffentliche Würfeluhrn (Lichtmastuhren) wurden einer Generalüberholung unterzogen:

- 1, Schwarzenbergplatz
- 2, Vorgartenmarkt
- 3, Ludwig-Kößler-Platz
- 16, Johann-Nepomuk-Berger-Platz
- 19, Sieveringer Straße, Billrothstraße
- 20, Hannovermarkt

Bei etlichen Kirchenguhren waren zum Teil aufwendige Instandsetzungsarbeiten durchzuführen:

- 17, Rupertusplatz
- 18, Pötzleinsdorfer Straße (St. Ägyd)
- 22, Schüttauplatz (Pfarre Kaisermühlen). Hier mußte die Uhr im Turm sechs Meter höher versetzt werden, da sie wegen Baumwuchses bereits weitgehend verdeckt war.
- 23, Kalksburg, Kirchenplatz. Hier waren die Ziffernblätter und die Zeiger ebenfalls zu erneuern, die aus Gründen der Wetterbeständigkeit teilweise in Polyester ausgeführt wurden.

Anstrahlung von Baudenkmalern

Im Sinne der Stadtbildpflege wurden mehrere Anstrahlungsanlagen errichtet beziehungsweise instandgesetzt:

- 19, Himmelstraße (Pfarre Grinzing)
- 19, Fröschelgasse (Pfarre Sievering)
- 20, Brigittaplatz (St. Brigitta)
- 21, Leopoldauer Platz (Pfarre Leopoldau)

Generell werden in Wien 84 Sehenswürdigkeiten, zum Teil ganzjährig beleuchtet, wobei der geringste Energieaufwand mit 150 Watt bei einer Nepomuk-Statue in der Sieveringer Straße erforderlich ist während das größte angestrahlte Objekt, die Karlskirche, 23.000 Watt benötigt. (Schluß)
pz/bs

Forts. von Blatt 561

Ab Ostern wieder Sommerzeit

Wien, 21.3. (RK-LOKAL) Zu Ostern ist es wieder soweit: Für das Jahr 1989 wird die Sommerzeit eingeführt, und zwar erfolgt die Umstellung in der Nacht von Samstag auf Sonntag. Der genaue Zeitpunkt für den Sprung der Zeiger um eine Stunde vorwärts wäre Sonntag, 26. März, um 2 Uhr früh.

Nahezu 200 öffentliche Uhren

Auf dem Wiener Stadtgebiet befinden sich insgesamt 192 öffentliche Uhren sowohl auf Bauwerken wie auf Masten, die von der Magistratsabteilung 33 betreut werden. Im einzelnen sind dies

- 78 Lichtmastuhren („Würfeluhren“)
- 7 Digitaluhren (auf der Hietzinger Brücke/Kennedybrücke sowie in diversen Fußgängerpassagen)
- 76 Kirchenguhren
- 31 Uhren auf Amtshäusern, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden.

Einstellung über Funk

Von den 192 öffentlichen Uhren werden 191 automatisch über Funk umgestellt und eine händisch (22, Schule Afritschgasse), wobei 53 Uhren das entsprechende Funksignal über den Sender der Magistratsabteilung 33 — Öffentliche Beleuchtung erhalten, während die restlichen 138 Uhren das Steuersignal vom Zeitzeichensender der Deutschen Bundespost (Technische Hochschule Braunschweig) empfangen, der übrigens in ganz Europa für diesen Zweck dient, berichtete Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die geänderte Zeitanzeige wird noch im Verlauf des Sonntags (ab 5 Uhr früh) durch Mitarbeiter der Magistratsabteilung 33 auf ihre Richtigkeit geprüft, die dazu alle Uhren abfahren. (Schluß) pz/gg

Eineinhalb Jahrzehnte Internationales Vorbild: die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe

Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Vor 15 Jahren — am 29. Mai 1974 — wurde von den Wiener Stadtwerken/Verkehrsbetrieben die Zentralwerkstätte Simmering, kurz und liebevoll „die ZW“ genannt, ihrer Bestimmung übergeben. Die Zentralwerkstätte ist nach eineinhalb Jahrzehnten nach wie vor, auch nach internationalen Maßstäben, beispielgebend für die Wartung öffentlicher Verkehrsmittel und sucht in Europa ihresgleichen. Auch der Tramwaytag 1989 mit seinen zahlreichen Attraktionen wird am Samstag, dem 3. Juni in der Zentralwerkstätte stattfinden.

Verkehrstadtrat Johann HATZL nimmt dieses Jubiläum zum Anlaß, alle am 29. Mai 1974 geborenen Wienerinnen und Wiener herzlich einzuladen, sich in seinem Büro — Telefonnummer 42 800/3644 Durchwahl — zu melden. Für sie alle findet im Rahmen des Tramwaytages unter der Patenschaft der Wiener Verkehrsbetriebe eine spezielle „ZW-Party“ statt, die einiges bieten wird: So werden die Gäste in Autobussen, U-Bahn-Garnituren und Straßenbahntriebwagen selbst am Fahrersitz beziehungsweise Fahrerstand Platz nehmen und fahren können. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 22. März 1989

Blatt 565

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Wohnungsberatungszentrum: Kein Parteienverkehr am Karfreitag (566)

Eine halbe Million Frühlingsblumen für ganz Wien (566)

84.000 Rettungseinsätze im Jahr 1988 in Wien (567)

75. Geburtstag von Hermann Schnell (568)

Start der Aktion „Frau und Sport“ in Wien (570/571)

Wiener ÖVP lehnt vorgeschlagene Holding-Lösung ab (572)

Verkehrsbeschränkung am Inneren Währinger Gürtel wegen Wasserrohrbruches (nur FS 21.3.)

Bezirke:

Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Hietzing (569)

Wohnungsberatungszentrum: Kein Partelenverkehr am Karfreitag

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Beratungsstelle für Miet- und Genossenschaftswohnungen im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien (1, Doblhoffgasse 6) bleibt am Karfreitag, dem 24. März, geschlossen. (Schluß) ah/rr

Eine halbe Million Frühlingsblumen für ganz Wien

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Rund eine halbe Million Frühlingsblumen zieren bereits die Parkanlagen und Blumenschalen in ganz Wien. Die milde Wetterlage begünstigte heuer nicht nur die Auspflanzung der ersten Frühlingsboten, sondern brachte bereits auch viele Bäume und Sträucher zum Blühen, die somit schon recht zeitig für ein frühlingshaftes Stadtbild sorgen. Ausgepflanzt wurden vom Wiener Stadtgartenamt Tulpen, Narzissen, Krokusse, Violen und Primeln. (Schluß) du/rr

84.000 Rettungseinsätze im Jahr 1988 in Wien

7 Prozent mehr als im Jahr davor

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Fahrzeuge der Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, hatten im Vorjahr 83.912 Einsätze und beförderten dabei 82.911 Personen. Gegenüber 1987 entspricht das einer Zunahme von etwas mehr als 7 Prozent bei den Einsätzen und bei den beförderten Personen. Allein die Fahrzeuge des städtischen Rettungsdienstes legten bei ihren Ausfahrten mehr als 547.000 Kilometer zurück, um knapp 14 Prozent mehr als im Jahr vorher. Insgesamt waren für den Rettungsdienst 23 Wagen im Einsatz.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im vergangenen Jahr bei 49.018 akut Erkrankten (+ 12,9 Prozent), davon wurde bei 1.757 Patienten ein Herzinfarkt, bei 6.732 Patienten wurden sonstige Herzerkrankungen festgestellt. Außerdem wurden 29.821 verletzte Personen betreut (- 0,8 Prozent), davon 6.900 Personen nach einem Verkehrsunfall (- 1,7 Prozent), 3.738 Personen nach einem Betriebsunfall (- 9,8 Prozent) und 854 Personen nach einem Sportunfall (+ 4,9 Prozent). Bei 176 Personen lagen Verbrennungen vor, bei 2.087 Personen Vergiftungen, bei 535 Personen Selbstmordversuche. In 741 Fällen wurde die Rettung zu Psychosen gerufen. Bei 296 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte 1988 in 1.951 Fällen bei Rauschgift- und Drogenkranken; 6.261 Personen, das waren 7,6 Prozent aller Patienten, standen unter Alkoholeinfluß. 2.886 Personen (+ 1,9 Prozent) konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 744 Fällen Herzinfarkt (+ 1,1 Prozent), in 46 Fällen ein Verkehrsunfall (+ 21,1 Prozent), in 179 Fällen Selbstmord (- 6,3 Prozent).

Der städtische Krankenbeförderungsdienst transportierte im Vorjahr 62.884 Personen und legte dabei mehr als 947.000 Kilometer zurück. Die Bettenzentrale vermittelte in diesem Jahr 21.007 Patienten in die Wiener Spitäler. Davon waren 15.689 Patienten älter als 60 Jahre, 1.015 Patienten sogar älter als 90 Jahre. (Schluß) sc/bs

75. Geburtstag von Hermann Schnell

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Hermann Schnell wurde am 25. März 1914 in Wien geboren. Er besuchte die Lehrerbildungsanstalt Wien III und erlangte 1933 die Lehrbefähigung für Volksschullehrer. Anschließend studierte er an der Universität Wien Philosophie, Germanistik, Anglistik und Geschichte und wurde 1939 zum Doktor der Philosophie promoviert. Seit 1937 war er im Schuldienst tätig. Nach Kriegsdienstleistung und Gefangenschaft kehrte er nach Wien zurück und absolvierte auch die Lehramtsprüfung für Philosophie, Deutsch und Englisch. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in den USA wurde er 1951 Direktor des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien und Mitglied der Bundesstaatlichen Prüfungskommission für Volks-, Haupt- und Sonderschulen. 1956 wurde er zum Bezirksschulinspektor, 1962 zum Landesschulinspektor für die Allgemeinbildenden Pflichtschulen und für die Lehrerbildungsanstalten ernannt. 1969 wurde er amtsführender Präsident des Stadtschulrates für Wien.

Neben seinen umfassenden pädagogischen Aufgaben war Hofrat Mag. Dr. Schnell auch politisch tätig: Von 1950 bis 1962 fungierte er als Obmann des Zentralvereins der Wiener Lehrerschaft und wurde 1969 geschäftsführender Obmann des sozialistischen Lehrervereins Österreichs. 1970 wurde er Bundesrat, 1971 Nationalratsabgeordneter. 1980 ging er als Stadtschulratspräsident in Pension, 1982 schied er dann auch aus dem Nationalrat aus.

Für seine vielfältigen Leistungen wurde Schnell auch mehrmals geehrt: 1978 wurde ihm das "Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich" verliehen, 1979 wurde er zum "Bürger der Stadt Wien" ernannt. (Schluß) red/gg

Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Hietzing

Wien, 22.3. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet zwischen Veitingergasse, Jagdschloßgasse, Wlassakgasse und Ober-St.-Veiter Friedhof im 13. Bezirk wurde eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes (Plan Nr. 5704E) ausgearbeitet. Aufgrund der Kleinteiligkeit der Bebauung ist eine Beschränkung der bebaubaren Fläche auf 180 Quadratmeter je Bauplatz vorgesehen. Auch die Gebäudehöhen sowie die Grundflächen von Nebengebäuden sollen reduziert werden.

Der Entwurf liegt vom 23. März bis 20. April, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Start der Aktion „Frau und Sport“ in Wien

Wien, 22.3. (RK-LOKAL/SPORT) Das Sportamt der Stadt Wien hat auf Initiative von Stadtrat Dr. Michael HÄUPL unter dem Titel „Frau und Sport in Wien“ ein umfangreiches Programm speziell für Hausfrauen ausgearbeitet, das vorerst ab 31. März bis Ende Juni dieses Jahres angeboten wird. Gegen einen einmaligen Unkostenbeitrag gibt es Kurse in Gymnastik, in Leichtathletik, in Mutter- und Kindturnen, Schwimmen & Gymnastik im Wasser, in Selbstverteidigung, in Tennis und in Volleyball. Auch an eine Kleinkinderbetreuung während der sportlichen Betätigung wurde gedacht. Für diese Aktion hat das Sportamt eine Broschüre aufgelegt, die unter 1082 Wien, Ebendorferstraße 4, Tel. 42 800/2733 angefordert werden kann. Nähere Auskünfte sowie Anmeldungen ebenfalls unter dieser Rufnummer.

Folgende Kurse werden angeboten:

GYMNASTIK

- Kurs 1, Rundturnhalle Florian-Hedorfer-Straße 24, Wien 11
Vom 5. April bis 28. Juni jeweils Mittwoch von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 2, Rundturnhalle Steigenteschgasse 1, Wien 22
Vom 4. April bis 27. Juni jeweils Dienstag von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag).

LEICHTATHLETIK

- Kurs 1, Sportanlage Spielmannsgasse 8, Wien 20
Vom 4. April bis 27. Juni jeweils Dienstag von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 2, Sportanlage Computerstraße 3, Wien 10
Vom 5. April bis 28. Juni jeweils Mittwoch von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)

MUTTER- UND KINDTURNEN

- Kurs 1, Dominik-Hofmann-Halle, Jedleseer Straße 74, Wien 21
Vom 3. April bis 26. Juni jeweils Montag von 13.30 bis 15 Uhr,
Gebühr: 250 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 2, Haus der Begegnung Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 1, Wien 23
Vom 4. April bis 27. Juni jeweils Dienstag von 14 bis 15.30 Uhr,
Gebühr: 250 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)

SCHWIMMEN UND GYMNASTIK IM WASSER

- Kurs 1, Stadthallenbad, Vogelweidplatz 14, Wien 15
Vom 4. April bis 27. Juni jeweils Dienstag von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 2, Hallenbad Simmering, Florian-Hedorfer-Straße 5, Wien 11
Vom 31. März bis 30. Juni jeweils Freitag von 10 bis 11.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 3, Hallenbad Brigittenau, Klosterneuburger Straße 93-97, Wien 20
Vom 31. März bis 30. Juni jeweils Freitag von 10 bis 11.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)

SELBSTVERTEIDIGUNG

- Rundturnhalle Alt-Erlaa, Anton-Baumgartner-Straße 44, Wien 23
Vom 4. April bis 27. Juni jeweils Dienstag von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)

TENNIS FÜR ANFÄNGER

- Kurs 1, Tennisanlage Heubergstättenstraße/Laxenburger Straße, Wien 10
10 Kursstunden ab 3. April jeweils Montag von 10 bis 11 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag

- Kurs 2, Tennisanlage Heubergstättenstraße/Laxenburger Straße, Wien 10
10 Kursstunden ab 5. April jeweils Mittwoch von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 3, Sportanlage Roterdstraße/Ecke Sandleitengasse, Wien 16
10 Kursstunden ab 4. April jeweils Mittwoch von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 4, Sportanlage Roterdstraße/Ecke Sandleitengasse, Wien 16
10 Kursstunden ab 6. April jeweils Donnerstag von 10 bis 11 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 5, Tennisanlage Spielmannngasse 8, Wien 20
10 Kursstunden ab 3. April jeweils Montag von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag

TENNIS FÜR FORTGESCHRITTENE

- Kurs 1, Tennisanlage Heubergstättenstraße/Laxenburger Straße, Wien 10
10 Kursstunden ab 3. April jeweils Montag von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 2, Tennisanlage Heubergstättenstraße/Laxenburger Straße, Wien 10
10 Kursstunden ab 5. April jeweils Mittwoch von 10 bis 11 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 3, Tennisanlage Roterdstraße/Ecke Sandleitengasse, Wien 16
10 Kursstunden ab 4. April jeweils Mittwoch von 10 bis 11 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 4, Tennisanlage Roterdstraße/Ecke Sandleitengasse, Wien 16
10 Kursstunden ab 6. April jeweils Donnerstag von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 5, Tennisanlage Spielmannngasse 8, Wien 20
10 Kursstunden ab 3. April jeweils Montag von 10 bis 11 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag
- Kurs 6, Tennisanlage Spielmannngasse 8, Wien 20
10 Kursstunden ab 5. April jeweils Mittwoch von 9 bis 10 Uhr,
400 Schilling Unkostenbeitrag

VOLLEYBALL

- Kurs 1, Dominik-Hofmann-Halle, Jedleseer Straße 74, Wien 21
Vom 5. April bis 28. Juni jeweils Mittwoch von 12.30 bis 14 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)
- Kurs 2, Haus der Begegnung Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 1, Wien 23
Vom 7. April bis 30. Juni jeweils Freitag von 9 bis 10.30 Uhr,
Gebühr: 200 Schilling (einmaliger Unkostenbeitrag)

Für die Teilnahme an zwei oder mehreren Kursen werden zum grundsätz-
lich schon extrem niedrig gehaltenen Unkostenbeitrag attraktive Ermä-
ßigungen angeboten. (Schluß) hof/gg

Forts. von Blatt 570

Wiener ÖVP lehnt vorgeschlagene Holding-Lösung ab

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Wiener Volkspartei wird in der Gemeinderatssitzung am 31. März den Antrag auf Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding ablehnen. Das erklärten ÖVP-Klubobmann Dr. Günther GOLLER und ÖVP-Landespartei sekretär Dr. Ferdinand MAIER am Mittwoch in einem Pressegespräch. Als Begründung nannte Dr. Goller mangelnde Bewertungsunterlagen, den Wegfall der Holding-Doktrin bei gleichzeitiger Beibehaltung der Präferenzklausel sowie den erst kürzlich gefaßten Beschluß über den Ankauf der Wienerwald-Kette, der, so Goller, eindeutig gegen die noch geltende Holding-Doktrin verstoße. Außerdem könne bei einer Abgabe von 49 Prozent, die fast zur Gänze an staatliche bzw. kommunale Kreditinstitute gehen, von keiner echten Privatisierung gesprochen werden. „Diese Privatisierung“, so Maier, „entspricht größtenteils einer Umschichtung von einer staatlichen Tasche in eine andere staatliche Tasche“.

Weiters kritisierte die ÖVP den Syndikatsvertrag, nach dem die Stadt Wien für vier Holdingfirmen, Theater an der Wien, Raimundtheater, Stadthalle und Ronacher, künftig alle Verluste ohne Limitierung abdecken werde und sich gleichzeitig ein Mitspracherecht bei wesentlichen künstlerischen und wirtschaftlichen Entscheidungen vorbehalte. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 23. März 1989

Blatt 573

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Hatzl: Klare Absage an Schnellstraßenprojekt durch das Wiener Gemüseanbaugesamt
(574/FS: 22.3.)

Reges Interesse für Zeckenimpfung (577)

Rechtsfürsorge des Wiener Jugendamtes (578)

50 Millionen für den Ausbau des Praters (579/580)

Schirmer: Angriffe der Grünen sind nicht gerechtfertigt (581)

Druckereimaschine fiel auf Straßenbahngleis (nur FS)

Kultur:

Bau- und Investitionszuschüsse für Theater (575)

Ein neuer Bildband über Wien (576)

Hatzl: Klare Absage an Schnellstraßenprojekte durch das Wiener Gemüseanbaugebiet

ÖBB arbeiten an Lärmschutzkataster

Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen eines Pressegesprächs zu Themenkomplexen, die den 11. Bezirk betreffen, ging Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Mittwoch auch auf Fragen des Schienen- und Straßenverkehrs ein, die für Wien grundsätzliche Bedeutung haben.

Das Problem des Lärmschutzes bei Bahnanlagen taucht nicht nur im Zusammenhang mit dem Verschiebebahnhof Kledering auf. Dazu konnte der Verkehrsstadtrat mitteilen, daß seitens der ÖBB bis Ende dieses Jahres für den gesamten Wiener Bereich ein Lärmschutzkataster mit den derzeitigen Lärmschutzwerten ausgearbeitet werde. Im Anschluß daran komme eine Prioritätenreihung für Lärmschutzmaßnahmen.

Darüber hinaus würden bis Ende 1989 Richtlinien der Versuchsanstalt für Wärme- und Schalldämmung erarbeitet, um eine allgemeine Norm für Bahnlärm zu erstellen, die im kommenden Jahr in ein Bundesgesetz, ähnlich wie bei den Bundesstraßen, einfließen solle.

Keine neue Bundesstraße durch Gemüseanbau- und Siedlungsgebiete

Dem grundsätzlichen Anliegen folgend, die Südosttangente zu entlasten, wurden Planungen für die B 301 als Bestandteil der Außenringautobahn aufgenommen. Hatzl sprach sich entschieden gegen eine Trassenführung quer durch die Simmeringer Haide aus und vertrat den Standpunkt, daß das Gesamtprojekt neu durchdacht werden sollte und, falls eine Trassierung überhaupt notwendig sei, diese außerhalb von Wien — selbstverständlich unter Bedachtnahme auf die Lobau und auf Siedlungsgebiete — gelegt werden müßte.

Man könne sich der Erkenntnis nicht verschließen, so Hatzl, daß der Transitverkehr aus der CSSR und aus Ungarn laufend zunehme, beziehungsweise ein großer Teil dieser Reisenden überhaupt Wien als Reiseziel habe. Deshalb sollte unverzüglich auf Bundesebene mit der Planung und Errichtung von zumindest einer Bundesstraße (in Form einer Schnellstraße) als Verbindung von der A 4/Flughafenautobahn zur Außenringautobahn — mit einer Trassenführung außerhalb von Wien und unter Berücksichtigung der Lebensqualität in den angrenzenden Bereichen — begonnen werden. Wiental, Gürtel sowie Wohngebiete in Favoriten und Simmering seien als Durchzugsgebiete und Transitrouten nicht geeignet, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Bereits am 22. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bau- und Investitionskostenzuschüsse für Theater

Wien, 23.3. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß Bau- und Investitionskostenzuschüsse für Wiener Theater in der Gesamthöhe von 3,25 Millionen Schilling. Zuschüsse erhalten das „ODEON“ für den Ausbau der technischen Infrastruktur, das „Vindobona-Theater“ zur Finanzierung der Belüftungsanlage, das Kabarett „Simpl“ für Erneuerungsarbeiten, der Jugoslawische Theaterverein für kulturelle Völkerverbindung zur Einrichtung des ersten europäischen Gastarbeitertheaters und die Theatergruppe „Narrenkastl“ zur Errichtung einer Probebühne. (Schluß) gab/gg

Ein neuer Bildband über Wien

Wien, 23.3. (RK-KULTUR) Von ihrer schönsten Seite zeigt sich die Bundeshauptstadt in einem soeben erschienenen neuen Bildband: „Wien“, von Kurt STIMMER (Text) und Bruno ENGELBRECHT (Fotos), Compress-Verlag, 80 Seiten, 270 Schilling.

Die meist großformatigen Farbbilder zeigen oft Altbekanntes aus unerwarteten Perspektiven und kommen so zu überraschenden Effekten, ob es sich dabei um die barocke Karlskirche handelt, die sich im Otto-Wagner-Pavillon widerspiegelt oder um das Riesrad, gespiegelt in einer Pfütze. Prof. Kurt Stimmer, Autor zahlreicher Bezirksbücher, zeichnet in sechs Essays ein informatives und kenntnisreiches Bild der Stadt. Von der Geschichte und dem Wiener Charakter über Wirtschaft, Kultur, Erholung und Freizeit bis zur internationalen Stadt wird ein Bild Wiens entworfen, das der Vielfalt der Stadt gerecht wird. (Schluß) red/gg

Reges Interesse für Zeckenimpfung

Erfreuliche Zwischenbilanz des Gesundheitsamtes

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Die Appelle von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und des Gesundheitsamtes waren offensichtlich erfolgreich. Nach einer Mitteilung der Gesundheitsbehörden haben sich bisher bereits 9.200 Wienerinnen und Wiener an der gegenwärtig in den Bezirksgesundheitsämtern durchgeführten Zeckenimpfkampagne beteiligt. Dies bedeutet eine Zunahme um 37 Prozent. Im Vergleich dazu: Im Vorjahr wurde im selben Zeitraum eine Frequenz von 6.700 Impfungen verzeichnet. Stacher appelliert in diesem Zusammenhang daher nochmals an die Bevölkerung, sich rechtzeitig — das heißt noch vor Beginn der warmen Jahreszeit — impfen zu lassen. Aufgrund des relativ warmen Winters wurde bereits ein vermehrtes Auftreten von Zecken registriert.

Drei Teilimpfungen erforderlich

Der Zeckenbiß kann bekanntlich zu gefährlichen Folgen, wie Gehirn- und Gehirnhautentzündung, führen. Impfmöglichkeiten bestehen derzeit in allen Bezirksgesundheitsämtern, jeweils Dienstag und Freitag zwischen 9 und 11 Uhr, in der Zentrale des Gesundheitsamtes im 1. Bezirk, Gonzagagasse 13 (Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr) und in der „Nachmittags“-Impfstelle Neutorgasse 18, jeweils donnerstags von 15 bis 17 Uhr. Insgesamt sind drei Teilimpfungen erforderlich; zwischen der ersten und zweiten Teilimpfung sollten etwa vier Wochen liegen. Der Abstand zwischen der zweiten und der dritten Teilimpfung beträgt etwa ein Jahr. Alle drei Jahre ist eine Auffrischungsimpfung notwendig. Eine Teilimpfung kostet 180 Schilling, wobei bei einer Impfung in den Gesundheitsämtern die Refundierung durch die Krankenkassa gleich abgezogen wird und daher nur 130 Schilling zu bezahlen sind.

Auch Abendimpftermine möglich

Das Gesundheitsamt bietet für Berufstätige aber auch noch Abendimpftermine an und zwar: in der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-46, Mittwoch und in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 12, Montag, jeweils von 17 bis 19 Uhr, sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk, jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/rr

Rechtsfürsorge des Wiener Jugendamtes

Wirksame Hilfe für Alleinerzieher

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) In dem Bestreben, auch die Rechtsfürsorge aktuellen Erfordernissen anzupassen, hat das Wiener Jugendamt bereits im Jahr 1968 begonnen, die gesetzlichen Amtsvormundschaften den Müttern zu übertragen, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Diese Bemühungen wurden in der Folge weiter verstärkt. In Wien wird damit dem Grundgedanken des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes, nach welchem die gesetzliche Vertretung des unehelichen Kindes grundsätzlich der Mutter allein zustehen soll, bereits seit längerem Rechnung getragen, erklärte Smejkal.

Die Zahl der Vormundschaften hat sich im Jahr 1988 weiter verringert. Per 31. Dezember 1988 wurden insgesamt 2.420 Vormundschaften über uneheliche und eheliche Kinder geführt.

Der Schwerpunkt der Rechtsfürsorge der Wiener Bezirksjugendämter liegt weiterhin bei der Unterstützung der Alleinerzieher, bei denen nach Scheidung oder Auflösung der Lebensgemeinschaft der Wunsch nach finanzieller Absicherung im Vordergrund steht. Dabei wird sehr oft die Hilfe der Bezirksjugendämter in Anspruch genommen, wobei außer der Beratung über alle sich aus dem Kind-Eltern-Verhältnis ergebenden Rechtsfragen vor allem eine Unterstützung bei der Durchsetzung der Unterhaltsansprüche für die betroffenen Kinder gewünscht wird. Mit Ende Dezember 1988 bearbeiteten die Bezirksjugendämter 21.240 Fälle als Sachwalter oder Kurator — hauptsächlich zur Durchsetzung der Unterhaltsansprüche, zog Smejkal Bilanz.

Von den Unterhaltspflichtigen konnten im Jahr 1988 rund 369,3 Millionen Schilling eingebracht werden. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich damit eine Steigerung um fast 14 Millionen oder rund vier Prozent. Wie wirksam vor allem den Alleinerziehern bei der Bewältigung ihrer finanziellen Probleme geholfen wird, ergibt sich auch daraus, daß in 7.997 Fällen die Gewährung von Unterhaltsvorschüssen erreicht werden konnte, schloß Vizebürgermeister Smejkal. (Schluß) jel/rr

50 Millionen für den Ausbau des Praters

Praterbeirat seit zehn Jahren aktiv

Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Rund 50 Millionen Schilling wurden zur Steigerung der Attraktivität des Wiener Praters von Stadtverwaltung und Handelskammer investiert, seit Vizebürgermeister Hans MAYR und Handelskammer-Präsident Komm.-Rat Ing. Karl DITTRICH vor zehn Jahren den Praterbeirat (offiziell: Beirat für den Wiener Volksprater) ins Leben gerufen haben. Rund 35 Millionen davon wurden aufgewendet, seit der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds 1986 mit der Betreuung des „Wurstelpraters“ beauftragt wurde. Zusätzlich haben aktive Praterunternehmer viele Millionen Schilling an Eigenkapital in neue Attraktionen gesteckt.

Erreicht wurde die dynamische Aufwärtsentwicklung nach Meinung der beiden Vorsitzenden des Praterbeirates, Fremdenverkehrsdirektor SR Dr. Helmut KREBS und Sektionsobmann Komm.-Rat Leopold SCHNEIDER, durch das im Praterbeirat realisierte Mitbestimmungsmodell und durch das starke Engagement der Stadtverwaltung.

Nächste Bauphase: ein schöneres Entree

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hat in den drei Jahren seiner Tätigkeit für den Prater vorerst den Kernbereich vom Calafati-Platz zum 2. Rondeau attraktiv gestaltet. Nach dem ersten Bauabschnitt wird nun mit der Planung des Eingangsbereiches beim Riesenrad, des Präuscherplatzes und der Zufahrtsstraße begonnen.

Der Prater als touristische Attraktion

Neben den zehntausenden „Einheimischen“ aus Wien und seiner Umgebung, die den Volksprater mehrmals im Jahr besuchen, vergnügen sich in den letzten Jahren auch immer mehr Wien-Besucher zwischen Riesenrad und Geisterbahn. Während die Mehrzahl der Busgruppen sich beim erstmaligen Wien-Besuch mit einem relativ kurzen Praterbesuch begnügt, nehmen sich Einzelreisende und Gruppen, die Wien schon von einem früheren Besuch kennen, reichlich Zeit, um alle Praterattraktionen zu genießen. Der jüngsten Gästebefragung zufolge kommt jeder zweite Besucher der Stadt in den Wiener Prater — das entspricht über einer Million Touristen pro Jahr.

Von der Wasserschaukel bis zum 60-Meter-Wurm

Unter den Neuheiten, die die Praterunternehmer ihren Gästen zum heurigen Saisonbeginn präsentieren werden, befinden sich eine Wildwasserschaukel, eine Kinder-Superrutsche, eine sich rasend drehende „Discovery“ und eine Go-Cart-Bahn (Go-Carts mit Kat!). Der „Doppelranger“ ist eine gegenläufige Schaukel mit zwei Schiffen, „Willy der Wurm“ ein aufblasbares 60-Meter-Ding mit abenteuerlichen Hindernissen. Ab Mitte April wird es Elefantenreiten geben, und auf den Platz des ehemaligen Lustspielkinos gleich beim Riesenrad übersiedelt die große Doppelschaukel „Sturmboot“.

Für die Liliputbahn ist heuer eine zweite Strecke vorgesehen. Ein Zug ohne Schienen soll nach Probefahrten eine Verbindung vom Praterstern durch den „Wurstelprater“ bis zum Messegelände herstellen. Bei diversen Haltestellen wird man zu den Praterattraktionen aussteigen können.

Ein neues Service gibt es auch für Autos und Autobusse. Die dem Prater zugekehrte Hälfte des Messeparkplatzes wurde staubfrei gemacht und mit Baum- und Strauchpflanzungen gestaltet. Zusätzlich besteht beim Praterstern der Parkplatz des Verbandes der Praterunternehmer. Beide Flächen sind sowohl für PKW als auch für Autobusse geeignet.

Frühlingsfest am 15. April

Das Veranstaltungsprogramm 1989 im Prater beginnt mit dem Frühlingsfest am Samstag, dem 15. April. Unter dem Ehrenschatz von Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal wird Moderator Franz Walisch Stelzengeher, Feuerschlucker, Zauberer, Musikkapellen, Orchester und die Calafati-Glücksstelle präsentieren. Für Kinder gibt es 3.000 Luftballons sowie Elefantenreiten gratis.

Beim Prater-Open-Air werden die Kulturabteilung und der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien am Samstag, dem 17. Juni, die Gruppe „Opus“ auf der Kaiserwiese beim Riesenrad auftreten lassen.

Der traditionelle Blumenkorso findet heuer am Samstag, dem 24. Juni, statt. Alle Arten von Vehikeln — vom Oldtimer bis zum Solarauto — sind zur Teilnahme eingeladen.

Im Juli und im August kommt wie immer das Ferienspiel in den Wiener Prater. An allen Dienstagen dieser beiden Monate gibt es für Kinder 50 Prozent Ermäßigung.

Speziell für ältere „Vergnügungssüchtige“ wird am Montag, dem 4. September, der Seniorentag veranstaltet. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 579

Schirmer: Angriffe der Grünen sind nicht gerechtfertigt

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) „Die Angriffe der Grünen in bezug auf behindertengerechte Gestaltung der Bauordnung sind nicht gerechtfertigt. Gerade um mehr Wünsche der Behinderten zu realisieren, wurde im Wiener Rathaus vergangenen Freitag zur Reform der Bauordnung eine Arbeitstagung gemeinsam mit Betroffenen im Hinblick auf diese benachteiligte Bevölkerungsgruppe durchgeführt. Ich habe dabei über Wunsch des Behindertensprechers der SPÖ, Herrn GR. Hans KÖNIG ausdrücklich betont, daß diese Novellierung vorrangig zu behandeln ist und vor einer umfassenden Novellierung, die am 29. März diskutiert wird, beschlossen werden soll.

Umso mehr bedaure ich es, daß Herr Abgeordneter Srb eines nicht zur Kenntnis nehmen will: Im Gegensatz zu seinen Vorwürfen beschränkt sich die Stadt bzw. das Land Wien nicht darauf, durch entsprechende behindertenfreundliche Regelungen in der Bauordnung nur eine Verpflichtung festzulegen, sondern sorgt durch das Wiener Wohnbauförderungs- und Sanierungsgesetz 1989, das Förderungsmaßnahmen für behindertengerechtes Bauen enthält, auch für die gesetzliche Grundlage.“ Das betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Donnerstag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des Nationalratsabgeordneten Manfred SRB. Schirmer wies darauf hin, daß selbstverständlich viele der geplanten Neuerungen auch älteren Menschen und Eltern mit Kindern zugute kommen. (Schluß) hrs/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2 71 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 24. März 1989

Blatt 582

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Umweltfreundliche Beschaffung: Zentraler Einkauf mit eigenem Umweltreferenten (583)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (584)
- Aufwendungen in Millionenhöhe für neue Radwege (585)
- Intensiv-Lernhilfe im Jugendzentrum (587)
- Medizin-Dissertanten können sich vor der Promotion für Turnusplatz anmelden (588)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 80. Geburtstag von Ernst H. Gombrich (586)
- Gedenkstättenkonzerte im Schubert-Haus (586)

Umweltfreundliche Beschaffung: Zentraler Einkauf mit eigenem Umweltreferenten

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Ökologischer Einkauf ist ein wesentlicher Teil einer umweltfreundlichen Stadtverwaltung. Die MA 54, der Zentrale Einkauf, bemüht sich seit längerem schon verstärkt um umweltschonende und umweltfreundliche Produkte. So wurde bereits lange vor dem FCKW-Verbot ab Ende dieses/Anfang kommenden Jahres auf den Ankauf von Sprays mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen als Treibgas verzichtet. Bei Wasch- und Reinigungsmitteln werden nach Möglichkeit Spiritus, Schmierseife, Soda, Salmiak gekauft, beim WC-Papier Recycling-Papier usw. Um die aktuellen Entwicklungen auf dem Umweltsektor noch stärker zu berücksichtigen und rasch umzusetzen, hat die MA 54 nun auch einen speziellen Referenten für Umweltfragen: Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. Der Umweltreferent wird sich nicht nur speziell um Umweltfreundlichkeit bzw. Gefahren von Produkten und um Ersatzprodukte besonders kümmern, sondern auch mit anderen Magistratsdienststellen und natürlich auch mit Organisationen bzw. Institutionen außerhalb des Magistrats zusammenarbeiten.

Maßnahmen zum ökologischen Einkauf werden auch beim Städtebund, der eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet hat, verstärkt berücksichtigt.

Außerdem gibt es im Bereich der Stadt Wien einen eigenen Arbeitskreis, dem u. a. die städtische Versuchs- und Forschungsanstalt angehört und der das Problem PVC und Ersatzstoffe behandelt.

Mit der Frage Putzmittel beschäftigt sich eine Studie des Ökologieinstituts, die von der Stadt in Auftrag gegeben wurde.

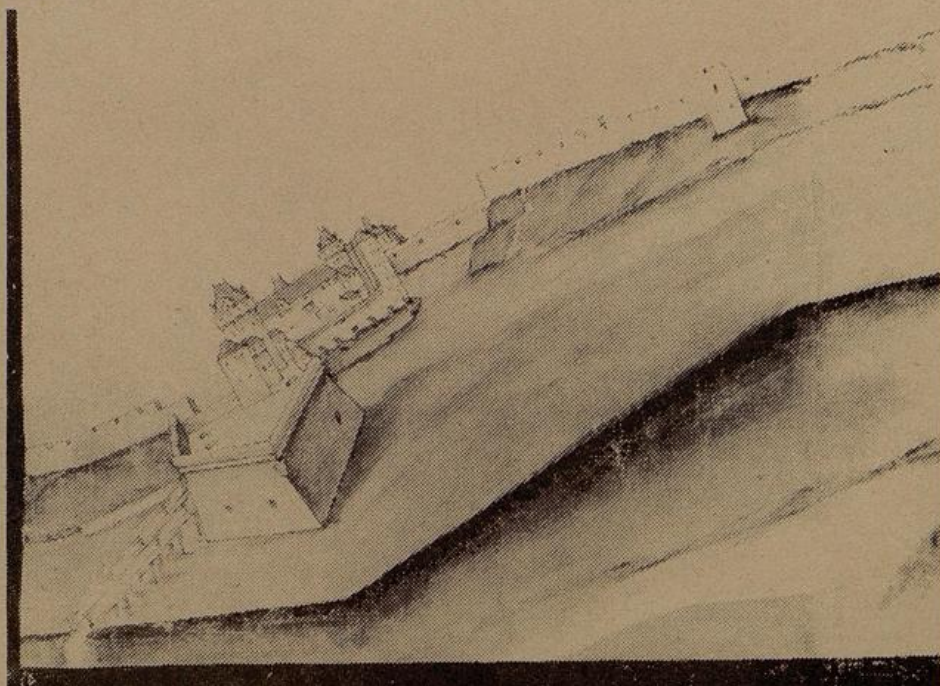
Weitere Schwerpunkte bei den Bemühungen um ökologischen Einkauf sind derzeit außerdem Farben und Lacke, Recyclingpapier sowie Wasch- und Reinigungsmittel. (Schluß) hrs/gg

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Festungsplan nach der ersten Türkenbelagerung

Wien, 24.3. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 29. März bis 11. April wird ein Plan für die Erneuerung der Wiener Stadtbefestigung nach der ersten Türkenbelagerung (1529) gezeigt. Die mittelalterliche Ringmauer Wiens, die um 1200 errichtet worden war, erwies sich vor allem bei der Belagerung durch die Türken (1529) als vollkommen veraltet. Im Zusammenhang mit dem folgenden Neubau — noch 1529 wurden die ersten Erdbollwerke angelegt — entstanden mehrere bemerkenswerte Plandokumente. Eines davon, der in der Vitrine ausgestellt, dem berühmten Kartographen Augustin HIRSCHVOGEL zugeschriebene Plan, zeigt den Abschnitt zwischen Hofburg und Dominikanerbastei. (Schluß) am/rr



Plan für die Erneuerung der Wiener Stadtbefestigung nach der ersten Türkenbelagerung (1529).
Detail mit Hofburg, Burgbastei und Schneiderturm. Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Aufwendungen in Millionenhöhe für neue Radwege

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie faßte in seiner März-Sitzung den Beschluß, für die Herstellung von Radwegen in den Bezirken 1 bis 23 einen Betrag von sechs Millionen Schilling zu genehmigen, wobei wegen der Gebietsübergreifung und im Interesse einer koordinierten und vor allem raschen Arbeitsdurchführung die Ausführung durch einen Generalunternehmer erfolgt. (Schluß) pz/gg

80. Geburtstag von Ernst H. Gombrich

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Ernst Gombrich wurde am 30. März 1909 in Wien geboren, studierte bei Julius von Schlosser an der Universität Wien Kunstgeschichte und wurde 1933 zum Dr. phil. promoviert. Er widmete sich in der Folge der Ikonologie und Ästhetik und ging 1936 als Assistent an das berühmte Warburg Institute der University of London. Hier stieg er im Jahre 1959 zum Direktor auf und war in dieser Position bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1976 tätig. In der angelsächsischen Welt wurde Gombrich vor allem durch seine zahlreichen Gastprofessuren im Fach Kunstgeschichte (Harvard University 1953 und 1958, Oxford 1950 bis 1953, Cambridge, Washington u.a.) und durch seine umfangreiche Vortrags-tätigkeit bekannt. Gombrich lebt in London und zählt weltweit zu den be-kanntesten Kulturhistorikern.

Sein bedeutendstes Werk, das ihn weltweit berühmt machte, ist die 1950 erschienene Story of Art, die in fast alle europäischen, aber auch in afri-kanische und asiatische Sprachen übersetzt wurde und 1984 bereits in 14. Auflagen erschienen ist. Weitere bekannte Werke sind: Weltgeschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart (1936, für Kinder gedacht), das ebenfalls in zahlreiche Sprachen übersetzte „Art and Illusion“ (Kunst und Illusion) 1960, Meditations on a Hobby Horse 1964, Norm and Form 1966, Aby Warburg 1970, Symbolic Images 1972, The Heritage of Apelles 1976, Kunst und Fortschritt 1978, Ideals and Idols 1979, The Sense of Order 1979, The Image and the Eye 1982, Tributes 1984. Neben vielen anderen Auszeich-nungen erhielt Sir Ernst Gombrich 1986 den Preis der Stadt Wien für Geisteswissenschaft. (Schluß) red/rr

Gedenkstättenkonzerte im Schubert-Haus

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Im Schubert-Haus in der Nußdorfer Straße finden am Mittwoch, dem 12. und am Donnerstag, dem 13. April, jeweils um 19.30 Uhr Gedenkstättenkonzerte mit Hilda DE GROOTE, Sopran, und David LUTZ, Klavier, statt. Auf dem Programm stehen Werke von Schubert, Bellini, Bizet, Massenet, Tschaikowsky, Rimsky-Korsakow und Rach-maninow. Karten sind im Musikreferat von Wien-Kultur, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Tel. 42 800/2741 erhältlich. (Schluß) gab/rr

Intensiv-Lernhilfe Im Jugendzentrum

Wien, 24.3. (RK-LOKAL) Jeden Montag in der Zeit von 13 bis 18 Uhr bietet das Jugendzentrum Großfeldsiedlung, im 21. Bezirk, Meistergasse 3, Intensiv-Lernhilfe für Volks- und Hauptschüler an.

Gegen einen Unkostenbeitrag von 30 Schilling erhalten Kinder und Jugendliche in Gruppen mit maximal fünf Teilnehmern Unterstützung in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch.

Für nähere Auskünfte stehen die Betreuer des Jugendzentrums Dienstag, Mittwoch und Freitag von 13 bis 18 Uhr, Tel. 25 84 19 oder 25 83 00 zur Verfügung. (Schluß) jel/bs

Medizin-Dissertanten können sich vor der Promotion für Turnusplatz anmelden

Stacher: Mehr Mediziner sollen Studium mit Dissertation abschließen

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Medizinstudenten, die ihr Studium mit einer Dissertation abschließen wollen, können sich bereits dann auf die Warteliste für eine Turnus- oder Fachausbildung in den Wiener städtischen Krankenhäusern setzen lassen, wenn sie alle erforderlichen Prüfungen erfolgreich bestanden haben. Das stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest. Durch diese Maßnahme wird ein Ausgleich für die mit der Arbeit an einer Dissertation verbundene längere Studienzeit hergestellt. Die Berücksichtigung dieser Zeitspanne bei der Vormerkung für einen Turnusplatz soll mehr Studenten dazu anregen, eine Dissertation zu schreiben. Für die Eintragung in die Warteliste genügt eine Bestätigung des Dekanats der Medizinischen Fakultät der Universität Wien, daß der Student oder die Studentin alle erforderlichen Prüfungen abgelegt hat und an einer Dissertation arbeitet.

Der Gesundheitsstadtrat betonte in diesem Zusammenhang, daß in Wien schon seit langem Wartelisten geführt und seit 1984 auch zur Einsicht offengelegt werden. In den Wiener Städtischen Krankenanstalten werden die Turnusplätze streng nach der Reihenfolge der Anmeldung vergeben. Ausnahmen von dieser Regelung gibt es nur für Studenten mit ausgezeichnetem Studienerfolg, die sub auspiciis praesidentis promoviert wurden, oder für Studenten, die das Studium im zweiten Bildungsweg absolviert haben. (Schluß) sc/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 28. März 1989

Blatt 589

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Über 10 Millionen Schilling für neue Verkehrszeichen (590/FS: 25.3.)

Neue Zufahrt zur „Copa Cagrana“ (591/FS: 25.3.)

„Hans-Radl-Schule“ in Währing (592/FS: 27.3.)

Genehmigung von Straßenbauvorhaben (594)

Wiener Stadtsenat und Landesregierung beschließen Wohnungsneubauten und Sanierungen in der Höhe von 1.6 Milliarden Schilling (598)

Holding-Teilprivatisierung wird konkret (599)

Bezirke:

Sitzungen der Bezirksvertretungen (597)

Kultur:

Canetti-Symposium in der Urania (593)

Über 10 Millionen Schilling für neue Verkehrszeichen

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung für die Errichtung von Verkehrszeichen, Wegweisern, Leitplanken etc. im Bereich des Wiener Hauptstraßennetzes in den Jahren 1989 bis 1991 einen Betrag in der Höhe von 10,5 Millionen Schilling. (Schluß) pz/gg

Bereits am 25. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Zufahrt zur „Copa Cagrana“

Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Im Zuge der Fertigstellungsarbeiten der A 22 — Donauufer-Autobahn ist es erforderlich, die derzeit bestehende Zufahrt zur „Copa Cagrana“ am linken Ufer der Neuen Donau und zum Parkplatz stromabwärts der Reichsbrücke zu sperren.

Ab 28. März gilt eine neue Regelung. Die Zu- und Abfahrt erfolgt dann über das Kreuzungsplateau Wagramer Straße/Schüttaustraße — Zufahrt zum Parkplatz Donauparkhalle — weiter zur Brücke über die A 22 — entlang Schuh-Ski-Gebäude zum Parkplatz stromabwärts der Reichsbrücke. Eine diesbezügliche Beschilderung wird installiert. Diese neue Verkehrslösung soll zur Verringerung der Lärmbelastung der Bewohner von Kaisermühlen führen. (Schluß) du/bs

Bereits am 25. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Hans-Radl-Schule“ in Währing

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung der Volks- und Hauptschule in der Währinger Straße 173-181 nach Regierungsrat Hans RADL in „Hans-Radl-Schule“.

Hans Radl (1894-1973) setzte sich besonders für körperbehinderte Kinder ein. Er initiierte im Jahr 1926 den Bau der ersten Tagesheimschule für körperbehinderten Kinder im 15. Bezirk, Kauergasse 3-5, und in der Folge eine Reihe weiterer Schulgründungen, darunter auch die Schule in der Währinger Straße auf den Gründen des ehemaligen Czartoryzkischlössels. Auf Betreiben von Regierungsrat Hans Radl kam es auch zur Gründung der „Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Heilpädagogik“. (Schluß) gab/gg

Bereits am 27. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Canetti-Symposium in der Urania

Wien, 28.3. (RK-KULTUR) Der Kunstverein Wien veranstaltet vom 21. bis 23. April mit Unterstützung von Wien-Kultur in der Urania ein Canetti-Symposium zum Thema „Tod und Verwandlung in Canettis 'Masse und Macht'“.

Prominente Canetti-Experten werden sich bei dem Symposium, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. John PATTILLO-HESS steht, vor allem mit dem Denker, Kulturanthropologen und Philosophen Canetti auseinandersetzen.

Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte eine Subvention von 300.000 Schilling für das Symposium. (Schluß) gab/rr

Genehmigung von Straßenbauvorhaben

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) In seiner letzten Sitzung genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie Straßenbauvorhaben in mehreren Bezirken:

Im 11. Bezirk ist es erforderlich, für die Aufschließung von Wohnhausanlagen im Bereich Zinnergasse — Klebnergasse — Schmidgunstgasse — Kühgasse die Klebnergasse von der Zinnergasse bis zur Ordnungsnummer 4 und die Kühgasse von der Klebnergasse bis zur Schmidgunstgasse straßenmäßig auszubauen.

Im 15. Bezirk ist der Umbau der Winckelmannstraße im Abschnitt von der Mariahilfer Straße bis zur Linzer Straße vorgesehen, wobei die vorhandene Pflasterdecke durch eine moderne bituminöse Straßenkonstruktion ersetzt werden soll, und die Parkflächen mit Granitgroßsteinwürfeln gepflastert werden. Die Kosten für diese Baumaßnahmen betragen fünf Millionen Schilling.

Im 17. Bezirk sind der Umbau der Röttergasse von Clerfaytgasse bis Comeniusgasse, der Comeniusgasse von Röttergasse bis Roggendorf-gasse und der Rhigassgasse von Wattgasse bis Roggendorf-gasse vorgesehen. Die Fahrbahnen in der Röttergasse und der Rhigassgasse werden in Asphaltbeton mit einer Frostschuttschicht ausgeführt, die Parkspuren mit Hartbetonsteinen. Der Bereich der Comeniusgasse wird entsprechend der Widmung als Fußgeherzone ausgestaltet. Für diese Bau- und Gestaltungsmaßnahmen ist ein Gesamtbetrag von 5,8 Millionen Schilling erforderlich. (Schluß) pz/bs

Neues Service: Mobile Mistplätze

Als neues Service zur Müllbeseitigung bietet die MA 48 im April der Wiener Bevölkerung die Mobilten Mistplätze. An allen Sonntagen im April können bei den Mobilten Mistplätzen Abfälle jeglicher Art aus Privathaushalten etwa in der Größenordnung eines Kofferraumes abgegeben werden. Die Mobilten Mistplätze sind an den nachstehend angeführten Sonntagen jeweils von 8 bis 12 Uhr geöffnet. Insgesamt stehen 44 solcher Mistplätze zur Verfügung. Dort werden alle Arten von Altstoffen, wie Altpapier, Altglas, Getränkedosen, Alttextilien etc., aber auch Kompost, Bauschutt, Kartonagen, Kunststoffe, Autoreifen, Leuchtstoffröhren, Sperrmüll, z.B. einzelne Möbelstücke, und sogar Problemstoffe, wie Altmedikamente oder Altbatterien, angenommen. Bei jedem Mobilten Mistplatz steht ein Großaufgebot an Müllfahrzeugen, Müllgefäßen und Fachpersonal — auch für Problemstoffe — der Bevölkerung zur Verfügung. Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete darüber Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Mobilten Mistplätze, die auch im Oktober eingerichtet werden sollen, sind ausschließlich als Service für Privatpersonen, nicht aber für Gewerbebetriebe gedacht. Gewerbebetrieben steht das Mistzelt Montag bis Freitag von 7 bis 16.30 Uhr und Samstag von 7 bis 11 Uhr gegen Gebühr zur Verfügung. Die Abgabe von Müll aus Privathaushalten bei den Mobilten Mistplätzen ist kostenlos.

Die 18 fixen Mistplätze in Wien sind Montag bis Samstag von 7 bis 19 Uhr geöffnet. Der Mistplatz beim Mistzelt ist zusätzlich auch an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 19 Uhr offen.

Weitere Informationen erhält man beim Misttelefon unter der Nummer 55 16 61, Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr.

Mobile Mistplätze am 2. April 1989

7, Stiftgasse — Lindengasse
22, Müllnermaiggasse — Wulzendorfstraße

Mobile Mistplätze am 9. April 1989

2, Handelskai 392
6, Naschmarkt (Flohmarkt)
10, Filmteichstraße — Burgenlandstraße
11, Widholzgasse — Pantucekgasse
13, Versorgungsheimplatz
14, Zolagasse — Samptwandnergasse
17, Franz-Glaser-Gasse 18-22
19, Krottenbachstraße 126
20, Leipziger Straße — Leipziger Platz
21, Strebersdorfer Straße — Bernreiterplatz
22, Prixgasse — Florian-Berndl-Gasse

Mobile Mistplätze am 16. April 1989

9, Meynertgasse — Zimmermannplatz
10, Quellenstraße — Kempelengasse
13, Hermesstraße — Lainzerbachstraße
14, Ottokar-Kernstock-Gasse — Anzengruberstraße
15, Schwendergasse — Schwendermarkt
20, Vorgartenstraße — Stromstraße
21, Josef-Türk-Gasse — Wettsteingasse
22, Kraygasse — Kagraner Platz
23, Purkytgasse — Schwarzenhaidestraße

Mobile Mistplätze am 23. April 1989

2, Wehlstraße — Kafkastraße
3, Erdberger Lände — Franz-Hauer-Gasse

- 4, St.-Elisabeth-Platz — Belvederegasse
- 10, Heuberggstättenstraße — Laxenburger Straße
- 12, Längenfeldgasse — Klährgasse
- 14, Braillegasse — Breitenseer Straße
- 15, Hütteldorfer Straße — Stadthalle
- 18, Molnargasse — Schafbergbad
- 21, Roda-Roda-Gasse 7
- 22, Spargelfeldstraße — Sportanlage Donaustadt
- 23, Maurer Hauptplatz 3-9

Mobile Mistplätze am 30. April 1989

- 1, Börseplatz 5-7
- 5, Siebenbrunnenplatz — Reinprechtsdorfer Straße
- 10, Fontanastraße — Alma-Rose-Gasse
- 11, Lorystraße — Drischützgasse
- 12, Am Schöpfwerk — An den Eisteichen
- 13, Hietzinger Hauptstraße 117
- 14, Bujattigasse — Wolfersberggasse
- 16, Ameisbachzeile ggü. O.Nr. 135
- 16, Yppenplatz 5-8
- 19, Hackenberggasse 40-58
- 21, Aistgasse — Thayagasse

Neue Problemstoffsammelstellen

Sechs neue Problemstoffsammelstellen stehen der Wiener Bevölkerung ab 31. März 1989 zur Verfügung. Sie sind jeweils Freitag von 14 bis 18 Uhr und Samstag von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

- 2, Vorgartenmarkt, Ennsgasse/Wohlmutterstraße
 - 5, Siebenbrunnengasse 19 (Pampam)
 - 7, Burggasse 82 (Karl-Farkas-Park)
 - 13, Auhofstraße 131
 - 17, Hernalser Hauptstraße 177 (Schnellbahnstation Hernalis)
 - 22, Schüttauplatz 1
- (Schluß) du/sk

Forts. von Blatt 595

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 28.3. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Favoriten: Mittwoch, 29. März, 16 Uhr, BV 10, Keplerplatz 5;
 - Leopoldstadt: Dienstag, 4. April, 16 Uhr, BV 2, Karmelitergasse 9;
 - Landstraße: Donnerstag, 6. April, 16 Uhr, BV 3, Karl-Borromäus-Platz 3;
 - Döbling: Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.
- (Schluß) end/bs

Wiener Stadtsenat und Landesregierung beschließen Wohnungsneubauten und Sanierungen in der Höhe von 1,6 Milliarden Schilling

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) Wohnungsneubauten und Sanierungen nach dem Wohnungssanierungsgesetz in der Gesamthöhe von 1,617,155.000 Schilling beschlossen Dienstag der Wiener Stadtsenat und die Landesregierung. Mit einem Betrag von rund 672 Millionen Schilling können insgesamt 468 neue Wohnungen mit 2 Ordinationen gebaut werden.

Mehr als 847 Millionen Schilling fließen in Sanierungen. Zusätzlich wurden noch rund 20 Millionen für den Einbau von Aufzügen und mehr als 76 Millionen Schilling für Heizungseinbauten genehmigt.

Wie Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER dazu feststellte, leistet die Stadt Wien damit wieder einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung des Wohnbauprogramms der laufenden Legislaturperiode und damit zur Verbesserung der Lebensqualität. (Schluß) lf/bs

Holding-Teilprivatisierung wird konkret

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Vizebürgermeister Hans MAYR teilte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit, die Gespräche mit möglichen Interessenten für eine Teilprivatisierung der Wiener Holding lassen folgende Verteilung des 49prozentigen Anteiles an der Wiener Holding möglich erscheinen: Für einen 20prozentigen Anteil besteht Interesse durch die Zentralsparkasse, für einen 10prozentigen Anteil durch die Creditanstalt, für einen 7prozentigen Anteil durch die Länderbank, für einen 5prozentigen Anteil durch die Giro-Zentrale, für einen 4prozentigen Anteil durch die Erste-Österreichische und für einen 3prozentigen Anteil durch die Bundesländer-Versicherung. (Schluß) red/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 29. März 1989

Blatt 600

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl zur Entsorgung von Altmedikamenten (601/FS: 28.3.)
- Wiener Frühlingsdrachenfest '89 (602)
- Die Wiener Rettung im Februar (603)
- Freitag Sitzung des Wiener Gemeinderates (604)
- Bauordnungsenquête im Wiener Rathaus (605)
- Begräbnis von Ex-Kaiserin Zita (606)
- Wiener ÖVP gegen neue Einkaufszentren (607)
- Standorte für Einkaufszentren können nicht isoliert betrachtet werden (607)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Liesing (602)

Häupl zur Entsorgung von Altmedikamenten

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag über die gegenwärtige Situation der Altmedikamenten-Entsorgung in Wien. Rückblickend verwies Häupl auf die seit 1984 bestehende gute Kooperation zwischen der Stadt Wien und der Apothekerkammer. Vor ein paar Wochen habe nun der Pharma-Großhandel mit Verweis auf die Novelle zum Sonderabfallgesetz erklärt, daß er den Transport der Altmedikamente von den Apotheken zur EBS nicht mehr durchführen könne. Laut Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING sei dieses Problem gelöst. Er, Häupl, habe aber von der Apothekerkammer ein Schreiben erhalten, das besage, daß das Problem des Transports keineswegs gelöst sei, und daß die Apotheker befürchteten, auf den Medikamenten „sitzenzubleiben“.

„Wiener Modell“

Um das bewährte Entsorgungssystem für Altmedikamente nicht zu gefährden, stellte Häupl ein der neuen Situation angepaßtes „Wiener Modell“ vor: Die Apotheker nehmen weiterhin Altmedikamente zurück und bringen sie selbst zu den Wiener Problemstoffsammelstellen. Die Stadt Wien sorgt dann für den Transport und die Entsorgung bei der EBS. Die Kosten für die Entsorgung trägt wie bisher die Stadt Wien. Bürgermeister Dr. ZILK dankte der Apothekerkammer für ihre Kooperation. Mag.pharm. Dr. Paul BELOHLAVY, der Präsident der Landesgeschäftsstelle Wien der Österreichischen Apothekerkammer, dankte seinerseits der Stadt Wien für ihr Entgegenkommen und erklärte weiters, daß die Apotheker nicht nur die Altmedikamente zurücknehmen, sondern die Konsumenten auch darüber beraten, ob gewisse Medikamente noch zu verwenden seien. Im Jahr 1988 wurden von den Apotheken 112,9 Tonnen Altmedikamente abgeliefert, zuzüglich 12,6 Tonnen von den Problemstoffsammelstellen. (Schluß)
du/bs

Bereits am 28. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Frühlingsdrachenfest '89

Wien, 29.3. (RK-LOKAL) Am 1. und 2. April, jeweils ab 10 Uhr, findet auf der Donauinsel, im Bereich der Floridsdorfer Brücke, das erste Wiener Frühlingsdrachenfest statt. Die Mitglieder des Wiener Drachenbau- und -flug-Vereines zeigen dabei, was man mit Drachen alles machen kann. Auf dem Programm stehen eine Non-Stop-Fesseldrachen-Flugvorführung, eine Drachenkette, weiters werden asiatische Kampfdrachen sowie der größte Drachen Österreichs gezeigt. Für die Kleinen gibt es einen Kinder-Drachenbau-Workshop. (Schluß) red/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Liesing

Wien, 29.3. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Liesing findet am Donnerstag, dem 30. März, um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Fenster- und Fassadeninstandsetzungen der Schulen in der Pülslgasse 28, Erlaaer Straße 74 und Draschestraße 96 mit einem Aufwand von mehr als 3,7 Millionen Schilling sowie Straßenbauarbeiten mit Kosten von 4,5 Millionen Schilling. (Schluß) smo/bs

Die Wiener Rettung im Februar

6.402 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) 6.402 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat Februar zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 43.997 Kilometer zurück. Von den 6.333 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 4.682 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im Februar bei 3.734 akut Erkrankten; bei 124 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 619 Fällen waren es sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 1.875 verletzte Personen betreut, davon 393 nach Verkehrsunfällen, 161 nach Betriebsunfällen und 63 nach Sportunfällen. 121 Personen waren schwer, 892 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 19 Fällen lagen Verbrennungen vor, in 313 Fällen Vergiftungen und in 53 Fällen Psychosen. Bei elf Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 144 Rauschgift- und Drogenkranken, 449 Personen standen unter Alkoholeinfluß. 47 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 251 Personen konnte nicht mehr geholfen werden. Die Todesursache war in 67 Fällen Herzinfarkt, in 17 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst verzeichnete im Februar 5.219 Ausfahrten und beförderte 5.194 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 75.321 Kilometer zurück. (Schluß) sc/gg

Freitag Sitzung des Wiener Gemeinderates

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt am kommenden Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wird. Die Sitzung beginnt um 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht eine Mitteilung von Vizebürgermeister Hans MAYR über die weitere Vorgangsweise bei der Sanierung der Entsorgungsbetriebe Simmering, EBS, und der Hauptkläranlage. Im Anschluß daran wird die von der ÖVP verlangte EBS-Debatte stattfinden. Weiters steht auf der Tagesordnung die Teilprivatisierung der Wiener Holding mit gleichzeitiger ersatzloser Streichung der sogenannten „Holding-Doktrin“ und der Verlustabdeckung bei Raimundtheater, Theater an der Wien, Ronacher und Stadthalle. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA wird dem Gemeinderat über den derzeitigen Planungsstand für die Weltausstellung berichten. Auf der Tagesordnung stehen außerdem unter anderem zahlreiche Beschlüsse über Wohnungsneubauten und Sanierungsmaßnahmen. (Schluß) fk/bs

Bauordnungsenquête im Wiener Rathaus

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Mit der Frage, ob und, wenn ja, in welchen Bereichen die aus dem Jahr 1976 stammende Wiener Bauordnung novelliert werden soll, beschäftigt sich die Bauordnungsenquête, die heute, Mittwoch, im Festsaal des Wiener Rathauses stattfindet. Die Bauordnung greift — und darauf wies die u.a. für Rechtsangelegenheiten zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER in ihrer Einleitung hin — mehr als die meisten anderen Gesetze in den Alltag der Menschen ein und bestimmt, wie weit sich Menschen in ihrer Wohnung, ihrer Wohnumgebung und der Stadt insgesamt wohl fühlen. Schirmer forderte, daß eine Reform der Bauordnung, die ja ein durchdachtes und umfassendes Gesetzeswerk ist, nur erfolgen sollte, wenn sie zusätzliche Vorteile für die Menschen unserer Stadt bringe, wenn sie Bauen und Wohnen rascher, einfacher und trotzdem preisgünstig macht. Die Wiener Bauordnung habe auch auf die Ziele der Grünlanddeklaration und den Vorrang für die Stadterneuerung Rücksicht zu nehmen, sagte Schirmer und verlangte neuerlich verständliche Gesetzestexte. Die Ergebnisse der Enquete selbst, an der auch Stadtrat Rudolf EDLINGER, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL und der Kontrollamtsdirektor Dr. Peter SATRAPA teilnehmen, wird Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in seinem Schlußwort zusammenfassen.

Bei der heutigen Bauordnungs-Enquete stehen folgende Referate auf dem Programm:

- „Die Wiener Bauordnungs-Kommission — Aufgaben und Ziele“ von Dr. Reinhold MORITZ
 - „Raumordnung und Bauordnung“ von Architekt Mag. Hugo POTYKA
 - „Planung und Umwelt-Umweltplanung“ von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Reinhard BREIT
 - „Anforderungen der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes an die Raum- und Bauplanung“ von Univ.-Doz. Dr. Karl WEBER
 - „Bürokratieabbau als Ziel der Bauordnungs-Novelle“ von Dipl.-Ing. Manfred ECKHARTER
 - „Rechtspolitische Anliegen an die Bauordnung für Wien“ von Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN
 - „Wünsche der Wirtschaft an die Bauordnung“ von Dr. Heinz Jörg BUCHINGER
 - „Bürgerbeteiligung im Bau- und Planungsverfahren“ von Dr. Caspar EINEM
 - „Subjektiv-öffentliche Rechte — Ausbau und Grenzen“ von Hofrat DDr. Wolfgang HAUER
 - sowie je eine Publikumsdiskussion am Vormittag und am Nachmittag, die von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA und Obermagistratsrat Dr. Friedrich SLOVAK vom Städtebund geleitet werden.
- (Schluß) hrs/rr

Begräbnis von Ex-Kaiserin Zita

Wien, 29.3. (RK-LOKAL) Am kommenden Samstag, dem 1. April, finden die Begräbnisfeierlichkeiten für die ehemalige Kaiserin ZITA statt. Nach dem Trauergottesdienst, der um 15 Uhr im Stephansdom beginnt, wird der Sarg mit der Verstorbenen über den Graben — Kohlmarkt — Michaelerplatz — Reitschulgasse/Augustinerstraße — Albertinaplatz und Tegetthoffstraße zur Kapuzinergruft überführt. Bereits morgen, Donnerstag, wird der Sarg mit einem Fahrzeug der Wiener Städtischen Bestattung von Klosterneuburg nach Wien gebracht. Der Trauerkondukt wird etwa gegen 18.30 Uhr bei der Heiligenstädter Straße die Wiener Stadtgrenze erreichen. Die Fahrtroute geht über die Lände — Türkenstraße — Votivkirche — Rathaus — Stadiongasse — Ring (gegen die Einbahn) — Äußeres Burgtor — Heldenplatz. Der Kondukt wird um 19 Uhr im Inneren Burghof eintreffen. Beim Stephansdom, die Route führt über Michaelerplatz — Kohlmarkt — Graben, wird der Trauerzug um 19.30 Uhr erwartet.

Dadurch kommt es an beiden Tagen zu Verkehrsbehinderungen. Donnerstag werden die innerstädtischen Autobuslinien „1 A“, „2 A gestrichen“ und „3 A“ ab 17 Uhr, am Samstag ab 12 Uhr eingestellt. Die U 1 wird normal geführt, sollte es jedoch am Samstag im U-Bahn-Bereich einen sehr großen Stau geben, so könnte die Station Stephansplatz gesperrt werden. In diesem Fall würden die Züge in beiden Richtungen direkt zwischen Schwedenplatz und Karlsplatz geführt.

Es ist auch damit zu rechnen, daß der Verkehr während des Passierens des Trauerzuges am Donnerstag abend und am Samstag nachmittag behindert oder unterbrochen wird. Weiters werden im innerstädtischen Bereich zusätzliche Halteverbote (vor allem auf dem Neuen Markt) errichtet.

Die Stadtinformation hat von Donnerstag bis Samstag einen verlängerten telefonischen Auskunftsdienst eingerichtet. Von 8 bis 20 Uhr werden an diesen Tagen Auskünfte — für ungarische Besucher auch in ungarischer Sprache — unter der Rufnummer 43 89 89 erteilt. (Schluß) ull/rr

Wiener ÖVP gegen neue Einkaufszentren

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Gegen die geplanten Einkaufszentren am Laaer Berg, am Kellerberg und am Auhof sprach sich Stadtrat Dr. Erhard BUSEK am Mittwoch in einem Pressegespräch aus. Busek begründete die vehemente Ablehnung der ÖVP einerseits mit der in Umfragen zum Ausdruck kommenden Skepsis der Bevölkerung und andererseits mit infrastrukturellen Problemen. Eine von der Wiener ÖVP initiierte direct-mailing-action hat bereits mehr als 7.000 zumeist negative Stellungnahmen der Bürger im Einzugsbereich der geplanten Einkaufszentren erbracht. Busek bezeichnete die Großvorhaben des Handels als „Sterbehilfe“ für die Kleinbetriebe und die bestehenden Geschäftsstraßen. Der Stadtrat kündigte abschließend für kommende Woche eine Diskussionsveranstaltung der Wiener ÖVP zum Thema „Einkaufszentren — Strategie oder Chaos“ an. (Schluß) If/rr

Standorte für Einkaufszentren können nicht isoliert betrachtet werden

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Zur aktuellen Diskussion um die Standorte für geplante Einkaufszentren in Wien stellte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA am Mittwoch fest, daß die bisher vorliegenden Unterlagen insbesondere der Projekte Auhof, Südpark und Laaer Berg zeigten, daß diese eindeutig zu groß dimensioniert sind und der zu erwartende Verkehr nicht bewältigbar scheint. Die Stadtplanung hat es nun übernommen, geeignete Standorte für etwas kleiner dimensionierte Einkaufszentren zu eruieren. Es werden auch Überlegungen angestellt, bestehende Einkaufsstraßen und -zentren zu stärken.

Wie Stadtrat Swoboda betonte, könnten die Standorte für Einkaufszentren aber keinesfalls isoliert betrachtet werden. So finden derzeit Gespräche auf Beamtenebene zwischen den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland statt, die transparente Raum- und Umweltverträglichkeitsprüfungen und eine bessere Abstimmung solcher Planungen in der Ost-Region zum Ziel haben, und bisher sehr positiv verlaufen sind. Wie Swoboda feststellte, sei derzeit auch eine Studie in Auftrag, die die Entwicklung des Einkaufsverhaltens untersuchen und Grundlagen für künftige Entscheidungen liefern soll. „Die permanente Information der Bürgerinitiativen, die sich im Zusammenhang mit den Einkaufszentren gebildet haben, bürgt für volle Transparenz der Planung. Nur gegen Einkaufszentren zu sein, ist freilich zu wenig, die Stadtplanung bemüht sich um eine optimale Gesamtkonzeption“, schloß Swoboda. (Schluß) If/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 30. März 1989

Blatt 608

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Alfred-Grünwald-Park auf der Linken Wienzeile (609/FS: 29.3.)
- 13,9 Millionen für die öffentliche Beleuchtung (611)
- Enquete leitet Diskussionsprozeß ein — Bauordnung als Konfliktregelungsinstrument (612)
- Smejkal: 10. Wohngemeinschaft des Wiener Jugendamtes (613)
- Lainzer Tiergarten-Mauer wird saniert (615)
- Neue Einbahnen (615)
- Impfaktion gegen Masern und Mumps beginnt (616)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Meidling (611)

Kultur:

- Goldene Ehrenmedaille für Prof. Adlmüller (610/FS: 29.3.)
- Überreichung der Kainz-Medaillen (614)

Alfred-Grünwald-Park auf der Linken Wienzeile

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Die Parkanlage Linke Wienzeile 24-32 in Wien Mariahilf wurde heute, Mittwoch, im Rahmen einer Feier in „Alfred-Grünwald-Park“ benannt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erinnerte in seiner Ansprache an das Leben, Wirken und Schicksal des Schriftstellers Alfred GRÜNWARD, der für zahlreiche bekannte Operetten die Libretti geschrieben hat. Grünwald, 1884 in Niederösterreich geboren, mußte 1938 mit seiner Familie — darunter auch sein Sohn, der heutige US-Botschafter Henry A. Grunwald — in die Emigration gehen. Er starb 1951 in New York. Die Benennung des Parks erinnere, so Zilk, nicht nur an die Person Alfred Grünwald, sondern stehe auch stellvertretend für jene zehntausende Menschen, die von den Nazis vertrieben, verjagt oder getötet worden sind. (Schluß) red/bs

Bereits am 29. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Goldene Ehrenmedaille für Prof. Adlmüller

Wien, 29.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier im Roten Salon des Wiener Rathauses an Professor Fred ADLMÜLLER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Zilk würdigte in seiner Rede das Leben und Wirken des Geehrten, der dieser Tage seinen 80. Geburtstag feierte. Adlmüller habe nach dem Zweiten Weltkrieg den Namen Wiens in die Welt hinausgetragen, betonte der Bürgermeister. Der Feier wohnten u.a. Bundesminister a.D. Dr. Herta FIRNBERG und Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 29. März 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

13,9 Millionen für die öffentliche Beleuchtung

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) In seiner März-Sitzung faßte der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie Beschlüsse über zum Teil umfangreiche Neubau- und Instandsetzungsarbeiten auf dem Gebiet der öffentlichen Beleuchtung, für die insgesamt 13,9 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Unter diesen Vorhaben befindet sich der Neubau der öffentlichen Beleuchtung in 3, Adolf-Blamauer-Gasse sowie die Instandsetzung der öffentlichen Beleuchtung in 11, Simmeringer Hauptstraße im Bereich von Weichseltalweg bis Ettrichstraße im Zuge der B 225 Wienerbergstraße, wofür allein 9,3 Millionen Schilling erforderlich sind. (Schluß) pz/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling

Wien, 30.3. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Meidling findet am Freitag, dem 31. März, um 14 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses 12, Schönbrunner Straße 259, statt. Auf der Tagesordnung stehen zur Beratung die verkehrsmäßige Erschließung des Betriebsbaugebietes am Wienerberg, eine Änderung der Verkehrsorganisation in Wilhelmsdorf und ein Sekundärnetz für die neue U-Bahn-Linie U 6. (Schluß) smo/rr

Enquete leitet Diskussionsprozeß ein - Bauordnung als Konfliktregelungsinstrument

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die wesentlichen Ergebnisse der gestrigen Bauordnungs-Enquete im Rathaus faßten Stadträtin Christine SCHIRMER, zuständig für Rechtsfragen, und Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bei einem Pressegespräch Mittwoch abend zusammen. Swoboda unterstrich dabei die Absicht, die Bauordnung in den nächsten Monaten soweit inhaltlich zu bearbeiten, daß im Laufe des Jahres 1990 ein Entwurf für eine Novellierung vorgelegt werden kann. Als Schwerpunkte bezeichnete Swoboda die Deregulierung und Demokratisierung der Bauordnung. Es ginge vor allem darum, die Planung transparent zu machen, nicht zuletzt deshalb, weil ja Bauten auch öffentlich sichtbar sind und daher die Bewohner einer Stadt das Recht haben, bei der Stadtgestaltung, im weitesten Sinne mitzureden. Stadträtin Schirmer wies darauf hin, daß die letzte große Novellierung der Bauordnung 1976 erfolgte. Diese Wiener Bauordnung sei ein umfassendes und durchdachtes Gesetzeswerk, zu dem es jedoch zahlreiche Änderungswünsche gibt. Die Reform der Bauordnung müsse aber den Menschen, nicht einzelnen Berufsgruppen, zugute kommen. Mit der Bauordnungs-Enquete würde ein umfassender Diskussionsprozeß, der öffentlich stattfinden solle, eingeleitet. Schirmer erinnerte auch an die Bestrebungen, die Wiener Bauordnung behindertenfreundlicher zu gestalten. Dies müsse der umfassenden Reform, die ja längere Zeit in Anspruch nehmen wird, vorgezogen werden.

Arbeit des Fachbeirates sichtbar machen

Swoboda nannte bei dem Pressegespräch als eines seiner Ziele, die Arbeit des Fachbeirates für Stadtplanung öffentlich sichtbar zu machen. Wie der Stadtrat feststellte, sehe er die Bauordnung als wesentlichstes Instrument der Konfliktregelung nicht zwischen der Stadt und den Bürgern, sondern hauptsächlich zwischen Bürgern bzw. Interessensgruppen untereinander. Man müsse, so Swoboda, den Menschen klar machen, daß auch der jeweils andere das Recht auf Leben und damit auch auf Bauen in der Stadt hat.

An Hand einiger konkreter Projekte, wie beispielsweise geplanter Einkaufszentren oder der strittigen Frage der Sanierung der Sofiensäle, kündigte der Planungsstadtrat Raumverträglichkeitsprüfungen für größere Bauvorhaben an. Zur Frage der Stadtgestaltung im allgemeinen meinte Swoboda, daß sich der Gestaltungsbeirat grundsätzlich bewährt habe, daß er aber — durchaus im Sinne des Auskunftspflichtgesetzes — für mehr Transparenz sorgen werde. Die Fragen der Bauordnung seien im übrigen nicht nur auf Landesebene, sondern im gesamtösterreichischen Zusammenhang und insbesondere im Hinblick auf die Integrationsbestrebungen auf europäischer Ebene zu behandeln. Abschließend kündigte Dr. Swoboda an, daß die Referenten der Bauordnungs-Enquete eingeladen würden, begleitend zur beamteten Bauordnungs-Kommission, an der Novellierung der Bauordnung mitzuarbeiten. (Schluß) lf/hrs/rr

Smejkal: 10. Wohngemeinschaft des Wiener Jugendamtes

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die 10. Sozialpädagogische Wohngemeinschaft des Wiener Jugendamtes — in Wien 23, Pfarrgasse 34-44 — präsentierte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einem Pressegespräch. Neben Heimen und Pflegefamilien hat sich, sagte Smejkal, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die nicht in ihren Familien leben können, in Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften besonders bewährt. Seit 1988 sind diese Wohngemeinschaften deshalb auch ein fester Bestandteil des Betreuungsangebotes des Wiener Jugendamtes.

In den 12 Jahren, in denen das Jugendamt Sozialpädagogische Wohngemeinschaften führt, lebten 230 Kinder und Jugendliche in diesen Einrichtungen. Derzeit werden 67 Kinder und junge Menschen, 39 Buben und 28 Mädchen, in Wohngemeinschaften betreut, zog Smejkal Bilanz.

Die Wohngemeinschaften sind trotz der vielen positiven Erfahrungen kein Ersatz für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Heimen, unterstrich Smejkal. Denn für manche Kinder bedeutet diese sehr intensive Form des Zusammenlebens in der Wohngemeinschaft eine Überforderung. Derart intensive Sozialkontakte müssen oft erst in der größeren Heimgemeinschaft erlernt werden, machte Smejkal aufmerksam.

Die Sozialpädagogischen Wohngemeinschaften seien vor allem für jene Kinder und Jugendliche gedacht, bei denen eine Rückführung in die Familie aus den unterschiedlichsten Gründen nicht möglich ist. Den Kindern wird damit das Heranwachsen in einer familienähnlichen Situation und einer normalen Wohnumgebung ermöglicht.

Betreut werden die jeweils acht Kinder und Jugendliche einer Wohngemeinschaft von vier Erziehern, zwei Frauen und zwei Männern. Die Wohngemeinschaften sind, um die Integration zu erleichtern, z.B. in Wohnhausanlagen der Stadt Wien, untergebracht. Zu den Aufgaben der Erzieher gehört auch die Kontaktpflege mit Lehrern, Arbeitgebern und Ausbildnern der Kinder und Jugendlichen. (Schluß) jel/rr

Überreichung der Kainz-Medaillen

Pasterk: Freiheit des Theaters als Verpflichtung

Wien, 30.3. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Donnerstag im Wiener Rathaus Michael DEGEN, Angelica DOMRÖSE, George TABORI und Karl-Ernst HERRMANN die Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1988.

Die Förderungspreise zur Kainz-Medaille erhielten Bernd SCHIR, Isabel KARAJAN, Stephan BRUCKMEIER und Vincenzo BAVIERA. Pasterk unterstrich die Verdienste der Preisträger, denen es gelungen sei, unter Wahrung des Charakters der einzelnen Bühnen innovative Impulse zu setzen. Gerade das mache die Attraktivität der Wiener Theaterszene aus.

Drei Wünsche an Politiker, Medien und Theater-Macher

Im Zusammenhang mit der Frage, was das Theater in und an der Gesellschaft, und im besonderen in der Stadt Wien, leisten sollte, äußerte Pasterk drei Wünsche, die sich an die Politiker, an die Medien und an die Theater-Macher selbst richten.

Die Politiker sollten stets und unter allen Umständen darauf bedacht sein, die Freiräume für Kunst und Kultur zu wahren. „Die Rolle der Kunst und der Künstler als geistige Seismographen muß deutlich gemacht, anerkannt und garantiert werden“, sagte Pasterk.

Die Medien sollten sich verstärkt ihrer Verantwortung für das kulturelle Klima im Land bewußt sein. Vor allem gelte es, weniger Personaldiskussionen in den Mittelpunkt der Berichterstattung zu stellen, als vielmehr die Möglichkeiten des Theaters für die Selbsterfahrung unserer Gesellschaft zur Diskussion zu stellen.

An die Theaterschaffenden richtete Pasterk schließlich den Wunsch, die Rolle des Theaters als Forum der freien Meinungsäußerung unserer Gesellschaft entsprechend zu nutzen. Kein anderes Medium der öffentlichen Darstellung von Meinungen besitze heute soviel Unabhängigkeit wie das Theater. Die „aus dieser Freiheit erwachsende Verantwortung“ müßten sich die Theater-Macher „immer von neuem bewußt machen, sie erkennen und danach handeln“.

Die Kainz-Medaillen wurden für folgende Leistungen vergeben:

DIE PREISTRÄGER:

- Bester Schauspieler: Michael Degen, Darstellung der Titelfigur in „Professor Bernhardt“ von Arthur Schnitzler, Theater in der Josefstadt
- Beste Schauspielerin: Angelica Domröse, für ihre Gestaltung der Darstellerin der Klara in „Frauen — Krieg — Lustspiel“ von Thomas Brasch, Festwochen-Eigenproduktion gemeinsam mit dem Theater Der Kreis und den Bregenzer Festspielen
- Bester Regisseur: George Tabori, für die Inszenierung von „Frauen — Krieg — Lustspiel“ von Thomas Brasch, Festwochen-Eigenproduktion gemeinsam mit dem Theater der Kreis und den Bregenzer Festspielen
- Bester Bühnenbildner: Karl-Ernst Herrmann, für das Bühnenbild zu „Der Sturm“ von William Shakespeare, Burgtheater

FÖRDERUNGSPREISE

- Förderungspreis Schauspieler: Bernhard Schir, für die Darstellung des Osvold Alving in „Gespenster“ von Henrik Ibsen, Volkstheater
- Förderungspreis Schauspielerin: Isabel Karajan, für die Darstellung der Stefanie in „Schuldig geboren“ von Peter Sichrovsky, Theater Der Kreis
- Förderungspreis Regie: Stephan Bruckmeier, für die Inszenierung von „Magic Afternoon“ von Wolfgang Bauer, Theater Gruppe 80
- Förderungspreis Bühnenbild: Vincenzo Baviera, für die Raumgestaltung zu „Die Ausnahme und die Regel“ von Bertold Brecht, Theater Gruppe 80

Auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gratulierte den Geehrten. An der Feier nahmen auch Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER und Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL teil. (Schluß) gab/bs

Lainzer Tiergarten-Mauer wird saniert

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich Adolfstor-Gasse — Veitlissengasse wird die desolate Mauer des Lainzer Tiergartens saniert. Deshalb ist der Weg um den Lainzer Tiergarten in diesem Bereich gesperrt, es gibt eine Umleitung. Das Forstamt appelliert an die Wiener Bevölkerung, die Umleitungsstrecke zu benutzen und nicht — wie es bereits mehrmals vorgekommen ist — die Sperre niederzureissen. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis Mai dauern. (Schluß) du/rr

Neue Einbahnen

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag, dem 31. März, treten nach der Verkehrsspitze ab etwa 9 Uhr einige neue Einbahnregelungen in Kraft. Es sind dies im

- 9. Bezirk die Thurygasse von der Marktgasse bis und in Richtung Liechtensteinstraße.
- 11. Bezirk die Kölgengasse von der Lautenschlägergasse bis und in Richtung Ravelinstraße sowie im
- 11. Bezirk in der Guglgasse bei Nummer 12 die Parkplatzzumfahrung (Parkplatz vor dem Gasometertheater).
(Schluß) pz/rr

Impfaktion gegen Masern und Mumps beginnt

Im Vorjahr 20.000 Erkrankungen

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Von Herbst 1987 bis Herbst 1988 erkrankten in Wien rund 20.000 Menschen an Masern, wovon sich 500 einer Spitalsbehandlung unterziehen mußten. Masern zählen ebenso wie Mumps zu jenen Kinderkrankheiten, mit denen sehr häufig Komplikationen etwa in Form von Gehirnentzündungen und Gehirnhautentzündungen verbunden sein können. Trotz der bestehenden Impfmöglichkeiten kommt es — so wie etwa im Vorjahr — immer wieder zu steigenden Erkrankungszahlen. In den Wiener Bezirksgesundheitsämtern wird daher ab sofort, wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag erklärte, wieder mit einer neuen Impfaktion gegen Masern und Mumps begonnen. Geimpft wird in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, wobei in der „Außenstelle“ des Bezirksgesundheitsamtes 8., Schlesingerplatz 3, noch ein zusätzlicher Impftermin, jeweils Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr besteht. Ferner gibt es die Möglichkeit, sich in der „Nachmittags“-Impfstelle 1., Neutorgasse 18, jeweils Donnerstag von 15 bis 17 Uhr, impfen zu lassen. In Wien ist die kombinierte Masern-Mumps-Impfung für Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum vollendeten 6. Lebensjahr kostenlos. Für Kinder über sechs Jahre bzw. Erwachsene beträgt der Kostenbeitrag 60 Schilling.

Konsequente Durchimpfung notwendig

Der kombinierte Impfstoff — dabei handelt es sich um eine einmalige Impfung — bietet mindestens zehn Jahre Schutz gegen beide Krankheiten. Die Impfung ist vor allem für Kinder im zweiten Lebensjahr gedacht, wobei der günstigste Zeitraum beim vollendeten 14. Lebensmonat liegt. Eine Altersgrenze nach oben gibt es nicht. Nach Auskunft der Gesundheitsbehörden lag bis vor kurzem die Erkrankungsquote für Kinder an Masern bis zum 10. Lebensjahr bei über 90 Prozent. Erfreulicherweise ist jedoch die Beteiligung an dieser Schutzimpfung in den letzten Jahren gestiegen. Waren 1981 41 Prozent bzw. 30 Prozent der Schulanfänger gegen Masern bzw. Mumps geschützt, betrug der Anteil der geimpften Kinder 1988 71 Prozent (gegen Masern) und 70 Prozent (gegen Mumps). Nur bei einer konsequenten Durchimpfung aller Kinder noch vor Eintreten in den Kindergarten oder spätestens vor Schuleintritt ist es, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, künftighin möglich, Masernepidemien zu verhindern.

Im Laufe der Erkrankung an Masern kommt es sehr häufig zu Lungenentzündungen oder zu Gehirnentzündungen. An Mumps hingegen erkranken wesentlich weniger Kinder, doch kann es auch hier zu verschiedenen Komplikationen, wie etwa Gehirnhautentzündungen oder Gehörschädigungen kommen. Erkrankt ein Erwachsener an dieser Kinderkrankheit, kann es zu Entzündungen der Geschlechtsorgane kommen, wobei Männer im besonderen Maße gefährdet sind.

Auch Abendimpftermine möglich

Gesundheitsstadtrat Stacher appellierte anlässlich der beginnenden Impfaktion vor allem an die Eltern, von der ihnen gebotenen Möglichkeit Gebrauch zu machen und ihre Kinder durch eine Impfung rechtzeitig zu schützen. Neben den bereits genannten Impfterminen bietet das Gesundheitsamt auch noch Abendimpftermine an: In der Spezialambulanz 10., Gellertgasse 42-48, Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, in der Mutterberatungsstelle 21., Freytaggasse 32, Montag von 17 bis 19 Uhr, sowie im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, Am Spitz 1, jeden ersten Donnerstag im Monat und im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk, Schrödingerplatz 1, jeden dritten Donnerstag im Monat, jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 31. März 1989

Blatt 617

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Terminvorschau vom 3. bis 16. April (618/619)
- Wiener Gemeinderat (620-631)
- Reparatur des Siemenssteiges (nur FS)
- Australische Touristin von Straßenbahn erfaßt (nur FS)

Kultur:

- Fotoausstellung im Otto-Wagner-Pavillon (632)

Terminvorschau vom 3. bis 16. April

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 3. bis 16. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 3. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

3. und 4. April:

Enquete „Weltausstellung“ (Rathaus)

DIENSTAG, 4. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Christian Kunz und Prim. DDR. Robert Jelinek (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

MITTWOCH, 5. APRIL:

10.30 Uhr, Pressekonferenz VOR (7, Neubaugasse 1)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Klaus Höpcke, Stellvertretender Minister für Kultur der DDR „Literatur als Seelenkunde“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 6. APRIL:

9.30 Uhr, Tunnelanschlag im Bauabschnitt U 3/14 „Schweglerstraße“ unter der Patronanz von Vbgm. Ingrid Smejkal; StR. Hatzl (15, Reithofferplatz, Ecke Pouthongasse — Goldschlagstraße)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Smejkal an Albert Kaufmann (Arb.-Zi, Smejkal)

18.00 Uhr, Feier des 25jährigen Jubiläums von Klubobmann Dr. Erwin Hirnschall als Wiener Landtagsabgeordneter und Gemeinderat (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 7. APRIL:

9.00 Uhr, Grundsteinlegung Block 3/4, Kraftwerk Simmering (11, 1. Haidequerstraße 1)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl anl. o.a. Grundsteinlegung (Kraftwerk Simmering)

MONTAG, 10. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Rudolf Neumann, Ernst Erhart, Anna Schmalzl, Oberin Anna Stösser, OSR Josefa Zeilinger und Wilhelm Mayrhofer (Steinerner Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 11. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

DONNERSTAG, 13. APRIL:

9.00 Uhr, Eröffnung des Symposiums der MA 11 und der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien „Berufsfeld Gesellschaft — Initiativen und Entwicklung der Sozialarbeit“, Vbgm. Smejkal (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Gottfried (Teddy) Windholz (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal zu o.a. Symposium (PID)

FREITAG, 14. APRIL:

13.30 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an OAR Helmut Schönhofer durch StR. Swoboda (Arb.-Zi, Swoboda)

SONNTAG, 16. APRIL:

ab 10 Uhr, Wiener Frühlingsmarathon, Start v.d. Schloß Schönbrunn (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 618

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag um 9 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte auf die ERSTE ANFRAGE von GR. FÜRST (ÖVP), wieweit die Gemeinde Wien bereit sei, zur Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in der Bundeshauptstadt beizutragen, fest, daß das Verhältnis zur Polizei ausgezeichnet sei. Zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eigne sich der Einsatz einer Sondereinheit nicht. Er sei für eine verstärkte Überwachung durch den Einsatz von mehr Polizei, sagte Zilk, und Wien wird dafür auch Mittel einsetzen, sofern auch der Bund die von ihm selbst eingenommenen Mittel aus der Parkraumüberwachung dafür verwenden wird.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Karin LANDAUER (FPÖ), welche Maßnahmen getroffen wurden, um nach der Schließung der provisorischen Obdachlosenunterkunft Gerhardusgasse geeignete Unterkünfte zu finden. Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) betonte, daß die Gerhardusgasse Ende April geschlossen werde, und die Obdachlosen in anderen Einrichtungen, wie Meldemannstraße, Kastanienallee untergebracht werden. Zusätzlich werde in der GÄNSBACHERGASSE ein Neubau für 300 Personen errichtet. Das Konzept der ARGE-Hilfe für Bürger in Not wird gemeinsam mit anderen Organisationen in den nächsten Jahren rund 500 Wohnplätze für Obdachlose schaffen, wobei Smejkal darauf verwies, daß auch die Betreuung der betroffenen Personen durch Sozialarbeiter sehr wichtig sei.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ), wie sich die Dezentralisierung der sozialen Dienste seit nunmehr zehn Jahren bewährt hat, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß grundsätzlich positive Erfahrungen gewonnen werden konnten. Eine flächendeckende Versorgung konnte durch die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen erreicht werden, denen die Stadt Wien Kosten ersetzt. Geschaffen wurden diese Dienste für ältere, kranke und behinderte Menschen. Die Einrichtung wird von Menschen in Anspruch genommen, deren Durchschnittsalter bei 82 Jahren liegt. Den sozialen Voraussetzungen wird Rechnung getragen, indem die Kostenbeiträge dem Einkommen des Nutzers der sozialen Dienste angepaßt werden. Die Leistungen der Stadt Wien beispielsweise für Heimhilfe sind zwischen 1978 und 1988 um 236 Prozent gestiegen, die Zahl der Heimhelfer um 78 Prozent und jene der betreuten Personen um 116 Prozent auf nunmehr 12.000.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), welcher Betrag aufgrund des heurigen milden Winters für Schneeräumung und Streuung eingespart werden konnte, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), daß die Budgetierung für milde Winter kalkuliert ist und bei strengen Wintern durch zusätzliche Mittel verstärkt wird. Im strengen Winter 86/87 wurden 400 Millionen aufgewendet, im darauffolgenden 65,8 Millionen und zuletzt 34 Millionen. Das Winterdienstkonzept sei im wesentlichen erfüllt, sagte Häupl. Dazu gehört die Bereitstellung von wesentlich mehr Kleinfahrzeugen, mit denen Straßenrückbauten und dem weiteren Ausbau von Fußgängerzonen Rechnung getragen wird. Wie weit das Konzept die Erwartungen erfüllt, werde sich praktisch erst ermessen lassen, wenn es durch einen harten Winter auf eine Bewährungsprobe gestellt wird. Abgesehen davon werden weitere Adaptierungen und Feinabstimmungen aufgrund praktischer Erfahrungen auch in Zukunft vorgenommen werden.

Man habe die Dachorganisationen der Wiener Sportverbände bereits im Vorjahr ersucht, Jugendsportförderungsprogramme zu erarbeiten, abzustimmen und vorzulegen, sagte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Die Stadt Wien hatte ihrerseits die Zusage gemacht, verstärkt im Jugendsportbereich zu fördern. So werden 63,5 Millionen Schilling im Bereich der KIBA für rund 300.000 Stunden, in denen Vereine Trainingsmöglichkeiten geboten werden, aufgewendet. Im Dusika-Stadion seien es 15,5 Millionen und im Budo-Center 1,8 Millionen. Diese Summen kämen der Jugendsportförderung zugute, dazu noch der Betrag von rund 2,8 Millionen Schilling, der vom Sportamt für Trainingsmöglichkeiten in den städtischen Bädern aufgewendet werde.

Die SIEBENTE UND DIE ACHTE ANFRAGE wurden zurückgezogen.

Die Reinverluste der Firma ODELGA, sagte Vizebürgermeister MAYR auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), haben sich im Zeitraum vom 30. April 1979 bis 31. März 1988 auf 30,8 Millionen Schilling belaufen. Es gebe kein Betrags-, aber ein zeitliches Limit für die wirtschaftliche Sanierung der Firma ODELGA, die in fünf bis sechs Monaten erfolgt sein solle.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) erkundigte sich in der ZEHNTEN ANFRAGE nach der Einstellung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER zu dem Problem, daß die Verwendung von Quecksilber-Amalgam-Plomben in der Zahnbehandlung angeblich zu schweren Vergiftungserscheinungen führen kann. Stacher sagte, es sei falsch, von Vergiftungen zu sprechen, allenfalls handle es sich um allergische Reaktionen von Patienten, die jedoch zahlenmäßig im Promillebereich liegen. Eine angeblich toxische Wirkung der Amalgam-Plomben werde zwar immer wieder diskutiert, ist aber nicht nachgewiesen. Obwohl die Schulmedizin eine gesundheitsgefährdende Wirkung bei fachgerechter Verarbeitung der Plomben ausschließt, komme es in Einzelfällen aber nachweislich zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Seiner Meinung nach sei die Verarbeitung von Amalgam-Plomben nicht generell abzulehnen, es müsse jedoch darauf geachtet werden, daß nicht auch andere Metalle verarbeitet werden, weil dadurch eine Wirkung entstehe, die bei kranken Menschen sehr wohl Gesundheitsstörungen hervorrufen könne. Die politische Aufgabe müsse darin bestehen, alles daranzusetzen, die Bevölkerung über die Verhinderung von Kariesschäden aufzuklären, schloß Stacher.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Ing. PUDSCHEDL (SPÖ), welche Aktivitäten die Akademie für Ganzheitsmedizin seit ihrem Bestehen gesetzt hat, sagte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß die Akademie auf Tagungen und mit der Einrichtung von Arbeitsgruppen die verschiedensten Themen im Bereich der Ganzheitsmedizin behandelt hat. Dazu sind etwa die Homöopathie, die Ernährungskunde, die Schmerztherapie oder die Akupunktur zu zählen. Eine Umfrage bei Ärzten hat ergeben, daß ein beträchtlicher Teil der Mediziner um Heilmethoden im Sinne der Ganzheitsmedizin bemüht ist. Für die Zukunft gilt es, Kriterien zu entwickeln, die vor allem auch die sachgerechte Anwendung der verschiedenen Methoden garantieren. Generell sprach sich Stacher auch für ein Umdenken in der medizinischen Betreuung, für eine neue Rolle des praktischen Arztes im Sinne verstärkter Prävention und Beratung des Patienten aus.

Mitteilung über die EBS

Er habe sich zu dieser Mitteilung an den Gemeinderat zu Wort gemeldet, sagte Vizebürgermeister MAYR, weil aus der bisherigen Diskussion klar und deutlich hervorgehe, daß es Mißverständnisse und Fehlinterpretationen gebe.

Vor vier Jahren, am 7. März 1985, hat das Konsortium Umweltprojekt Wien ein Generaloffert zur Ertüchtigung der EBS und der HKA zu einem Fixpreis

Forts. von Blatt 620

Forts. auf Blatt 622

Forts. von Blatt 621

inklusive Planung, exklusive Umsatzsteuer, von 1.550 Millionen Schilling, zeitlich befristet per 30. März 1985, vorgelegt. Dieses Generaloffert wurde nicht angenommen, weil es zu unbestimmt war. Am 2. Mai 1985 wurde dem Konsortium lediglich ein Planungsauftrag, kostenlimitiert mit 69 Millionen Schilling, erteilt. Ein Angebot der Firma Umwelttechnik Wien, UTW, die vom Konsortium den Planungsauftrag übernehmen wollte, wurde am 22. Oktober 1985 abermals auf der Preisbasis von 1.550 Millionen Schilling vorgelegt. Dieses Angebot, betonte Vizebürgermeister Mayr, wurde abermals nicht angenommen, weil aufgrund des EBS-internen Wissensstandes damals klar war, daß der Leistungsumfang den tatsächlichen Erfordernissen nicht entsprach. Zur Erhärtung dieses Standpunktes wurde seitens der Wiener Holding ein Gegengutachten eingeholt. Die Konsequenz, so Mayr: „Alle bisher erstellten Projekte für die Erweiterung HKA — EBS sind von unrichtigen Ansätzen ausgegangen und daher nicht zielführend. Als zielführend wurde die Zerlegung des Gesamtprojektes in Teilprojekte angesehen.“

Nach der Übernahme der EBS durch die Wiener Holding mit Jahresbeginn 1986 wurde die Zerlegung des Projektes in zwei große Phasen vorgestellt.

Die Phase 1: Das Dringlichkeitsprogramm, enthielt alle jene Projekte, die 1985 eine große Rolle spielten, die Rauchgaswäsche, die bessere Entwässerung und Verbrennung des Klärschlammes sowie Maßnahmen zur Minimierung der Geruchsbelästigung.

Die Phase 2: Ausbau der Kläranlage zu einer Vollbiologie; hier wurde ein Versuch über zumindest eine kalte und eine warme Periode angekündigt. Außerdem gab es damals die Diskussion über den weiteren Ausbau der Donau unterhalb von Wien, was die Vollbiologie zwingend in kurzer Zeit erfordert hätte.

Alle Punkte des Anfang 1986 angekündigten Sofortprogrammes sind heute realisiert, betonte Vizebürgermeister Mayr. Die Rauchgasreinigung wurde Mitte 1987 fertig und ist schrittweise in Betrieb genommen worden, seit Herbst 1986 wird kein Schlamm mehr in den Donaukanal abgeleitet, und die Geruchsbelästigung wurde wesentlich verringert. „Es kann daher ausdrücklich festgestellt werden“, sagte Mayr, „daß die für die Anrainer und die für den Umweltschutz besonders dringlichen Fragen bereits gelöst sind“.

Zur Kostenfrage stellte Mayr fest, daß der Wiener Gemeinderat im Jahr 1985 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Wien und den EBS zum Zweck einer einheitlichen Betriebsführung von HKA und EBS beschlossen habe. Ab diesem Zeitpunkt seien daher Investitionen durch die Organe der EBS zu beschließen und nicht mehr durch den Wiener Gemeinderat. In dem entsprechenden Vertrag sei ausdrücklich festgehalten, betonte Mayr, daß für die Planung und Errichtung der vorgesehenen Anlagenerweiterungen der Betrag von 1.550 Millionen nicht überschritten werden dürfe. Bei unvermeidbaren Überschreitungen dieses Limits hätten die Vertragspartner einvernehmlich zu prüfen, ob und welche Auswirkungen sich daraus auf das Entgelt zu ergeben hätten.

Vom bisher geschätzten Investitionskostenlimit sind erst 846 Millionen Schilling verbaut worden, betonte Mayr, daher stehe unter Einrechnung der Planungskosten noch ein Betrag von 635 Millionen Schilling zur Verfügung.

Unabhängig von der eindeutigen vertraglichen Situation, daß HKA und EBS als Betriebe der Holding geführt werden, und daher Investitionsentscheidungen nicht durch den Gemeinderat, sondern durch die Organe der Holding zu erfolgen haben, müsse beachtet werden, daß sich der Stand der Technik dramatisch schnell weiterentwickelt. Die noch zu treffenden Investitionsentscheidungen müssen daher berücksichtigen, daß die EBS niemals ein fertiges Produkt sein werde, und daß die Anlage funktions-

Forts. auf Blatt 623

tüchtig sein müsse, und daher nur erprobte Verfahren eingesetzt werden dürfen. Als Beispiel der technischen Anpassung bezeichnete Mayr die derzeitige Versuchsanlage zur Abscheidung von Dioxinen und Furanen.

Die letzten Jahre hätten gezeigt, betonte Mayr, daß die Entscheidung zur Zerlegung des Projektes in Teilschritte richtig war. Nur dadurch hätte man zu einer funktionstüchtigen und wirtschaftlich arbeitenden Anlage kommen können. Wie wertvoll die EBS zum Schutz der Umwelt sei, zeige ein Beispiel aus den letzten Tagen. Die Frau Umweltminister habe den Wiener Landeshauptmann beauftragt, jene 1.000 Fässer mit Sonderabfall, die im Hafen und bei den ÖBB vor wenigen Tagen gefunden worden sind, der Vernichtung zuzuführen. Nur weil die EBS bereits in Wien existiere, so Mayr, könne ein derartiger Auftrag überhaupt erfüllt werden.

„Wien setze Taten zum Umweltschutz“, sagte Mayr, „während man anderswo nur davon rede“.

Besprechung der EBS-Mitteilung

GR. REITER (SPÖ) beantragte die Besprechung der Mitteilung von Vizebürgermeister MAYR.

GR. KABAS (FPÖ) kritisierte, Vizebürgermeister Mayr habe über die dramatischen Akzente bei der EBS-Sanierung nicht gesprochen. Es gebe eine anhaltende Beunruhigung der Bevölkerung im Zusammenhang mit diesem Thema. Kabas meinte, es sollte gesagt werden, daß es teilweise zu Fehlentwicklungen gekommen sei, zumal etliche der Projekte Pilotanlagen gewesen seien. Ursprünglich geplante Teilprojekte seien noch nicht fertiggestellt, Kosten seien überschritten, und die ursprünglich vorgesehene Vergabe ohne Ausschreibung sei fallengelassen worden. Beim Umweltschutz sei die Entwicklung besorgniserregend, die Denox-Anlage sei noch immer nicht in Betrieb. Stadtrat Häupl fordere eine Abschaffung der erhöhten Mehrwertsteuer auf PKW und verursache damit die ungewünschte Entwicklung, daß nämlich nach einer Ablehnung dieser Forderung durch den Finanzminister die Menschen nun bis zum Jahr 1992 mit dem Kauf umweltfreundlicherer Autos warten. Der Umweltstadtrat sei auch nicht darüber informiert gewesen, daß die Dioxin-Werte bei den EBS um das bis zu 20fache der Grenzwerte überschritten wurden. Dem Umweltschutz komme bei den EBS zugunsten wirtschaftlicher Überlegungen zu wenig Gewicht zu. GR. Kabas stellte den ANTRAG, die EBS aus der Holding auszugliedern und sie in das Umweltressort einzubinden.

Weil Wien die Hälfte des Sondermülls aus anderen Bundesländern übernimmt, ohne daß dort geeignete Anlagen errichtet werden, stellte Kabas einen weiteren ANTRAG, Wien solle keinen Sondermüll aus anderen Bundesländern mehr annehmen, ehe nicht dort entsprechende Entsorgungseinrichtungen geschaffen sind. Er wiederhole damit, sagte Kabas, einen gleichlautenden FPÖ-Antrag aus dem Jahre 1986.

In einem dritten ANTRAG verlangte Kabas, die getrennte Müllsammlung auch auf Kunststoffe auszudehnen. Er verspricht sich davon eine Verringerung der Dioxin-Emissionen aufgrund von Kunststoffverbrennung. Die ÖVP forderte Kabas auf, auf Bundesebene eine Novellierung des Luftreinhaltegesetzes zu entwerfen. Sie werde dafür die Unterstützung der FPÖ finden.

Den EBS-Bericht wird die FPÖ wegen der geschilderten Mängel nicht zur Kenntnis nehmen.

Die Größenordnung der Kostensteigerung, das unbefriedigende ökologische Zwischenergebnis, ein Chaos bzw. der völlige Stillstand der Planungsarbeiten und die fehlende politische Kontrolle bei der Sanierung der EBS und der Hauptkläranlage geben Anlaß zu äußerster Besorgnis, sagte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Der Gemeinderat sei über Änderungen des Planungsauftrages seit 1985 nicht informiert worden, erst heute liegen ein

Forts. von Blatt 622

Forts. auf Blatt 624

neuer Bericht sowie ein neuer Termin- und Kostenplan vor. Durch die fehlende politische Zielvorgabe, sagte Hawlik, habe es einen Planungsverzug von über zwei Jahren und eine Kostensteigerung von rund 1,2 Milliarden Schilling, die auch nicht begründet worden sei, gegeben. Es stehe zu befürchten, daß nun der Bürger in Form von erhöhten Wasser-, Abwasser- und Müllgebühren die Buße für diese Versäumnisse leisten müsse. Eine begleitende Kontrolle für die Sanierung der EBS sei zwar im Stadtsenat beschlossen, aber nicht durchgeführt worden, der EBS-Beirat habe seit fast einem Jahr nicht mehr getagt, und die Beteiligungskommission sei nach den letzten Gemeinderatswahlen aufgelöst worden. Ebenso unbefriedigend sei das ökologische Zwischenergebnis, da die Rauchgasreinigung wegen der die Grenzwerte immer noch übersteigenden Emissionen erst Ende des Jahres abgenommen werden könne. Ungelöst sei auch die Entsorgung der Filterkuchen. Hawlik stellte den ANTRAG, DURCH einen Unterausschuß des Finanzausschusses eine begleitende Kontrolle zu installieren.

Die Umweltsituation sei zu ernst zu nehmen, als daß dieses Thema populistisch behandelt werden sollte, sagte GR. BRIX (SPÖ). In Wien werde versucht, den Sondermüll so zu entsorgen, daß die Umwelt in größtem Ausmaß geschont werde. Aus diesem Grund werden auch technische Neuerungen berücksichtigt, sodaß man nicht von Sanierung sprechen sollte. Das Geld, das für die technischen Neuerungen ständig eingesetzt werde, sei deshalb auch nicht verschwendet. Brix forderte, daß in einem anderen Bundesland eine zweite Entsorgungsanlage gebaut werde, im Jahr 1988 wurden in den EBS fast 56.000 Tonnen Sondermüll entsorgt, davon wurden 9.000 Tonnen allein aus Niederösterreich angeliefert. Daß die Rauchgasreinigungsanlage funktioniere, bestätigte auch kürzlich ein Gutachten internationaler Fachleute. Die Anstrengungen, die Wien im Rahmen des Umweltschutzes unternimmt, seien beispielgebend, schloß Brix.

GR. ZEIHSEL (FPÖ) wies darauf hin, daß die Sanierung der EBS wegen der gesundheitlichen Gefährdung der Simmeringer Bevölkerung durch Überschreitung der Grenzwerte bei Emissionen notwendig sei. Zugleich schloß sich der Redner der Meinung seines Parteikollegen Mag. Kabas an, daß Wien keinen Sondermüll aus den Bundesländern entsorgen solle, wenn dort nicht entsprechende Beiträge zur Sondermüllentsorgung geleistet werden.

Stadtrat Ing. ENGELMAYER (ÖVP) bezeichnete die EBS als unverzichtbar für Wien, sie müsse jedoch voll funktionstüchtig sein. Auch Engelmayer wies auf die Gesundheitsgefährdung durch Grenzwertüberschreitungen und die daraus resultierende Verunsicherung der Bevölkerung hin. Engelmayer kritisierte die Ressortzuteilung der EBS zum Finanzbereich und sprach in diesem Zusammenhang von einer Behinderung der Geschäftsführung durch die Politik. Eine Sanierung der EBS bedürfe jedoch vor allem eines Vorgehens nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen.

GR. OUTOLNY (SPÖ) erinnerte daran, daß in den letzten Jahren in der ganzen Welt ein großes Umdenken eingesetzt habe. Sowohl Österreich als auch besonders Wien seien in vielen Umweltbereichen beispielgebend geworden. In diesem Sinn lehnte Outolny die „unqualifizierte Kritik“ an den EBS ab und verwies darauf, daß es auf der ganzen Welt keine Beispiele gebe, an denen wir uns orientieren könnten. Er habe erst in den letzten Tagen einen Lokalausweis bei den EBS gemacht und sei angenehm überrascht worden. Der Betrieb sei in Ordnung und funktioniere, und es sei ein Faktum, daß es keine vergleichbare bessere Anlage in Europa gibt.

Die Anlage selbst werde nach dem letzten Stand der Technik betrieben, und alle Meßdaten seien rund um die Uhr ablesbar. Die MA 22 kontrolliere diese Daten, und diese selbst werden im Magistratischen Bezirksamt Simmering öffentlich ausgestellt. Abgesehen davon gebe es auch eine funktionierende unabhängige, ständige begleitende Kontrolle durch die

Forts. von Blatt 623

Forts. auf Blatt 625

Technische Universität Wien und durch die Arbeitsgemeinschaft „Kritische Chemie“.

Outolny ortete in der Bundesumweltpolitik ein Defizit und verwies auf die Probleme des Transportes gefährlicher Güter und auf die Probleme mit Einweggebinden. Der Sondermüllexport koste sehr viel Geld, und im Westen Österreichs würde dringend eine zweite Sondermüllverbrennungsanlage benötigt. Die ÖVP möge ihren Einfluß zur Lösung der Probleme bei der Gesundheitsministerin geltend machen, forderte Outolny.

GR. FÜRST (ÖVP) erinnerte Stadtrat Häupl daran, daß dieser seinerzeit als Gemeinderat der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, der Gemeinderat müsse sich mit dem Themenkomplex EBS nicht mehr befassen. Nun werde Häupl erklären müssen, warum seine seinerzeitige Erwartung nicht erfüllt wurde. Dem Vizebürgermeister Mayr warf Fürst vor, bereits 1985 gewußt zu haben, daß mit den präliminierten 1,5 Milliarden Schilling für die Sanierung der EBS das Auslangen nicht zu finden sein würde. Dennoch habe er den Bürgermeister nicht informiert. Im Oktober 1985 habe sich die ÖVP gegen den Vertragsabschluß gewandt, weil sie keinen „Blankoscheck“ unterschreiben wollte. Die SPÖ habe sie deshalb der „Panikmache“ bezichtigt, denn sie habe angegeben, die Kosten seien sehr wohl begrenzt. Auch der damalige Umweltstadtrat Braun habe von einem Höchstbetrag von 1,55 Milliarden Schilling als Sanierungserfordernis gesprochen. Wie könne nun Mayr vor den Gemeinderat treten und behaupten, es habe kein Limit gegeben? Er gebe damit zu, der SPÖ-Fraktion zugemutet zu haben, einem falschen Vertrag zuzustimmen. Bürgermeister Ziik habe sich im Februar 1985 dafür verbürgt, daß Zeit- und Finanzierungsplan eingehalten werden. Dafür habe er, wie er betonte, die volle politische Verantwortung im Bewußtsein aller Konsequenzen übernommen. Jetzt, da Zeit- und Kostenplan nicht eingehalten wurden, dürfe Ziik die Konsequenzen nicht schuldig bleiben.

Es gehe darum, den international anerkannten Betrieb (EBS) weiter auszubauen und dem jeweils neuesten Stand der technischen Entwicklung anzugleichen, sagte GR. Erich HUBER (SPÖ). Die EBS sei in einem Maße ausgebaut, daß erst Ende Mai wieder Lieferungsanmeldungen entgegengenommen werden können. Trotzdem werden die Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes im Durchschnitt eingehalten. Die Versuchsanlage, in der Dioxine und Furane abgeschieden werden, laufe so gut, daß angenommen werden kann, daß auch dieses Problem bewältigt werden kann. Es sei unverständlich, daß die ÖVP einerseits die Umweltpolitik der Gemeinde Wien zu skandalisieren versuche und gleichzeitig darauf dränge, daß Österreich Vollmitglied der EG werde. Es werde negiert, daß in manchen EG-Ländern die erlaubten Grenzwerte bis zum zehnfachen höher sind als in Österreich. GR. Huber verwies auf ein Gutachten der TU Wien, daß die Rauchgasreinigungsanlage der EBS zu den fortschrittlichsten der Welt zähle.

Zu dem von GR. Dr. Hawlik urgierten Gesamtauftrag erklärte GR. Huber, daß diese Vorgangsweise aufgrund des raschen technischen Fortschritts nicht vorteilhaft wäre. So seien aus demselben Grund auch im vorhandenen Gesamtkonzept Prioritäten verändert worden. Die Vergabe von Teilaufträgen habe sich als richtig erwiesen. Die SPÖ sehe ihre Aufgabe in der Realisierung einer sinnvollen Umweltpolitik, die auf einen maximalen Umweltschutz bei rationellstem Einsatz der Mittel ausgerichtet sei, schloß Huber.

Mehr als 50 Prozent des in den EBS entsorgten Sondermülls stamme aus den Bundesländern, unterstrich StR. Dr. HÄUPL (SPÖ). Man müsse, statt Kompetenzstreitigkeiten weiterzuführen, die übergelagerte Problematik jenes Sondermülls erkennen, der weder in den EBS entsorgt noch ordnungsgemäß deponiert oder exportiert werde, sondern illegal gelagert werde. Ziel müsse es sein, möglichst große Mengen des gefährlichen Sonderabfalls einem Recycling zuzuführen. Es müsse, forderte Häupl,

Forts. von Blatt 624

Forts. auf Blatt 626

gemeinsame Überlegungen geben, wie die Altlasten von morgen entsorgt werden sollen, statt die einzige Sondermüllentsorgung in Österreich in Permanenz zu denunzieren.

Wien habe die strengsten Grenzwerte der Welt zu berücksichtigen, und man könne die meisten Grenzwerte eklatant unterbieten. Den Dioxingrenzwert einzuhalten, habe man noch sechs Jahre Zeit, und er, sagte Häupl, sei überzeugt, daß es weit vor Ablauf dieses Zeitraums gelingen werde.

Zur Hauptkläranlage Wien sagte Häupl, man habe die Absicht, diese voll zu ertüchtigen und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, der auch zukünftigen Erfordernissen, die zum Beispiel durch den Ausbau des Kanalnetzes entstehen, entsprechen. Es handle sich dabei um höchst komplizierte Technologien und Analysen.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen.

Der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde auf Empfehlung des Berichterstatters GR. REITER (SPÖ) mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, die Anträge der FPÖ wurden einstimmig zugewiesen.

Wahl von Mitgliedern des Sparkassenrates der Zentralsparkasse

Nach der einstimmigen Wahl von Dr. GÖTTLICHER als Mitglied des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt stand die Wahl von Mitgliedern des Sparkassenrats der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien auf der Tagesordnung.

Dazu nahm Stadtrat Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) Stellung und erklärte, daß er es für falsch halte, wenn sich Politiker in den Aufsichtsrat eines der Stadt nahestehenden Unternehmens wählen lassen. Ein besonderer Gegensatz sei bei Politikern gegeben, die die Privatisierung eines solchen Unternehmens verlangen und zugleich in den Aufsichtsrat gehen. Pawkowicz forderte aus diesen Gründen eine getrennte Abstimmung der einzelnen für den Aufsichtsrat genannten Persönlichkeiten.

GR. PRAMEL (SPÖ) betonte, es gehöre zur Verantwortung der Politiker, ihre Verantwortlichkeit auch in Gremien wahrzunehmen, die für die Stadt große wirtschaftliche Bedeutung haben und die immer wieder wichtige Projekte mit der Stadt verwirklichen.

ABSTIMMUNG: Die Abstimmung erfolgte dem Wunsch der FPÖ entsprechend, getrennt nach Persönlichkeiten ohne politische Funktion und politischen Funktionsträgern. Einstimmig gewählt wurden Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und Dr. Ernst HOFBAUER. Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP wurden Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, GR. Margarete DUMSER, NR. Kurt EDER, Vizebürgermeister Hans MAYR, Georg MISCHINGER und GR. Komm.-Rat Walter NETTIG gewählt.

Teilprivatisierung der Wiener Holding

Vizebürgermeister MAYR stellte den ANTRAG, den Magistrat zu ermächtigen, 49 Prozent der Stammanteile der Stadt Wien an der Wiener Holding GesmbH. zum Nominalwert von 20,5 Millionen Schilling pro 1%-Anteil zu verkaufen. Vor 15 Jahren, am 31. Mai 1974, sagte Mayr, wurde die Wiener Holding mit einer Kapitalbewertung von 403 Millionen Schilling gegründet. Die heutige Bewertung von 2,05 Milliarden sei ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Betriebe ihre Substanz erhöhen konnten.

Es handle sich zunächst nicht um den Versuch, zu einer völligen Privatwirtschaftlichkeit zu gelangen, dazu seien derzeit die Begleitumstände nicht geeignet. Um die Wettbewerbsverzerrung auszuschalten, müssen allerdings die Holding-Doktrin und die Präferenzklausel fallen, sowie die Verlustabdeckung für jene Betriebe gegeben werden, die die Holding für die

Forts. von Blatt 625

Forts. auf Blatt 627

Stadt Wien führt; das sind das Theater an der Wien, das Raimundtheater, das Ronacher und die Wiener Stadthalle.

Die Bewertung der Wiener Holding, betonte Mayr, sei von zwei bekannten Wirtschaftsprüfungsunternehmen durchgeführt worden und vom Kontrollamt gutgeheißen worden. Derzeit sollten nur 49 Prozent der Anteile abgegeben werden, sagte Mayr, aber es sei durchaus denkbar, entsprechend der wirtschaftlichen Anpassung und nach einer Periode der Vertrauensbildung mit den neuen Eigentümern darüber zu reden, ob die Privatisierung über dieses Ausmaß hinausgehen könne. Man solle derzeit nicht darüber hinausgehen, weil die Stadt Wien als Dienstgeber und Eigentümer besonderer Art eine große Verantwortung trage. Er bekenne sich zur freien Konkurrenz, zur Marktwirtschaft, zur Risikobereitschaft, zur Einsatzbereitschaft als Faktoren des Wirtschaftssystems, und man müsse mutig und mit Selbstbewußtsein den Betrieben die Chancen des Marktes eröffnen.

Es hätten sich viele Interessenten gemeldet, die Interesse an einzelnen Betrieben der Holding gehabt hätten. Das sei für ihn nicht überraschend gewesen, sagte Mayr, aber er sei gegen einen derartigen „Rosinenverkauf“, denn dann wären die ertragreichen privatisiert worden, die anderen wären der Gemeinde geblieben. Die Beteiligung an der Gesamtkonstruktion werde nun von Kreditunternehmungen und Versicherungen, ohne Rücksicht auf deren politische Zuordnung, erfolgen. Es sei für ihn ein gutes Zeichen, daß sich auch die Raiffeisenspitzenengruppe um Anteile bemühe, ein gutes Zeichen für die Objektivität der Geschäftsführung.

Die Teilprivatisierung wird zu einer starken Verbindung mit der Privatwirtschaft führen und der Gemeinde laufende Erträge bringen. Der Verkaufserlös sei gerade heuer, bedingt durch den Einnahmefall durch die Steuerreform, für die Stadt Wien sehr günstig.

Der heutige Vorgang sei keine echte Privatisierung, sondern ein „Etikettenschwindel“ wie die Privatisierung durch die Koalitionsregierung, sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). 88 Prozent der Holding gingen entweder an die Gemeinde Wien, die „Z“ oder Großbanken. Bestenfalls neun bis zwölf Prozent sollte der halbwegs private Bereich erhalten. Die Holdinggründung im Jahre 1974 sei die Konsequenz aus Problemen in verschiedenen Gemeindefirmen gewesen. Gleichzeitig sei die Holding-Doktrin beschlossen worden, wonach sich die Stadt Wien aus jenen Bereichen heraushalten sollte, die von der Privatwirtschaft ohnehin bedient werden können. Die Holding-Geschäftsführung habe diese Richtlinie sehr großzügig gehandhabt und teilweise sogar überschritten. Trotzdem habe sich der Beschluß aus dem Jahre 1974, verglichen mit den Verhältnissen vorher, bewährt. Er habe ein ungutes Gefühl, formulierte Hirnschall, wenn nun die Holding-Doktrin zugunsten einer räumlichen und branchenmäßigen Expansion fallen soll. Er erinnerte an das Bauring-Abenteuer in Saudi-Arabien. Noch ehe die Doktrin gestrichen ist, habe die Holding die Wienerwald-Kette um 440 Millionen Schilling erstanden, und dies bei einem Holding-Gesamtwert für 30 Firmen von 2 Milliarden Schilling. Er fragte Mayr, ob bei der Festlegung des Kaufpreises die selben strengen Kriterien wie bei der Holding-Bewertung für deren Verkauf angelegt wurden, und stellte den ANTRAG, das Kontrollamt solle den Erwerb der Wienerwald-Kette hinsichtlich Unternehmensbewertung und Preisangemessenheit überprüfen.

Nach der Vorstellung der FPÖ von einer Privatisierung sollten jene Betriebe davon erfaßt werden, die nach konsequenter Auslegung der Holding-Doktrin keinen kommunalen Bedarf decken. Der Verkauf solle bis zu 100 Prozent eines Betriebes gehen. Betriebe im kulturellen und Veranstaltungsbereich, für die es kommunale Interessen gibt, sollen auch in Zukunft in der Holding bleiben. Die EBS, die durch den Verkauf noch mehr in den Widerstreit zwischen Ökonomie und Ökologie gedrängt werden würde, soll aus der Holding herausgenommen und dem Umweltressort angegliedert werden.

Forts. von Blatt 626

Forts. auf Blatt 628

Forts. von Blatt 627

Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) erklärte, ideologische Orientierungslosigkeit und der Abschied von jenem Grundkonsens der drei Rathausparteien von denen die Holding-Doktrin getragen worden sei, kennzeichneten jenen Weg, der nun zum Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding führe. Dieser Schritt bedeute, daß unter dem Vorwand einer Privatisierung die letzten Reste der Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat fallen. Ab nun, warnte Busek, müsse die SPÖ die Verantwortung alleine tragen. Der Ankauf der Wienerwald-Kette sei ganz sicher keine Alternative zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Weiterentwicklung der Wiener Wirtschaft durch zukunftsorientierte Wirtschaftsunternehmen. Er ziehe, meinte Busek, den „Österreich-Patriotismus“ der Verkäuferin in Zweifel, und man möge bei der Argumentation, der „Wienerwald“ solle in Wien bleiben, in die Vergangenheit dieses Unternehmens blicken, das immer in der BRD bzw. der Schweiz angesiedelt gewesen wäre. Ein weiterer Kritikpunkt beim „Etiketten-Schwindel Privatisierung“ betreffe den, auch nach dem Verkauf von 49 Prozent der Holding, weiterbestehenden Einfluß von Vizebürgermeister Mayr auf die künstlerische Gestaltung der Programme der Vereinigten Bühnen. Man müsse sich fragen, sagte Busek, wie die Freiheit der Kunst in diesem Zusammenhang gewahrt bleiben könne.

Der Verkauf der Holding-Anteile lasse auch die ablehnende Haltung Mayrs zu einem Beitritt zur EG in einem politisch bedenklichen Licht erscheinen. Eine Hinwendung zum östlichen Wirtschaftsraum könne durch die Weigerung, sich westlich zu orientieren, wohl kaum erreicht werden, kritisierte Busek. Die Erschließung des osteuropäischen Wirtschaftsraums sei sicherlich über die EG leichter möglich als über eine Politik wirtschaftlicher Isolation, wie sie die Wiener SPÖ betreibe. Der Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding bedeute für ihn, sagte Busek, eine Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Landschaft. Dies sei kein Weg in die Zukunft, sondern ein Rückschritt, vor dem die Wiener ÖVP nur warnen könne.

Die Vertreter der Opposition seien in der unangenehmen Situation, heute Sachen kritisieren zu müssen, die sie früher verlangt hätten, sagte GR. FREITAG (SPÖ). Die Holding sei ein Unternehmensbereich mit einer Geschäftsgebarung, wie sie auch in Privatbetrieben üblich sei. Die gemeinwirtschaftlichen und kommunalen Aufgaben werden vortrefflich gelöst. Durch den Verkauf von 49 Prozent der Unternehmensanteile werde das Budget positiv beeinflusst und der Wettbewerb neutralisiert. Privatisierung dürfe nicht Selbstzweck sein, vielmehr sei sinnvolles Wirtschaften angesagt. Der Insolvenzstatistik sei zu entnehmen, daß zwei Drittel der Insolvenzen auf Fehlleistungen privater Unternehmer zurückzuführen seien. In den vergangenen 15 Jahren habe die Holding erfolgreich gearbeitet. Mit dem Kauf der Wienerwald-Kette wurde eine wichtige Strukturmaßnahme gesetzt.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) lehnte für ihre Partei den Ankauf der Wienerwald-Kette ab, weil sie grundsätzlich gegen eine weitere Vermehrung der staatlichen Konkurrenz gegenüber Privatbetrieben sei. Der Verkauf von 49 Prozent der Anteile käme keiner Privatisierung gleich, weil der Einfluß der Gemeinde Wien und damit die politische Macht ungebrochen bleibe. Abzulehnen sei jedoch nicht nur der Verkauf der Wienerwald-Kette, sondern vor allem auch die Vorgangsweise. Der Gemeinderat sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden, es wurden auch keine ausreichenden Expertisen über das Kaufprojekt erstellt. Die Untersuchung eines privaten Großunternehmers habe nämlich ergeben, daß der Wert der Wienerwald-Kette nur bei einem Drittel des Kaufpreises liege. Es sei zu befürchten, daß wieder einmal die Steuerzahler in unverantwortlicher Weise zur Kassa gebeten werden, schloß Kariotis.

GR. Dkfm. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den Verkauf der Holding-Anteile als unausgegoren. Es liege eher eine Scheinprivatisierung vor als ein Schritt zu einer echten Privatisierung, für die die ÖVP eintrete. Der SPÖ schein es

Forts. auf Blatt 629

vor allem darum zu gehen, die Holding-Betriebe der kommunalen und oppositionellen Kontrolle zu entziehen. Dies sei bereits in der Vergangenheit mehrfach gehandhabt worden, so bei der Abschaffung der Beteiligungskommission.

Wöber bezeichnete auch die Unterlagen für den Verkauf als teilweise unvollständig, nicht exakt und damit auch irreführend, was das finanzielle Engagement der Stadt Wien bei der Holding betreffe. Als wirtschaftlich nicht zielführend bezeichnete der Redner auch den Ankauf der Wienerwald-Kette durch die Holding, da der Preis weit überhöht sei.

Die Entscheidung, die Holding-Doktrin abzuschaffen, wäre nur bei einem Mehrheitsverkauf in Ordnung. So halte die Stadt Wien nach wie vor 51 Prozent und habe damit die Möglichkeit, zu „regieren“. Auf eine privatwirtschaftliche Gestion der Holding sei in dieser Konstellation nur zu hoffen.

Der Ankauf der Wienerwald-Kette habe der Holding-Doktrin, die erst heute durch Gemeinderatsbeschluß aufgehoben werden soll, eindeutig widersprochen. Das sei ein weiteres Beispiel, wie die Mehrheit des Hauses über Beschlüsse des Gemeinderates „drüberfährt“, sagte GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP). Die Teilprivatisierung der Holding sei keine Privatisierung, wie sie in westlichen Industrienationen verstanden wird. Privatisierung bedeute die Übertragung von Eigentumsanteilen, und zwar der Mehrheit, an Private und eine Betriebsführung frei von politischen Einflüssen. Nun solle offensichtlich die Holding-Doktrin durch eine „Mayr-Doktrin“ ersetzt werden, die lautet: Der politische Einfluß auf die Unternehmungen müsse gewährleistet werden.

Dr. Maier kritisierte den Verkaufspreis für die Holding-Anteile. Es gebe kein Bewertungsgutachten.

Dr. Maier brachte einen GEGENANTRAG der ÖVP ein. Die Holding solle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, und mehr als 50 Prozent der Aktien sollten über die Börse verkauft werden.

Den Ankauf der Wienerwald-Kette durch die Wiener Holding lehnte Dr. Maier schärfstens ab. Die deutsche Geschäftsfrau Thyssen-Henne habe dabei ein schönes Geschäft gemacht. Nach einem Bericht der deutschen Zeitung FAZ sei das ganze Unternehmen 1986 mit sieben Millionen DM bewertet worden. Der Kaufpreis von 440 Millionen Schilling sei eindeutig überhöht. Es sei nicht einzusehen, warum die Stadt Wien den steuerzahlenden Gastronomen in der eigenen Stadt Konkurrenz machen wolle. Maier erinnerte daran, daß die Wienerwald-Kette ganz offensichtlich saniert werden müsse und warnte davor, in Zukunft dafür Steuergelder einzusetzen.

In seinem Schlußwort äußerte sich Vizebürgermeister MAYR kritisch zur Debatte über dieses Geschäftsstück. Es seien Argumente verwendet worden, die den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen nicht entsprechen, wohl deshalb, weil sachliche und wirtschaftliche Gegenargumente fehlten. Beispielsweise disqualifiziere sich die Äußerung, daß bei der Kaufpreisfestsetzung für die Wienerwald-Kette der Charme von Frau Thyssen-Henne maßgeblich gewesen sei, von selbst. Tatsächlich habe der Kauf auch Barvermögen in Höhe von 130 Millionen Schilling umfaßt, das aus steuerlichen Gründen bisher aus der Wienerwald-Kette nicht entnommen war.

Die Holding-Doktrin sei seinerzeit von der ÖVP verlangt worden, um den Betrieben ihre Handlungsfreiheit zu nehmen. Mayr verwahrte sich energisch gegen den Vorwurf auf die wirtschaftliche Gebahrung der Holding Einfluß zu nehmen. Er habe sich bloß immer vor die Holding gestellt, wenn sie mit politischen Schwierigkeiten konfrontiert wurde. Diese Schwierigkeiten seien oft auf die ÖVP zurückgegangen, dies, obwohl von der ÖVP nominierte Leute die Entscheidungen mitgetragen haben. Mayr warf GR. Wöber vor, der Holding und der Stadt Wien absichtlich steuerliche Schwie-

Forts. von Blatt 628

Forts. auf Blatt 630

rigkeiten machen zu wollen, wie etwa im Zusammenhang mit der Gesiba. Die Gesiba-Bewertung sei jedenfalls vom Kontrollamtsdirektor mitgetragen worden.

Er habe wenig Verständnis dafür, sagte Vizebürgermeister Mayr, daß im kleinen Kreis ordentliche Diskussionen möglich, im Gemeinderat jedoch durch eine andere Sprache überdeckt werden. Er werde sich jedenfalls einer solchen Methode nicht bedienen.

Was die wirtschaftlichere Führung von Theatern in anderen Ländern betrifft, müsse man bedenken, daß dort das Prinzip „Hire and fire“ gelte, während bei uns glücklicherweise andere soziale Verhältnisse bestehen.

Wenn sich die Stadt Wien Mitspracherechte in wesentlichen entscheidungsbereichen bei Kulturbetrieben vorbehalte, dürfe dies nicht als normierte Einflußnahme des Finanzreferenten gedeutet werden.

Das Niveau der Diskussion seitens der großen Oppositionspartei mache deutlich, daß es an sachlichen Argumenten fehle, wenn die Debatte beispielsweise auf außenpolitische Themen ausufere. Die Europareife der Wirtschaft werde sich in der Konkurrenz mit Europa bewähren. Die Neutralität dürfe jedenfalls nicht in Frage gestellt werden.

Er wünsche sich eine privatwirtschaftliche Beteiligung der Stadt Wien im allergeringsten Ausmaß, betonte Mayr. Die Vorteile der Stadt Wien aus privatwirtschaftlich geführten Betrieben seien im Verhältnis zum Gesamtwiener Budget relativ gering. Er habe Interesse an einer ordentlichen Entwicklung der Betriebe, mache sich allerdings auch Sorgen über die Menschen in den Betrieben, damit diese für ordentliche Leistungen auch ordentlich behandelt werden. Wir wollen erreichen, daß die Beteiligten streng und unpolitisch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe schauen, sagte Mayr. Er glaube, daß der erste Schritt gelingt und Erfolg bringt. Nach einiger Zeit soll über weitere Maßnahmen entschieden werden.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Antrag auf Umwandlung der Holding in eine Aktiengesellschaft wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag des Berichterstatters auf Abtretung von 49 Prozent der Holding, Streichung der Holding-Doktrin sowie Abschluß eines Syndikatsvertrages wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der FPÖ-Antrag hinsichtlich einer Überprüfung des Wienerwald-Kaufes wurde einstimmig dem Kontrollausschuß zugewiesen.

Mitteilung über die Weltausstellung

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) berichtete über eine Änderung des laut Gemeinderatsbeschuß vom 17. Oktober 1988 vorgesehenen Planungsablaufes für die EXPO 95. Wie bei ähnlichen Großvorhaben im Ausland hätten alle damit befaßten Architekten die Ansicht geäußert, daß die Stadt Wien die erste Phase der städtebaulichen Bearbeitung selbst durchführen solle. Selbstverständlich sei dabei auch vorgesehen, Expertisen heranzuziehen. Erst in der zweiten Stufe soll ein öffentlicher Wettbewerb mit internationaler Beteiligung stattfinden. Ebenso wie diese nun festgelegte Vorgangsweise sollen auch die folgenden Schritte im Einvernehmen mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien erfolgen, schloß Swoboda.

Betriebsansiedlung in St. Marx

GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte einen Sachkredit in der Höhe von 15,1 Millionen Schilling zur Aufschließung eines Betriebsbaugebietes in St. Marx zugunsten der Firma WÖV-Austrovieh.

Man habe, sagte GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), bereits beim Abschluß des Vertrages im Dezember die Zusicherung kritisiert, daß kein anderer Fleischzerlege-Betrieb gleiche Konditionen seitens der Stadt Wien erhalte.

Forts. von Blatt 629

Forts. auf Blatt 631

Dies sei wettbewerbsverzerrend, nicht EG-konform und stelle einen wirtschaftlichen Protektionismus dar.

Der Verkauf des Bauplatzes mit 20.000 Quadratmeter an die Firma WÖV, sagte GR. SRAMEK (SPÖ), sei bereits im Vorjahr beschlossen worden. Die Firma WÖV-Austrovieh werde auf diesem Grundstück einen EG-gerechten Betrieb zur Fleischverarbeitung errichten. 110 Beschäftigte werden in diesem Betrieb, der ein Investitionsvolumen von 150 Schilling erfordere, tätig sein.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Sanierung von Loggien im SMZ-Ost

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) beantragte die Genehmigung baulicher Maßnahmen für die Sanierung der Loggien der Personalwohneinheiten im SMZ-Ost mit Gesamtkosten von 8,16 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) sagte, daß seiner Partei dem Antrag zustimmen werde, weil man die Bewohner nicht im Regen stehen lassen wolle. Die vor wenigen Jahren eingebauten Holzkonstruktionen müssen schon jetzt durch Kunststoffenster ersetzt werden, weshalb die Verantwortlichen für diese Schäden festgestellt werden müßten. Der Bauüberwachung sei vorzuwerfen, daß sie ihrer Kontrollfunktion offenbar nur mangelhaft nachgekommen sei.

Dieser Antrag reihe sich lückenlos in eine Fülle von Baugebrechen an Gemeindebauten, die den Steuerzahlern schon rund dreihundert Millionen Schilling gekostet haben, sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Es handle sich nicht um Einzelfälle, sondern um ein System von Sorglosigkeit, der schlechten Bauüberwachung und fehlender politischer Verantwortlichkeit. Es sei zu befürchten, daß im Bereich des SMZ-Ost noch viele Mängel dieser Art auftauchen werden. Die ÖVP werde jedoch der Sanierung zustimmen, weil sonst der falsche Eindruck entstünde, die Bewohner wären an dem Schaden schuld.

GR. Erich HUBER (SPÖ) nannte die Gründe für den Fensteraustausch: Von den 500 Fenstern des Hauses müssen die 167 an der Wetterseite liegenden ausgetauscht werden. Zu der extremen Witterungsbelastung komme der Umstand, daß beim Bau vor 15 Jahren Weichholzkonstruktionen verwendet wurden, weil diese preisgünstiger waren und den Förderungsrichtlinien entsprachen. Die Reparatur der Holzfenster wäre unwirtschaftlich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gürtelstationen der Stadtbahn

GR. HUMMEL (SPÖ) beantragte eine Erhöhung des Sachkredites für die Ausrüstung der bestehenden Stationen der Gürtellinie der Stadtbahn auf U-Bahn-Standard sowie der Renovierung im Stil Otto Wagners von 275 auf 372 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) kritisierte, daß 70 Prozent der Mehrkosten auf Planungsfehler zurückzuführen seien. Prinz verlangte die Absetzung des Geschäftstückes.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) ersuchte aufgrund der Tatsache, daß bei einem Akt über eine Kostenexplosion von immerhin fast 100 Millionen Schilling der zuständige Stadtrat nicht im Gemeinderat sei, um eine Unterbrechung der Sitzung.

Nach der Unterbrechung sprach sich StR. HATZL (SPÖ) dafür aus, den Akt abzusetzen und im Ausschuß nochmals zu besprechen, obwohl er bereits einmal ohne Widerspruch durch den Ausschuß gegangen sei.

Der Akt wurde abgesetzt.

Der Wiener Gemeinderat endete um 18 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 630

Fotoausstellung Im Otto-Wagner-Pavillon

Wien, 31.3. (RK-KULTUR) Im Otto-Wagner-Pavillon auf dem Karlsplatz ist bis 31. Oktober 1989 die Fotoausstellung „Stationen“ zu sehen. Der Fotozyklus von Erich LEONHARD beschäftigt sich mit der Gürtellinie der Wiener Stadtbahn und greift in verschiedenen Perspektiven und Details charakteristische Eigenheiten dieses Gesamtkunstwerkes auf. Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 10 bis 12.15 Uhr und von 13 bis 16 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/gg



60984 81800

